DER SPIEGEL

Nr. 46/12.11.01 · 5,50 DM

4 390700 705500 46

Bundeswehr nach Afghanistan

ERNSTFALL FÜR ROT-GRÜN

Flüchtlingsberichte:
Zwischen US-Bomben und Taliban-Terror

www.spiegel.de

Werbeseite

Werbeseite

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

12. November 2001 **Betr.: Titel, Afghanistan, SPIEGEL-Forum**

Haben die USA vorige Woche tatsächlich, wie die Bundesregierung versichert, deutsche Truppen angefordert? Oder musste Berlin eine entsprechende Anforderung erst anfordern? Alexander Szandar, 53, seit 1987 Militärexperte des SPIEGEL, sichtete vertrauliche Dokumente und versuchte, den Dschungel aus Information und Desinformation um den brisantesten Auftrag in der Geschichte der Bundeswehr zu lichten (Seite 42). Den langen Marsch der Militärs von der Wiederbewaffnung bis zum Out-of-area-Einsatz beschreiben die Redakteure Gunther Latsch, 41, und Klaus Wiegrefe, 36. Kennen gelernt haben sich die beiden in Hamburger Uni-Seminaren, die einst jener Mann abhielt, dessen Vorstellungen vom „Staatsbürger in Uniform“ die Bundeswehr bis heute prägen: Generalleutnant Wolf Graf Baudissin (Seite 34).

Wer im Krieg die Sieger sind, das ist oft umstritten. Die sicheren Verlierer stehen dagegen immer schon von vornherein fest: die Zivilisten. Die Generalstäbler in Washington behaupten, sie seien bemüht, bei den Luftangriffen auf Afghanistan die Zivilbevölkerung zu schonen. Doch manche Flüchtlinge, mit denen die SPIEGEL-Redakteure Susanne Koelbl, Uwe Klußmann, Dirk Kurbjuweit, Walter Mayr und Thilo Thielke sprachen, flohen nicht nur vor den Taliban, sondern auch vor den Bomben der Amerikaner. Sicher scheint: Wenn nicht bald Friede einkehrt, droht am Hindukusch

ENRICO DANINO / BLACK STAR

Koelbl, Flüchtlinge in Pakistan

eine Katastrophe. Während einige Gesprächspartner die Taliban als „Feinde des Volkes“ verfluchten, versicherten andere voller Hass auf den Westen: „Bin Laden ist ein guter Mann.“ Thielke musste in der Nähe des pakistanischen Peschawar den geordneten Rückzug vor tief verschleierten Frauen antreten, die ihn verprügeln wollten, weil sie ihn für einen feindlichen Agenten hielten (Seite 156).

Seit Wochen verdrängt der Terrorkrieg alle anderen Themen. Wie groß, fragte sich Wissenschaftsredakteur und SPIEGEL-Forum-Moderator Jörg Blech, 35, würde jetzt noch das Interesse am Streit um die Forschung mit embryonalen Stammzellen sein? Sehr groß, zeigte sich: Die 800 Plätze der Bonner Universitätsaula reichten nicht, um alle Besucher der Diskussionsveranstaltung zu fassen, in deren Verlauf Ministerpräsident Wolfgang Clement das umstrittene Forschungsvorhaben des Neurowissenschaftlers Oliver Brüstle „mit Nachdruck“ gegen jede Kritik verteidigte. Das Protokoll des Podiumsgesprächs wird in der Dezember-Ausgabe des UniSPIEGEL zu lesen sein. Fortgesetzt wird die Debatte über Bioethik in diesem Heft: Der Mikrobiologe Alexander Kekulé plädiert dafür, das Recht auf unverändertes Erbgut in einer Uno-Menschenrechtsdeklaration zu verankern (Seite 206).

Ministerpräsident Clement beim SPIEGEL-Forum

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

In diesem Heft

Titel

Der deutsche Einsatz im Afghanistan-Feldzug droht die rot-grüne Koalition zu sprengen 22
Interview mit Grünen-Fraktionschef Rezzo Schlauch über die Nöte seiner Partei 26
Deutsche Intellektuelle zum „Bündnisfall“ 28
Die PDS hofft auf Kriegsgegner aus der Koalition 30
Der Weg der Bundeswehr an die Front 34
Die Marine trägt die Hauptlast des Bundeswehrbeitrags 42
Juristen streiten über das Ausmaß der Parlamentskontrolle bei Militäreinsätzen 44

Deutschland

Panorama: Chance für Schilys Zuwanderungsgesetz / Neues Milliardenrisiko in Berlin 17
Schulen: Umstrittene Strafen für angeblich antiamerikanische Äußerungen 52
Extremisten: Verdächtige Muslime nutzen deutsche Ehefrauen zur Tarnung 58
Gesundheit: Ministerin Ulla Schmidts trickreicher Kampf gegen höhere Kassenbeiträge 65
Konkurse: Wie Kriminelle mit Firmenpleiten Millionen ergaunern 70
Serie: Die Ausbürgerung – Wolf Biermann über die Vorgeschichte seines Auftritts in Köln 1976 (II) 74
Justiz: Libyen soll Attentatsopfer entschädigen 88
CDU: Wolfgang Schäuble wird zum Reservekandidaten der Union 90

Wirtschaft

Trends: SchmidtBank in Schwierigkeiten / Personalvorstand der Bahn muss gehen 95
Geld: Sind die Börsianer zu optimistisch? / Banken in der Krise 96
Mobilfunk: Schleppender Start in die UMTS-Ära 98
Autoindustrie: Die Pläne des künftigen VW-Chefs 102
Tarifpolitik: Schröders Pakt mit den Gewerkschaften 106
Terror-Finanzierung: Die al-Taqwa-Spur 110
Interview mit Bankenaufseher Jochen Sanio über Terroristenjagd mit Hilfe der Banken 112

Medien

Trends: Die ARD muss mehr Steuern zahlen / MDR-Film mit Sympathien für die Stasi 117
Fernsehen: Vorschau 118
Kriegsberichterstattung: In den USA ist Patriotismus Pflicht 120
EM.TV: Die Anklage gegen die Haffa-Brüder 135

Ausland

Panorama: Neuer Schub für atomare Abrüstung / Fischer stoppt deutsche Kandidaten für Hombach-Nachfolge 137
Afghanistan-Krieg: Die Taliban in der Defensive 140
Pakistan: Nukleartechnik für radikale Islamisten? 144
USA: Interview mit Ex-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski über Amerikas Kampf gegen die Taliban 150

MARCO URBAN

Partner Fischer, Schröder; Bundeswehr-Kämpfer

BMVG / ACTION PRESS

Sprengsatz für Rot-Grün S. 22 bis 44

Der Einsatz deutscher Soldaten im Anti-Terror-Krieg wird zum Ernstfall für die Regierung Schröder/Fischer; schon eine kleine Anzahl von Abweichlern könnte das rot-grüne Bündnis sprengen. Grüne Realos wollen nun „auf die Kraft der Argumente“ setzen: Die 3900 Bundeswehrsoldaten, darunter 100 Kämpfer aus Spezialeinheiten, würden, so Fraktionschef Schlauch im SPIEGEL-Interview, nur für das „notwendige Kriegsziel“ bereitgestellt, die Taliban in Afghanistan abzulösen. Verfassungsrechtler streiten, ob der vage formulierte Kampfauftrag die parlamentarische Kontrolle umgeht.

Comeback für Schäuble? Seite 90

Will er nun Kanzlerkandidat der Union werden oder nicht? Eines ist sicher: Wolfgang Schäuble genießt es, gefragt zu sein. Doch ein Comeback wäre riskant. Die Spendenaffären könnten ihn wieder einholen – und die Intrigen Helmut Kohls auch.

Abenteuer UMTS Seite 98

Rund 250 Milliarden Mark haben europäische Handy-Firmen in den vergangenen zwei Jahren für UMTS-Lizenzen ausgegeben. Nun müssen sie feststellen, dass die Einführung der superschnellen Datendienste viel länger dauern wird als geplant. Trotzdem wächst bei den Großen der Branche die Zuversicht.

THOMAS GEIGER / TANDEM

Handy-Nutzerinnen

CAROL NEWSOM / AFP / DPA

Der Rüpel auf dem Centre Court Seite 192

Mit seinem ruppigen Gehabe bringt der australische Tennisprofi Lleyton Hewitt, 20, die Branche gegen sich auf. Er beschimpft Schiedsrichter als „Spastiker“ und verhöhnt Zuschauer als „dumm“. Auf dem Platz mutiert der Weltranglisten-Zweite zum Straßenkämpfer. „Tennisspiele“, sagt sein Förderer John Newcombe, „sind für Hewitt eine Schlacht.“

Hewitt

THOMAS GRABKA

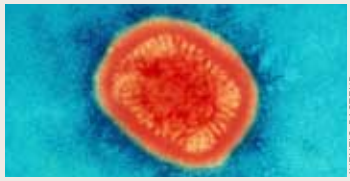
Panzer der Nordallianz vor dem Angriff

Afghanistan: Attacke der Nordallianz Seite 140

Mit ihrem Einmarsch in die strategisch wichtige Provinzhauptstadt Masar-i-Scharif errangen die Taliban-Gegner von der Nordallianz einen wichtigen militärischen und psychologischen Erfolg. Doch die vollständige Vertreibung der Gotteskrieger und die Ergreifung Osama Bin Ladens dürften kaum ohne einen Bodenkrieg gelingen – mit Kampftruppen der Amerikaner und ihrer Verbündeten in aller Welt.

Angst vor Pocken Seite 210

Die Hälfte aller Deutschen ist nicht mehr gegen die Pocken geimpft, bei den Übrigen ist der Impfschutz nach mehr als 25 Jahren geschwächt. Nun, nach den Milzbrand-Anschlägen in den USA, geht die Angst vor diesem wohl tückischsten aller Viren um.



AVENTIS PASTEUR

Pocken-Virus

Überleben im Crash Seite 214

AUTOMOTIVE FEATURES

Fußgänger-Dummy im Crashtest (bei Honda)

Wenn ein Kind vors Auto rennt, kann die Form der Kühlerhaube darüber entscheiden, ob es überlebt. Lange erklärte die Industrie, die Konstruktion lasse sich nicht verbessern. Doch jetzt will die EU über neue Crashtest-Richtlinien zum Fußgängerschutz entscheiden. Die meisten Modelle würden dabei sehr schlecht abschneiden.

Stress in der Liebe Seite 234

Nach seiner Scheidung von Jerry Hall bringt der Rolling-Stones-Star Mick Jagger ein trauriges Solo-Album heraus. „Je anstrengender die Liebe“, sagt er im SPIEGEL-Gespräch, „desto mehr Lieder schreibt man.“

Jagger, Hall (1988)

SUSAN RAGAN / AP

Afghanistan: Flüchtlinge schildern Taliban-Terror und Bombenkrieg 156
Nigeria: Muslimische Eiferer gefährden die Einheit des Landes 170
Japan: Warten auf den kaiserlichen Nachwuchs 174

Gesellschaft

Szene: Ratgeber für Genussmenschen / Website für Nachrichtensüchtige / Postraub aus Langeweile 177
Mobilmachung: Die grüne Wehrexpertin Angelika Beer und ihr Kampf für den Krieg ... 180
Ortstermin: Die Berliner Märchentage feiern die Welt des Orients 187
New Yorker Tagebuch: Die Katastrophenstadt hat einen neuen Bürgermeister 188

Sport

Tennis: Die Psychotricks des australischen Jungstars Lleyton Hewitt 192
Fußball: Staatsanwälte ermitteln gegen den Manager von Energie Cottbus 195

Wissenschaft · Technik

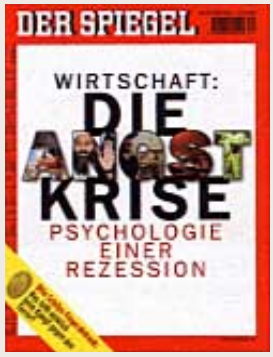
Prisma: Doktorfotos als Placebo / Superanimation für Monsterfilm 199
Raumfahrt: Nasa in der Krise 202
Essay: Alexander S. Kekulé fordert ein Menschenrecht auf natürliches Erbgut 206
Medizin: Die Angst vor den Pocken geht um 210
Automobile: Wann kommt die fußgängerfreundliche Kühlerhaube? 214
Computer: Proteste gegen den Kopierschutz auf CDs 219

Kultur

Szene: Gerd Haffmans über den drohenden Konkurs seines Verlags / Raubkunst-Verfahren gegen die Fondation Beyeler 222
Kunstmarkt: Starfotografen protestieren gegen die Versteigerung ihrer Werke 224
Film: Das fulminante Debüt „Nichts bereuen“ von Benjamin Quabeck 228
Baugeschichte: Wurden mittelalterliche Städte doch geometrisch geplant? 230
Pop: SPIEGEL-Gespräch mit Rolling-Stones-Legende Mick Jagger über seine Launen, seine Kinder und seine neue CD 234
Bestseller 238
Literatur: „Ungefähre Landschaft“ von Peter Stamm – ein unheimlicher Roman 240
Theater: Roland Schimmelpfennigs Drama über Sex und Karriere „Push up“ 242
Dirigenten: Warum Claudio Abbado die Auslieferung einer Biografie über sich verbieten ließ 244

Briefe 8
Impressum 248
Leserservice 248
Chronik 249
Register 250
Personalien 252
Hohlspiegel/Rückspiegel 254

TITELBILD: Jean-Pierre Kunkel für den SPIEGEL



SPIEGEL-Titel 44/2001

„Zu diesem Artikel kann man den Autoren nur gratulieren, da hier viele Fehlentwicklungen deutlich aufgezeigt werden. Den unverbesserlichen Optimisten sei die Aussage des englischen Schriftstellers John B. Priestley ins Stammbuch geschrieben: Optimisten sind in aller Regel Zeitgenossen, die unzureichend informiert sind."

Klaus-G. Walther aus Reinbek bei Hamburg zum Titel „Wirtschaft: Die Angst-Krise – Psychologie einer Rezession"

Lieber Vielfalt als Einfalt

Nr. 44/2001, Titel: Wirtschaft: Die Angst-Krise – Psychologie einer Rezession

Sind wir überhaupt in der Krise? Viele Unternehmen und Branchen haben den Schockzustand nach dem 11. September nur genutzt, um im vermeintlichen Zusammenhang mit den Anschlägen Kapazitätenanpassungen bekannt zu geben, die ohnehin längst fällig waren. Der Konjunkturabschwung fällt längst nicht so drastisch aus wie in anderen Zyklen zuvor. Mit der Normalisierung von Öl- und Lebensmittelpreisen und der Steuerentlastung zum Jahresbeginn wird der Konsum bald Früchte tragen. Jetzt hängt fast alles von uns Verbrauchern ab. Wenn wir in Zukunftsangst erstarren, führt der Weg direkt in eine Rezession. Schöpfen wir dagegen Zuversicht, sind die Aussichten für den Aufschwung gar nicht so schlecht.

ELLERAU (SCHLESW.-HOLST.) PETER GROTH

Von einem Nobelpreisträger solch ein konfuses Zeug lesen zu müssen ist schon bestürzend. Offenbar zählt für Herrn Friedman nur noch das Recht des Stärkeren. So soll sich die politische Landschaft und Kultur der Zukunft entwickeln? Globalisierungskritiker, ein Ausdruck der Spaßgesellschaft? Wer so fest an die Allmacht des Marktes glaubt wie er, wird allerdings jede Art von gesellschaftlichem Denkprozess als störend und unnötig empfinden.

DARMSTADT GUNNAR GLITSCHER

Milton Friedman weiß es. Nicht er, sondern ein überbordender Sozialstaat ist zynisch, der dem kleinen Mann unterstellt, nicht für sich selbst sorgen zu können. So können Staat und Politik es sich erlauben, sich als allzeit bereite Helfer des kleinen Mannes zu profilieren – mit Geld, das sie ihm so lange aus der Tasche ziehen, bis er wirklich Hilfe braucht.

MÜNCHEN CHRISTOPH ZANTHIER

Die wirtschaftliche Grundidee von freiem Wettbewerb um die Gunst des Kunden ist in Zeiten der globalen Monopole längst ausgehöhlt, es gehört geradezu zu den Prinzipien des neoimperialen Turbokapitalismus, dass die Wirtschaft gezielt und diktatorisch Bedürfnisse kreiert und Produkte verkauft, die niemandem Nutzen bringen. Vor diesem Hintergrund klingen die Äußerungen Friedmans grotesk: Wer in diesen Zeiten die uneingeschränkte und politisch unkontrollierte Herrschaft der simplen Shareholder-Value-Logik fordert, der redet am Wohl der Menschen vorbei und hat den Nobelpreis nicht verdient.

BERLIN JOHANNES KNECHT

FEDERICO GAMBARINI / DDP

Globalisierungsgegner (in Gent)
Türme sind mehr als Steine

Eine Begriffswelt, die in Türmen mehr erkennen kann als nur Steine, die in Menschen mehr entdecken kann als nur potenzielle Produktivitätsträger, die frei gewählten Regierungen mehr zutraut als nur tumbe Geldverschwendung, ist dem Begründer des Neoliberalismus offenbar fremd geworden. Mag sein, dass Theorie ohne simplifizierende Abstraktion nicht möglich ist, aber wir sollten darüber nicht vergessen, dass Praxis ohne Realität auch nicht funktioniert.

KÜHBACH-UNTERBERNBACH (BAYERN) EGON W. KREUTZER

Die Klarsicht und der Mut dieses alten Mannes (Milton Friedman) sind immer wieder bewundernswert.

DAUN (RHLD.-PF.) BERTHOLD FALK

Was mir nun wirklich Angst macht, sind Zyniker wie der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman. Da bin ich geradezu froh, dass es Bewegungen wie „Attac" gibt, so unterschiedliche Ideen und Ideale es da geben mag. Lieber die Vielfalt der Ideen als die Einfalt des Marktes!

DÜSSELDORF MISCHA DREESBACH

Friede unseren Wäldern

Nr. 44/2001, Jagd: Aufstand gegen die Waidmänner

Ein kräftiges Waidmannsheil Ihrem Beitrag zur Jagd in deutschen Landen. Also mal ehrlich: Dieser Artikel ging voll daneben! Umweltzersiedelung und -zerstörung, Forstwirtschaft ohne Rücksicht auf Wildtierbedürfnisse, grenzenloser Freizeitdruck in auch entlegenste Einstandsgebiete sowie das Fehlen selbst grundlegendster Kenntnisse auch regionaler Biotopzusammenhänge begünstigen die Tendenz, den Jäger als schweißliebenden Bambikiller darzustellen.

KEMPTEN (BAYERN) DR. JÜRGEN FRITZENSCHAFT

Mit modernen Autos und Waffen geht's zum Jagen, aber mit einer Geisteshaltung, die an das Mittelalter erinnert, als es hier noch Bären, Wölfe und Luchse gab. Da wird dreist behauptet, sie, die Grünröcke, wären die wahren Naturschützer. Aber selbst die Hege schadet den Tieren mehr, als sie nützt, weil die natürlichen Auslese-

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 14. November 1951

Streit um Schulbau in Niedersachsen Machtgerangel um ein Stockwerk. **Westdeutschlands Banken fordern Rüstungskredit-Rückzahlung** Längst umgestellt auf Friedensproduktion. **Verarmter Adel am Rhein** Abhängig von den knauserigen Krupps. **Nato in schweren Nöten** Eisenhower erwartet Krieg. **Größtes Luftgefecht seit Ausbruch des Korea-Kriegs** 100 Prozent Verluste der US-Bomber. **Britische Truppen am Suez-Kanal** Ägypten stellt sich quer. **Hochzeitspaar-Sendung im Rundfunk** Spaßiger „Kursus in ehelicher Harmonielehre". Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **www.spiegel.de**

Titel: Berliner Zeitungsmann Ernst Lemmer

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

LANGE / ULLSTEIN BILDERDIENST

Jäger, erlegte Wildschweine: *Man feiert sich selbst und wird verteufelt*

mechanismen außer Kraft gesetzt werden. Theodor Heuss, unser erster Bundespräsident, wusste, wovon er sprach, als er meinte: „Die Jägerei ist eine Nebenform menschlicher Geisteskrankheit."

Kempten (Bayern) Gertrud Schröder

Endlich wird auf das Treiben der Jäger aufmerksam gemacht! In meiner Tierarztpraxis erlebe ich immer wieder Tiere, die den Jägern zum Opfer gefallen sind. Eins von vielen Beispielen: Eine Katze kam mit einer Augenverletzung zu uns. Auf der Röntgenaufnahme konnte ein Geschoss nachgewiesen werden, welches im Augenhintergrund im Schädelknochen saß. Ein Jäger hatte sich einen Spaß oder eine Schießübung erlaubt und der Katze scharf ins Auge geschossen. Die Katze hatte Glück gehabt, das Geschoss durchbohrte das Gehirn nicht. Das Auge musste aber entnommen werden.

Esselbach (Bayern) Ina Lautenschläger
Praktische Tierärztin

Der Beitrag „Da kommt das Blut ins Kochen" ist der einseitigste, der mir in 50 Jahren SPIEGEL-Lesen je untergekommen ist.

Bad Sobernheim (Rhld.-Pf.) Peter Conrad

Herzlichen Glückwunsch zu diesem ebenso wichtigen wie mutigen Artikel, der der selbstherrlichen Ignoranz der deutschen Jägerschaft hervorragend recherchierte Fakten entgegensetzt. Wer Freude am Töten wild lebender Tiere empfindet und massive, aber wissenschaftlich absurde Negativpropaganda gegen Füchse und andere wichtige Mitglieder des natürlichen Gleichgewichts lanciert, um deren massenhaften Abschuss zu rechtfertigen, gehört ganz gewiss nicht mit einer Flinte in den Wald.

Neuffen (Bad.-Württ.) Dag Frommhold

Es ist unbestritten, dass das deutsche Jagdgesetz in einigen Punkten reformbedürftig ist. Die Ideen des Ökologischen Jagdvereins aber widersprechen in wesentlichen Punkten eklatant den Kernforderungen des europäischen Tierschutzes. Die Schusszeiten für Rot- und Rehwild nur noch auf den Spätherbst beziehungsweise Winter zu reduzieren heißt im Klartext, das Wild über Treib- und Drückjagden, also so genannte Bewegungsjagden, zu „bekämpfen". Oft sind schmerzhafte, nichttödliche Schussverletzungen die Folge. Darum sind seit Jahresfrist in den vom SPIEGEL zitierten Niederlanden diese Jagden verboten. Gott sei Dank haben nun auch der deutsche Tierschutzbund e. V., der Bundesverband Tierschutz e. V. und der Bund gegen Missbrauch der Tiere e. V. schwer wiegende Bedenken zu diesen Plänen des Ökologischen Jagdvereins angemeldet.

Neubeuern (Bayern) Enoch zu Guttenberg

Ich schäme mich angesichts der „wilden Funkenreißer", über die Sie schreiben, tatsächlich in gewissen Situationen, mich als Jäger zu outen. Sicherlich ist der Aufklärungsbedarf seitens der Jäger bei weitem nicht gedeckt. Man feiert sich selbst in der einschlägigen Fachpresse und wird in allgemeinen Publikationen verteufelt. So ist ein gegenseitiges „Abkapseln" vorprogrammiert. Ich bin jedoch der Meinung, es sollte keine Parteien im Streit um die Jagd geben. Vielmehr wäre da ein konstruktiver Dialog vonnöten. Schwarze Schafe gibt es in jeder Gruppe. Man sollte sich jedoch hüten, deswegen die ganze Herde zu schlachten.

Tharandt (Sachsen) Falk Richter

Anlass zur Sorge

Nr. 44/2001, Innere Sicherheit: Was Schily will, was Terrorfahnder brauchen; SPIEGEL-Gespräch mit Innenminister Otto Schily über die Kritik an seinem Anti-Terror-Paket

Schily sagt, dass Spanien heute schon praktiziert, bei längerfristigen Aufenthalten einen Fingerabdruck zu nehmen. So nicht, Herr Schily! Im Zusammenhang mit der derzeit bundesweit geführten „Fingerabdruck-Debatte" ist dieser Vergleich schlitzohrig. In Spanien gibt es keine Identitätskarte ohne Fingerabdruck, sei es der spanische Personalausweis oder die langfristige Aufenthaltsgenehmigung für Ausländer (Residencia). Dieses Relikt aus dem faschistischen Terrorregime (1939 bis 1975) wurde beibehalten, das heißt, Spanien praktiziert das also nicht heute schon, sondern unverändert seit 1939. Bei der Gele-

genheit erlaube ich mir anzumerken, dass ebenjener Fingerabdruck dem Eta-Terrorismus in Spanien bislang keinen Abbruch getan hat!

BARCELONA UDO WEISS

Die allgemeine Paranoia, die nach dem 11. September überall in der westlichen Welt ausgebrochen ist, trägt bisweilen schon bizarre Blüten. Aber angesichts des neuen „Otto-Katalogs“ muss man sich schon fragen, ob es zwischen Otto Schily und „Richter Gnadenlos“ aus Hamburg mehr Unterschiede gibt als nur den letzten Buchstaben des Familiennamens. Hoffentlich wird wenigstens der Fingerabdruck im Personalausweis aus Kostengründen gestoppt. Schließlich könnte Eichel sein Ziel der Haushaltskonsolidierung endgültig aufgeben, wenn er noch mal fünf Milliarden Mark für so einen Schwachsinn zuschießen müsste, der keinen einzigen zukünftigen Terroranschlag verhindern könnte.

BREMEN FELIX D. LICHTE

Welcher in Deutschland rechtschaffen lebende Bürger oder Mitbürger hat Probleme mit der Erfassung durch biometrische Verfahren zur Personenerkennung, die doch letztendlich darauf hinzielt, Menschen dingfest zu machen, die gesetzeswidrige, strafrechtliche Delikte begangen haben oder begehen wollen? Das Attentat in New York sollte die beste Begründung liefern. Mein Vorschlag: Lasst den Bürger entscheiden!

LAUTER (BAYERN) JÜRGEN WAHL

Gratulation zu Ihrem Schily-Interview! Derart hartnäckiges Nachfragen erlebt man selten. Zwar wissen wir jetzt immer noch nicht, warum biometrische Merkmale in Personalausweisen so unabdingbar sind. Viel sagend ist aber, dass Herr Schily sich auf ein trotziges „Das lasse ich mir nicht

MATTHIAS BRAUN / ACTION PRESS

Gepäckkontrolle am Flughafen
Allgemeine Paranoia?

abhandeln“ verlegen musste, was einem „Basta“ gleichkommt. Eine plausible Begründung ist jedenfalls sicher nicht an seinen „didaktischen Fähigkeiten“ gescheitert. Vielmehr ist anzunehmen, dass er die wahren Gründe nicht nennen will. Und genau das gibt Anlass zur Sorge!

München — Thomas Wagner

Mutige Frau

Nr. 44/2001, Intellektuelle: Arundhati Roy über die verhängnisvolle Logik von Krieg und Terror

Im Geschichtsunterricht habe ich gelernt, welche Kriege wann und wo stattfanden. Zu Hause habe ich gelernt, Krieg als etwas Fürchterliches zu achten und zu verachten. Von den Alten wurde mir abverlangt, ihr Leiden durch die (teilweise Kalten) Kriege zu verstehen. Warum, verdammt noch mal, sagt ausgerechnet ihr Alten, ihr Schilys, ihr Schröders, ihr Steine werfenden Freiheitskämpfer mir 22-Jährigem jetzt, dass dieser Krieg gerecht ist? Vielleicht müssen wir Jungen noch lernen, dass manche Kriege eben doch „richtig“ sind. Vielen Dank, Frau Roy. Endlich mal eine Alte, die ich verstehe und die offensichtlich mich versteht.

Berlin — Daniel Winkelmann

Arundhati Roy wäre besser beraten, ihre Sicht der Dinge den wahren Gegebenheiten anzupassen. Da schnurren die antiamerikanischen Reflexe ab wie ein Uhrwerk. Egal, was passiert, die Vorurteile bleiben intakt. Es ist haarsträubend. Amerika, der große Satan, der nun auch Afghanistan angreift. Kein Wort davon, wo die eigentliche Verantwortung liegt. Das Einzige, was von den Taliban erwartet wurde, war, Herrn Bin Laden auszuliefern. Ohne mit der Wimper zu zucken, nahm es das afghanische Regime in Kauf, seine eigene Bevölkerung einem Krieg auszusetzen. Wem, bitte, ist es hier völlig egal, was die afghanische Zivilbevölkerung zu erdulden hat? Präsident Bush ist kein Terrorist, auch wenn Arundhati Roy es noch so gern so sehen möchte. Sie hat sich mit ihrer naiven, rührseligen Kritik an Herrschaftsstrukturen völlig disqualifiziert.

Princeton (New Jersey) — Barbara Zuber

CHRISTOPHER BROWN / CORBIS SABA

Autorin Roy
Ein emotionaler Lichtblick

MARCO DI LAURO / AP

US-Bombardement nördlich von Kabul: *Gerechter Krieg?*

Vielen Dank für diesen Essay, der ein emotionaler Lichtblick ist und mir zeigt, dass ich mit meinen Emotionen bezüglich dieses amerikanischen Krieges nicht allein bin. Geboren im Zweiten Weltkrieg und nur knapp mit leichter Kopfverletzung und großem Glück dem Schicksal eines Kollateralschadens entgangen, wecken die Berichte aus Afghanistan wieder in mir die Gefühle für die Kinder meines Jahrgangs, die in Darmstadt oder Hiroschima in Kohle umgewandelt wurden. Kollateralschäden, sonst nichts.

Oppenheim (Rhld.-Pf.) — Dieter Bickel

Es wäre vernünftiger, wenn Frau Arundhati Roy sich über die sehr komplizierte Lage in USA/Afghanistan differenziert äußern würde, anstatt eine giftige Kritik an Amerika und den „mächtigen Ländern der Welt“ so schamlos und propagandistisch im SPIEGEL auszubreiten. Frau Roy scheint an der Kriegführung interessiert zu sein, wenn sie solche gegen andere Nationen aufhetzenden einseitigen Essays veröffentlicht.

Frankfurt am Main — Maria Kneier

Dies ist das erste vernünftige Wort seit dem 11. September, welches ich zum Thema vernehme. Wer diesen SPIEGEL-Essay nicht gelesen hat, sollte es im eigenen Interesse bitte nachholen.

Winden (Bad.-Württ.) — Stephan Sulzberger

Arundhati Roy trifft den Nagel auf den Kopf. Der Afghanistan-Krieg ist letztlich ein terroristischer Angriff der Vereinigten Staaten, der nicht nur die wahren Täter des Attentats vom 11. September nicht erreicht, sondern auch die wahren Motive der USA verschleiert: Öl, Öl und nochmals Öl. Die „freieste“ und „friedliebendste“ Nation der Welt ist in den vergangenen 50 Jahren fast ständig im Krieg und hat sich brutal und eigenmächtig in die inneren Angelegenheiten vieler Länder eingemischt – und zwar immer dann, wenn es um handfeste wirtschaftliche Interessen ging.

Laubach (Hessen) — Dr. Alexander Schieffer

Es ist wichtig und beruhigend, dass es Medien wie den SPIEGEL gibt, die gegen den derzeitigen „Mainstream“ einer mutigen Frau wie Arundhati Roy Platz einräumen – Respekt.

Rostock — Ulrich Hammer

Da neben den unzähligen Opfern seit dem 11. September vor allem die Wahrheit geopfert wurde, danke ich dem SPIEGEL für seine unabhängige Haltung. Es fiel mir schwer, Arundhati Roys Essay „Krieg ist Frieden“ zu lesen, weil ich weinen musste.

Monte Carlo — Wolfgang Joop

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Adresse lautet: leserbriefe@spiegel.de

In der Heftmitte einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe befindet sich ein zwölfseitiger Beihefter der Firma WMF, Geislingen. In einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe befindet sich ein Postkartenbeikleber der Firma Pfizer, Karlsruhe, und ein Prospektbeikleber der Firma K+S, Karlsruhe, sowie Beilagen der Firmen Amazon.de, Hallbergmoos, Dreiviertel Verlag/mare, Hamburg, Delta-V, Wuppertal, Handicap, München, und Tyrwhitt, London.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ZUWANDERUNG

Risse in der Blockadefront

BENNO GRIESHABER / DDP

Indische Computerspezialisten in München

Innenminister Otto Schily (SPD) darf im Bundesrat beim geplanten Zuwanderungsgesetz auf die Zustimmung von Brandenburg und Bremen hoffen, um in der Länderkammer doch noch eine Mehrheit für das Gesetzespaket zu erreichen. Im Gegensatz zu Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die den Gesetzentwurf grundsätzlich ablehnen, plädieren der Brandenburger Innenminister Jörg Schönbohm und der Bremer Innensenator Kuno Böse (beide CDU) für eine Einigung mit der SPD. In beiden Ländern regiert eine Große Koalition; schon die märkischen Stimmen würden für eine Mehrheit im Bundesrat reichen. Schönbohm berät sich jetzt mit Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD), wie sich Brandenburg verhalten soll; er hofft, dass Schily sich noch auf die Union zubewegt. „Von der Grundidee liegt Schily richtig“, sagt auch Böse. „Aber in dem Gesetz muss eine deutliche Zuzugsbegrenzung enthalten sein.“

INGO WAGNER / DPA

Böse

ARIS

Schönbohm

Umstritten sind vor allem die hohen Kosten für die Integration, das Nachzugsalter für Kinder, das die Union auf 12 statt der geplanten 14 Jahre begrenzen möchte, sowie die nichtstaatliche Verfolgung von Flüchtlingen als Abschiebehindernis. Auch schwammige Formulierungen, die Schily nur per Verordnung und nicht per Gesetz präzisieren will, sowie das gelockerte Arbeitsrecht für Zuwanderer werden von der Union kritisiert. Sollte Schily den Ländern nicht wenigstens in einzelnen Punkten entgegenkommen, wollen Böse und Schönbohm das Zuwanderungsgesetz im Bundesrat allerdings ablehnen. „Wenn die SPD mit dem Gesetz scheitert“, warnt Schönbohm, „wird Zuwanderung ein Wahlkampfthema.“

Erhöht wird der Druck zu einem Konsens durch die Wirtschaft. „Wenn es jetzt nicht zur Einigung kommt“, so der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ludolf von Wartenberg, „verlieren wir wieder mehr als ein Jahr Zeit.“ Der BDI fordert daher die CDU-geführten Länder auf, trotz der Bedenken zuzustimmen.

HAUSHALTSDEFIZIT

Sparen statt Pumpen

Trotz wegbrechender Steuereinnahmen hält Bundesfinanzminister Hans Eichel an seinem Ziel fest, dass im Jahr 2004 die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt keine Neuverschuldung mehr ausweisen sollen. Das geht aus einer internen Projektion des Finanzministeriums hervor, in der die am vergangenen Freitag bekannt gegebenen Steuerausfälle von mehr als 30 Milliarden Mark für 2001 und 2002 bereits berücksichtigt sind. Demnach wird das gesamtstaatliche Defizit für Deutschland im laufenden Jahr zweieinhalb Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen, im Jahr 2002 zwei Prozent. Für 2003 sagen Eichels Experten ein Minus von einem Prozent voraus. Für 2004 und 2005 steht jeweils eine Null im Tableau. Das Zahlenwerk unterscheidet sich damit deutlich vom Stabilitätsprogramm, das die Bundesregierung Ende des vergangenen Jahres an die Brüsseler EU-Kommission geschickt hat. Damals hatte sie das Defizit für 2001 auf anderthalb Prozent taxiert. Die Werte für 2002 und 2003 fallen in der aktuellen Schätzung doppelt so hoch aus wie im Stabilitätsprogramm. Damit Deutschland 2004 dennoch auf einen ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt kommt, müsse direkt zu Beginn der nächsten Legislaturperiode über ein neues Sparpaket nachgedacht werden, raten Eichels Beamte ihrem Minister.

THOMAS KOEHLER / PHALANX

Eichel

Gesamtstaatliches Defizit 2001 bis 2004
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	2001	2002	2003	2004
nach dem Stabilitätsprogramm Okt. 2000	1½	1	½	0
nach aktuellen internen Schätzungen	2½	2	1	0

Erdbeobachtung mit Esa-Satellitensystem Envisat (Zeichnung)

ESA

RAUMFAHRT

Ariane statt Klimasonden

Zwischen Forschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) und Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) bahnt sich ein Streit an: Noch vergangene Woche pochte Trittin beim Weltklimagipfel in Marokko darauf, dass die Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls den Ausstoß von Treibhausgasen strikt überwachen. Nun aber will Bulmahn das Budget für die Erdbeobachtung bei der Europäischen Raumfahrtorganisation Esa stark kürzen. Setzt sich die Ministerin durch, müssen künftige Satelliten-Missionen – unter anderem zur Messung von Klimagasen – gestrichen oder zumindest stark eingeschränkt werden. Unter Bulmahns Vorsitz beschließt in dieser Woche im schottischen Edinburgh der Esa-Ministerrat den Etat für Europas Aktivitäten im All. Zu Gunsten der Internationalen Raumstation und des teuren Ariane-Raketenprogramms soll das Erdbeobachtungs-Rahmenprogramm bis 2007 auf 1,2 Milliarden Euro heruntergefahren werden – fast ein Drittel weniger als geplant. Dabei solle der deutsche Beitrag trotz heftigen Widerstands der Briten überproportional gesenkt werden, klagen hiesige Wissenschaftler. Das Forschungsministerium bezeichnet den ursprünglich vorgesehenen Etat von 1,7 Milliarden Euro demgegenüber als „Wunschzahl der Esa-Verwaltung“.

MATTHIAS RIETSCHEL

Schwalm

SACHSEN

Order vom General?

Die Amtsführung des sächsischen Generalstaatsanwalts Jörg Schwalm gerät erneut in die Kritik. Der oberste Ankläger des Freistaates hatte zuletzt von Sachsens Justizminister Manfred Kolbe (CDU) einen Rüffel kassiert, weil er Neonazis, die die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen SS“ auf Demonstrationen skandiert hatten, nicht verfolgen wollte. Jetzt bringt ihn ein brisanter Vermerk seiner Behörde unter Druck. Gegenstand ist der Versuch der Staatsanwaltschaft Leipzig, ein dubioses Immobiliengeschäft des Kölner Bauunternehmers Heinz Barth, eines Freundes des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU), aufzuklären (SPIEGEL 46/2000). Nach einem Telefonat mit der ermittelnden Staatsanwältin Claudia Laube im März 2000 hielt eine Mitarbeiterin Schwalms fest, dass die Staatsanwältin wegen der von ihr beabsichtigten Wiederaufnahme des Barth-Verfahrens „in Sorge“ sei. Die Wiederaufnahme der im Juni 1998 eingestellten Vorermittlungen könne kritisch werden. Laube soll geäußert haben, sie sei 1998 von der Generalstaatsanwaltschaft „geradezu gedrängt worden“, das Verfahren „sehr schnell einzustellen. Sie selbst habe äußerste Mühe gehabt, die Einstellungsverfügung einigermaßen plausibel zu begründen“. Tatsächlich scheiterte die Wiederaufnahme im vergangenen Jahr: Die Generalstaatsanwaltschaft beschied die Leipziger Fahnder, man solle „alles so lassen, wie es ist“.

BERLIN

Chaos-Sanierung

Für das Land Berlin als Hauptanteilseigner birgt der Versuch, die angeschlagene Bankgesellschaft Berlin zu sanieren, neue Finanzrisiken in Höhe von rund einer Milliarde Mark. Hintergrund: Um Kosten zu sparen, sollen laut eines Vorstandsbeschlusses mehrere Banktöchter aufgegeben und abgewickelt werden. Der Einspareffekt, den sich die Bankmanager davon versprechen, dürfte allerdings durch neue Kosten mehr als aufgefressen werden. Denn die Kündigungswelle betrifft vor allem die für die Immobilienbewirtschaftung zuständigen Töchter und zwingt sie auch damit zur Veräußerung ihrer Bestände. Ein solcher Verkauf ist am Markt derzeit aber nur mit extrem hohen Verlusten zu realisieren. Einer internen Aufstellung zufolge würde allein beim schnellen Verkauf der Wohnungsbestände ein Buchverlust von rund 800 Millionen Mark anfallen, der letztlich am Land Berlin hängen bliebe. Banken-Insider bezeichnen deshalb die bisherige Abwicklungsstrategie von Vorstandschef Wolfgang Rupf und seinem neuen Immobilienspezialisten Reinhardt Gennies als „neue Methode, Landeseigentum zu vernichten“. Intern wird ihnen zudem vorgeworfen, Berlins Finanzsenatorin Christiane Krajewski (SPD) über die Risiken des Abwicklungsprogramms getäuscht zu haben.

GEZETT

Bankgesellschaft Berlin

RHEINLAND-PFALZ

Oberflächliche Aufsicht

Nachwehen der „Doerfert-Affäre“ belasten die Landesregierung. Nachdem der Trierer Ex-Caritas-Manager Hans-Joachim Doerfert im Juli wegen Veruntreuung und Bestechlichkeit zu zehneinhalb Jahren Haft verurteilt wurde, wirft der Landesrechnungshof jetzt dem SPD-geführten Sozialministerium vor, bei der Vergabe von Fördermitteln an die Trierer Caritas Trägergesellschaft (CTT) geschlampt zu haben. Die Bewilligungsbehörde habe einen Millionenschaden mit zu verantworten.

Hintergrund: Am St. Antonius-Altenheim in Bad Münster am Stein-Ebernburg – Baukosten rund 13,3 Millionen Mark – beteiligten sich die öffentliche Hand und das Bistum Trier mit etwa 10 Millionen. Damit war – wegen einer nachträglichen Mittelzusage des Bundes – der Eigenanteil der CTT, der mal 52 Prozent betragen sollte, auf 22 Prozent geschrumpft. Ein Zuschuss des Landes war deshalb laut Rechnungshof nicht mehr gerechtfertigt. Außerdem seien „vermeidbare Baukosten“ von mindestens drei Millionen Mark entstanden. Die Aufsichtsbehörde habe dies ebenso wenig bemerkt wie die Hinweise „auf Manipulation“ der Ausschreibung.

CAMAY SUNGU / AP

ICE-Züge

VERKEHR

Bahn behält Schatz

Keine Mark muss die Bahn AG von ihren nicht rechtzeitig verbauten Steuermitteln an den Straßenbau abgeben. Damit hat sich Bahnchef Hartmut Mehdorn, der beim Kanzler persönlich interveniert hatte, bei den Haushältern der Regierungskoalition gegen Verkehrsminister Kurt Bodewig (SPD) durchgesetzt. Die Sozialdemokraten wollten den Subventionsüberschuss der Bahn für den Straßenbau sichern. Allein in diesem Jahr kann der Schienenkonzern mehr als zwei Milliarden Mark, die ihm zugewiesen sind, nicht verbauen; für 2002 rechnen Experten mit 700 Millionen Mark. Die Bahn soll mit den für Investitionen bewilligten Geldern Schulden abbauen und Planungskapazitäten schaffen; 800 Millionen Mark bleiben allerdings vorläufig in der Bundeskasse. Während der grüne Koalitionspartner den Sieg für die Bahn feiert, sind vor allem Sozialdemokraten enttäuscht über ihren erfolglosen Minister. Ein SPD-Fraktionsmitglied: „Im Geiste hatten viele schon das rote Band für die neue Umgehungsstraße in ihrem Wahlkreis durchgeschnitten.“

MASTSKANDAL

Tierische Gewinne

JOERG SARBACH / AP

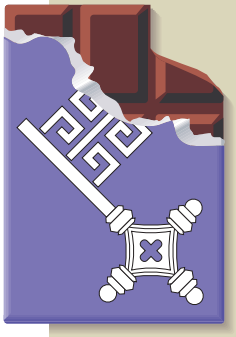
Mastferkel

Der im Januar aufgeflogene bayerische Schweinemastskandal soll für die beteiligten Tierärzte erhebliche finanzielle Folgen haben: Die Staatsanwaltschaft in Regensburg will bei den Ärzten den Gewinn abschöpfen, den sie mit dem Verkauf illegaler Tiermedikamente erzielt haben sollen. Nach vorläufigen Berechnungen der Ermittler hat etwa der hauptbeschuldigte Straubinger Veterinär Roland Fechter dabei angeblich einen Umsatz von 2,4 Millionen Mark gemacht. Diesen Betrag wollen die Ermittler nun pfänden lassen. Der Anklage der Staatsanwaltschaft zufolge hat Fechter mehrere tausend Mal gegen das Arzneimittelrecht verstoßen. Womöglich muss die Anklage noch erweitert werden: Einige Spezialmischungen Fechters werden noch untersucht. Unter anderem hatte der Tierarzt Präparate verkauft, denen Kakaopulver beigemischt worden war.

Im Visier der Staatsanwaltschaft ist jetzt auch Fechters Mutter, die beim illegalen Handel geholfen haben soll. Darüber hinaus soll sie nach der Verhaftung ihres Sohnes Medikamente aus dem Altbestand in Österreich zum Verkauf angeboten haben.

Am Rande

Dealer Lila Kuh



In Bremen hat Milka (das sind die mit der handkolorierten Kuh) neulich 55 000 Schoko-Präsente an 144 Schulen verteilt. Das sollte als nette Geste verstanden werden und keineswegs als Versuch, unbedarfte Kinder auf dem Schulhof anzufixen („Ey, versuch mal, die erste Tafel ist auch umsonst“). Nein, Milka wollte Dankeschön sagen, weil die Firma monatelang ein Riesenwerbeplakat am Rathaus aufhängen durfte, was viele Bremer als aufdringlich empfanden.

Was aber haben kritische Bremer Schulen gemacht? Einige sind ins Kleindealergeschäft eingestiegen und haben den Kram weiterverkauft, eine andere hat alles zurückgeschickt. Ob runzelige Möhren aus dem Schulgarten als gleichwertiger Ersatz angesehen werden, sei mal dahingestellt. Immerhin ist nun aber durch das Buhei der Kritiker der Werbeeffekt so groß, dass die Tür für weitere Aktionen offen steht: Kukident könnte mit einem Eierlikör-Fabrikanten darum streiten, wer städtische Seniorenheime sponsern darf, Ado mit Alno um Straßennamen in Neubausiedlungen des sozialen Wohnungsbaus.

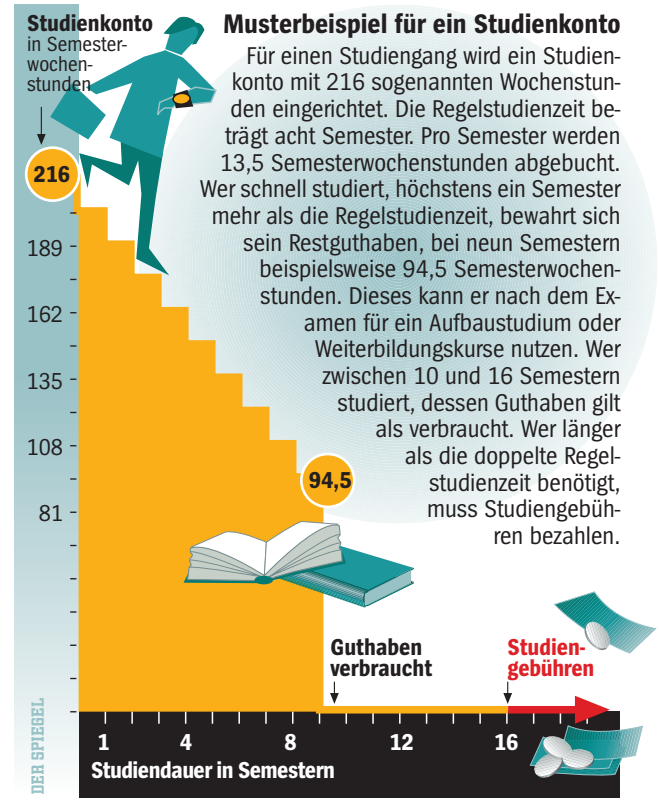
Das alles hätten Bremens konsumkritische Lehrer vermeiden können, wenn sie das Geschenk stillschweigend in den Unterricht integriert hätten. Kleiner Kopfrechenexkurs zum Beispiel: 55 000 Pakete auf 144 Schulen macht wie viel? Na? Und fürs Rechnen mit Unendlich: Wie viele Milka-Tafeln muss man in die Klassenräume schleppen, um das Fett abzuschmelzen, das man sich hinterher wieder anfrisst?

STUDIENGEBÜHREN

Modell Mühsal

Das von den SPD-regierten Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz geplante Studienkonten-Modell wird sich bundesweit nicht durchsetzen lassen. Mit den Zeitkonten wollen die beiden Länder sicherstellen, dass Studieren grundsätzlich gebührenfrei bleibt, Langzeitstudenten aber zahlen müssen. Bayerns Wissenschaftsminister Hans Zehetmair (CSU) hält das Verfahren, das die Studiendauer jedes Studenten in Semesterwochenstunden umrechnet, jedoch für „zu kompliziert“. Der Stuttgarter Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) begrüßt zwar, dass damit auch von SPD-Ländern „die Berechtigung von Studiengebühren prinzipiell anerkannt wurde“. Gleichzeitig hält jedoch auch er das Modell für „untauglich, weil die Studienkontenführung einen ungeheuren Aufwand an Kontrolle und Verwaltung mit sich bringen würde“. In Baden-Württemberg müssen Langzeitstudenten ab dem 14. Semester 1000 Mark pro Halbjahr zahlen.

Selbst aus der SPD kommt Kritik. Niedersachsens Wissenschaftsminister Thomas Oppermann, der sich am Baden-Württemberger Modell ausrichten will, bemängelt: „Nur eine Orientierung an der Semesterzahl kann die Studienzeit verkürzen. Schließlich wird die Lebenszeit auch nicht in Semesterwochenstunden, sondern in Jahren gemessen.“



Musterbeispiel für ein Studienkonto

Für einen Studiengang wird ein Studienkonto mit 216 sogenannten Wochenstunden eingerichtet. Die Regelstudienzeit beträgt acht Semester. Pro Semester werden 13,5 Semesterwochenstunden abgebucht. Wer schnell studiert, höchstens ein Semester mehr als die Regelstudienzeit, bewahrt sich sein Restguthaben, bei neun Semestern beispielsweise 94,5 Semesterwochenstunden. Dieses kann er nach dem Examen für ein Aufbaustudium oder Weiterbildungskurse nutzen. Wer zwischen 10 und 16 Semestern studiert, dessen Guthaben gilt als verbraucht. Wer länger als die doppelte Regelstudienzeit benötigt, muss Studiengebühren bezahlen.

BERLINER SCHLOSS

Rettet die Volkskammer!

Namhafte ostdeutsche Politiker wollen für den Fall, dass das 1950 gesprengte Stadtschloss wieder aufgebaut wird, auch den Plenarsaal der früheren DDR-Volkskammer dort unterbringen. Der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, die frühere Präsidentin der DDR-Volkskammer, Sabine Bergmann-Pohl, und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD) haben dies in einem Appell an die „Internationale Expertenkommission Historische Mitte Berlin“ gefordert. Die Kommission berät über den möglichen Wiederaufbau des Schlosses und damit gleichzeitig über das Schicksal des „Palastes der Republik“, der heute noch an dieser Stelle steht und in dem die Volkskammer einst tagte. Der Plenarsaal solle, so der Brief der Politiker, „als historischer Ort erhalten bleiben“. Hier habe die erste frei gewählte Volkskammer schließlich den „Beschluss zur Herstellung der Einheit Deutschlands“ gefasst. Für den kompletten Erhalt des Palasts machen sich die Briefautoren nicht stark.

SICHOV / SIPA PRESS

Plenarsaal der DDR-Volkskammer (1989)

Werbeseite

Werbeseite

Abmarsch in die Realität

Ernstfall für Rot-Grün: 56 Jahre nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht soll die Bundeswehr in den Kampf ziehen. Schneller als erwartet wird ausgerechnet der Sozialdemokrat Gerhard Schröder zum Kriegskanzler. Der Bombenhagel in Afghanistan könnte die Koalition sprengen.

Der Wunsch der Amerikaner war klar. Im Vier-Augen-Gespräch mit dem deutschen Bundeskanzler drängte der Gast aus Washington auf ein schnelles Ende der Enthaltsamkeit. „Auch in Deutschland“, sagte er, „muss der Geist der Entschlossenheit zur Verteidigung viel stärker zum Ausdruck kommen, als dies bisher geschehen“ sei.

Die US-Regierung erwarte, dass die Deutschen ihre Sonderrolle endlich aufgäben: „Wenn es überhaupt ein Land gibt, das eine europäische Aufgabe hat“, schmeichelte der Besucher dem Regierungschef, „so ist das Deutschland, das über mehr Kraft und Energie verfügt als andere europäische Länder.“

Der Deutsche sah das genauso. „Es war unbedingt notwendig“, notierte er später, „dass wir ein eindeutiges Bekenntnis zum Westen ablegten.“ Die innenpolitische Kontroverse sah er voraus, und er wollte sie trotz der schwierigen Gemütslage seiner Deutschen durchstehen. Es sei notwendig, „dass wir den wankenden Glauben in uns befestigen“.

Das war Anfang der fünfziger Jahre. Der Kanzler hieß damals Konrad Adenauer,

MICHAEL URBAN / DDP

Koalitionäre Fischer, Schröder*
Grimmige Härte

* Am vergangenen Donnerstag im Berliner Reichstag während der Debatte zum Afghanistan-Einsatz. Im Hintergrund: Verteidigungsminister Rudolf Scharping.

Meinungsumschwung

„3900 deutsche Soldaten sollen für die Afghanistan-Krise bereitgestellt werden. Befürworten Sie die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA, die Kanzler Schröder versprochen hat?“

Umfrage Anfang Oktober

„Befürworten Sie die uneingeschränkte Solidarität mit den USA, wie sie Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgerufen hat?“

Umfrage Anfang November

	Oktober: gesamt	November: gesamt	West	Ost	Anhänger von SPD	CDU/CSU	B'90/Grüne	FDP	PDS
Ja	71	51	55	36	62	62	24	58	11
Nein	23	43	40	58	35	35	76	42	89

NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 6. bis 8. November; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/„egal“/keine Angabe

sein Gast aus Washington war der Hohe Kommissar John McCloy. Die Dialoge, die der „Alte“ aus Rhöndorf später in seinen „Erinnerungen“ wiedergab, lesen sich heute so aktuell, als hätte der amtierende Kanzler Gerhard Schröder sie verfasst. Adenauer betrieb die Wiederbewaffnung, um die Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft zurückzuführen.

Ein halbes Jahrhundert später ist der heutige Amtsinhaber dabei, Adenauers Integrationswerk zu vollenden. Deutschland meldet sich endgültig auf der Weltbühne zurück – nicht als Furcht einflößender Aggressor, sondern als Teil der westlichen Anti-Terror-Allianz.

„Der Beitrag, den wir leisten wollen, ist auch Ausdruck unserer Bereitschaft, der gewachsenen deutschen Verantwortung Rechnung zu tragen“, so Staatsmann Schröder in seiner Regierungserklärung am vergangenen Donnerstag. Es folgten Worte, die Sekundärtugenden anmahnten: Pflicht. Verlässlichkeit. Gemeinsames Handeln. Und dann jene Vokabel, die der Kanzler seit dem 11. September immer wieder zelebriert: „uneingeschränkte Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika“.

Was das heißen würde, hatte man bisher nur geahnt. Schröder stellte nochmals klar, was dem Land bevorsteht: „Die Bereitstellung geeigneter militärischer Fähigkeiten zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.“

Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg sollen wieder Soldaten in einen Krieg außerhalb Europas ziehen – zu Wasser, zu Lande und in der Luft. 3900 Mann werden losgeschickt, sie sollen nicht nur Sanitätskoffer tragen. Ein kleiner Trupp riskiert auch sein Leben an der Front, wahrscheinlich noch vor Weihnachten (siehe Seite 42).

Man werde den Amerikanern jetzt jene Solidarität zurückgeben, die Deutschland „über viele Jahrzehnte wie selbstverständlich genommen“ habe, so Schröder am Donnerstag vor dem Parlament. Versteinerte Mienen, keine Widerworte, kein Applaus. So viel Ernsthaftigkeit war selten im politischen Betrieb, der üblicherweise durch seine laute Vielstimmigkeit auffällt.

Die Bilder der US-Invasion in Afghanistan und die Erinnerung an den Terrorangriff auf das World Trade Center verdichteten sich an diesem Tag zu dem, was Historiker später „Zäsur“ nennen werden. Deutschland, so scheint es, ist in der Nachkriegsrealität angekommen – zögernd zunächst, aber dann fast ungeduldig: wenn schon, dann zügig.

Das neue Deutschland ist ein europäischer Staat, der für sich kaum noch Sonderrechte und Rücksichtnahmen reklamieren kann. „Entscheidungsspielräume“, sich aus internationalen Großkrisen herauszuhalten, gebe es nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr, erklärt ein Re-

DETMAR MODES / BMVG

KSK-Soldaten im Training: *Noch vor Weihnachten an die Front?*

YANNIS BEHRAKIS / REUTERS

US-Bombardement vor Kabul: *Was passiert, wenn der Konflikt eskaliert?*

KEVIN LAMARQUE / REUTERS

US-Präsident Bush (mit Polizeibeamten in Atlanta): *„Ein Partner muss auch etwas leisten“*

gierungs-Insider. Das sei der „Preis des Erwachsenwerdens“.

Schon einen Tag vor der Kanzler-Erklärung hatte das Kabinett den „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte“ beschlossen. Und die Welt war nicht entsetzt, sondern reagierte erleichtert. „Der Krieg hat Schröder geholfen, Deutschland wieder normal zu machen“, lobte das „Wall Street Journal“. Präsident George W. Bush äußerte sich zufrieden über die Bereitschaft der Europäer zum militärischen Einsatz und bekräftigte: „Ein Partner muss auch etwas leisten.“

Viele Deutsche – quer durch die Parteien – schaudert es noch vor der Aussicht auf den Militäreinsatz, obwohl ein konkreter Marschbefehl bislang aussteht. Doch mit grimmiger Härte demonstrieren Kanzler und Außenminister in diesen Tagen ihre Entschlossenheit, alle Widerstände innerhalb von Parteien und Fraktionen zu überwinden.

Die Regierungsspitze möchte offenbar das sichere Gefühl ausstrahlen, für den Augenblick das Richtige getan zu haben. Weil der Terror die gesamte zivilisierte Welt bedrohe und der Nato-Bündnisfall eine „Verpflichtung“ bedeute, auch wenn Solidarität nicht immer eine „Gesinnungsgemeinschaft“ sei.

Steht ein Flächenbrand bevor, den man später als Dritten Weltkrieg bezeichnen wird?

Doch die zur Schau gestellte Entschlossenheit ist gepaart mit gehörigen Zweifeln. Die Worte des Zupack-Kanzlers und seines Außenministers überdecken nur mühsam die Emotionen, die eigene Unsicherheit der Akteure, in welche Zukunft sie die Deutschen gerade abmarschieren lassen. Auch die, die der Wählerauftrag zum Antworten verpflichtet hat, haben dieselben Fragen wie die Skeptiker im Volk.

Lässt sich der internationale Terror wirklich mit Flächenbombardements in einem der ärmsten Länder der Erde besiegen? Welchen Einfluss wird Deutschland nehmen können – auf das US-Militär, auf die amerikanische Regierung?

Und was passiert, wenn der Konflikt eskaliert, wenn die Terroristen erneut angreifen – in Kernkraftwerken, Schulen, Regierungsgebäuden? Steht womöglich ein Flächenbrand bevor, den man später als Dritten Weltkrieg bezeichnen wird?

Die Stimmungslage im Land ist diffus: Da ist das Mitleid für die Flüchtlinge aus dem Zwei-Fronten-Krieg zwischen US-Bombern und Taliban-Terror, überall herrschte bis vergangenen Freitag Ratlosigkeit angesichts der nur geringfügigen militärischen Erfolge, und immer stärker wächst die Angst vor Anschlägen womöglich auch hier zu Lande. Immerhin 43 Prozent der Bevölkerung – im Osten sogar zwei Drittel – sind nach einer Umfrage in der vergangenen Woche grundsätzlich dagegen, den Amerikanern uneingeschränkte Solidarität zu gewähren.

In den Regierungsfraktionen herrscht seit dem Kabinettsbeschluss der Ausnahmezustand. Nur wenige Abweichler kann sich Rot-Grün leisten. Eine breite Ablehnung der Regierungspolitik würde, ja müsste das Ende der Koalition bedeuten.

Auch der Kanzler will nichts mehr ausschließen. In der kleinen Lage, einer informellen Runde, an der neben Schröder auch der SPD-Fraktionschef Peter Struck, der SPD-Generalsekretär Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramts, teilnehmen, offenbarte sich am Freitagmorgen Ratlosigkeit über das, was kommen kann.

Was passiert, wenn sich die Kriegsgegner nicht zum Ja zwingen lassen?

Kann man über einen Wechsel des Regierungspartners überhaupt nachdenken –

und wenn ja: Welches Bündnis böte sich zum Weiterregieren an? Rot-Gelb mit Guido Westerwelle als Juniorchef? Das wäre eine noch knappere Mehrheit als unter Rot-Grün. Also doch eine Große Koalition?

Am Ende flüchteten die Teilnehmer in das Prinzip Hoffnung: Es gebe keine Alternative zu Rot-Grün. Die Abweichler sollen in Einzel- und Gruppengesprächen überzeugt werden. Schröder selbst will in dieser Woche bei den Grünen um Zustimmung werben.

Bereits am vorigen Mittwochmorgen signalisierte ihm Struck, es sei mit mindestens 20 Abweichlern zu rechnen. „Politisch ist das eine schwierige Situation“, so Struck, „aber das müssen wir durchstehen.“

Für Schröder wäre die selbst definierte „rote Linie“ erst überschritten, wenn eine der Koalitionsfraktionen „mit Mehrheit“ die Gefolgschaft verweigerte. Statt der zunächst eingeforderten eigenen Koalitionsmehrheit reiche ihm eine „breite Mehrheit“ im Bundestag völlig aus – von wem auch immer. Wegen ein paar fehlender Stimmen werde man sich nicht aufregen, so die Botschaft.

Doch seit Donnerstag der vergangenen Woche wissen die Regierenden, worum es geht. Da erklärte die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer in der Grünen-Fraktion, sie vertraue zwar ihrem Außenminister, dem Kanzler selbst aber „weniger“. In dem Moment war die Vertrauensfrage wie von selbst gestellt.

Joschka Fischer hatte es zuvor auch mit der beliebten Mischung aus Schmeicheln und Drohen nicht geschafft, seine Truppe auf Linie zu bringen. Ein Nein zur Entsendung deutscher Soldaten sei „fatal für Deutschland“, warnte er. In einem solchen Fall könne bei ihm die Ansicht reifen, „das war’s dann“.

Nach Vollmers Intervention riss bei Fischer der Geduldsfaden. Kurzerhand setzte er sich an die Spitze der langen Rednerliste, ließ die verdatterten Zuhörer wissen: „Ich klebe nicht an meinem Stuhl“, packte die Tasche und verließ den Saal.

Am nächsten Morgen meldete Fraktionschef Rezzo Schlauch an seinen Amtskollegen Struck: „Bereitet euch auf alles vor.“ Nicht nur die drohenden Nein-Stimmen machen den Grünen zu schaffen. Einige Abgeordnete erwägen angeblich den Absprung zur PDS (siehe Seite 30).

Dabei hatte die Bundesregierung alles darangesetzt, den Kriegseintritt Deutschlands gerade für die eigene Klientel so sanft wie möglich zu inszenieren. Schon früh griff der Bundeskanzler ins Räderwerk der Geschichte, damit auch alles pannenfrei vonstatten geht.

Die Vorbereitung begann bereits am 11. September. Im Kanzleramt hatten sich am Nachmittag der Terroranschläge auf die USA die Minister Fischer, Rudolf Scharping und Otto Schily beim Kanzler versammelt, um über die Schreckensnachrichten aus New York und Washington zu beraten.

J. SCOTT APPLEWHITE / AP

Minister Rumsfeld*: *Für neues Misstrauen gesorgt*

Die Bilder im Fernsehen und die Nachrichten über eine weitere abgestürzte Maschine in Pennsylvania ließen wenig Raum für Interpretationen. „Das ist der Bündnisfall“, sagte Fischer in die Runde.

Schon am nächsten Tag begannen die Deutschen mit den Planungen. Schröder nahm am Rande der Debatte im Bundestag Generalinspekteur Harald Kujat zur Seite und fragte, was die Deutschen denn zum Kampf gegen den Terror beisteuern könnten. Scharping ließ im Verteidigungsressort untersuchen, welche Bestände des deutschen Militärarsenals für den Einsatz taugen.

Lange Zeit brauchten die Militärs in Berlin, um überhaupt herauszufinden, was den USA nützlich sein könnte. Doch die Berliner Regierungsspitze war sich einig, dass Anfragen nach Militärhilfe seitens der Amerikaner eine logische Folge der Ausrufung des Nato-Bündnisfalls sein würden – und sei es nur als Test auf die Bündnistreue. Lieber wollten die Deutschen diese Anforderungen selbst gestalten, als später überrascht zu werden.

Erst Anfang Oktober, etwa mit Beginn der Angriffe auf Afghanistan, sah man in Berlin klarer. Auf einer dreitägigen Reise sondierte Schröders Sicherheitsberater Michael Steiner bei seiner amerikanischen Kollegin Condoleezza Rice in Washington die Lage. Im Vier-Augen-Gespräch ließ er wissen, dass Schröder unter deutscher Unterstützung auch militärischen Beistand verstehe. Steiner bat die Bush-Vertraute aber zugleich um Verständnis dafür, dass Amerika den Deutschen nichts Unmögliches abverlangen könne. Was er denn damit meine, fragte Rice zurück. Den Einsatz von Kampftruppen der Bundeswehr in Afghanistan selbst, entgegnete Steiner.

Als Schröder unmittelbar nach Beginn der US-Angriffe am 7. Oktober selbst nach Washington reiste, konnte er auf diesen Sondierungen aufbauen. Es habe „keinen Listenaustausch“ im Weißen Haus gegeben, so der Kanzler, aber es sei über „Einzelheiten“ eines Militärbeitrags geredet worden. Am 15. Oktober landete das erste greifbare Resultat im Kanzleramt. Washington zeigte sich an ABC-Abwehrpanzern des Typs „Fuchs“ und dem Sanitäts-Airbus der Bundesluftwaffe interessiert.

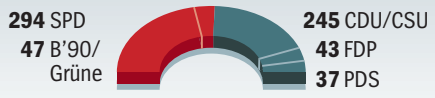
Für solche Bestellungen hatte die Militärbürokratie sich rasch einen Apparat aufgebaut. Im US-Hauptquartier in der MacDill-Luftwaffenbasis in Florida installierte die deutsche Militärführung eine „Verbindungszelle“, die möglichst viele Informationen über die amerikanischen Militärplanungen nach Berlin lenken sollte. Genau wie Briten und Franzosen ließen

Schröders knappe Mehrheit

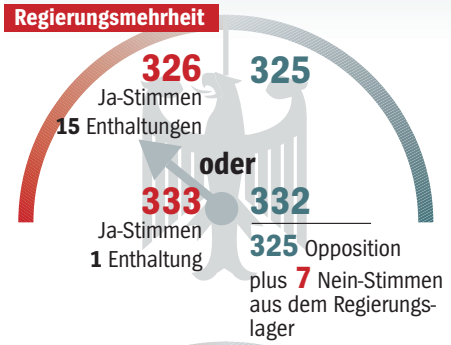
Das Regierungslager im Bundestag kann sich nur wenige Nein-Stimmen und Enthaltungen leisten, um nicht auf die Opposition angewiesen zu sein.

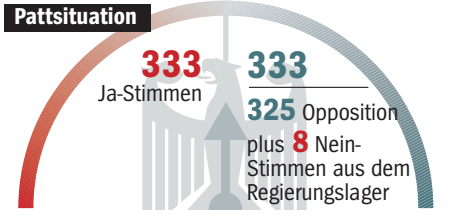
Drei Fallbeispiele – bei vollzähliger Anwesenheit:

Bundestagsmandate: **666**



DER SPIEGEL





* Mit General Tommy Franks während der Pressekonferenz zum Afghanistan-Einsatz am vergangenen Donnerstag in Washington.

„Auch ich habe mein Gewissen befragt“

Der Grünen-Fraktionschef Rezzo Schlauch über die wackelige Koalition und den Anti-Terror-Krieg

SPIEGEL: Herr Schlauch, wie lange hält die rot-grüne Koalition noch?

Schlauch: Das ist bei einer Frage, bei der deutsche Soldaten ihr Leben riskieren, nicht vorrangig. Es geht um die Sachfrage: die Entsendung deutscher Soldaten in den Anti-Terror-Kampf. Dafür braucht die Regierung eine verlässliche Mehrheit. Deshalb werden wir die eigene Mehrheit auch anstreben.

SPIEGEL: Da müssen Sie viele Ihrer Leute aber noch gehörig kneten.

Schlauch: Ich knete niemanden – ich setze auf die Kraft der Argumente. Manche Fraktionskollegen meinen, mit militärischen Mitteln sei der Terrorismus nicht zu bekämpfen. Dies sehe ich anders. Wir können uns beim Kampf gegen den Terrorismus nicht aus der schmutzigen Seite des Krieges ausblenden und uns nur für die politisch-diplomatischen und humanitären Aspekte zuständig fühlen.

SPIEGEL: Vom grünen Grundsatz der Gewaltfreiheit bleibt für Deutschland in der neuen Weltlage nicht viel übrig.

Schlauch: In den achtziger Jahren haben wir im Geiste Gandhis eine demokratisch gewählte Regierung davon abzuhalten versucht, „Pershing“-Raketen zu stationieren. Bin Laden und die Taliban lassen sich von solchen Aktionen nicht beeindrucken. Bin Laden greift die offene Gesellschaft an, also auch unsere. Deshalb ist es in unserem eigenen Interesse, diesem Terrorismus islamischer Fundamentalisten auch mit militärischen Mitteln das Handwerk zu legen.

SPIEGEL: Ein gerechter Krieg?

Schlauch: Um eine politische Lösung für Afghanistan unter dem Dach der Uno zu verwirklichen, muss das Taliban-Regime überwunden werden. Das ist die Voraussetzung für den Post-Taliban-Prozess, wie ihn die EU-Außenminister skizziert haben. Das ist das gerechtfertigte und notwendige Kriegsziel.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich über die Geschehnisse im Kriegsgebiet ausreichend informiert?

Schlauch: Ich verstehe das Gefühl vieler Abgeordneter, nicht genug zu wissen. Eine diffuse Informationslage gehört zum schmutzigen Gesicht des Krieges. Deshalb muss man den politisch Verantwortlichen einen Vertrauensvorschuss gewähren. Ich habe dieses Vertrauen in Joschka Fischer und Gerhard Schröder, und zwar ungeteilt.

SPIEGEL: Ihre Fraktionskollegin Antje Vollmer hat erklärt, sie vertraue dem Kanzler nicht.

Schlauch: Ich kann diese Zweifel nicht nachvollziehen.

SPIEGEL: Fanden Sie Fischers Reaktion, die Rücktrittsdrohung, angemessen?

Schlauch: Ein Minister kann nur handeln, wenn er für seinen Kurs und den Gesamtkurs der Regierung eine überzeugende Mehrheit in der eigenen Fraktion hat. Darauf hat Fischer hingewiesen.

MICHAEL URBAN / DDP

Grünen-Politiker Schlauch: *„Was wäre, wenn wir nicht zustimmen?“*

SPIEGEL: Können die Grünen Regierung und Opposition gleichzeitig sein?

Schlauch: Wenn 90 Prozent des Parlaments einer Entscheidung zustimmen, die bei einer Mehrheit der Bevölkerung höchst umstritten ist, ist das ein Problem. Auch die PDS ist als Anti-Kriegs-Partei bei ihrer Vergangenheit höchst unglaubwürdig. Wer vertritt die Kriegsgegner? Das muss man mit in die Gesamtabwägung einbeziehen. Aber um Ihre Frage klar zu beantworten: Für mich gibt es keine Opposition in der Regierung, sondern ich muss entscheiden: Ja oder Nein.

SPIEGEL: Ist der Einsatz deutscher Soldaten eine Gewissensfrage?

Schlauch: Natürlich betrifft es das Gewissen, wenn ich Soldaten in Situationen auf Leben und Tod schicke. Aber es handelt sich auch um eine politische Frage: Was wäre, wenn wir nicht zustimmen? Dann klinken wir uns aus der Staatengemeinschaft aus und wären wieder beim deutschen Sonderweg angelangt, der Deutschland historisch immer in die Isolation, Verblendung und die Katastrophe geführt hat.

SPIEGEL: Was machen Sie, wenn sich mehr als ein Dutzend Grünen-Abgeordnete bei einem Nein auf ihr Gewissen berufen?

Schlauch: Ich halte diese moralische Aufteilung – die einen sind gewissenhaft, die anderen gewissenlos – für absolut illegitim. Auch ich, der ich für dieses militärische Mandat stimmen werde, habe mein Gewissen befragt.

SPIEGEL: Fänden Sie es verständlich, wenn der Bundeskanzler nächste Woche die Vertrauensfrage mit der Abstimmung verbände?

Schlauch: Ich gehe nicht davon aus, dass er das tut. Weder wird die Koalition scheitern, noch werden die Grünen handlungsunfähig sein.

SPIEGEL: Können die Grünen auf Dauer „Raus aus dem Krieg“ sagen, ohne raus aus der Regierung zu gehen?

Schlauch: Persönlich habe ich dazu eine klare Meinung. Wir können nicht einerseits gegen militärische Beteiligungen sein und ihnen im Parlament die Unterstützung versagen, aber andererseits die Koalition wollen. Das ist für mich ein nicht auflösbarer Widerspruch.

die Deutschen ihre Mini-Delegation von einem General führen, um mit den Epauletten Eindruck zu schinden.

In Florida handelten die deutschen und die amerikanischen Offiziere die militärischen Details aus. Generalinspekteur Kujat besprach sich dann direkt mit dem US-Generalstabschef Richard Myers, einem alten Bekannten. Vom US-Generalstab gingen die fertigen Anforderungen über das State Department an die Berliner US-Botschaft. Dort verließen sie freilich den Dienstweg. Kanzler Schröder, besorgt um Alleingänge der Militärs, ließ die bestellten Anfragen aus Washington als Chefsache behandeln.

Am Abend des 15. Oktober informierte Schröder die Partei- und Fraktionsvorsitzenden im Kanzleramt. Freilich erzählte er den angeblichen Geheimnisträgern nur, dass im November ein Bundestagsvotum notwendig werde. Am nächsten Tag plauderte CSU-Landesgruppenchef Michael Glos vor der Presse und nötigte Schröder zu einer öffentlichen Vorneverteidigung. „Es gibt keinen aktuellen Anlass, darüber zu reden“, beteuerte er während eines Firmenbesuchs in Darmstadt. Allerdings, räumte er ein, müssten die Deutschen wohl „in Kürze umfangreichere Hilfe leisten“.

Schröders Versteckspiel ging weiter: Drei Tage später, beim EU-Treffen im belgischen Gent, redete der Kanzler vage von „konkreten Bitten der Amerikaner“, die aber „so konkret, dass wir in den Bundestag gehen könnten, noch nicht vorliegen“.

Spätestens seit dem 12. Oktober, als die Amerikaner zum ersten Mal mit dem Einsatz von Spezialkommandos versucht hatten, einzelne Ziele in Afghanistan zu attackieren, wusste die deutsche Regierungsspitze: Die USA haben wohl am ehesten Interesse am deutschen Kommando Spezialkräfte (KSK). Kein breiter Bodenkrieg, sondern immer neue Sondereinsätze dürften die US-Strategie dominieren, analysierte Scharping.

Doch aus Rücksicht auf den deutschen Parlamentsvorbehalt wartete die Regierung auf eine Großbestellung der Amerikaner, die sie in *einem* Beschlusspapier durchs Parlament schleusen wollte. Unvorstellbar, so die Regierungsspitze, jede Woche eine neue Anforderung der Amerikaner im Bundestag zu debattieren.

SPD-Fraktionschef Struck bearbeitete seinen Kanzler, der solle vor dem Parteitag in Nürnberg Mitte November reinen Tisch machen. Dann könnten die Abgeordneten sich nicht auf womöglich irrationale Parteitagsbeschlüsse berufen.

Hinter den Kulissen schien das Unternehmen knapp an einer Pleite vorbeizuschrammen. Drei Briefe aus der US-Botschaft gingen am vorigen Montag im Berliner Kanzleramt ein, und erst der dritte sorgte für Klarheit. Im ersten Schreiben bestellte der US-Gesandte Terry Snell eine Einheit deutscher Spezialkräfte. Steiner rief an und bat darum, jetzt lieber gleich ein Paket aus allen anstehenden Forderungen zu schnüren – aus Rücksicht auf die deutsche Innenpolitik.

Doch auch beim Blick auf den nächsten, an ihn persönlich gerichteten Brief war Steiner enttäuscht. Das Schreiben verwies zwar nochmals auf den Wunsch nach Spürpanzern und Sanitätern und fügte die neue Forderung nach einer Einheit von Spezialkräften dazu. Die weiteren Anforderungen aber, beschied der Amerikaner, seien leider noch in Arbeit. Trotz der deutschen Bedenken sei es nicht auszuschließen, dass weitere Bestellungen in loser Reihenfolge eintreffen könnten.

Für Steiner und seinen Chef war der Brief alarmierend. Nur ohne die Aussicht auf stete Nachbesserungen, so ihre Einschätzung, könnte Schröder den Gang ins Parlament durchstehen.

Da klingelte das Telefon. Snell entschuldigte sich. Wegen der Zeitverschiebung zu den USA sei er wohl nicht auf dem neuesten Stand gewesen: Inzwischen liege ihm die komplette Anforderung aus Washington vor, er werde sie gleich schicken. Die ersehnte Liste ging diesmal direkt an den Kanzler.

Wegen eines Zufalls wurden die Umstände der Bestellung Mitte der vorigen Woche dennoch zum beherrschenden Thema in der Öffentlichkeit. Eine Washingtoner ARD-Korrespondentin sprach vorigen Dienstag den US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld auf die 3900 Soldaten („troops“) an, die die Amerikaner angefordert hätten. Sie wüsste gern, wieso die Amerikaner eigentlich „diese Spezialkräfte“ („special forces“) aus Deutschland brauchten.

Die Frage barg ein Missverständnis, denn Spezialkräfte, etwa 100 an der Zahl, stellen nur einen Bruchteil des deutschen Kontingents dar. Rumsfeld wurde grundsätzlich. „Ich würde Ihre Frage gern ein bisschen umformulieren“, entgegnete er. „So haben wir gar nicht gefragt.“ („We did not ask as such.“) Die Vereinigten Staaten hätten nicht nach „bestimmten Dingen“ gefragt, sondern nur, was den Partnern „genehm“ („comfortable“) erscheine.

Rumsfelds korrekte Antwort auf eine missverständliche Frage sorgte in Deutschland für neues Misstrauen: Hatten die Amerikaner am Ende gar nicht nach Unterstützung verlangt?

Schröder saß gerade im Kanzleramt mit einem guten Dutzend SPD-Abgeordneten des Seeheimer Kreises zusammen, als sein Sicherheitsberater Steiner in den Raum eilte und ihm von den ersten alarmierenden Agenturmeldungen berichtete. „Sieh mal zu, dass die das richtig stellen“, befahl Schröder seinem Steiner, der den Rest des Abends mit aufgeregten Telefonaten nach Washington verbrachte.

Anderntags korrigierte die Bundesregierung triumphierend, Rumsfeld habe

LASA

Schröder-Kritikerin Vollmer*: *Vertrauensfrage wie von selbst gestellt*

Zeitplan der Beratungen zum Bundeswehreinsatz

Montag 12. Nov. Gremien von SPD und Grünen (SPD-Vorstand **10.00 Uhr**, Grünen-Parteirat **11.00 Uhr**) beraten über den Bundeswehreinsatz

Dienstag 13. Nov. **15.00 Uhr** Die Fraktionen besprechen sich erneut; Schröder wirbt als Gastredner bei Grünen und FDP um Unterstützung

Mittwoch 14. Nov. Der für den Einsatz der Bundeswehr federführende Auswärtige Ausschuss des Bundestages berät abschließend über den Komplex und legt seine Beschlussfassung für die Abstimmung im Parlament vor

Donnerstag 15. Nov. Der Bundestag berät in zweiter und dritter Lesung und stimmt am Vormittag namentlich ab

DER SPIEGEL

* Mit Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (r.) vorigen Donnerstag im Berliner Reichstag.

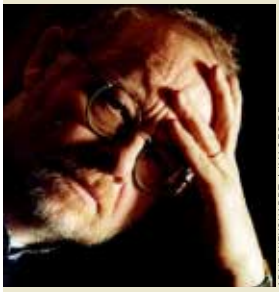
„Weg von den Waffen, zurück zur Politik!“

Deutsche Intellektuelle über den „Bündnisfall“ und den Krieg in Afghanistan

Nach dem 11. September habe sich „vieles verändert“, „neue Fragen“ seien „uns gestellt“. So schrieb Gerhard Schröder in einem kurzen Brief, der knapp 30 Autoren, Künstler und Philosophen zu einem „ausführlichen Gespräch“ am vergangenen Samstag ins Kanzleramt einlud. Der SPIEGEL bat einige der Intellektuellen vorab um Stellungnahmen.

Fatale Entwicklungshilfe

Die Entwicklung nach den Ereignissen vom 11. September macht mich sehr besorgt. Meiner Meinung nach entfernt sich der Krieg mit Furcht erregender Geschwindigkeit von seinem Anlass. Beginnt hier eine neue amerikanische Tragödie? Die Bomben sind eine fatale Entwicklungshilfe für ein Land auf dem Weg in die Steinzeit. Wer da nicht an Vietnam denkt, ist entweder zu jung oder dumm. Dass wir Deutsche in diese Sache solidarisch verwoben sind, macht es nicht besser. Ich frage mich, ob wir mehr als nur ein Scherflein dazu beitragen, die Kluft der Kulturen zu vergrößern. Und in wessen Namen eigentlich? Im Namen der westlichen Freiheit? Im Namen der Zivilisation? Und da sind Zweifel angebracht.



ARNE WEYCHARDT / IMAGES.DE

Flimm

Jürgen Flimm, 60, Schauspieldirektor der Salzburger Festspiele

Bald neuer Terror

Das Bündnis hat den Bündnisfall erklärt, die Deutschen haben sich folglich den eingegangenen Verpflichtungen gemäß an den Kampfhandlungen zu beteiligen, oder sie werden vertragsbrüchig. Aber wurde der Bündnisfall zu Recht erklärt? Terroristen haben einen fürchterlichen Massenmord begangen. Amerika und alle Staaten sind in der Pflicht, diese Banditen auszumachen, zu erfassen und zu verurteilen. Einen Krieg können Terroristen und Banditen nicht erklären, das ist allein Nationen und Staaten vorbehalten. Eine frühere Bundesregierung sprach einer terroristischen Vereinigung, die sich als Staat im Staate sah und vorgeblich eine Armeefraktion und einen Gerichtshof zu haben meinte, jegliche Anerkennung als staatliche Institution ab und verfolgte sie mit polizeilichen Maßnahmen als Verbrecher. Wenn das Bündnis nicht nur mit allen strafrechtlichen Mitteln gegen den Terror und die Terroristen vorgeht, sondern auch den Krieg und das Bombardement als Strafmaßnahme einsetzt, haben die Terroristen erreicht, was die Bundesregierung seinerzeit der RAF verweigerte: eine Anerkennung als staatliche Macht. Und ich fürchte, belehrt vom 20. Jahrhundert, dieser Krieg wird nicht Gerechtigkeit und Recht, sondern neuen Terror und neue Terroristen zeugen. Die biblische Forderung „Auge um Auge“ ist die Forderung nach einer maßvollen und maßgerechten Strafe und nicht nach der Blutrache, die nie Recht und Gerechtigkeit bringt, sondern nur neues Blutvergießen.

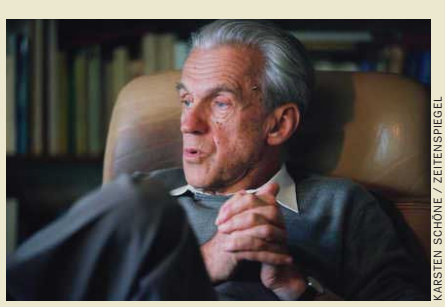
OSTKREUZ

Hein

Christoph Hein, 57, Autor („Willenbrock“)

Wer zahlt die Zeche?

Wieder einmal: die Stunde Kassandras. Kenner der Materie, von den Kulturwissenschaftlern bis zu den Theologen, erheben warnend die Stimme, aber die Verantwortlichen hören sie nicht, bemühen die Offenbarung des Johannes (ohne sie studiert zu haben) und reden vom Krieg: nicht bedenkend, dass die Ziehsöhne der Vereinigten Staaten, Bin Laden und die Seinen, sich mittlerweile auf dubiose Geschäfte und wirksame Kommunikationspraktiken besser verstehen als ihre Lehrmeister von gestern. Und wer zahlt die Zeche? Unschuldige, wieder einmal: durch Streubomben geängstigt, hungernd, frierend und von den Mächtigen auf beiden Seiten vergessen. Kassandra fragt: Wie wird das enden, in einer Situation, da – selbst und gerade! – ein „Sieg“ die Wut der Gedemütigten, Kontinente übergreifend, ins Unmessbare wachsen lassen wird? Oder besteht etwa eine Chance, und sei sie noch so gering, dass die Verhältnisse sich ausgerechnet nach einem solchen Krieg zum Guten wenden und die Kluft zwischen Arm und Reich schrumpft? Das ins Werk gesetzte Szenario strebt, wie die Dinge stehen, auf das schlimmstmögliche Finale zu, weil niemand unter den Regierenden in Washington und ihren von „uneingeschränkter“ Solidarität redenden Helfershelfern auf Kassandras Satz hört: Dieser Krieg verhindert, hüben wie drüben, alle humanen Perspektiven. Troja ist heute überall.



KARSTEN SCHÖNE / ZEITENSPIEGEL

Jens

Walter Jens, 78, Kritiker und emeritierter Rhetorikprofessor

Wir finden es entsetzlich

Kriegstagebuch (während einer Lesereise)
Erfurt, 13. 9.:
Wenn sich die Empörung ausgebreitet hat, das ist die natürlichste und sittlichste Reaktion auf so monströsen Terror, dann kann man probeweise beginnen, zusammenzuzählen, was auf unserer Seite dazu beigetragen haben kann, diese Katastrophe zu ermöglichen. Wenn es da überhaupt etwas gibt, was sich aufzählen lässt, dann ist das wichtiger als alle Empörung. G. W. Bush hat die Welt jetzt in Gut und Böse eingeteilt. Darin folgt er dem Sprachgebrauch des Terroristen …
Würzburg, 9. 11.:
Heute werden die, die Krieg nicht mehr für ein Mittel der Politik halten, im „FAZ“-Leitartikel so abgetan: „… vormalige wie noch immer praktizierende Pazifisten …“ Das klingt nach Sekte. Selbst

PIRMIN RÖSLI

Walser

wenn unserer Regierung jetzt nichts anderes übrig bleibt, als „uneingeschränkt“ solidarisch zu sein, und wenn sie das nur durch Kriegsbereitschaft auszudrücken vermag, müssen doch wir, die nicht zu Handlungen Genötigten, dieses Kriegführen nicht für gut halten. Wir müssen es so entsetzlich finden dürfen, wie es ist. Weg von den Waffen, zurück zur Politik! Man kann eine Fehlentwicklung auf dieser Erde nicht zurechtbombardieren.

Martin Walser, 74, Autor („Der Lebenslauf der Liebe“)

Es wird keine Sieger geben

Auch im August war die Welt alles andere als in Ordnung. Aber nun ist der zwölfjährige Frieden (vom 9. November 1989 bis zum 11. September 2001) vorbei. Auf die entsetzliche Attacke des 11. September muss hart reagiert werden, auch mit militärischen Mitteln. Wenn aber die Härte nicht mit einer Klugheit gepaart ist, die von Militärs und vielen Politikern leider auch diesmal nicht zu erwarten ist, wird die Härte unsere größte Schwäche. Alle Experten sind sich einig, dass wir in dieser Falle schon stecken.

PETER PEITSCH / PEITSCHPHOTO

Delius

Deshalb ist es zwecklos, sich am Gesellschaftsspiel der Moralisierer zu beteiligen, ob die Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt werden soll oder nicht. Wichtiger wäre, Folgerungen aus der Erkenntnis zu ziehen, die der britische Historiker und Präsident des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London, Sir Michael Howard, so formuliert: „Bin Laden kann gar nicht verlieren.“ Ob er gefangen, in die Flucht geschlagen oder getötet wird – seine Anhängerschaft wird wachsen, die große Terror-Unsicherheit auch. Es wird keine Sieger geben. Um das kriegerische Unentschieden, das mindestens das nächste Jahrzehnt prägen wird, erträglicher zu machen, fallen mir nur zwei Wege ein: substanzielle Hilfe für die Hungernden – und eine große Bildungs- und Kultur-Offensive und Werte-Debatte. Nicht nur hier zu Lande, ebenso in den islamischen Ländern, wo zum Beispiel die Goethe-Institute einen dreifachen, zehnfachen Etat brauchen. Denn wenn wir „den Kampf um ‚hearts and minds‘ nicht führen und gewinnen“ (Howard), bomben wir uns auch selbst ins Mittelalter zurück.

Friedrich Christian Delius, 58, Autor („Der Königsmacher“)

schriftlich die Existenz einer Hilfsanforderung bestätigt: „Kanzler Schröders und meine Aussagen sind konsistent.“ Die Zeitungen waren zu dem Zeitpunkt freilich schon voll mit Spekulationen, Schröder habe den Amerikanern den deutschen Beitrag aufgedrängt.

Noch am Freitag wurde Minister Scharping morgens um halb acht im Verteidigungsausschuss mit Vorwürfen bombardiert. Ob das überhaupt eine Anforderung der Amerikaner gewesen sei, wollte die CDU wissen. Das in dem Geheimdokument an Schröder benutzte Wort „Request“ heiße doch wohl eher „Bitte“. Schließlich begann Scharping aus dem Papier vorzulesen, um die misstrauischen Parlamentarier zu beschwichtigen.

Doch nicht nur die Politiker tun sich schwer mit der neuen Rolle der Bundesrepublik. Von der literarischen Elite bis zum Mann auf der Straße – so recht geheuer ist das militärische Engagement niemandem. Unter den Denkern der Nation bekennen sich nur wenige zum Kriegskurs des Kanzlers (siehe Seite 28).

Morgens um halb acht wurde Scharping im Verteidigungsausschuss mit Vorwürfen bombardiert

Der Kanzler braucht Ruhe an der Kulturfront. Deshalb lud Schröder vergangenen Samstag knapp 30 prominente Schriftsteller, Philosophen und Künstler zum Gespräch ins Kanzleramt.

Die Gewerkschaften zumindest hat der Kanzler ähnlich gezähmt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Anfang September bundesweit noch Mitveranstalter des Antikriegstages, hält plötzlich still. Ausführlich hatte Schröder beim Spitzentreffen mit den Gewerkschaftsführern Ende Oktober die Haltung der Bundesregierung begründet.

Eine Friedensbewegung, die in den achtziger Jahren machtvolle Protestmärsche gegen die Nachrüstung der Nato auf die Beine brachte, ist praktisch nicht existent. Nur im Osten äußerte sich in der vergangenen Woche die diffuse Mischung aus Skepsis gegenüber Amerika, Kriegsangst und Protest gegen die robuste Berliner Politik in Mahnwachen und Demonstrationen – wenn auch in bescheidenem Umfang.

Dramatisch geht es bei den Grünen zu. Ihre Basis ist mehr als nur erregt, Existenzängste stellen sich ein. Droht nach all den Kompromissen mit der harten Wirklichkeit der Marktwirtschaft jetzt auch die endgültige Aufgabe der pazifistischen Ideale? Im Kosovo-Krieg hatte Grünen-Minister Fischer die Friedensbewegten noch mit dem Argument beschwichtigt, der Krieg werde für die Menschenrechte und gegen Völkermord geführt. Die Parole „Nie wieder Auschwitz“ spielte er gekonnt gegen das pazifistische Motto „Nie wieder Krieg“ aus.

Jetzt macht Fischer keine Anstalten mehr, den Kritikern die bittere Entscheidung zu versüßen. In diesem Konflikt, so die Logik des Ministers, gehe es um Ordnungsfragen, Selbstverteidigung und Bündnistreue. Wer zu den Bitten der Amerikaner „Nein sagt, muss klar sagen, was das bedeutet“, sagt der Grüne. „Wer dieses Land regieren will“, dürfe an der Einbindung Deutschlands in das Atlantische Bündnis nicht rütteln – und sich Beistandsforderungen der USA nach Artikel 5 des Nato-Vertrags nicht verschließen. „Das wird wieder eine Enttäuschung für die westdeutsche Linke geben.“

Fischer im Bundestag gönnerhaft: Es gehöre zu den Grundwerten der Demokratie, „dass es immer wieder junge Men-

RONALD BONSS / MOMENT PHOTO

Anti-Kriegsdemonstranten (in Dresden): *Diffuse Mischung aus Skepsis und Kriegsangst*

Ganz, ganz sensibel

Die PDS rechnet mit Übertritten von Bundestagsabgeordneten der Grünen und der SPD. Es gebe etwa zehn Wechselkandidaten.

Als Rote und Grüne noch mit den Dunkelroten flachsten, pflegten PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch und SPD-Generalsekretär Franz Müntefering ein besonderes Geplänkel. Wenn sich der Sozialdemokrat über Linksabweichler in seiner Fraktion ärgerte, bot er diese scherzhaft dem Kollegen von den Postkommunisten an. „Die nehmen wir aber nur mit Rückgabegarantie“, konterte Bartsch gewöhnlich.

Auch der grüne Parteipatriarch Joschka Fischer gab sich in kleiner Runde schon mal großzügig: „Von uns könnt ihr noch ein paar haben. Aber ihr müsst dann auch die richtigen nehmen.“

Jetzt, in Zeiten des Krieges, ist Schluss mit lustig. Der Ernstfall dräut. Mehrere grüne und sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete erwägen offensichtlich einen Wechsel in die PDS-Fraktion. Weitere denken über eine Kandidatur für die SED-Erben bei der Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres nach. Bartsch und PDS-Bundestagsfraktionsvize Wolfgang Gehrcke bestätigten am Freitag vergangener Woche gegenüber dem SPIEGEL, was in allen drei Parteien hinter den Kulissen für Unruhe sorgt: In den vergangenen Wochen sondierten mehrere Bundestagsabgeordnete der Regierungskoalition ihre Chancen bei der PDS.

„Es gab entsprechende Gespräche“, sagt Gehrcke, der die PDS gern zum Hort der Kriegsgegner machen möchte. Bartsch freut sich, „dass Leute zu uns wollen“, bestreitet aber jeden Abwerbeversuch durch die PDS. Das sei ein „ganz, ganz sensibler Vorgang“.

Monika Knoche

Renate Rennebach

Edelbert Richter

Steffi Lemke

Klaus Barthel

JÜRGEN EIS; DEUTSCHER BUNDESTAG; ERWIN ELSNER / DPA; ANDREAS SCHOELZEL; DEUTSCHER BUNDESTAG (V. O.)

Mögliche Überläufer
Bei der PDS sondiert?

„Insgeheim fürchten wir alle“, räumt auch ein Mitglied der SPD-Fraktionsführung ein, „dass Leute Richtung PDS gehen könnten.“ Nur auszusprechen traue es sich niemand. Bei manchen, giftet ein grüner Realo mit Blick auf die Linken in seiner Fraktion, „wäre der Schritt nur konsequent“.

Bis zu zehn mögliche Wechselkandidaten gebe es, heißt es in den Parteien. Darunter sind von den Grünen die aus Baden-Württemberg stammende Monika Knoche und Steffi Lemke aus Sachsen-Anhalt; bei den Sozialdemokraten der Thüringer Edelbert Richter, der Bayer Klaus Barthel und die Berlinerin Renate Rennebach. Alle fünf dementieren. Allerdings klingt das nicht bei allen ganz endgültig. Er hoffe immer noch, dass sozialdemokratische Prinzipien weiter in der SPD ihren Platz hätten, meint Richter. Insofern müsse er „im Moment noch nicht über Alternativen nachdenken“.

Besonders kommod ist die Situation aber auch für die PDS nicht. Einerseits könnten vor allem die Überläufer aus dem Westen die Position der PDS in den alten Bundesländern stärken. Andererseits gilt festzustellen, wen tatsächlich die politische Überzeugung zum Wechsel treibt – und wer sich angesichts der Verkleinerung des Bundestags und mangels Chancen in der angestammten Partei lediglich ein sichereres Plätzchen bei der PDS erhofft.

Solche Probleme gibt es bei einem anderen langjährigen SPD-Mitglied nicht. Kaum hatte Rolf Wischnath, Generalsuperintendent in Cottbus und Kriegsgegner, seinen Parteiaustritt angekündigt, wurde er umworben. Stefan Ludwig, stellvertretender PDS-Landeschef von Brandenburg, kann sich den Kirchenmann sogar als Spitzenkandidat bei den nächsten Landtagswahlen vorstellen.

Über die „spannende Option“ (Ludwig) soll schon am 30. November gesprochen werden. Da trifft sich PDS-Chefin Gabi Zimmer mit Wischnath.

Stefan Berg

M. TRIPPEL / IMAGES.DE

Umworbener Kirchenmann Wischnath
„Eine spannende Option“

schen geben wird, die das Recht auf Sitzblockaden wahrnehmen wollen. Das ist auch gut so; das ist auch richtig so“.

Zunächst aber müssen SPD und Grüne den Härtetest bestehen. Nächste Woche treffen sich die Sozialdemokraten in Nürnberg, die Grünen in Rostock zu Parteitagen.

Zumindest in Nürnberg dürfte klar sein: Die Delegierten werden das tun, was Sozialdemokraten in ähnlichen Lagen immer taten: Ja sagen – mit Bauchschmerzen.

Denn wirklich pazifistisch war die SPD noch nie. Wenige Tage vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs etwa tönte der sozialdemokratische Parteivorstand zunächst zwar: „Nieder mit dem Krieg!“ Knapp zwei Wochen später jedoch stimmte die SPD-Fraktion im Reichstag den von Kaiser Wilhelm II. geforderten Kriegskrediten zu. „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“, hieß die Parole. Nur ein Jahr lang hielt der innerparteiliche Frieden. Dann lehnte die Linke sich auf – und wurde prompt aus der Fraktion ausgeschlossen.

1928 kämpfte die SPD gegen die Modernisierung der Kriegsflotte: „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ lautete der Slogan im Reichstagswahlkampf. Nach der Wahl aber gab SPD-Reichskanzler Hermann Müller grünes Licht für den Bau des Kreuzers. Auf dem Parteitag scheiterte die Linke mit dem Versuch, den Ausstieg aus der Regierung beschließen zu lassen.

Für den Frieden und gegen den Krieg zu sein – das war auch nach 1945 in der Opposition leichter als in der Regierung. Die SPD polemisierte in den fünfziger Jahren heftig gegen die von Adenauer betriebene Wiederbewaffnung. Aber ihr Vorsitzender Kurt Schumacher lehnte die Remilitarisierung nicht prinzipiell ab. Er wollte sie nur zu sozialdemokratischen Bedingungen. SPD-Funktionäre engagierten sich derweil in der außerparlamentarischen Friedensbewegung „Kampf dem Atomtod“ und machten bei den Ostermärschen mit.

1959, mit dem Godesberger Programm, das die SPD auf Regierungskurs trimmte, kam die Kehrtwende. Die SPD bekannte sich nicht nur zur Bundeswehr – sie ging auch auf Distanz zu den außerparlamentarischen Friedensfreunden.

Ende der siebziger Jahre drohte die von Helmut Schmidt geführte Bonner SPD/FDP-Koalition an der Raketenrüstung zu zerbrechen. Nur unter Rücktrittsdrohungen schaffte es 1979 die SPD-Führung, den Parteitag in Berlin auf den Nato-Doppelbeschluss zu verpflichten. Die Delegierten stimmten zähneknirschend für die Stationierung amerikanischer Pershings und Cruise Missiles.

Die SPD zahlte einen hohen Preis: Weil sie in der Raketenfrage hart geblieben war, liefen ihr die jungen Wähler davon. Nach Schmidts Ablösung zogen – mit Blumentöpfen in der Hand und einem Frie-

SERGEI CHIRIKOV / DPA

Kämpfer der Nordallianz: *Lässt sich der internationale Terror wirklich mit Flächenbombardements besiegen?*

denslied auf den Lippen – die Grünen in den Bonner Bundestag ein.

Ihr Feindbild war klar – die Bundeswehr. Doch mit dem Fall der Mauer bröckelten die alten Feindbilder: Die Nationale Volksarmee der DDR wurde aufgelöst, die Bundeswehr schrumpfte schrittweise auf 300 000 Mann. Bei der Nato begann die Suche nach neuen Aufgaben – auch für die Deutschen.

Bosnien, Kosovo, Mazedonien – die neuen Einsatzgebiete der Nato waren auch die Meilensteine für den Wandel der Grünen. Den Bosnien-Einsatz lehnte die Partei noch ab. Kurz nach der Regierungsübernahme im Bund führte der Kosovo-Krieg die Grünen an die Grenze der Belastbarkeit. Am Himmelfahrtstag 1999, beim Bielefelder Parteitag, knallte gegen 10.35 Uhr ein roter Farbbeutel mit voller Wucht gegen den Kopf von Außenminister Fischer.

Mit verschmiertem Sakko stellte der Gebeutelte sich später ans Rednerpult und brüllte gegen die Trillerpfeifen an. Es könne doch nicht sein, dass die Partei ein „gutes friedenspolitisches Gewissen“ behalte, und „die in der Regierung sind zuständig für die Realitäten“. Am Ende setzte er sich durch.

Der alte Konflikt droht die Partei jetzt erneut zu zerreißen. Selbst wenn die Koalition auch die Vertrauensabstimmung in dieser Woche im Bundestag übersteht, so die Ahnung mancher Grüner – beim Parteitag übernächstes Wochenende in Rostock könnte sie endgültig zerbrechen. Diesmal wird es ernst. Im grünen Lager verfinsterte sich die Stimmung mit jeder Bombe auf Kabul und Kandahar.

Die wenigsten Basis-Grünen ahnen, dass in den USA ganz andere Planspiele angelaufen sind. In den nächsten Phasen des Anti-Terror-Kriegs, so die Analyse im Kanzleramt, müssten die europäischen Partner sogar mit einer militärischen Flucht nach vorn der Amerikaner rechnen. Seit Wochen verfolgen die europäischen Regierungen argwöhnisch die Idee von US-Strategen, den Krieg auf lohnendere Ziele wie etwa den Irak auszudehnen.

Schon seit Beginn des Krieges plädieren Scharfmacher wie Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz dafür, auch andere „Schurkenstaaten“ anzugreifen. Noch hält Außenminister Colin Powell dagegen. Doch die nächste Stufe des Propagandakriegs, so sorgt man sich in Berlin und anderen europäischen Hauptstädten, ist bereits gezündet: Die amerikanische Presse berichtete am vorigen Donnerstag über Informationen der Geheimdienste, nach denen im Irak Ausbildungslager für Terrorakte vom Ausmaß der Attacke auf das World Trade Center existierten. Wenn solche Berichte an die Presse lanciert werden, heißt es im Kanzleramt, werde die Lage langsam ernst.

Auf dem Grünen-Parteitag übernächstes Wochenende könnte die Koalition zerbrechen

Für die rot-grüne Regierung hängt vieles, fast alles, nun vom weiteren Kriegsverlauf in Afghanistan ab. Erfolg oder Misserfolg der militärischen Operation entscheidet auch über die Heftigkeit der innenpolitischen Debatte. Pannen, wie einst die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch US-Kampfflugzeuge, könnten Europa und die USA schnell entzweien – oder auch nur die Berliner Koalition sprengen.

Fischer und Schröder setzen auf ihre Überzeugungskraft – und ihre parteiinterne Macht. Und sie beteuern, sie wollten mehr Selbstbewusstsein gegenüber den USA zeigen: Das Verhalten der USA soll nicht länger bloß abgenickt werden. Der Kanzler und sein Vize wollen sich, nach erfolgter Bereitstellung von Soldaten und Militärgerät, um mehr Information und mehr Mitsprache bemühen. Wer mitschießt, so ihr hoffnungsvolles Kalkül, darf auch mit entscheiden.

Die Unterstützung der Opposition ist den Regierenden gewiss. CDU-Größen wie Wolfgang Schäuble drängen bereits in diese Richtung. „Die Welt will die Führung einer einzigen Macht nicht ertragen“, sagte er Ende vergangener Woche, als gehörte er zur Links-Fraktion der rot-grünen Koalition.

So könnte der deutsche Abmarsch in die Realität am Ende mehr verändern als nur die Bundesrepublik – und mehr, als den Amerikanern lieb ist, die gerade dabei waren, sich in ihrer Rolle als letzte wirkliche Großmacht einzurichten. Ein europäisches Gegenwicht wäre ihnen zumindest lästig.

Die Europäer muss das nicht hindern. Bei einem Geheimtreffen auf dem Petersberg bei Bonn wollen die Verteidigungsminister aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien am Freitag beratschlagen, wie sich europäisches Verhalten besser koordinieren ließe.

Schon Konrad Adenauer wusste: „Die führende Nation muss natürlich mit den kleineren Mitgliedern freundlich umgehen.“ Bei aller Loyalität zu den Amerikanern pochte der Alte auf den richtigen Umgang unter Verbündeten: „Führung ist ja kein Befehlen, sondern Überzeugen.“

Das hinderte den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher nicht daran, ihn als „Kanzler der Alliierten“ zu beschimpfen. Ein solches Wort dürfte auch Schröder nicht gern hören.

Ralf Beste, Petra Bornhöft, Ulrich Deupmann, Horand Knaup, Hartmut Palmer, Gerhard Spörl, Alexander Szandar

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Einsatz im Machtspiel

Die USA förderten die Wiederbewaffnung, weil sie deutsche Soldaten im Kalten Krieg benötigten, auch in Vietnam sollte die Bundeswehr mitkämpfen. Doch die militärische Globalisierung, die sie nun in Richtung Afghanistan führt, begann für die Deutschen erst nach der Wiedervereinigung.

Die Kabinettssitzung war so geheim, dass nicht einmal der Protokollant teilnehmen durfte. Es war der 31. August 1950, und die Regierung der jungen Bundesrepublik bereitete das Land auf die Wiederbewaffnung vor. Die Minister stimmten bis auf einen alle zu. Fünf Jahre, drei Monate und 23 Tage nach der Kapitulation von Hitlers Wehrmacht war der Aufbau einer neuen Armee beschlossene Sache.

Und schon der erste deutsche Nachkriegskanzler stimmte dabei jene Grundmelodie an, die Konrad Adenauers Nachfolger regelmäßig einholte: „volle Gleichberechtigung“ als Gegenleistung für das militärische Aufgebot. So ist die Geschichte der Bundeswehr auch die Geschichte von der langsamen Rückkehr der Deutschen aus Zerstörung und Selbstzerstörung in den Kreis der politisch führenden Nationen. Im internationalen Spiel um Macht und Einfluss erweisen sich Soldaten immer wieder als die härteste Währung.

Aber auch ein mahnender Kontrapunkt begleitet das heimische Militär durch die Jahrzehnte. Von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen – diese Lehre aus den Verbrechen der Vergangenheit hält sich bis heute als Gebot, das kein demokratischer Politiker missachten kann. Fast jeder Streit um Auslandseinsätze der Bundeswehr drehte sich im Kern um diesen Grundsatz und seine Auslegung: Wie weit dürfen deutsche Soldaten aus dem Schatten der Geschichte heraustreten? Mit welchen Mitteln und zu welchem Zweck?

Im frisch geteilten Deutschland von 1950 herrschten Kalter Krieg und heiße Angst. Der sowjetische Diktator Josef Stalin rüstete in der DDR die Volkspolizei auf. Die Bundesrepublik verfügte nur über einige zehntausend Polizisten. Der 74-jährige Zivilist Adenauer, im Kaiserreich wegen „Flachbrüstigkeit“ vom Wehrdienst befreit, fürchtete deshalb für die Sicherheit der Westrepublik – und seiner Person. Einen amerikanischen Diplomaten bat er um 200 Revolver fürs Kanzleramt. Bei einem kommunistischen Aufstand sollten seine Beamten sich wehren können.

Die Bundesrepublik unterstand noch dem Besatzungsregime; Konrad Adenauer musste seine Politik von den drei Hohen Kommissaren der Alliierten abnicken lassen. Mehrfach bedrängte er die Westmächte, ihm das Aufstellen von Truppen zu erlauben. Doch so kurz nach dem Ende des Dritten Reiches wollte niemand die Deutschen an die Waffen lassen. US-Außenminister Dean Acheson stellte am 21. Juni 1950 klar, Adenauers Wünsche seien „verfrüht“.

„Werden die Generale Adolf Hitlers auch die Generale Konrad Adenauers sein?“

Doch vier Tage später griff das kommunistische Nordkorea den Süden des Landes an und weckte im Westen die Sorge, Stalin könnte in Mitteleuropa ähnlich handeln. Acheson korrigierte sich sogleich: Es sei nicht mehr die Frage, „ob Deutschland in eine allgemeine Verteidigungsplanung einbezogen werden sollte, sondern, wie dies durchgeführt werden“ könne.

Nun konnte Adenauer Forderungen stellen. Die wichtigste präsentierte er am 30. August 1950: „Wenn der deutsche Mensch Opfer jeder Art bringen soll, so muss ihm wie allen anderen westeuropäischen Völkern der Weg zur Freiheit offen sein.“ Für die Wiederbewaffnung verlangte der Kanzler die Souveränität seiner besetzten Republik.

Die geplante Remilitarisierung stürzte die junge Westrepublik in eine innere Zerreißprobe. „Ohne mich“ wurde zur Devise ehemaliger Landser, die eine erneute Einberufung fürchteten. An den Universitäten in Stuttgart, München und Erlangen sprachen sich fast alle Studenten gegen die Wiederbewaffnung aus. „Der Antimilitarismus“, erklärte Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid (SPD), „ist die eigentliche Weltanschauung der deutschen Jugend nach dem Krieg geworden.“ Doch die Bundestagswahl gewann mit großem Vorsprung der alte Kanzler.

Um die Arbeiterschaft zu beruhigen, ernannte Adenauer Theodor Blank zum „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“. Der Gewerkschafter aus dem Ruhrgebiet war Mitbegründer des DGB. Seine Dienststelle in der Bonner Ermekeilkaserne –

DPA (L.); H. ENGELS/DER SPIEGEL (R.)

1955 Verteidigungsminister Theodor Blank überreicht den ersten Freiwilligen die Ernennungsurkunde. Anfang 1956 rücken die Soldaten ein.

1955 Wolf Graf Baudissin entwickelt das Konzept der „Inneren Führung“.

1957 Achtzehn Atomwissenschaftler protestieren mit dem „Göttinger Manifest“ gegen Pläne von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, die Bundeswehr atomar aufzurüsten.

kurz Amt Blank genannt – wurde zum Vorläufer des Verteidigungsministeriums.

Bis zum Eintritt in die Nato am 9. Mai 1955 durfte Blank den Aufbau der Bundeswehr nur planen, aber weder Kasernen bauen noch Waffen anschaffen. Adenauer wollte den Eindruck vermeiden, er könne den Aufbau einer neuen Wehrmacht nicht abwarten. Nach dem Nato-Beitritt forderte er, die Bundeswehr solle möglichst schnell ein „Machtfaktor“ werden.

Die Eile stürzte die neue Armee gleich in eine Krise. Als 1956 die ersten Freiwilligen einrückten, fehlten Handtücher und Unterhosen, Waffen und Unterkünfte. Der Bundesgrenzschutz musste aushelfen.

Notwendige Gesetze waren noch nicht verabschiedet. Monatelang stritten die Parteien im Bundestag, ob die neue Truppe aus Berufssoldaten, so SPD und FDP, oder auch aus Wehrpflichtigen, so die CDU, gebildet werden sollte. Dann debattierte man über die Dienstzeit: 12 oder 18 Monate. Da die Industrie dringend Arbeitskräfte brauchte, einigten sich die Parteien auf ein Jahr. Nur der Name „Bundeswehr“ machte keine Probleme; lediglich die FDP plädierte für eine zweite „Wehrmacht“.

Dass Hitlers Offiziere die neue Bundeswehr aufbauten, hielt Adenauer für unvermeidlich. Berühmt wurde seine Antwort auf die Frage: „Herr Bundeskanzler, werden die Generale Adolf Hitlers auch die Generale Konrad Adenauers sein?“ Adenauer: „Ich glaube, dass mir die Nato 18-jährige Generale nicht abnehmen wird.“

Um die Schlimmsten auszusortieren, prüfte ein Gutachterausschuss jeden Offizier, der sich bewarb. Wie gründlich das geschah, ist bis heute ungeklärt.

Eine Reformergruppe, angeführt von Wolf Graf Baudissin, bemühte sich um neuen Geist für die neue Truppe. Der Unterabteilungsleiter „Innere Führung“ schuf schon früh das wegweisende Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“ – der Soldat sollte sich zur Demokratie bekennen.

Den Alliierten versprach Adenauer, innerhalb von drei Jahren 500 000 Mann aufzustellen. Da sei man ja schneller als Hitler 20 Jahre zuvor, ätzte der junge CSU-Politiker Franz Josef Strauß, der Blank ablösen wollte. „Herr Strauß“, antwortete der Kanzler, „nehmen Sie eines zur Kenntnis: Solange ich Kanzler bin, werden Sie nie Verteidigungsminister werden.“ Einige Wochen später war das Geschwätz von gestern.

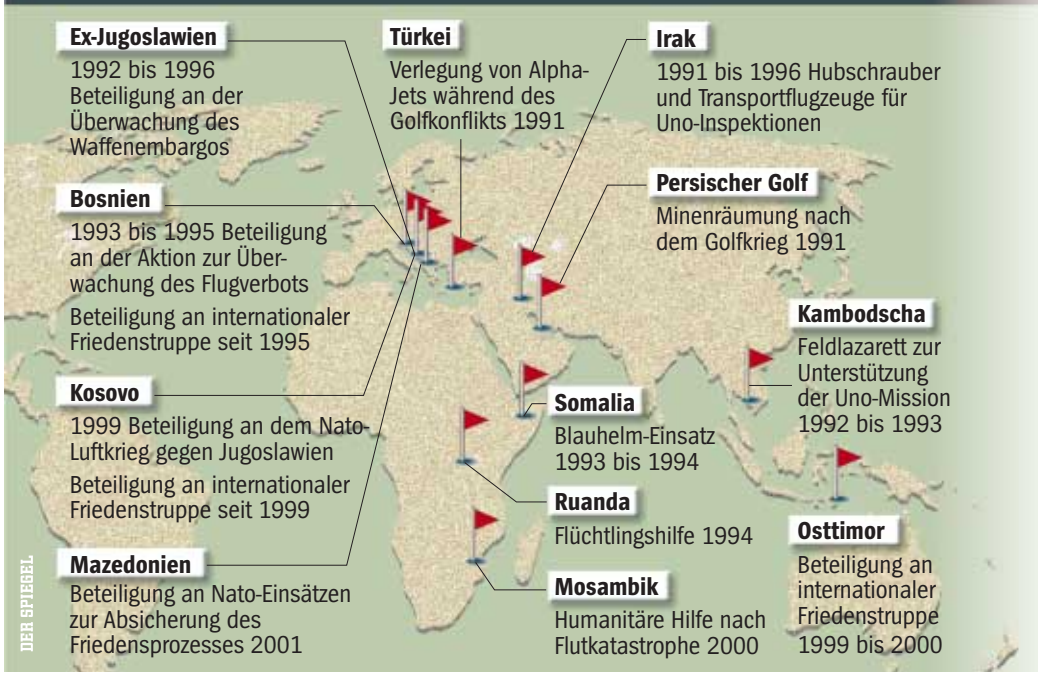
Um das Chaos der Gründungszeit zu bändigen, drosselte der neue Verteidigungsminister Strauß 1956 das Aufrüstungstempo. Was ihm an Soldaten fehlte, wollte er durch deutsche Atomwaffen kompensieren. Strauß lag damit im Trend; die Nato-Strategie sah vor, auf einen Angriff mit einer nuklearen „massiven Vergeltung“ zu reagieren.

Mit Italien und Frankreich vereinbarte Bonn ein geheimes Atombombenprojekt. Allerdings hatte Adenauer 1954 die Bundesrepublik verpflichtet, auf die Produktion von atomaren, biologischen und chemischen Waffen zu verzichten; das Amt für Rüstungskontrolle der Westeuropäischen Union in Paris kontrollierte durch Inspektionen die Einhaltung dieser Zusage.

Dennoch stützte der Kanzler den Atomkurs seines Ministers. Adenauer wollte einmal mehr mit Hilfe der Bundeswehr den Einfluss der Westdeutschen mehren. Es sei „unerträglich“, schimpfte er, „dass zwei große Staaten in der Welt allein im Besitz von nuklearen Waffen sind und damit das Schicksal aller Völker dieser Erde in der Hand haben“.

Nach leidenschaftlichen Debatten im Bundestag beschloss die Regierungsmehrheit im März 1958 die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen. Kir-

Wichtige Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1990



DPA

DER SPIEGEL

1958 Kanzler Konrad Adenauer vereinbart mit Frankreich und Italien ein geheimes Atombombenprojekt. Charles de Gaulle zieht die französische Zustimmung später zurück.

1965 US-Präsident Lyndon B. Johnson drängt Kanzler Ludwig Erhard, deutsche Soldaten in den Vietnam-Krieg zu schicken.

chenvertreter, Gewerkschafter, Studenten und Professoren gründeten Ausschüsse („Kampf dem Atomtod“) und forderten, unterstützt von der SPD, eine Volksbefragung. Als das Verfassungsgericht jedoch das Plebiszit verbot, verebbte die Friedensbewegung rasch. Deutsche Atomwaffen wurden dennoch nicht gebaut, weil Frankreich seine atomare Vereinbarung mit den Deutschen zu unheimlich wurde.

Für Strauß blieb das Scheitern der Atompläne nicht der einzige Misserfolg. Als im Herbst 1962 die Nato das Manöver „Fallex 62“ durchführte, präsentierte sich die Bundeswehr gut sechs Jahre nach ihrer Gründung in katastrophalem Zustand.

Wie der SPIEGEL damals in der Titelgeschichte „Bedingt abwehrbereit“ enthüllte, wäre im Ernstfall das Sanitätswesen sofort zusammengebrochen, die Lebensmittelversorgung ebenfalls. Es fehlte an Soldaten, Waffen und Gerät. Strauß warf dem Nachrichten-Magazin Landesverrat vor. Die SPIEGEL-Affäre brachte ihn bald um sein Amt.

In der Öffentlichkeit warb die Bundeswehr am liebsten mit ihrer Hilfe bei der Hamburger Flutkatastrophe 1962 oder mit humanitären Einsätzen bei Erdbeben in Marokko, Dürrekatastrophen in Mali oder Überschwemmungen in Peru.

Auf die Idee, dass die Deutschen nicht nur Zelte bauen und Gulasch austeilen konnten, kam zuerst US-Präsident Lyndon B. Johnson. Der Texaner brauchte 1965 Soldaten für den Vietnam-Krieg und fand, dass die Westdeutschen sich am Mekong für die amerikanische Schutzgarantie in Berlin revanchieren könnten. Die Bundesregierung war nicht begeistert. Der Vietnam-Krieg war in Deutschland schon 1965 unpopulär.

Fünf Tage vor Weihnachten verpasste Johnson dem widerstrebenden Bundeskanzler Ludwig Erhard eines der berüchtigten „Johnson-Treatments“. Der Präsident schmeichelte und jammerte, brüllte, schrie und tat schließlich so, als wollte er dem Kanzler an den Kragen: Jetzt zeige sich, wer Amerikas wahre Freunde seien.

Der Präsident forderte für Vietnam eine Sanitätseinheit von 200 und ein Pionierbataillon von 1000 Mann. US-Verteidigungsminister Robert McNamara ließ wenige Wochen später durchblicken, dass auch deutsche Kampftruppen willkommen seien.

Erhard versprach lieber viel Geld für das südvietnamesische Regime und schickte das Hospitalschiff „Helgoland“ vor die vietnamesische Küste, das bald in den Verdacht geriet, eine Mischung aus Kneipe und Bordell zu sein. Das Auswärtige Amt ließ ansonsten ausrichten, dass man leider „durch die Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs und durch die aus der Teilung Deutschlands entstandenen Probleme in der Bewegungsfreiheit eingeschränkt“ sei.

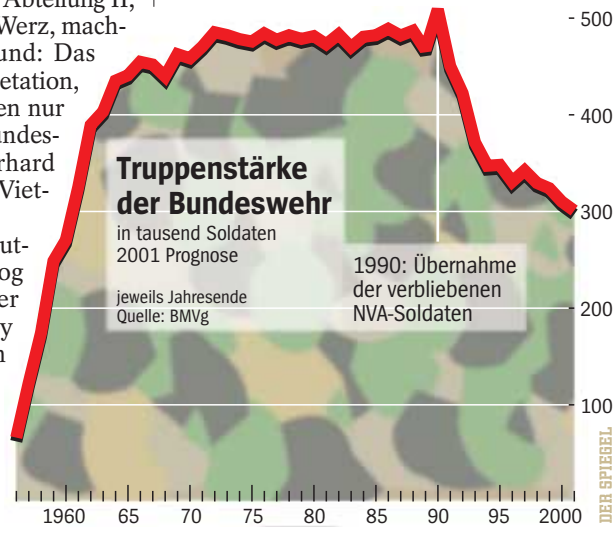
Auf der Suche nach Argumenten prüften die deutschen Diplomaten die Rechtslage – und der Leiter der Politischen Abteilung II, Ministerialdirektor Luitpold Werz, machte einen überraschenden Fund: Das Grundgesetz, so seine Interpretation, lasse den Einsatz von Soldaten nur bei einem Angriff auf die Bundesrepublik zu. So konnten Erhard und seine Nachfolger einen Vietnam-Einsatz vermeiden.

Den größten politischen Nutzen aus der Bundeswehr zog der Friedensnobelpreisträger unter den Kanzlern, Willy Brandt. Er wiederholte jenen Tausch mit den USA, den Adenauer vorgemacht hatte: Handlungsspielraum für Bonn gegen deutsches Engagement in der Nato.

Der Sozialdemokrat wusste, dass die Amerikaner seiner Ostpolitik misstrauten. Brandts Verteidigungsminister Helmut Schmidt zerstreute die Zweifel. Er leitete die Rundumerneuerung der Bundeswehr ein. Als die Amerikaner, durch Vietnam geschwächt, ihre Zahlungen an die Nato verringerten, sprang Bonn ein.

1974 wurde Helmut Schmidt Kanzler und stockte die Bundeswehr nochmals um 30 000 Mann auf. In seiner Außenpolitik hatte er damit wie sein Vorgänger weitgehend freie Hand.

Einsetzen wollte freilich auch der einstige Oberleutnant die schimmernde Wehr nicht. 1980 fürchtete US-Präsident Jimmy Carter, die iranischen Fundamentalisten um Ajatollah Chomeini könnten die Straße von Hormus schließen. Die Bonner ließ er wissen, es sei nur billig, wenn sie sich an der Verteidigung dieser für sie lebenswichtigen Ölregion beteiligten. Schmidt winkte ab.



Nachfolger Helmut Kohl ließ 1982 sogar den Bundessicherheitsrat eine Grundsatzentscheidung treffen, wonach der Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Nato-Gebiets verfassungswidrig sei – es sei denn, es ginge um einen Konflikt, der einen völkerrechtswidrigen Angriff auf die Bundesrepublik darstelle.

Der Heimaturlaub von der Weltpolitik endete am 17. Januar 1991. Um 1.10 Uhr

KAI GREISER

1972 Verteidigungsminister Helmut Schmidt erlaubt den Soldaten, lange Haare zu tragen („German Hair Force“). Ein Jahr später wird die Erlaubnis widerrufen.

DPA

1981 Im Bonner Hofgarten demonstrieren 300 000 Menschen gegen den Nato-Doppelbeschluss.

ging im mobilen Funkzentrum des Jagdbombergeschwaders 43 der Bundeswehr auf dem türkischen Militärstützpunkt Erhac ein Fernschreiben aus dem Bonner Verteidigungsministerium ein: „Laut Pressemitteilungen haben die Amerikaner begonnen, Bagdad zu bombardieren. Es herrscht Krieg.“

Die Operation „Wüstensturm“ zur Befreiung Kuweits lief seit 40 Minuten, und weder die Amerikaner noch die Nato hatten den deutschen Bündnispartner in Kenntnis gesetzt. 212 Staatsbürger in Uniform drohten Kombattanten zu werden – fern von Deutschland und ohne einen förmlichen Beschluss des Parlaments.

Knapp zwei Wochen zuvor waren sie aus dem niedersächsischen Oldenburg gekommen, ihr Auftrag: Abschreckung. 400 Kilometer von der türkisch-irakischen Grenze entfernt sollten sie Saddam Hussein deutlich machen: Ein Schlag gegen die Türkei würde als Angriff auf die Nato gewertet. Bis zum Ablauf des Uno-Ultimatums am 15. Januar, das Saddam zum Rückzug aus Kuweit aufforderte, galt ein solches Szenario als unwahrscheinlich. Doch am 18. änderte sich die Lage.

Von diesem Tag an flogen amerikanische Kampfflugzeuge auch von der Türkei aus Angriffe gegen Ziele im Irak. Mit Vergeltungsschlägen musste gerechnet werden. Der Krieg war plötzlich auch für die Deutschen in Erhac ganz nah – zu nah für Hauptmann Klaus Winkel. Er sei „zur Verteidigung eines Bündnispartners gekommen“, durch die US-Angriffe von türkischem Boden aus entstehe aber „eher der Eindruck“, dass eine irakische Reaktion provoziert werden solle. Deshalb sehe er „Schwierigkeiten mit dem Auftrag, den ich hier eigentlich auszufüllen habe“.

Als die ersten 50 Soldaten zwei Wochen später nach Oldenburg zurückkehrten, zeigten sich einige demonstrativ kampfunwillig. Nein, für die Türkei würde er „nicht so gern sterben“, sagte einer. Andere erzählten von ihrer Angst und den Zweifeln, die in jenen Tagen in Erhac gewachsen seien.

JÖRG SCHMITT / DPA

1984 General Günter Kießling wird rehabilitiert. Verteidigungsminister Manfred Wörner hatte ihn entlassen, weil er dem General Homosexualität unterstellte.

Für die Generalität, die zähneknirschend ansehen musste, wie sich die Bundesregierung mit Geld- und Sachleistungen (Gesamtwert: 17 Milliarden Mark) von „Desert Storm“ freikaufte, waren die Reaktionen aus der Truppe ein Menetekel. Schlagartig wurde klar, wie wenig ihre Untergebenen auf Krieg und Kampf vorbereitet waren. Probleme durch die Reduzierung der Sollstärke von 495 000 auf 370 000 Mann und bei der Abwicklung der Nationalen Volksarmee der DDR kamen hinzu.

Doch Kanzler Kohl betonte immer wieder, ein Land von der Größe und Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland müsse fähig sein, im Rahmen der Vereinten Nationen „Verantwortung“ zu übernehmen.

„Deutschland wird alle Rechte und Pflichten der Uno-Charta übernehmen – auch mit den Streitkräften“

Der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Dieter Wellershoff, meldete ebenfalls Wünsche an: Bei den anstehenden Reformen müsse „für die Streitkräfte eine nationale Führungsstruktur“ geschaffen werden, „die eine operative Einsatzführung auch außerhalb der Nato-Kommandostruktur ermöglicht“. Joschka Fischer, damals stellvertretender Ministerpräsident in Hessen, sprach für viele, als er fragte: „Braucht man denn Deutsche, um hinterher die Waffen wieder einzusammeln, die sie zuvor selbst in Länder wie den Irak gebracht haben?“

Die Antwort der Regierung war ein klares Ja. Im September 1991 verkündete Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) vor der Uno in New York: „Das vereinte Deutschland wird alle Rechte und Pflichten der Charta der Vereinten Nationen, einschließlich der Maßnahmen der kollektiven Sicherheit, übernehmen, auch mit unseren Streitkräften. Wir werden dafür unsere Verfassung ändern.“

Die dazu notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag war zwar nicht in Sicht, doch der ab April 1992 amtierende Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) erwies sich als Meister der Salamitaktik. Gern wiederholte auch Rühe immer wieder die Beschwichtigungsformel, Hauptauftrag der Bundeswehr sei und bleibe die Landesverteidigung. Die nahe liegende Frage, was eine Armee in einem von Freunden umzingelten Deutschland noch zu tun habe, beantwortete er vielsagend: „Ich empfehle Ihnen, abends das Fernsehen einzuschalten.“

Gelegenheiten, die Bundesbürger durch TV-Bilder deutscher Soldaten bei humanitären Hilfsaktionen an Out-of-area-Einsätze zu gewöhnen, gab es genug. 150 Sanitäter und Ärzte der Bundeswehr – allesamt Freiwillige – wurden im Mai 1992 nach Kambodscha entsandt, um dort ein Krankenhaus für Uno-Soldaten zu betreiben. Die SPD stimmte dem Einsatz zu, obwohl ihr Verteidigungsexperte Walter Kolbow feststellte, die Aktion überschreite den Rahmen humanitärer Hilfe.

Schon bald nannte der Verteidigungsminister seine im fernen Asien dienenden Untergebenen die „Engel von Phnom Penh“. Deutsche Soldaten als Sozialarbeiter an den Elendsfronten der Welt waren konsensfähig – auch im Rahmen einer Uno-Militärmission. Ein innenpolitisch wichtiger Teilsieg war errungen, die nächste Hürde schnell genommen. Ab dem 4. Juli 1992 beteiligte sich die Bundeswehr an der Luftbrücke zur Versorgung der Bevölkerung im von Serben eingekesselten Sarajevo – mit Transall-Maschinen, die das Uno-Emblem trugen. Diskussionen oder Bedenken? Keine.

Das änderte sich, als zwei Wochen später zwei Kriegsschiffe und drei Flugzeuge der Bundesmarine in die Adria verlegt wurden. Ihr Auftrag: die Überwachung des Uno-Embargos gegen die Staaten des ehemaligen Jugoslawien. Die SPD rief das Bundesverfassungsgericht an: Ein solcher Out-of-area-Einsatz sei durch das Grundgesetz nicht gedeckt. Der Verband blieb dennoch vor Ort.

DPA

Wie einst für Konrad Adenauer war auch für Helmut Kohl und den neuen Außenminister Klaus Kinkel (FDP) klar, dass politische Mitsprache bezahlt werden musste – in militärischer Münze. Kinkel träumte von einem Sitz im Uno-Sicherheitsrat: „Es sind unsere Interessen, die ein stärkeres deutsches Engagement in der Uno und im Sicherheitsrat verlangen.“ Fa-

1990 Die Nationale Volksarmee wird aufgelöst; knapp 11 000 Soldaten werden in die Bundeswehr übernommen.

1991 Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher kündigt vor der Uno in New York eine Verfassungsänderung an, damit Deutschland an Blauhelm-Einsätzen teilnehmen kann.

1992 Genschers Nachfolger im Auswärtigen Amt, Klaus Kinkel, fordert einen Sitz im Weltsicherheitsrat: „Wir müssen runter von den Zuschauerbänken.“

DPA

Bundeswehr-„Tornado“*: *„Interventionspflicht bei Völkermord“*

zit: „Wir müssen runter von den Zuschauerbänken.“

Vorerst aber hieß es sitzen bleiben. Den Deutschen, die in den Awacs-Flugzeugen der Nato das Flugverbot für serbische Maschinen über Bosnien überwachen halfen, drohte die Rückstufung zu Verbündeten zweiter Klasse. SPD und FDP hatten beim Bundesverfassungsgericht beantragt, ihren Einsatz zu stoppen (siehe Seite 44). Die Nato-Aufklärer hatten auch Feuerleitfunktion für die in Italien stationierten Kampf-Jets, die gegebenenfalls serbische Militärmaschinen abdrängen oder abschießen sollten – eindeutig ein Kampfeinsatz.

Doch das Bundesverfassungsgericht ließ die Deutschen an Bord. Wieder war schleichend eine Hürde genommen. Das Stichwort humanitäre Hilfe aber blieb auch weiterhin der Schlüssel für die Tür zum Kampfeinsatz in fernen Winkeln der Welt.

Beim Somalia-Einsatz 1993/94 akzeptierten die Verantwortlichen eine weitere Nebenrolle, diesmal unter dem Blauhelm der Uno, um das vom Bürgerkrieg zerrüttete Land zu stabilisieren. Viele in der Bundeswehr wurmte es allerdings, dass man sich von italienischen und nigerianischen Einheiten beschützen lassen musste. Auch innenpolitisch blieb alles wie gehabt. Die SPD bemühte erneut die Karlsruher Richter, und diese verweigerten abermals eine einstweilige Anordnung zum Stopp der Mission.

Der Rest war PR. Bei einem Besuch Rühes im Lager von Belet Huen hielten Einheimische Schilder hoch, auf denen sie dem Minister in englischer Sprache für die Unterstützung im Kampf gegen den Hunger dankten. Als Journalisten nachforschten, warum einige die Tafeln falsch herum an ihre Stöcke genagelt hatten, stellte sich heraus, dass die Jubel-Somalis des Englischen gar nicht mächtig waren. Deutsche Soldaten hatten sie mit den Gruß-Elementen versorgt und deren Anbringung nicht richtig überwacht: kleine Unsicherheiten auf dem Weg zur Weltsicherheitspolitik.

Beim Abzug im März 1994 waren solche Pannen längst vergessen. Jeder war froh, heil aus Somalia herauszukommen. Denn die Uno-Mission „Neue Hoffnung“ endete im Desaster. Nachdem Somalis im Oktober 1993 die Leiche eines GI demonstrativ durch Mogadischu geschleift hatten, war die Mission so gut wie beendet. Ein halbes Jahr später zogen die Amerikaner ab, die anderen folgten. Die Somalis blieben wieder ihrem Schicksal überlassen.

Der Widerstand der Linken zerfaserte zwischen „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Auschwitz“

Die dramatischen Entwicklungen auf dem Balkan führten 1995 dazu, dass sich die Opposition der Regierungslinie näherte. Die Zahl derer, die angesichts der serbischen Gräueltaten militärische Aktionen aus moralischen Gründen für geboten hielten, wuchs. Die Tragödie von Srebrenica im Juli 1995 sorgte dann auch bei den Grünen für ein Umdenken. Rund 7000 Bosnier fielen dem Massaker zum Opfer.

Joschka Fischer postulierte eine „Interventionspflicht bei Völkermord“ als „unveräußerlichen Kern des Antifaschismus“. Der Widerstand der Linken gegen deutsche Kampfeinsätze im Ausland zerfaserte zwischen den Essentials „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Auschwitz“. Für die Entsendung deutscher Sanitäter und die Verlegung von „Tornado“-Kampfflugzeugen nach Italien stimmten dann auch Abgeordnete der Grünen und der SPD.

Die Absicherung des Dayton-Friedensabkommens für den Balkan durch die Uno-Missionen Ifor und Sfor 1995/96 mit deutscher Beteiligung war für die Parlamentarier nur noch eine Formsache. Gleiches galt für den Beschluss des Bundestags zur Beteiligung der deutschen Luftwaffe an einem möglichen Luftkrieg gegen Jugoslawien im Oktober 1998.

Die neue rot-grüne Regierung stellte sich schon vor ihrem formalen Amtsantritt in die Tradition der Kohl-Koalition. Ob Kosovo, Ost-Timor oder Mazedonien – immer tiefer zog es die Schröder-Regierung ins internationale Krisenmanagement, mögliche Kampfhandlungen eingeschlossen.

Bis zum 11. September dieses Jahres war dabei stets von moralischer Verantwortung die Rede. Seit dem Terroranschlag aber ist die Sprache des Bundeskanzlers um eine bezeichnende Vokabel reicher: Schröder lässt die Bundeswehr nun auch im nationalen „deutschen Interesse“ aufmarschieren.

Was immer das heißt.

GUNTHER LATSCH, KLAUS WIEGREFE

JÜRGEN EIS

* Beim Start im italienischen Piacenza zu einem Erkundungsflug über Serbien 1999.

1994 Das Bundesverfassungsgericht erlaubt Out-of-area-Einsätze im Rahmen von Uno und Nato. Voraussetzung ist eine Billigung durch den Deutschen Bundestag.

1995 Joschka Fischer, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, postuliert nach den Massakern im bosnischen Srebrenica eine „Interventionspflicht bei Völkermord“.

1998 Der Bundestag beschließt eine Beteiligung deutscher „Tornados“ im Fall eines Luftkriegs gegen Jugoslawien.

2001 Die USA fordern Bundeswehreinheiten für Militäraktionen gegen das afghanische Taliban-Regime an.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

KSK-Soldaten bei einer Übung: *Terroristen greifen, Kriegsverbrecher jagen, Geiseln befreien*

Zuschlagen und abhauen?

Mit 3900 Soldaten soll die Bundeswehr den Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Terrorismus beistehen. Die Marine trägt die Hauptlast, das Heer die größten Risiken.

Zwischen Hindukusch und Horn von Afrika – so fern der Heimat haben deutsche Infanteristen seit Kaiser Wilhelms Zeiten nicht mehr gekämpft. Anno 1900, beim Boxeraufstand in China, hieß es erstmals „The Germans to the front“. Damals wollten die Deutschen einer alliierten Truppe unter britischem Kommando helfen, eine Revolte gegen die Kolonialisierung Chinas niederzuschlagen.

Anders als Wilhelm II., der im imperialen Größenwahn Soldaten bis nach Ostasien und Südwestafrika schickte, trieben Bundeskanzler Gerhard Schröder keine kolonialistischen Ambitionen, als er am vergangenen Mittwoch sein Kabinett das künftige Operationsgebiet der Bundeswehr festlegen ließ.

In Mittel- und Zentralasien, Nordostafrika, auf der arabischen Halbinsel und in „angrenzenden Seegebieten“ sollen nun Soldaten unter der schwarz-rot-goldenen Flagge agieren – außerdem im Nato-Gebiet, das sich immerhin von der Westküste Nordamerikas über Mittel- und Südeuropa bis an die türkisch-iranische Grenze dehnt.

Der Auftrag der Truppen ist fast genauso global formuliert: Beistand für die Weltmacht USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Schon vor Wochen hatte der oberste Soldat der Bundeswehr, Generalinspekteur Harald Kujat, in den Hauptquartieren der Amerikaner in Florida und Baden-Württemberg Verbindungsoffiziere platziert – und sich mit US-Generalstabschef Richard Myers kurzgeschlossen. Die Rückkoppelung sollte vermeiden, so Kujat, „dass wir überfordert werden“.

Die Hauptlast soll nun die Marine schultern. Fast die Hälfte der 3900 Soldaten, die das rot-grüne Kabinett – vorerst – angeboten hat, gehören der kleinsten Teilstreitkraft an. Zum Aufgebot zählen daneben Einheiten für die ABC-Abwehr samt dem Spürpanzer „Fuchs“ (800 Soldaten), Spezialkräfte des Heeres (100 Mann), Transall-Transporter der Luftwaffe nebst Bodenpersonal (500 Soldaten), Sanitäter mit einem Airbus der Flugbereitschaft, der zum fliegenden Hospital umgerüstet ist (250 Männer und Frauen), sowie bis zu 450 Militärs, die Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) in der Kabinettsvorlage wolkig als „Unterstützungskräfte“ beschrieb (siehe Grafik).

Kennerisch lobte Ex-Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU), dass die „Rücksichtnahme“ der Amerikaner „durchaus spürbar“ sei – weil die Marine und nicht das Heer den „Hauptbeitrag“ liefern werde. „Es steht kein Flächeneinsatz auf dem Boden an“, versicherte Verteidigungsminister Rudolf Scharping den Kabinettskollegen. Größere Heeresverbände sind nicht angefragt –

Streitkräfte auf Abruf

Personalbedarf nach Schätzungen des Verteidigungsministeriums

DER SPIEGEL

Seestreitkräfte: Fregatten, Schnellboote, Minensucher, Versorger, Hubschrauber, Aufklärungsflugzeuge, ca. **1800** Soldaten, mögliches Einsatzgebiet: Mittelmeer und Rotes Meer nahe dem Suezkanal

Sanitäter: Airbus mit Lazarett-Ausstattung zum Verwundetentransport, ca. **250** Soldaten, bei Bedarf Verlegung von Köln-Wahn z. B. nach Pakistan oder Usbekistan

ABC-Abwehrkräfte: mit Spürpanzer „Fuchs“, ca. **800** Soldaten, Einsatz auf US-Stützpunkten, z. B. in Usbekistan oder am Persischen Golf

Spezialkräfte: ca. **100** Angehörige des Kommandos Spezialkräfte und Fallschirmjäger der Division Spezielle Operationen, mögliches Einsatzgebiet: Afghanistan

Lufttransport: Transall-Flugzeuge, ca. **500** Soldaten einschließlich Bodenpersonal, Stationierung in Ramstein, Nachschubflüge für US-Einheiten in Europa und der Türkei

Werbeseite

Werbeseite

Zustimmung auf Vorrat

Juristen streiten, wie weit die Parlamentskontrolle bei Militäreinsätzen gehen kann.

Die acht Verfassungsrichter mussten 1994 eigentlich nur über die Teilnahme deutscher Soldaten an friedenssichernden Maßnahmen im Auftrag der Uno entscheiden. Doch was, fragten sich die Mitglieder des Zweiten Senats schon damals, wäre bei anderen Auslandseinsätzen, etwa wenn nach einem Angriff auf die USA der Nato-Bündnisfall eintreten würde?

In ihrem so genannten Awacs-Urteil vom 12. Juli 1994 formulierten sie deshalb einen umfassenden Parlamentsvorbehalt: Auch „im Fall eines Angriffs auf einen Bündnispartner“ bedürfe es der „regelmäßig vorhergehenden parlamentarischen Entscheidung über den konkreten Einsatz nach Maßgabe der bestehenden Bündnisverpflichtung“. Anlass des Richterspruchs waren Klagen der damaligen Bonner SPD-Opposition sowie der im Regierungslager überstimmten FDP gegen Bundeswehraktionen in der Adria und in Somalia.

Zwar hatten die Karlsruher Verfassungshüter damals „eher einen Angriff durch den Irak oder China im Sinn“, wie einer der am Urteil beteiligten Richter erläutert. Doch juristisch haben sie damit den jetzt geplanten Afghanistan-Aufmarsch vorweggenommen.

Anders als eine klar umrissene Uno-Friedensmission hängt der Nato-Verteidigungseinsatz, zu dem die Bundeswehr nun erstmals in ihrer Geschichte aufgerufen ist, von zahlreichen Unwägbarkeiten ab. „Damit nicht der Bundestag zum Feldherrn wird“, erklärt der Saarbrücker Staats- und Völkerrechtler Torsten Stein, „muss in dem Zustimmungsbeschluss die notwendige Flexibilität der Regierung erhalten bleiben.“

Dass es die Regierung nicht leicht haben würde mit Hunderten von Möchtegern-Außenministern im Parlament, haben auch die Verfassungsrichterinnen und -richter schon geahnt. Die parlamentarische Mitwirkung, so ihr Urteil, dürfe deshalb „die militärische Wehrfähigkeit und die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigen“. Insbesondere der „für außenpolitisches Handeln gewährte Eigenbereich exekutiver Handlungsbefugnis und Verantwortlichkeit“ sei zu beachten.

„Mitten im Einsatz kann die Truppe nicht im Biwak auf einen Bundestagsbeschluss warten.“

Was das konkret bedeutet, erläutert der Göttinger Staatsrechtslehrer Hans Hugo Klein, der als Verfassungsrichter am Awacs-Urteil mitgewirkt hat: „Niemand kann verlangen, dass der Bundestag über jeden konkreten Gefechtseinsatz und jede Begleitung eines Schiffskonvois entscheidet.“ Die parlamentarische Zustimmung sei deshalb „immer eine Art Vorratsbeschluss“ – den Kanzler wird das freuen.

Ein Freibrief ist sie aber nicht. Nach gängiger Interpretation der Karlsruher Entscheidung muss der Bundestagsbeschluss den Ort, das Ausmaß und den Zweck des Einsatzes möglichst genau bestimmen und vor allem eine Obergrenze angeben, wie viele Soldaten ausrücken sollen.

Die geplante „Weite des Einsatzgebietes“, vom Roten Meer bis zum Indischen Ozean, habe ihn zwar zunächst „überrascht“, gibt Ex-Verfassungsrichter Klein zu. Aber die Einschränkung, dass Einsätze außerhalb Afghanistans nur mit Zustimmung der jeweiligen Regierung erfolgen sollen, rücke das wieder zurecht.

Falls mehr als die bisher geplanten 3900 deutschen Soldaten an der Operation „Dauerhafte Freiheit“ teilnehmen sollen, „müsste der Bundestag eben erneut einen Beschluss fassen“, so Klein. Selbst wenn auf Grund einer überraschenden Gefahrensituation sehr schnell zusätzliche Bundeswehreinheiten entsendet werden müssten, sieht Klein „sowohl die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung als auch die Mitbestimmung des Parlaments garantiert“. Denn nach dem Awacs-Urteil kann die Regierung in solchen Fällen „Gefahr im Verzug“ geltend machen – und die Zustimmung des Parlaments nachträglich einholen. Schließlich, so Klein, „kann man nicht mitten im Kampfeinsatz der Truppe empfehlen, ins Biwak zu gehen, bis der Bundestag erneut entschieden hat“.

Dennoch betrachten es manche Juristen wie der Bonner Völkerrechtler Rudolf Dolzer als heikel, dass der Zustimmungsbeschluss für den Afghanistan-Einsatz nach dem Willen der Bundesregierung für ein ganzes Jahr gelten soll. Eine Parlamentsentscheidung sei „verfassungsrechtlich bindend“, sagt Dolzer, und niemand wisse, „wie die militärische Situation in neun Monaten aussieht“.

Der ehemalige Verfassungsrichter Hans Hugo Klein weiß solche Bedenken zu zerstreuen: „Der Bundestag könnte jederzeit bestimmen, dass die Aktion einem Ende zuzuführen ist.“ Etwa wenn die Opfer zu groß würden oder die Abgeordneten mehrheitlich zu der Überzeugung gelangten, „dass das ganze Unternehmen keinen Sinn mehr macht“.

DIETMAR HIPP

THOMAS KLINK (L.); BERND THISSEN / AFP / DPA (R.)

Karlsruher Verfassungsrichter*, Aufklärungsflugzeug Awacs: *Den geplanten Afghanistan-*

* Am 8. April 1993, 3. v. l.: Richter Hans Hugo Klein.

die Amerikaner kennen die deutschen Schwächen.

Tatsächlich könnte Heeresinspekteur Gert Gudera auch gar kein Groß-Kontingent liefern. Seine Truppe, zurzeit noch knapp 200 000 Soldaten, großteils Rekruten, steckt mitten im Umbau: Bataillone in allen Teilen der Republik werden aufgelöst. Die verfügbaren Einsatzverbände sind mit den Missionen in Bosnien-Herzowina, im Kosovo und in Mazedonien, so der Heereschef, bereits „weitgehend ausgelastet".

Der Balkan-Einsatz bindet rund 25 000 Soldaten, rechnet Gudera vor: Mehr als 7000 Männer und Frauen sichern den fragilen Frieden; ebenso viele befinden sich in einem Vorbereitungstraining. Die Heimkehrer absolvieren ein Programm, das sie nach dem polizeiähnlichen Friedensdienst wieder umpolen soll auf Schießkrieg und aggressives

Aufmarsch juristisch vorweggenommen

Kämpfen. So wird Gudera nur wenige Leute für den Kampf gegen den Terrorismus stellen. Deren Risiken für Leib und Leben sind dafür umso höher: Die „Spezialkräfte" des Heeres laufen akut Gefahr, in Afghanistan selbst kämpfen zu müssen.

Diese Elite-Soldaten gehören zur Division Spezielle Operationen (DSO) unter Generalmajor Hans-Otto Budde. Sie hat ihren Sitz im bayerischen Regensburg. Ihr unterstehen zwei Fallschirmjäger-Brigaden in Saarlouis und Oldenburg – und das geheimniskrämerische Kommando Spezialkräfte (KSK), eine Art militärischer GSG-9, die Guderas Vorgänger Helmut Willmann vor fünf Jahren im baden-württembergischen Calw gegründet hat.

„Hit and run" – zuschlagen und abhauen –, so hat der Kanzler den heiklen Job der Spezialkräfte umschrieben. Terroristen greifen, Kriegsverbrecher jagen, Geiseln befreien – das gehört zum Repertoire des KSK, das in feucht-heißen Dschungeln ebenso selbstverständlich trainiert wie am Polarkreis oder in der Wüste von New Mexico.

Die Einsätze der Kommando-Truppen sind streng geheim, sonst könnte man sie,

Fliegendes Bundeswehrlazarett: *Intensivstation für 56 Patienten*

so Schröder, „auch gleich bleiben lassen“. Die KSK-Soldaten dürfen nicht einmal ihren Ehefrauen anvertrauen, ob sie ins Manöver oder zum Einsatz aufbrechen.

Auf dem Balkan hat das KSK schon Kriegsverbrecher festgenommen – und es gab Verwundete: Drei Kommando-Soldaten wurden schwer verletzt, als sich vor gut einem Jahr der serbische Kriegsverbrecher Janko Janjić mit einer Handgranate in die Luft sprengte, um nicht lebend gefasst zu werden (SPIEGEL 39/2001).

Willmann, mittlerweile Pensionär, sieht die DSO-Einheiten „auf der Überholspur in der Nato“. Kein anderes Land außer den USA könne so viele Spezialkräfte für den Kampf gegen „verdeckt operierende Gegner“ – Militär, Partisanen, Terroristen oder gemeine Banditen – aufbieten.

Insgesamt, so die Planung, sollen zusätzlich zum KSK, das zurzeit 250 Kämpfer auf die Beine bringt, an die 3000 Soldaten als „Spezial-Infanterie“ ausgebildet werden. Sie bewegen sich vorzugsweise per Hubschrauber und mit leicht gepanzerten Fahrzeugen. Laser-Entfernungsmesser, Wärmebildgeräte für bessere Sicht bei Nacht und Nebel, Präzisionsgewehre sowie unbemannte Kleinflugzeuge zur Feindaufklärung gehören zur Grundausstattung.

Bisher sind indes gerade einmal 400 Mann so ausgerüstet und trainiert, dass sie in den Einsatz geschickt werden könnten. Während das KSK mit kleinen Kampfteams aus je vier Soldaten „kleine, chirurgische Schnitte“ (Willmann) ausführt, sollen die übrigen DSO-Leute in Kompaniestärke mit gut hundert Mann ausschwärmen, „größere Räume beherrschen“ – oder im Handstreich einen Flugplatz erobern.

BMVG

Spürpanzer „Fuchs“
Psycho-Unterstützung für GIs

Wie kommt das KSK nach Afghanistan? Die Bundeswehr hat kein geeignetes Transportflugzeug.

Gut möglich, dass das Ziel in Afghanistan liegen könnte. Nur gäbe es da noch ein Problem zu lösen: Wie kommen die Truppen dort hin?

Die Bundeswehr hat kein Transportflugzeug, das Fallschirmjäger über so große Entfernungen im Direktflug nach Asien bringen könnte. Die Deutschen wären auf Hilfe der Amerikaner angewiesen – oder müssten mit betagten Transall-Fliegern (Reisegeschwindigkeit: 455 Stundenkilometer) gleich mehrere Zwischenstopps einlegen.

Gleichwohl wird die Luftwaffe als Erste zum Einsatz kommen, allerdings nicht mit Kampfjets – wie vor Wochen bereits angeboten –, sondern mit ihren Uralt-Transportern. Die können maximal 16 Tonnen schleppen. Die USA haben drei Transall erbeten. Sie sollen auf dem US-Stützpunkt Ramstein in der Pfalz aushelfen, dem Drehkreuz für US-Nachschub in Europa.

Die reparaturanfälligen Maschinen aus Geschwadern in Penzing, Wunstorf und Rendsburg/Hohn werden „Hercules“-Transporter der Amerikaner ersetzen und Routineflüge übernehmen: US-Truppen aus Deutschland zum Balkan-Einsatz bringen, Nachschub zu amerikanischen Stützpunkten in der Türkei transportieren.

Harmloser könnte die Luftwaffen-Aufgabe kaum sein. Für Flüge im Nato-Gebiet benötigt Scharping nicht einmal die Zustimmung des Bundestags. Das gilt auch für den Sanitäts-Airbus, der schon Mitte September unmittelbar nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York auf dem Flughafen Köln/Wahn bereitgestellt wurde: eine fliegende Intensivstation, die bis zu 56 Patienten und 25 Ärzte und Sanitäter an Bord nehmen kann.

Weder in Afghanistan noch in Pakistan, beteuern Verantwortliche im Verteidigungsministerium, sollen die Bundeswehrspezialisten für atomare, biologische oder chemische Bedrohungen antreten. Die Planer richten sich vielmehr darauf ein, dass die ABC-Abwehr – mit einer Hand voll Spürpanzern – zu Flugplätzen ausrückt, die Amerikaner in Usbekistan, Tadschikistan oder am Persischen Golf für ihre Einsätze gegen das Taliban-Regime in Afghanistan nutzen. Die Amerikaner müssten die Radpanzer nur selbst mit Großraumflugzeugen abholen.

In Höxter stehen zwei ABC-Abwehrkompanien der Krisenreaktionskräfte mit zwölf Spürpanzern und Gerät zur Wasseraufbereitung und zum Reinigen verseuchten Militärmaterials abmarschbereit. Insgesamt verfügt die Bundeswehr über 5 aktive ABC-Abwehrbataillone und 114 – zum Teil eingemottete – Füchse.

Die Spür-Füchse haben indes ein Manko: Bio-Attacken, etwa mit Milzbranderregern, kann die Besatzung nicht an Ort und Stelle analysieren. Bodenproben, die mit einem Greifarm gezogen werden, muss die vierköpfige Crew erst einmal zu einem Speziallabor fahren. Das müssten die Deutschen dann wohl mitbringen.

Bereits am 15. Oktober hatte Washington Bedarf an ABC-Abwehrkräften angekündigt. Abgerufen wurden die Fachleute –

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

mangels erkennbarer Bedrohung durch Atom-, Bio- oder Chemiewaffen – bislang nicht. Planer im Wehrressort meinen denn auch, ein Einsatz, wenn er je käme, diente eher der psychologischen Unterstützung der GIs als der Abwehr konkreter Gefahren.

Dafür wäre der Aufwand beträchtlich: Die Truppe müsste über die große Entfernung mit Nachschub versorgt werden und womöglich Infanterie-Einheiten als Begleitschutz erhalten. Nur so kämen auch die 800 Mann zusammen, die Schröder für die ABC-Abwehr angekündigt hat.

Rund 1800 Männer und Frauen, so die „grobe Schätzung“ des Kanzlers, müsste die Marine aufbieten, um das Hilfsbegehren der Amerikaner zu erfüllen. Bis auf U-Boote und Marine-Jagdbomber soll fast alles in den Einsatz, was gut und teuer ist: drei Fregatten und ein Zerstörer aus Wilhelmshaven und Kiel, ein halbes Dutzend Schnellboote aus Rostock-Warnemünde, vier bis sechs Minensucher aus Olpenitz, dazu Versorgungsschiffe, ein Abhörschiff sowie „Sea King“-Hubschrauber und mindestens ein Fernaufklärer vom Typ „Breguet Atlantic“ aus Nordholz. Ziel: die Ausgänge des Suezkanals.

Bei den Schnellbooten fielen im Mittelmeer Radaranlagen und Bordelektronik aus.

THOMAS IMO / PHALANX

Flottenchef Feldt: *„Enormes Improvisationstalent“*

Ein Stützpunkt nahe dem südlichen Ende der Wasserstraße wurde vorige Woche noch gesucht. Dschibuti, vormals französische Kolonie unweit des Horns von Afrika, ist der Marine aus früheren Einsätzen und Manövern bestens vertraut.

Eine Fregatte soll im Mittelmeer dümpeln. Der Rest der kleinen Flottille wird vor die Küsten Ostafrikas und Saudi-Arabiens entsandt. Dort soll sie Seewege sichern, notfalls Öltanker schützen – und bei Bedarf verdächtige Schiffe stoppen.

Marine-Infanteristen und Kampfschwimmer aus Eckernförde gehen mit an Bord. Als „boarding party“ – Enterkommando – stehen sie bereit, Schiffe zu durchsuchen – ein heikler Job. 1995 verunglückte ein Marinesoldat in der Adria bei der Übung einer solchen Aktion tödlich. Damals überwachten die Deutschen mit den Nato-Partnern ein Waffen-Embargo gegen Jugoslawien.

Diesmal könnte es gegen Terroristen gehen, die versuchen, Schiffe anzugreifen. 40 Prozent der Flotte sind der Nato als Krisenreaktionskräfte gemeldet – und ständig abmarschbereit.

Wie effektiv Schnellboote sein können, stellten Crews aus Rostock erst kürzlich im Mittelmeer unter Beweis: Mit „Exocet“-Raketen schossen sie – in einem simulierten Gefecht – den französischen Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ kampfunfähig.

Das Manöver legte indes auch Schwächen bloß: Die Schnellboote – Spitzengeschwindigkeit rund 70 Kilometer pro Stunde, 34 Mann Besatzung – wurden für den Einsatz in der seichten Ostsee gebaut, nicht für Fahrten in den hohen Wellen von Nordsee, Mittelmeer oder Rotem Meer. Unter der Belastung krachten buchstäblich die Spanten. In der Hitze südlicher Sonne fielen reihenweise Lüftergebläse, Radaranlagen, Feuerleitrechner und andere Bordelektronik aus. Tag und Nacht lautete das wichtigste Kommando: löten, hämmern, schweißen, schrauben.

Flottenchef Lutz Feldt lobte damals das „enorme Improvisationstalent“ der Techniker, das die Flotte nun schon seit Jahren über Wasser halten müsse. Zugleich warnte der Vizeadmiral, dem niemand in der Marine einen Hang zum Dramatisieren nachsagt, dass die „Kluft“ zwischen knappen finanziellen Mitteln und den wachsenden militärischen Aufträgen „nicht mehr überbrückbar“ sei.

Vorsorglich ließ Feldt nach dem Mittelmeer-Manöver eine Liste der Bordsysteme anfertigen, die am häufigsten ausfallen: Für den Einsatz am Horn von Afrika sind die Ersatzteile schon bestellt.

Vergangene Woche ging zudem ein seit Jahren gehegter Wunsch der Marine in Erfüllung: Der Verteidigungsausschuss des Bundestags billigte den Kauf fünf neuer vollklimatisierter Korvetten für fast drei Milliarden Mark. Sie sind mit 88 Meter Länge weit größer als die S-Boote, können sogar einen Hubschrauber tragen – und taugen viel besser für lange Fahrten in heißen Regionen fern der Heimat.

Nur: Die neuen Schiffe sind frühestens in sechs Jahren startklar. Alexander Szandar

Werbeseite

Werbeseite

SCHULEN

Ein falscher Satz

Drei sächsische Lehrerinnen wurden bestraft, weil sie sich nach den Terroranschlägen antiamerikanisch geäußert haben sollen. Doch nun regt sich Protest, und die Pädagoginnen fühlen sich in DDR-Zeiten zurückversetzt. *Von Bruno Schrep*

MARTIN JENICHEN

Grundschullehrerin Christa B., Gymnasiallehrerin Petra S.
Ein Tabu gebrochen

Sie ist eine Lehrerin vom alten Schlag. Sie fordert Leistung vom ersten Schultag an, achtet streng auf Disziplin, duldet keine Faxen, scheut auch keine Konflikte mit Eltern. Generationen von Schulanfängern hat Christa B. mit ihren Methoden Lesen, Schreiben und Rechnen beigebracht.

Seit 34 Jahren unterrichtete sie an der kleinen Grundschule Oberlößnitz im sächsischen Radebeul. Jetzt ist die 56-jährige Lehrerin plötzlich weg: gerüffelt und zwangsversetzt an eine andere Schule.

Ruck, zuck versetzt worden ist auch eine weitere Pädagogin: Petra S., 33, bis vor kurzem Geschichtslehrerin am Lessing-Gymnasium in Hohenstein-Ernstthal. Abgemahnt und zum Besuch politischer Fortbildungskurse verdonnert wurde eine dritte Lehrkraft: Ursula S., 41-jährige Deutschlehrerin an einem Dresdner Gymnasium.

Die sächsischen Lehrerinnen, die vieles trennt, haben eines gemeinsam: Alle drei verletzten ein Tabu. Ein Tabu, das auch schon Fernsehmoderatoren, Schriftsteller und Musiker gebrochen haben. Nach den Anschlägen in New York und Washington sind die Lehrerinnen durch umstrittene Äußerungen zu den USA und durch heikle Vergleiche aufgefallen.

Radebeuler Schuldirektorin Mösch
„Wie kannst du bloß so etwas sagen?“

„Jetzt spüren die Amerikaner mal selbst, wie das ist“, äußert Grundschullehrerin Christa B. nach den Terrorangriffen im Unterricht. „Schließlich bombardierten sie auch unser Dresden.“

Die Schüler der Klasse 3b, acht- und neunjährige Jungen und Mädchen, die noch die Fernsehbilder von den einstürzenden Hochhäusern vor Augen haben, reagieren irritiert. „Unsere Lehrerin findet, dass den Amis das recht geschieht“, erzählt ein Mädchen aufgeregt zu Hause. „Stimmt das denn?“ Die Mutter alarmiert die Schulbehörde.

„Wie kannst du bloß so etwas vor der Klasse sagen?“, fragt Schuldirektorin Christine Mösch ihre langjährige Kollegin und Stellvertreterin. Antwort: „Denk an 1945. Mein Mann, damals noch Kleinkind, ist fast im Phosphorqualm erstickt. Selbst das Wasser in der Elbe brannte.“ – „Aber das kannst du nicht vergleichen.“

Doch Lehrerin B., erst geboren im März 1945, fühlt sich im Recht. Furcht erregende Erzählungen über die Bombenangriffe im Februar 1945 erschütterten sie schon als Kind. Später hat sie die Trümmer gesehen, unzählige Berichte über das Inferno gelesen. Bis heute besucht sie, jeweils am Jahrestag des Bombardements, die Gedenkstätte für die Opfer.

„Ich weiß, ich hätte mich so nicht äußern dürfen“, räumt sie inzwischen ein, „die Offenheit vor den Schülern war ein Fehler.“ Sie habe aber geglaubt, zwölf Jahre nach der Wende könne man auch in der Schule aussprechen, was man denke.

Irrtum, belehrt das Schulamt: „Der Versuch der Rechtfertigung eines Terrorangriffs ist in einer freiheitlich verfassten Schule nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt.“

Ihr Angebot, sich bei den Eltern der Schüler zu entschuldigen, wird von der Schulrätin abgelehnt: „Da gibt es nichts zu entschuldigen.“

Das wird in Radebeul von vielen anders gesehen. In der Kleinstadt bei Dresden, wo im Lauf der Jahre Tausende Schüler von Christa B. unterrichtet wurden, wo manche unter ihrer Strenge gelitten haben, stößt ihre Disziplinierung auf wenig Zu-

MARTIN JENICHEN

Werbeseite

Werbeseite

stimmung. Empört reagieren vor allem Ältere, die sich noch an den Krieg erinnern.

Waren die Angriffe auf Dresden etwa kein Kriegsverbrechen? Wussten die Alliierten nicht genau, dass in der Stadt Zehntausende Flüchtlinge Unterschlupf gesucht hatten?

Und überhaupt: Was wollen die eigentlich von unserer alten Lehrerin? Die hat sich doch nie politisch engagiert, war noch nicht einmal in der Partei. Opferte sich immer nur für die Kinder auf. Muss jetzt mit 56 in eine andere Schule. Was soll das?

Die Sanktionen gegen die Frau haben die Stimmung gegenüber den USA, ohnehin völlig anders als im Westen, weiter kippen lassen. „Überall mischen sie sich ein“, schimpft ein junger Mann auf der Straße. „Die haben immer nur ausgeteilt und ausgeteilt“, empört sich eine Hausfrau, „aber wer das sagt, wird bestraft.“

Einige Eltern der Grundschüler dagegen empfinden die Versetzung von Christa B. als viel zu milde. „Eigentlich gehört sie gefeuert“, sagt ein Vater. Die Formulierungen von Frau B. erinnerten an die antiamerikanische Hetze in der DDR. „Achtjährige orientieren sich doch am Lehrer. Da kommt es auf jedes Wort an.“

„Ein einziger Satz hätte mich fast die Existenz gekostet“, sagt Gymnasiallehrerin Petra S., „ein einziger Satz.“ Die rothaarige junge Frau, allein erziehende Mutter eines elfjährigen Sohnes, geht unruhig in ihrer Wohnung im siebten Stock eines Hochhauses hin und her, kramt in Papieren, sucht etwas im Computer, kann vor Aufregung kaum sprechen.

„Der Satz hat mein Leben verändert“, stößt sie hervor. „Er wird an mir kleben bleiben wie ein alter Kaugummi.“

Ein Satz, der es in sich hat. „Endlich haben die USA einen Denkzettel bekommen“, soll sie in der ersten Geschichtsstunde nach dem 11. September frohlockt haben. So oder ähnlich wollen es jedenfalls 15-jährige Schüler der Klasse 10c gehört haben, an den genauen Wortlaut kann sich niemand erinnern.

Ein Satz, der am Gymnasium in Hohenstein-Ernstthal, benannt nach dem Aufklärer Gotthold Ephraim Lessing, Hektik auslöst. Schüler werden verhört, Eltern schicken Faxe, Lehrer distanzieren sich. Rektor Klaus Hoppe, ein korrekter Mann, informiert das Regionalschulamt. Frau S. wird einbestellt.

„Man hat mir gleich gesagt, dass es nur um ordentliche oder außerordentliche Kündigung geht“, erinnert sich die Lehrerin. „Keiner gab mir die Hand, die Atmosphäre war eisig.“ Die Nacht darauf habe sie keine Sekunde geschlafen.

Dass es dann doch nur bei einem Wechsel an ein anderes Gymnasium blieb, hängt mit der unsicheren Beweislage zusammen. Petra S. bestreitet, den fatalen Satz je gesagt zu haben. Aber was hat sie gesagt?

„Ich saß beim Arzt, als ich die Nachricht hörte“, erzählt die Lehrerin. „Und ich dachte spontan: ‚Erstmals hat es die USA in ihrem eigenen Land erwischt.‘“

Diesen Gedanken habe sie am nächsten Tag der Klasse geschildert, in einer turbulenten, von heftigen Gefühlen geprägten Geschichtsstunde, in der alle durcheinander geredet hätten, kaum Zeit für abgewogene Argumente gewesen sei: „Das war sicher falsch.“

Doch dann habe sie der Klasse auch berichtet, wie entsetzt sie bis spät nachts vorm Fernseher gesessen habe, wie erschüttert sie über die vielen Toten sei.

Die Botschaft sei angekommen, glaubt Petra S.: „Kein Schüler fiel vom Stuhl, keiner schrie auf, nichts zeigte mir, dass ich die Klasse mit ungeheuren Äußerungen geschockt hätte.“

Was immer in dieser Geschichtsstunde im Detail gesagt worden ist – ins Schema einer typischen Ostalgikerin mit eingebauten Feindbildern und Denkschablonen passt Petra S. nicht. Zwar studierte sie noch in der alten DDR, doch angeeckt ist sie auch schon dort.

Noch während ihrer Lehrerausbildung schrieb sie nebenbei Jugendliteratur, unter anderem ein Hörspiel über einen Schüler, der wegen kritischer Äußerungen über die DDR von der Schule fliegen soll.

Die Staatssicherheit wurde aufmerksam, ein Spitzel mit dem Decknamen „Heine“,

der Petra S. bei Seminaren beobachtete, registrierte nicht nur ihre losen Reden, sondern meldete auch, dass sie offenbar „sehr modebewusst“ sei und „manchmal keinen BH“ trage. Rüffel folgten.

Nach Studium ihrer Akte, sagt die Lehrerin, habe sie sich fest vorgenommen, gegen Duckmäuserei und Anpasserei zu kämpfen, die neuen Verhältnisse zu nutzen, um ihre Schüler zu Zivilcourage zu erziehen, ihnen kritisches Handeln beizubringen. „Die sollen nicht alles glauben, was ihnen vorgesetzt wird. Auch nicht über die USA.“

Ihr deshalb Antiamerikanismus vorzuwerfen sei absurd. „Ist es antiamerikanisch, wenn ich im Zusammenhang mit den USA nicht nur an die Unabhängigkeitserklärung und George Washington denke, sondern auch an McCarthy und den elektrischen Stuhl?“ „Ist es antiamerikanisch, wenn ich einen Film wie ‚Independence Day‘ als unerträglich empfinde, als technisch perfekten Riesenwerbespot für die Air Force?“ Und schließlich: „Ist es antiamerikanisch, wenn ich die Außenpolitik der USA kritisiere?“

Warum sie aber ausgerechnet in der turbulenten Geschichtsstunde nach den Anschlägen auch die Bremserrolle der USA bei der Klimakonferenz hervorgehoben hat, einen diffusen Zusammenhang herstellte, kann sie nicht schlüssig erklären. Und dass sie sich damit zumindest dem Verdacht aussetzte, das Verbrechen irgendwie rechtfertigen zu wollen, ist ihr viel zu spät klar geworden.

Missverstanden fühlt sie sich, ungerecht behandelt, an früher erinnert. „Wenn man in der DDR Kritik übte, hieß es gleich: ‚Du bist gegen uns.‘“

„Kriegen hier Lehrer wieder einen Maulkorb wie früher?“, fragt auch Ursula S. Die 41-Jährige, die an einem Dresdner Gymnasium Deutsch und Geschichte unterrichtet, fühlt sich ebenfalls zu Unrecht angeprangert. Vor der Wende wurde sie wegen ihrer christlichen und politischen Überzeugungen beargwöhnt, wegen ihrer Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche. Heute weckt sie Misstrauen, weil sie mit einem Araber verheiratet ist.

Der Vater eines Schülers habe sie beim Kultusministerium verpfiffen, empört sie sich. „Er hätte direkt zu mir kommen, offen mit mir reden können. Aber nein, hintenrum, wie früher.“

Hintergrund: Am Tag nach dem Terror wird der Lehrerin eine brisante Frage gestellt. „Warum gibt es solchen Hass auf die USA?“, will eine Schülerin wissen.

Dazu fällt Ursula S. mehr ein, als ihren Vorgesetzten passt. Sie beschreibt unter anderem den Vietnamkrieg, dessen Schreckensbilder sie noch aus dem DDR-

„Wenn man in der DDR Kritik übte, hieß es gleich: ‚Du bist gegen uns‘“

Fernsehen kennt, schildert die Atombombenabwürfe über Hiroschima und Nagasaki, nennt auch den Golfkrieg. Vergisst allerdings, dass ihre elfjährigen Schüler von alledem bisher wenig oder nichts gehört haben, heillos überfordert sind.

„Warum haben Sie denn nicht versucht, die Kinder selbst eine Antwort finden zu lassen?“, fragt ein Mitglied der Untersuchungskommission, vor die Ursula S. geladen wird. Sie sei doch, bitte schön, zur politischen Neutralität verpflichtet.

Eine Verständigung scheint nicht möglich.„Ich bin Pazifistin, lehne jeden Krieg ab“, erklärt die Lehrerin. „Wir sind eine wehrhafte Demokratie“, belehrt sie eine Vorgesetzte.

Obwohl sie durch die Aufregung krank geworden ist, hat sie sich vorgenommen, ihre Auffassungen weiterhin offen zu vertreten. Zum Beispiel zu sagen, dass sie die Angriffe auf Afghanistan ebenso schlimm findet wie den Terror.

Andere Lehrer am Gymnasium, durch die Abmahnung der Kollegin eingeschüchtert, sollen dagegen äußerst vorsichtig geworden sein. „Viele denken wie ich“, glaubt Ursula S. „Sie trauen sich nur nicht mehr, es offen auszusprechen.“ ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

RONALD FROMMANN

KNUT MÜLLER

Deutsche Muslimin Beate R., Hamburger al-Kuds-Moschee: *„Kein vollwertiger Mensch mehr“*

EXTREMISTEN

Moderne Sklaverei

Durch Heirat mit einer Deutschen sichern sich Islamisten saubere Pässe, Bleiberecht und perfekte Tarnung. Für die Frauen aber kann eine solche Ehe die Hölle sein.

Um Erklärungen war Mamduh Mahmud Salim nicht verlegen, als er im Herbst 1998 im bayerischen Freising von einem Spezialkommando festgenommen wurde. Der Sudanese, der als Finanzchef von Osama Bin Laden gilt, erzählte den Beamten des Landeskriminalamts, er habe in Bayern gebrauchte Autos kaufen wollen. Und Elektronik, um in seiner Heimat eine Radiostation aufzubauen. Vor allem aber, sagte Salim, wolle er eine deutsche Frau heiraten, und zwar „sehr dringend“.

Das mochten ihm die Polizisten nicht recht glauben. Denn zu Hause in Khartum wartete auf den von den USA weltweit gesuchten Extremisten eine Ehefrau mitsamt einer Schar von Kindern. „Aber“, erklärte Salim, „die ist doch schon 40. Sehr unattraktiv.“ Sie habe praktisch nichts mehr, was einen Mann noch anziehen könnte.

Damals amüsierten solche Sprüche die Fahnder, heute jedoch passen die Hochzeitspläne genau ins Bild: Ermittler des Bundeskriminalamts und Verfassungsschützer glauben, ein richtiges Muster zu erkennen, nach dem sich mutmaßliche Unterstützer des Terrornetzes in Deutschland ein unauffälliges Leben schufen.

Man gewinne den Eindruck, so ein Sicherheitsexperte, als würden die Jünger aus Bin Ladens Netzwerk mit dem Hinweis geschickt: „Finde eine deutsche Frau.“ Die Vorteile: Arbeitserlaubnis, unbegrenztes Bleiberecht nach zwei Jahren Ehe und die Möglichkeit, einen deutschen Pass zu beantragen, mit dem es sich problemlos reisen lässt. Die Frauen freilich geraten dabei oft in moderne Sklaverei.

Fünfmal war der Bin-Laden-Vertraute Salim vor seiner Festnahme in der Bundesrepublik. Hier, schrieben seine Beobachter, habe er sich mit Arabern getroffen, die gut in die Gesellschaft integriert waren, keine feste Arbeitsstelle hatten – aber dafür häufig deutsche Frauen. Beispiel: der aus Syrien stammende Mamoun Darkazanli, der eine Vollmacht für Salims Konto bei der Deutschen Bank besaß und Kontakte zu den Hamburger Terrorpiloten hatte.

Auch Salims Münchner Gastgeber Sadek Walid A. war seine deutsche Frau Regine Borrmann in vielerlei Hinsicht von Nutzen. Auf ihren unverdächtigen Namen lief die 1997 gegründete Import-Export-Firma Impex-Borrmann GmbH, die den Sudanesen nach Deutschland eingeladen hatte. Die Impex residierte in einer Sozialwohnung in München-Feldmoching, die das Ehepaar zugewiesen bekommen hatte.

Dort wunderten sich die Nachbarn, denn die junge Frau habe das Haus – wenn überhaupt – nur noch tief verschleiert und in Begleitung männlicher Muslime verlassen. Sie sei schwanger gewesen, als sie einzog, sagen die Mieter, Walid A. habe aber schon ein paar größere Kinder mitgebracht. In den folgenden Monaten habe A. ständig Besuch von Arabern empfangen, die Kinder seien dann zum Spielen nach draußen geschickt worden, „aber sie durften mit niemandem sprechen“.

„Warum lassen Sie sich das gefallen, Sie sind doch Deutsche, Sie haben Rechte“, empörte sich einmal die Nachbarin, als sie Regine Borrmann auf dem Flur traf. Da habe die unter ihrem Schleier nur müde mit den Schultern gezuckt.

Was immer in der Sozialwohnung vor sich ging, von Geschäftstätigkeiten der Impex war nichts zu sehen. Nach Salims Verhaftung wurde die Firma liquidiert. Regine Borrmann besorgte den Schriftwechsel mit der Staatsanwaltschaft und bat für A. um eine Besuchserlaubnis im Gefängnis. Kurz darauf verschwand die Familie aus dem Mietshaus. Sie hinterließ Wasserschäden in den Bädern der Nachbarn, weil massenhaft zerrissenes Papier, das offenbar in aller Eile in die Toilette gespült worden war, die Leitungen verstopfte.

In einer Mietskaserne im schwäbischen Giengen, die Regine Borrmann bei den Sozialbehörden als neue Adresse angab, ist das Ehepaar nie eingezogen. 1999 brachte Walid A. seine Frau nach Erkenntnissen des bayerischen Innenministeriums in den Sudan. Dort, so die Behörden in München, stehe sie nun wohl unter der Bewachung des Clans.

Bayerns Innenminister Günther Beckstein ist inzwischen sicher, dass die deutschen Ehefrauen der perfekten Tarnung der Extremisten dienen. „Wir glauben nicht, dass die Männer aus Liebe heiraten“, sagt Beckstein. Die Frauen, so meint

Im sicheren Hafen

Vorteile binationaler Ehen in Deutschland

- sofortige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis
- Ausweisung ist nur nach einer besonders schweren Straftat gerechtfertigt
- Der Ausweisungsschutz wird noch verstärkt, wenn ein Kind aus der Ehe hervorgegangen ist
- nach zwei Jahren besteht eigenständiges Bleiberecht und die Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen
- die deutsche Staatsangehörigkeit ermöglicht uneingeschränkte Reisefreiheit

DER SPIEGEL

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

CORBIS SABA

Verschleierte Frauen (in Afghanistan): *Unter Bewachung des Clans*

er gar, würden später in die Heimatländer der al-Qaida-Anhänger geschickt, „damit sie sich nicht mehr scheiden lassen können“. Vor allem aber, so sein Ministerium, würden sie dort „ruhig gestellt“. Ein ungeheuerlicher Verdacht, Belege dafür hat Beckstein freilich nicht.

Die Ermittlungsbehörden befürchten, dass viele westliche Ehefrauen islamischer Extremisten gegen ihren Willen in Afghanistan, im Sudan oder in Ägypten festgehalten werden. Vielleicht auch Ursula R. Die Münchnerin hatte dem Ägypter Deyaa B. das Jawort gegeben. In ihrem Haus in Freising hielt sich Mahmud Salim in den Nächten vor seiner Verhaftung auf.

Auch Ursula R. trug bald lange dunkle Roben und Kopftuch. Wovon die sechsköpfige Familie lebte, konnte in Freising niemand sagen. Ihr Mann verschwand kurz nach Salims Festnahme und hinterließ hohe Mietschulden. Die Gläubiger stießen schließlich auf eine Wohnung im Münchner Olympiadorf, die das Paar von einem afghanischen Geschäftsmann gemietet hatte.

Doch richtig eingezogen sind die beiden dort offenbar nie. „Da kommen“, sagen die Nachbarn, „dauernd Fremde, keiner bleibt länger als ein paar Nächte.“ Die Münchner Behörden verfolgten die Spur von Ursula R. bis nach Ägypten, dem Heimatland ihres Ehemanns. Dass sie sich dort frei bewegen kann, glauben sie nicht.

Auch Verfassungsschützer schließen in den Verbindungen zwischen einer Deutschen und einem islamischen Extremisten romantische Gefühle weitgehend aus. Allein das mögliche Vorleben der westlich erzogenen Frauen, die fremden Männern die Hand reichen und im Sommer schon mal kurze Kleider tragen, könne ein fundamentalistischer Muslim normalerweise nicht akzeptieren.

Anfängliche Liberalität halte in den meisten Fällen auch nur so lange an, bis die Angetraute unter dem Schleier verschwunden und die deutsche Staatsbürgerschaft erworben sei. Nur wenige deutsche Frauen schaffen den Absprung aus dem dann folgenden ehelichen Belagerungszustand. Beate R. ist er gelungen.

1997 heiratete sie in Weimar den Marokkaner Hassan R. Eine Liebesbeziehung zwischen gleichberechtigten Partnern, so war es anfangs. Als Söhnchen Abdessamad, der „Diener des Herrn“, geboren wurde, war Beate R. bereits aus freien Stücken zum Islam konvertiert. Sie trug ein Kopftuch, „und dann“, sagt sie, „dachte er, ich sei kein vollwertiger Mensch mehr“. Die Familie zog nach Hamburg, Hassan R. ging zum Beten in die al-Kuds-Moschee. Hier fand er radikale Freunde, darunter auch spätere Terroristen. Beate R. aber verlor ihre Freiheit.

Obwohl das Geld fehlte, musste sie ihre Arbeit als Krankenschwester aufgeben – weil sie im Job zu viel Kontakt mit Männern hatte. Sie musste kochen, beten, putzen und sich mit langen Gewändern bedecken, wenn sie auf die Straße ging. Schon ein paar Worte mit dem Bäcker oder Metzger zu wechseln war tabu. Die Einkäufe erledigte ihr Mann. Einzige Abwechslung bot eine islamische Frauengruppe, in der sie auch die deutsche Ehefrau von Mamoun Darkazanli traf.

Trotzdem gelang Beate vor einem Jahr die Trennung von Hassan R. In einem Internet-Chatroom hatte sie einen anderen Mann kennen gelernt.

Ihr früherer Ehemann hingegen blieb seinen extremistischen Freunden aus der Moschee treu – nach den Anschlägen in den USA wurde der Flughafenmitarbeiter deshalb sogar kurzzeitig verhaftet: Er hatte dem inzwischen weltweit gesuchten mutmaßlichen Terrorkomplizen Zakariya Essabar nach Ermittlungen des Bundeskriminalamts seine Anschrift als Deckadresse geliehen.

Dominik Cziesche, Conny Neumann

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

GESUNDHEIT

Bizarre Tricks

Mit allen Mitteln will Ministerin Schmidt verhindern, dass die Beiträge für die Krankenkassen noch vor der Bundestagswahl steigen – wohl vergebens.

Soll niemand sagen, Ulla Schmidt habe ihre Lektion nicht gelernt. Die zehn Monate an der Spitze des Gesundheitsministeriums sind für die SPD-Frau aus Aachen zumindest nicht ohne Erkenntnisgewinn verstrichen.

„Das Gesundheitswesen ist der einzige Bereich, in dem die Mathematik demokratisierbar ist“, doziert die gelernte Sonderschullehrerin gern, und: „Jeder führt je nach Interessenlage andere Zahlen an.“

Aus ihrer eigenen Interessenlage hat die fröhliche Ministerin nie ein Geheimnis gemacht: Mit aller Macht sollen Beitragserhöhungen der Krankenkassen im Moment verhindert werden. „Ausgerechnet im Wahljahr“, so Schmidt vor Vertrauten, seien ausufernde Kosten im Gesundheitswesen „ein ganz übles Signal“. Schließlich war die rot-grüne Bundesregierung mit dem Versprechen angetreten, die Sozialabgaben deutlich zu senken.

Schade nur, dass immer deutlicher wird, dass sich dieses Versprechen kaum noch halten lässt. Vor allem die Kosten des medizinisch-industriellen Komplexes steigen – genauso stetig, wie das Ansehen der zuständigen Ministerin sinkt.

Dieser Zusammenhang ist auch der Sozialdemokratin nicht verborgen geblieben. Schönrechnen ist deshalb in ihrem Haus erste Beamtenpflicht.

Ministerin Schmidt
„Übles Signal“

FRITZ REISS / AP

So hatten sich erst am 10. September die Krankenkassen und das zuständige Bundesversicherungsamt (BVA) bei einer Sitzung in Bonn darauf geeinigt, künftig höhere Ausgaben einzuplanen. 2002 hätten dadurch die Beiträge deutlich erhöht werden müssen.

Doch dann griff Edwin Smigielski zum Telefon. Der Abteilungsleiter aus dem Schmidt-Ministerium verkündete dem Chef des BVA eine frohe Botschaft: Das Sparpaket der Ministerin werde die Versicherer bereits im kommenden Jahr um zwei Milliarden Mark entlasten.

Dank Smigielski trafen sich die Kassenvertreter am 22. Oktober – gegen alle Gepflogenheiten – zu einer Sondersitzung und korrigierten ihre Entscheidung, die gerade einmal sechs Wochen alt war.

VISION PHOTOS / ULLSTEIN BILDERDIENST

Patient bei Ultraschalluntersuchung: *Zwei Milliarden Mark Entlastung für die Kassen?*

Zwei Milliarden Mark Entlastung? Fachleute können den Optimismus nicht nachvollziehen. Allenfalls 1,2 Milliarden wird Schmidts Sparpaket, das noch nicht einmal den Bundestag passiert hat, nach Berechnungen der Betriebskrankenkassen bringen. „Bereits heute ist erkennbar“, heißt es in einem internen Vermerk über die Sondersitzung, „dass die Entscheidung voraussichtlich schon bald in die entgegengesetzte Richtung korrigiert werden muss.“

Doch selbst die 1,2 Milliarden sind nicht sicher. Denn auch sie wären das Resultat eines beispiellosen Schacherns. Zunächst drohte die Ministerin der Pharmaindustrie, viele erfolgreiche Medikamente per Gesetz zu verbilligen. Wenig später dann die Kehrtwende: Die Pharmaindustrie soll nun 400 Millionen Mark auf ein Treuhandkonto der Bundesregierung einzahlen. Im Gegenzug will Schmidt einen Teil ihres Sparpakets zurücknehmen und die Pharmabranche schonen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder persönlich hatte den dubiosen Deal nach einem Gipfeltreffen mit Pharmabossen am vergangenen Donnerstag abgenickt. „Zustände wie auf einem Basar“, wettert Franz Knieps, Geschäftsführer beim AOK-Bundesverband. „Eine Art Bestechung“, urteilt der Grüne Oswald Metzger.

Die Ministerin gibt sich unbeeindruckt – Hauptsache, die Zahlen sind schön. Um das auf jeden Fall sicherzustellen, will sie noch vor der Bundestagswahl dafür sorgen, dass die Krankenkassen das Geld der Versicherten anders unter sich aufteilen. Die von ihr als „Yuppie-Versicherungen“ bezichtigten Betriebskrankenkassen mit vielen jungen und gesunden Mitgliedern sollen künftig noch mehr Geld an jene Institute abzweigen, die überdurchschnittlich viele Alte und chronisch Kranke versichern. Das, hofft Schmidt, werde die Lage der großen Kassen noch vor der Bundestagswahl deutlich verbessern.

Ein frommer Wunsch. „Auf die Kassenfinanzen haben die Reformen im kommenden Jahr überhaupt keinen Einfluss“, urteilt Rainer Daubenbüchel, Chef des Bundesversicherungsamts. Er werde marode Kassen „notfalls zu Beitragserhöhungen zwingen“.

Schmidts Experten wissen bereits, wen es zuerst treffen wird: viele Betriebskrankenkassen, die mitgliederstarken Ersatzkrankenkassen Barmer und DAK; aber auch die AOK in Schleswig-Holstein, Hamburg, Westfalen-Lippe, Rheinland-Pfalz und Bayern werden ihre Beiträge wohl schon bald deutlich erhöhen; jeder zweite Versicherte wäre davon betroffen.

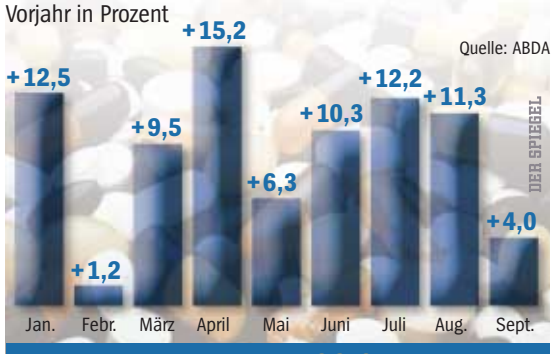
Damit wird voraussichtlich zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik der durchschnittliche Beitragssatz bis Ende nächsten Jahres über 14 Prozent des Bruttolohns steigen. Die milliardenschwere Kostenlawine, die durch eine Neuregelung der ärztlichen Arbeitszeit droht, wurde dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Die Ministerin scheint bereits zu ahnen, dass ihre bizarren Tricks keinen Erfolg haben werden. Vor Berliner Realschülern gab sie sich in der vergangenen Woche ungewöhnlich kleinlaut: „Es gibt Schöneres als das Amt des Gesundheitsministers.“

ALEXANDER NEUBACHER

Dosis erhöht

Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen für Arzneimittel 2001; Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Summe 1. bis 3. Quartal 2001: **30,3** Milliarden Mark
2000: **27,5** Milliarden Mark

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SVEN DÖRING / PLUS 49 / VISUM

Firmenbestatter Heckmeier-Mohr (M.): *Leere Hüllen mit gewaltigen Schulden*

KONKURSE

Sterben nach Plan

Vor allem im Osten lassen Kriminelle Pleitefirmen systematisch verschwinden und prellen Gläubiger um Millionen. Nun hat ein Insider über die Tricks geplaudert.

Die Kanzleiräume in der Berliner Lietzenburger Straße 107 waren David Heckmeier-Mohr vertraut. Regelmäßig führten Geschäfte den gelernten Elektroinstallateur zu Notar Hartmut Hesse. Immer ging es um Verträge, die ihn reicher und seine Geschäftspartner um ein Problem ärmer machten.

Am Ende der Notartermine besaß Heckmeier-Mohr in der Regel mindestens eine Firma mehr – meist aus der Baubranche. Besonders kommod: Die Neuerwerbungen machten kaum Arbeit und kosteten kein Geld.

Firmenunterlagen ließ er sich erst gar nicht aushändigen, dafür aber brachten die Verkäufer meist 10 000 Mark in bar mit. Die Summe schoben sie Heckmeier-Mohr diskret am Rande des Notartermins im verschlossenen Umschlag zu. Dafür waren die Verkäufer ein großes Problem los: Ihre Firmen waren schließlich pleite, die Männer entledigten sich so ihrer Schulden.

Die auf den ersten Blick clevere Geschäftsidee bereitet dem Selfmade-Manager Heckmeier-Mohr allerdings nun Probleme: Acht Monate saß er in der Justizvollzugsanstalt im sachsen-anhaltinischen Dessau in Untersuchungshaft, seit zwei Wochen ist er rechtskräftig verurteilt zu viereinhalb Jahren Gefängnis.

Die Staatsanwaltschaft Halle warf dem Firmenaufkäufer, der zeitweise über 50 Gesellschaften besaß, die maßgebliche Beteiligung an einem Wirtschaftsbetrug vor, der bei Sozialkassen, Arbeitsämtern und Vertragspartnern aus der Wirtschaft ein zweistelliges Millionenloch gerissen hat. Erfreulich für die Ermittler: Heckmeier-Mohr ist der Erste aus der Gilde der Firmenbestatter, der umfassend über die Tricks des Gewerbes redet.

Das Grundmuster ist simpel: Der Chef einer überschuldeten Firma überträgt sein Unternehmen – mitsamt Schulden und offenen Rechnungen – einem Betrüger und gibt ihm dafür Geld. Der Betrüger löst die Firma auf und verschwindet. Sollten ihn die Gläubiger finden, hebt er die Hand zum Offenbarungseid, weil er offiziell nichts besitzt.

Die diskrete Beerdigung von Pleitefirmen hat sich vor allem im Osten Deutschlands zum boomenden Geschäftszweig entwickelt. Der Schaden geht nach Einschätzung von Experten in die Milliarden. Kaum eine Staatsanwaltschaft zwischen Anklam und Zittau, die keine derartigen Fälle in den Akten hat. In Berlin hat das Landeskriminalamt bereits eine eigene Ermittlungsgruppe gegründet – unter dem bezeichnenden Namen „Platt“.

Bei dem Dessauer Fall geht es um sechs Baufirmen aus Sachsen-Anhalt – Teil eines Unternehmensgeflechts der italienischen Brüder Girolamo und Rosario Tinaglia. Die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Dessau hält es für erwiesen, dass Heckmeier-Mohr diese Unternehmen übernommen hat, als sie längst reif für den Konkursrichter waren. Das einzige Ziel der Transaktion sei es gewesen, Gläubigerforderungen ins Leere laufen zu lassen.

Heckmeier-Mohr verlegte den Hauptsitz der sechs Firmen in eine Garage in Berlin. Mahnschreiben von Lieferanten gingen als unzustellbar an die Absender zurück; nach wenigen Monaten hisste der Unternehmer die weiße Flagge: eidesstattliche Versicherung, Löschung der Unternehmen aus dem Handelsregister. Die Firmenakten und Bilanzen hatten die Alteigentümer geschreddert oder verbrannt. Ein Firmensterben nach Plan, wie Heckmeier-Mohr dem Staatsanwalt Norbert Hartge gestand.

Begonnen hatte seine Karriere als Firmenaufkäufer Mitte der neunziger Jahre:

SVEN DÖRING / PLUS 49 / VISUM (L.); LUFTBILD & PRESSEFOTO GRÄN (R.)

Pleitier Tinaglia, Anwesen in Nedlitz: *Firmengelder für private Zwecke*

Der damals schon wegen mehrerer Wirtschaftsstraftaten rechtskräftig verurteilte Handwerker trat in die Dienste von Rainer S. Der ehemalige Berliner Discothekenbetreiber hatte geglaubt, eine rechtliche Grauzone entdeckt zu haben.

Mit Annoncen in der Tagespresse („Konkursprobleme? Wir übernehmen Ihre GmbH mit allen Schulden“) wurden scharenweise Not leidende Mittelständler geködert. An der Sanierung der maroden Betriebe hatte die Truppe jedoch kein Interesse. Geschäftsräume wurden gekündigt, Telefonanschlüsse abgemeldet, Firmenunterlagen beseitigt.

S. selbst blieb meist im Hintergrund. Die Pleitegesellschaften wurden von Strohleuten gegen ein bescheidenes Handgeld von 500 Mark pro Firma übernommen. Einer dieser Strohmänner war Heckmeier-Mohr. Doch dem stand der Sinn schon bald nach Höherem; er wollte selbst das große Geschäft machen.

SVEN DÖRING / PLUS 49 / VISUM

Beschlagnahmesiegel im Tinaglia-Porsche
Kostspieliger Lebensstil

Den Einstieg verschafften ihm die gelernten Bauarbeiter Rosario und Girolamo Tinaglia, die nach Erkenntnissen der Ermittler von 1992 bis 2000 in Sachsen-Anhalt und Brandenburg über ein undurchsichtiges Geflecht von 27 Baufirmen mindestens sechs Millionen Mark in ihre privaten Kassen abfließen ließen. Rosario Tinaglia hat mittlerweile gestanden. Lutz Lehmann, Rechtsanwalt von Girolamo Tinaglia, lehnt jede Stellungnahme ab.

Wie die Masche der Brüder Tinaglia funktionierte, machte den Ermittlern das Beispiel der Firma Stahltec deutlich. Das Unternehmen, 1994 gegründet, stellte Matten für Stahlbeton her – vorwiegend für Großprojekte wie Autobahnbrücken. Allein im Jahr 1996 hatte das Unternehmen Aufträge in Höhe von 17, 4 Millionen Mark. Da die Tinaglias nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft überwiegend Schwarzarbeiter beschäftigten, blieben satte Gewinne von 2,8 Millionen Mark, die am Fiskus vorbei auf Privatkonten der Firmeninhaber transferiert wurden.

Weitere Millionen wurden, so fanden Hartge und die Dessauer Kriminalbeamten heraus, über offenbar fingierte Rechnungen aus dem Unternehmen gezogen. So stellte die Firma TWI Hoch- und Tiefbau Handelsgesellschaft, ebenfalls im Besitz der Tinaglias, der Stahltec im Jahr 1997 Leistungen in Höhe von exakt 2 884 883 Mark in Rechnung. Über die Art der Leistungen fanden die Fahnder im Buchwerk nichts.

Bei TWI wiederum stellten die Firmen Mir Bau GmbH und Hoti GmbH Rechnungen über 3 171 175,53 Mark. Auch hier fanden die Ermittler keinen Hinweis auf Leistungen. Zudem existierten beide Firmen zum Zeitpunkt der Rechnungslegung nicht mehr. Exakt diese Summe ließ sich aber ein Geschäftspartner von Rosario Tinaglia bar auszahlen, auf mehrere Tranchen über ein Jahr verteilt. Nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft haben Tinaglia und seine Freunde die Gelder „für private Zwecke“ verwandt.

Ihr Lebensstil war schließlich kostspielig. Rosario Tinaglia kaufte in Nedlitz bei Dessau ein stattliches Anwesen, dessen Wert laut Gutachten 2,5 Millionen Mark betrug. Insgesamt häufte der Bauarbeiter aus dem sizilianischen Caltanissetta ein Immobilienvermögen von 5,7 Millionen Mark an. Auch für Autos ging bei Tinaglias so einiges drauf, Schmuckstück war ein Porsche 911, Millennium-Edition – Kaufpreis 185 000 Mark. Der Wagen wurde bei einer Razzia sichergestellt.

Als alle Vermögenswerte schließlich aus den Firmen herausgezogen waren, übertrugen die Tinaglias die Gesellschafteranteile an Heckmeier-Mohr. Stahltec wechselte am 3. März 1998 den Besitzer, die TWI einen Monat später. Da waren die Gesellschaften längst nur noch leere Hüllen mit gewaltigen Schulden. Wer für sie gearbeitet hatte, schaute nun in die Röhre. Die wahre Finanzlage, gestand der Firmenaufkäufer, sei ihm „von Anfang an klar“ gewesen, die Transaktion „eine vorsätzliche Konkursverschleppung“.

Heckmeier-Mohr war offenbar nicht der Einzige, der eigenen Regeln folgte. Vor dem Landgericht Dessau belastete der Firmenaufkäufer den Berliner Notar Hartmut Hesse, der nahezu alle Firmenübertragungen aus dem Tinaglia-Imperium beurkundet hatte. Der Notar, so ließ Heckmeier-Mohr seine Anwältin vortragen, habe nicht nur von der Konkursverschleierung gewusst, sondern ihn mit 20 Prozent auch noch an den Notargebühren beteiligt, schließlich war der Betrüger Großkunde. Hesse, gegen den die Staatsanwaltschaft Halle Ende Oktober Anklage wegen Beihilfe zur Konkursverschleppung erhoben hat, möchte zu dem Vorwurf nichts sagen – wegen der „gesetzlichen Schweigeverpflichtung des Notars“.

In Finanzangelegenheiten konnte Heckmeier-Mohr schon einmal auf den Advokaten zählen. Am 4. Oktober vorigen Jahres löste Hesse den Firmenbestatter gegen Zahlung von 4500 Mark aus dem Gefängnis in Berlin-Plötzensee aus. Dort hatte Heckmeier-Mohr eine Freiheitsstrafe anzutreten – wegen Konkursverschleppung in einem anderen Fall. ANDREAS WASSERMANN

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Biermann (II): Schon ein Jahr vor Biermanns Auftritt in Köln bot sich der DDR-Führung die Chance, den rebellischen Barden in den Westen zu verbannen. Erst im letzten Moment zuckte sie zurück und widerrief die bereits erteilte Ausreisegenehmigung. Als Biermann schließlich im November 1976 auf Einladung der IG Metall in den Westen fahren durfte, spekulierten er und seine Freunde, die Genehmigung sei eine Folge des im Westen aufkeimenden Reformkommunismus, der auch im Politbüro der SED Anhänger gefunden habe. Doch sie hatten sich getäuscht.

DIE AUSBÜRGERUNG

VON WOLF BIERMANN

BIERMANN-KONZERT IN KÖLN 1976

„Schon beim Soundcheck auf der riesigen Bühne der Radsporthalle war ich fit, als wäre ich ein Sprinter im Sechs-Tage-Rennen“

Ich war mir darüber im Klaren, dass ich im Westen zwei abenteuerliche Wochen lang auf einem extrem schmalen Pfad zu balancieren hatte. Ich wollte meine – wie wir es damals euphemistisch nannten – solidarische Kritik an der DDR unverblümt singen und sagen. Aber meine allerschärfsten Attacken, insbesondere auch gegen einzelne namentlich an den Pranger gestellte Parteibonzen, wollte ich ausgerechnet in der westlichen Arena nicht liefern. Solche besonders „scharfen“ Lieder hatte ich ja schon vorher im Osten an Ort und Stelle all die Jahre gesungen und massenhaft genug verbreitet, dort also, wo es auch mehr Mut brauchte als auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs.

Es war schon immer gefährlicher, aber eben auch effektiver, gegen den Drachen im eigenen Lande zu kämpfen.

Und nebenbei die Hauptsache: Ich wollte ja ohne Wenn und Aber nicht nur zurück, sondern auch so, dass ich nicht an der Grenze einkassiert und gleich in einem noch tieferen Loch lande

© Wolf Biermann.

als vorher und kritische Sympathisanten womöglich sagen: Selber schuld! Konkret: Solche besonders provokanten Lieder wie: *Die Stasi-Ballade, Die Populär-Ballade, In China hinter der Mauer, Jenaer Memfis-fan-club-blues, Steine-Lied, In Prag ist Pariser Commune, Ballade zur Beachtung der Begleitumstände beim Tode von Despoten* wollte ich ausgerechnet im Westen nicht singen und habe es auch in Köln – höre mir zu, lieber Heiner da oben auf deiner Zigarren-Raucher-Wolke neben Brecht und Churchill und Ché … ich habe es wohlweislich und beweisbar nicht getan.

In der dicken Beilage zur Doppel-LP, die dann mit dem Live-Mitschnitt herauskam, ist mein originaler Fahrplan faksimiliert, den ich mir vorher gemacht hatte und an den ich mich auch die ganzen viereinhalb Stunden stur gehalten habe. Genau diese Blätter hatte ich im Konzert vor der Nase.

Freilich, ich sang auch etliche ruppige Spottlieder wie „ah ja!“ und „Die hab ich satt!“, denn ich hätte mich lächerlich gemacht, wenn ich aus dummschlauer Klugkeit den ganzen Abend nur meine unpolitischen Liebeslieder runtergeleiert hätte. Davon hatte ich auch nicht genug. Die meisten meiner vielen Liebeslieder sind ja auch keine lieblichen Zuckertörtchen, denn mein Standardthema heißt sowieso, und zwar bis heute: „Liebespaare in großer politischer Landschaft“.

WOLFGANG STECHE

Mit wem denn sonst, mit meinem allerengsten Freund, Robert Havemann, hatte ich draußen in Grünheide am Möllensee tagelang hin und her überlegt. Aber auch mit dem jungen Jürgen Fuchs und anderen Freunden beriet ich, was in dieser Situation zu tun oder zu lassen sei.

Was, fragte sich jeder, konnte diese unerwartete Genehmigung meiner Konzerttournee Gutes oder Schlechtes bedeuten. Wo lag die Chance, wo die Gefahr?

Eurokommunismus

Natürlich waren wir alle gebrannte Kinder und also skeptisch bis an den Rand der Feigheit. Aber der geschichtliche Wind hatte sich inzwischen mal wieder günstig gedreht. Mut wurde billiger. Freiheit ist seit je die einzige Ware, deren Preis sinkt, wenn die Nachfrage steigt.

Die drei einflussreichsten eurokommunistischen Parteien, vom Kreml inquisitorisch geächtet, hatten doch durchgesetzt, dass ihre Vertreter aus Frankreich, Italien und Spanien auf der nun angesetzten „Konferenz der Kommunistischen- und Arbeiterparteien“ in Ost-Berlin nicht nur teilnehmen und reden durften. Das Unglaubliche geschah. Sie hatten es Breschnew und seinen Satrapen abgepresst, und so wurde es dann auch gemacht: Die Reden der westeuropäischen Rebellen mussten ohne Verfälschung und ohne verächtlichen Kommentar und ohne Kürzungen im Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ abgedruckt werden.

So trauten wir denn unseren Augen kaum, als wir plötzlich im amtlichen Lügenblatt unserer Obrigkeit peinlichste Wahrheiten aus dem Munde von Enrico Berlinguer und PCE-Chef Carrillo lasen. Sogar der parteifromme Apparatschik Georges Marchais aus Frankreich riskierte plötzlich Gotteslästerungen, für die ein normaler DDR-Bürger für Jahre in den VEB-Knast einquartiert worden wäre.

Und nun standen plötzlich all diese eurokommunistischen Frechheiten schwarz auf weiß in der Parteipresse! Solche Ketzerworte kosteten plötzlich 15 DDR-Pfennige statt den Hals. Man verstehe: Es roch verführerisch nach Prager Frühling.

Wir spekulierten darauf, dass womöglich, quatsch: ganz sicher! mitten im verrotteten Politbüro der SED ein deutscher Dubček herangewachsen war, womöglich schlau getarnt als besonders dogmatischer Betonkopf, ein wahrer Kommunist also, der für den demokratischen und menschlichen Sozialismus kämpft. Vielleicht könnte meine genehmigte Reise in den Westen eine Art riskanter Versuchsballon sein, eine Leuchtrakete der demokratischen Opposition innerhalb der Parteiführung gegen Honecker, Mielke und Paul Verner.

Einer wie ich, durch Geburt zum Menschheitsretter verurteilt, darf doch nicht kneifen, redete ich mir ein, wo er nun plötzlich Geschichte machen konnte, nein: musste!

Mancher Mut kommt ja auch aus der Angst vor dem Ängstlichsein. Ich wollte es doch nicht machen wie die Spottdrossel, die schon dermaßen lange in ihrem Käfig sich an die Bequemlichkeiten der Gefangenschaft gewöhnt hat, dass sie nicht mal mehr rausfliegt, wenn endlich das Gittertürchen offen steht. Robert Havemann sagte sibyllinisch: „Du musst es wagen, Wolf, aber auch klug sein!“ Also: Zu weit gehen, aber nicht zu weit zu weit.

Ganz so blauäugig, wie manche Klugscheißer im Nachhinein uns attestierten, waren wir nicht. Die Frage, ob unsere Obergenossen mich wieder reinlassen, stellte sich natürlich, umso mehr, als das Beispiel Solschenizyn uns warnend vor Augen stand. Aber mit eurokommunistischer Zuversicht spotteten wir über die Losung: „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen …“ Das war längst veraltet. Unsre deutschtüchtigen Ober-Genossen blickten schon seit Jahren mit dem Hochmut des Kerngesunden auf den ar-

T. BILLHARDT (O.); FRASSINETI / AGF (U.)

KOMMUNISTENFÜHRER IN OST-BERLIN (1974)*
REFORMKOMMUNISTEN IN ROM (UM 1975)
„Es roch verführerisch nach Prager Frühling“

* DDR-Staatsratsvorsitzender Willi Stoph, KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew, SED-Chef Erich Honecker, FDJ-Führer Egon Krenz.

Werbeseite

Werbeseite

men kranken großen Bruder im Osten. Dessen Fehler würden „unsre“ vermeiden! Die wollten siegen, aber nicht sächsisch: siechen.

Meines erfahrenen Freundes Fazit klang gut durchdacht. Havemann sagte: „Na klar lassen unsre dich wieder rein! Wenn nicht, dann würde es zu teuer werden für sie.“ Und sagte: „Wolf, die wissen das. Unser Honnakow ist ein Schwein, aber kein Idiot. Wichtig ist nur, dass du während dieser Tournee am besten gar kein Interview gibst, denn da provozieren dich dann irgendwelche Aufreißer mit Fragen, auf die du vielleicht in der Rage reinfällst wie auf einen Köder.“

So baute ich mir ein Programm, gewiss auch mit polemischen Liedern – ich sage es lieber noch einmal – aber eben nicht mit den kindlich so genannten schlimmsten. Und mein Kompass sollte sein: kritische Solidarität mit der DDR. Also radikal kritisch, aber eben auch zutiefst solidarisch.

Ich musste mich zu solcher Taktik gar nicht groß verrenken oder gar verstellen, denn genau das war ja auch meine innere Haltung.

Hänschen klein ging allein

So ging ich am 11. November mit meiner kleinen und der großen Weißgerber-Gitarre, jede in einer Hand, dazu ein umgehängtes Reisetäschchen, aus dem Haus. Ich lief tatsächlich wie Hänschen klein ging allein in die weite Welt hinein … die knapp 300 Meter Friedrichstraße runter.

Die Kneipen „116“ links, Bärenschenke rechts, die Bruchbude Johanniseck links, dann Brechts Theater rechts, dann vorbei an meinem preußischen Gusseisenadler auf der Weidendammer Brücke, über den ich grade eine Ballade geschrieben hatte, dann rechts rüber am Spreeufer zum Eingang in den Tränenpalast. So hieß der populärste unter den Spottnamen für diesen angebauten Glaskasten am Bahnhof Friedrichstraße. Dort hatte ich jahrelang, und meistens auf die allerletzte Minute vor Mitternacht, meine Mutter Emma oder und gelegentlich den sanftmütigen Radikalinski Rudi Dutschke (vor … und glücklicherweise auch nach den drei Schüssen) und manche Kollegen mit klingenden Namen und noch mehr No-name-Besucher aus dem Westen abgeliefert und war dann alleine wieder zurückgetrollt in meine Wohnung.

Aber nun lieferte ich mich selbst dort ab, am helllichten Tag. Wer hat mich dorthin begleitet? Eine Frau? Welche? Ich hab es vergessen.

Ich dachte an die feierlichen Worte von Jurek Becker. Der hatte mich noch am Tag vorher besucht und gesagt: Falls diese Reise irgendeine Falle ist, wie und was auch immer, wir werden uns das nicht gefallen lassen, also: ich jedenfalls nicht!

Die Kontrollen durchlief ich ohne Schikanen. Als ich aus dem Gängelabyrinth dieser Menschenreuse oben rauskam, geriet ich auf den scharf abgeschotteten Teil des Bahnhofs und fuhr mit der S-Bahn los. Das Unfassbare lief ab, als wäre es das Normalste von der Welt. Es war nun wieder so, wie ich es mir elf Jahre vorher in meinem neuen „Wintermärchen“ – also vier Jahre nach dem Bau der Mauer – in der Tonart von Heinrich Heine zusammengereimt hatte:

Im deutschen Dezember floss die Spree
Von Ost- nach Westberlin
Da schwamm ich mit der Eisenbahn
Hoch über die Mauer hin
Da schwebte ich leicht übern Drahtverhau
Und über die Bluthunde hin
Es ging mir so seltsam ins Gemüt
Und bitter auch durch den Sinn
Das ging mir so bitter in das Herz:
Da unten die treuen Genossen …
So mancher, der diesen gleichen Weg
Zu fuss ging wurde erschossen
Manch einer warf sein junges Fleisch
In Drahtverhau und Minenfeld
Durchlöchert läuft der Eimer aus
Wenn die MP von hinten bellt

DPA

BIERMANN-THEMA BERLINER MAUER*

„Durchlöchert läuft der Eimer aus, wenn die MP von hinten bellt“

Ich zeige hier die vier Vierzeiler vor, weil: Genau diese Mauer-Verse haben damals 1965 zu meinem Verbot geführt. Meine Mutter hatte sie sich irgendwo klitzeklein zusammenknifft hingesteckt und für meinen Freund Wolfgang Neuss durch die Grenze geschmuggelt. Und was macht dieser begnadete Witzbold? Ohne mich zu fragen, hat er das explosive Zeug riesengroß in seinem satirischen Zeitungsblatt „Neuss Deutschland“ in West-Berlin veröffentlicht. Das war aber keine Satire! Diese Strophen waren für Ulbricht und Consorten mehr als nur der Tropfen, der das Fass … ein gebildeter Sachse würde sagen: Das war der Gasus Pelli. Danach wurde nicht mehr um die Rettung meiner Seele aus dem konterrevolutionären Fegefeuer gerungen.

Nun aber, elf Jahre später, drückte ich mir wieder die Nase platt an einer S-Bahn-Scheibe. Links die Reichstagsruine, rechts das Areal der Charité, so traumhaft real ratterte ich auf die andere Seite der Welt in Richtung Zoo.

Es gibt ein Leben vor dem Tod

Die erste günstige Gelegenheit zur Ausbürgerung hatte sich, auch das zeigen die Akten, schon ein Jahr vorher ergeben: 1975. Warum und wie daraus aber nichts geworden war, wirft ein Licht auf das Problem meiner Ausbürgerer: Ihr Ausbürgerungscoup musste politisch abgesichert sein.

So sah es aus: Mit dem alternden General Franco und seinem faschistischen Regime ging’s in diesem Jahr zu Ende. Was die

* Festnahme eines DDR-Flüchtlings in Ost-Berlin 1989.

Revolution nicht erledigt, schafft die Biologie. Die DDR, im Rausch des diplomatischen Feldzuges um die Anerkennung durch westliche Staaten, hatte schamlos fix, gleich nach dem Bonner Klassenfeind, mit dem bis dato geächteten faschistischen Spanien unnormal normale Beziehungen aufgenommen. Botschafter wurden ausgetauscht. Überlebende Spanienkämpfer aus den Internationalen Brigaden im Bürgerkrieg weinten in Ost-Berlin nun wie die Kinder und verstanden die Welt nicht mehr.

Allerhand verschiedene bundesdeutsche Linke wollten der verhassten Franco-Diktatur auch noch einen eleganten Todesstoß aus gesicherter deutscher Entfernung verpassen, schnell, bevor der greise Mörder sich gemütlich im Sterbebett davonstahl.

In Offenbach bei Frankfurt am Main wurde also ein Anti-Franco-Kongress organisiert, zu dem auch ich eingeladen worden war. Ich wusste natürlich, dass die DDR-Bonzen mich nicht fahren lassen werden. Dennoch, mehr aus Daffke, beantragte ich bei unserem Ministerium für Kultur am Molkenmarkt eine Reisegenehmigung für ein Konzert in Offenbach. Aber zu meiner Verblüffung traf mich von oben prompt das feudalsozialistische JA.

KEYSTONE PARIS / STUDIO X (R.)

BIERMANN-SCHALLPLATTEN, FASCHIST FRANCO (1936)

„Was die Revolution nicht erledigt, schafft die Biologie“

Bis zum Auftritt blieben mir noch etwa zwei Wochen Zeit. Ich war überrumpelt, war überglücklich und ansonsten in höchster Verlegenheit: Was denn sollte und was konnte ich als gelernter DDR-Dissident Brauchbares liefern zum exotischen Thema Spanien und Franco-Faschismus. Ich kannte und liebte natürlich die Steinkohlen-Platten des „Barrikaden-Taubers“ Ernst Busch. Seine herzzerreißenden Kampflieder aus dem Spanischen Bürgerkrieg hätte ich runtersingen können.

Aber was sollte ich in Frankfurt Eigenes und wirklich Passendes singen! Gewiss, ich hatte ein Lied über den spanischen Kommunisten Julián Grimau geschrieben, der unter Franco kurz zuvor erschossen worden war. Ich hatte auch eine Ballade in petto, die ich grade über einen Kameramann zu Stande gebracht hatte, der beim Putsch von Francos Nachgänger Pinochet in Santiago de Chile ermordet worden war. Es ist die unerhörte Geschichte eines Mannes, der seinen eigenen Mörder filmt, und zwar genau in dem Moment, wo er erschossen wird … Nicht schlecht, aber zu wenig für einen Auftritt in Offenbach!

Also setzte ich mich hin und reimte und komponierte mir in einem Furor poeticus, ja wie ein „Held der Sozialistischen Arbeit“ mein „echt“ spanisches Liedgut zusammen.

Mitten in der Nacht vor der großen Reise aber klingelte es an meiner Tür in der Chausseestraße 131. Ein Bote des Königs kam und brachte einen Brief: Die genehmigte Reise wird nun doch nicht genehmigt. Punkt. Und das versteht sich: kein Kommentar. Trotzdem ging ich am Morgen zum verabredeten Termin, meinen Pass zu holen: Pustekuchen!

Heute ist mir sonnenklar, was da im Dunkel hinter den Kulissen passiert war. Die Oberen hatten gehofft, dass ich mit meinen normalen DDR-Liedern in den Westen fahre und ausgerechnet auf dem antifaschistischen Spanien-Kongress antistalinistische Spottgesänge gegen den roten Drachen in Ost-Berlin grölen werde. Das wäre dann ein idealer Anlass gewesen, mich – wie auch immer – zu ächten.

Alle Linken im Westen, auch die Freunde im Osten hätten beschämt zugeben müssen, dass es nicht grade taktvoll und tapfer ist, ja sogar eine Infamie, den westdeutschen Friedensfreunden und Kämpfern gegen den spanischen Faschismus in den Rücken zu fallen mit meinem familiären DDR-Streit. Es hätte bei der geplanten Ausbürgerung wohl keine Solidaritätsbewegung gegeben. Jurek Becker, Hermlin, Heym, Heiner Müller und Christa Wolf, Fühmann und Volker Braun – sie alle hätten den Teufel getan, sich für mich öffentlich einzusetzen. Und die westdeutschen Linken hätten sich kopfschüttelnd abgewandt.

Nun aber hatte ich ein lupenreines Anti-Franco-Liederprogramm auf der Pfanne. Die Abhörwanzen in meinem Zimmer lieferten der Stasi die neuen Lieder in bester Tonqualität. Und irgendwelche Spitzel im Freundeskreis haben der Sicherheit sicher gemeldet: Dieser falsche Hund Wolf wird im Westen treu-antifaschistisch heulen. Nach innen wertet ihn das dann auf, und nach außen macht es uns höchstens diplomatischen Ärger.

Die geplante Ausbürgerung wäre für die DDR-Obrigkeit ein propagandistischer Rohrkrepierer geworden. Für solch einen sauberen Antifa-Auftritt hätten sie mich, schon aus ideologischen Zweckmäßigkeitsgründen, nicht nur nicht öffentlich maßregeln können, sondern im Gegenteil: Ich wäre frech und frisch, mit antifranquistischem Ritterschlag geadelt, zurückgekommen nach Ost-Berlin und hätte meiner rot getünchten Obrigkeit eine echt rote Nase gedreht.

Ich hatte umsonst gearbeitet! Weil ich aber diese neuen Lieder dann nicht wegschmeißen wollte, sang ich sie auf Tonband. Ich glaube Jörg Mettke vom SPIEGEL schmuggelte das Bandmaterial rüber nach Westen. Und dann brachte CBS meine Spanien-LP raus, mit dem aufreizenden Titel: „Es gibt ein Leben vor dem Tod“.

Mein Nachlass

So verging also noch ein DDR-Jahr bis zur nächsten Gelegenheit. Im Herbst 1976 besuchten mich in Ost-Berlin der alte Trotzkist Jakob Moneta und der Jugendsekretär Bernd Wurl aus dem Vorstand der mächtigen IG Metall in Frankfurt am Main. Sie luden mich zu Konzerten ein, das Ganze im Rahmen des „Jugendmonats der IG Metall“. Trotz der ärgerlichen Erfahrung von vor einem Jahr reichte ich wieder einen Reiseantrag im Kulturministerium ein.

Jakob Moneta war damals bekannt als Kopf der „Vierten Internationale“ in der Bundesrepublik. Nach der Wende wurde

Werbeseite

Werbeseite

ROGER MELIS

BIERMANN MIT FREUNDEN IN OST-BERLIN*

„Wo lag die Chance, wo die Gefahr?“

derselbe Jakob Spitzenkandidat der PDS in Frankfurt am Main. Nach meiner Erfahrung kann aus einem waschechten Trotzkisten, egal aus welcher sektiererischen Gruppierung, alles werden: ein SPD-Mann, ein CDU-Mitglied, ein fundamentaler Moslem, ein RAF-Terrorist oder ein Banker oder ein Immobilienhai oder ein Sozialfall, er kann sich sogar umoperieren lassen zur Frau – aber ein Mitglied der stalinistischen Bande wird er nur dann, wenn er es im Grunde immer schon heimlich war. Ich wüsste also gern, wer damals in der IG Metall auf die tolle Idee kam, den Biermann einzuladen oder wer sie dann listenreich aufgegriffen hat.

Wer immer es war, er hat sich fürs Vaterland verdient gemacht und mir einen existenziellen Gefallen getan, den ich damals nur noch nicht ermessen und würdigen konnte. Zwei Jahre nach der Ausbürgerung wollte ich immer noch nichts lieber als zurück zu meinen vertrauten Freunden und Feinden.

Wie Brecht in einer Anmerkung zum Galilei schrieb: „Der vielleicht übertriebenen Hoffnung folgt die vielleicht übertriebene Hoffnungslosigkeit.“ Ich war so verzagt, dass ich glaubte, mein Leben sei nun vorbei. Weniger melodramatisch: Nur mein Leben als „Der Biermann“ und Liederdichter hielt ich für beendet. Für diesen mir so nahen Toten wollte ich nun den Nachlass ordnen. Ich gab also bei meinem Verlag in Köln ein dickes Buch heraus mit dem pathetischen Titel „Nachlass 1“. Zwischen diese zwei Buchdeckel stopfte ich alles, was bisher von mir in Gedichtbänden seit der „Drahtharfe“ veröffentlicht worden war. „Nachlass 2“ sollte dann noch unveröffentlichte Texte zusammenfassen, also auch all die neuen Lieder und Gedichte, die ich zum allerersten Mal in Köln vorgetragen hatte – und dann auf zu neuen Ufern!

Aber eins nach dem andern. Von solchen Ängsten ahnte ich noch nichts, als ich nun mit der S-Bahn hoch über die Mauer fuhr – und wie ich heute weiß: billig für 20 Pfennige Ost in ein West-Leben.

Das Hühnerei

Mein Freund, der West-Berliner Filmemacher Carsten Krüger, holte mich Bahnhof Zoo ab. Er hatte die Kamera vorbereitet, in irgendeiner Privatwohnung, für mein Interview mit Mettke. Mit dem hatte ich mich in Ost-Berlin prima verstanden, ihm konnte ich trauen. Dass er dieses Dokument nur mit meiner Zustimmung und natürlich erst veröffentlichen würde, wenn ich wieder sicher in der DDR gelandet sein werde, das war klar abgemacht. Und natürlich hat er sich daran korrekt gehalten.

Ich würde diesen Streifen, falls es ihn überhaupt noch gibt, gerne sehn, denn dort habe ich ungeniert ausgesprochen, wie ich diese heikle Sechs-Konzerte-Tournee durch den Westen durchziehn werde: keine extravaganten Polit-Quasseleien in den Medien. Nur die klingende Ware „Konzert“ liefern und dann sofort zurück. Warum ich das gerne sehen würde? Weil ich überprüfen möchte, ob ich mir inzwischen was in die Tasche lüge oder nicht.

Woran ich mich aber schärfer erinnere, ist mein Besuch bei Günter Grass noch am selben Abend. Mit seinen Werken war ich nicht so vertraut, wie es sich für einen Freund gehört hätte, aber ihn selbst mochte ich ganz und gar. Heute argwöhne ich manchmal: Ihm ging es, wer weiß, mit mir und meinen Liedern umgekehrt. Wie auch immer: Jetzt, seit der Wiedervereinigung, die Grass ja mit einem grässlichen Groll nicht mit „ie“, sondern mit „i“ schreibt, haben wir uns zerfreundet, und das kann mir nicht egal sein. Diese stumme kalte Zwietracht tut mir Leid, denn ich danke ihm einiges. Der Hauptgrund soll hier ausgebreitet werden.

Günter Grass hatte mich nämlich für den Abend eingeladen in sein Berliner Haus. Wie ein starker älterer Bruder, hat er mich damit vor dem womöglich dämlichsten Desaster meines Lebens bewahrt. Außerdem improvisierten wir an diesem Abend eine zauberhafte Clowns-Szene.

Es sollte eine Generalprobe fürs Kölner Konzert sein. Ich wollte mein Programm einfach mal schlank runtersingen. Ein bestens geeigneter Raum war auch da, oben, des Hauses bewohnbar gemachter Dachboden.

Ich war froh, denn ich brauchte ja Übung. So eine Singerei hat neben aller Ästhetik auch eine sportliche Seite. Elf Jahre immer nur klein-klein privat sind nicht grade ein gutes Spezialtraining für die straffe Ökonomie eines professionellen Konzerts.

Ich will das Verdienst meines einstmaligen Freundes nicht durch groteske Vergrößerung kleinreden, aber es ist wahr: An diesem Abend hat er mich aus einer Gefahr gerettet, die mir nicht einmal bewusst gewesen war. Und das kam so:

Grass hatte einige seiner Vertrauten eingeladen, ein erlesenes Publikum. Die Frauen sahen mir alle so klug und schön aus, die Männer so schön und klug – will sagen: Ich kannte die Leute nicht.

Als ich mein Programm gesungen hatte und mich sonnte in der Gewissheit, dass es nun auch in Köln klappen könnte, entschwand Grass in seine Küche und kam mit einem Hühnerei zurück.

Er stellte sich in die Mitte meines Konzertsälchens, balancierte mit clownesker Pose das Ei hinterm Rücken vor und zeigte es mit Daumen und Zeigefinger in die Runde. Gaukler Grass sah aus wie auf einem Bild von Bosch, wo auf dem Jahrmarkt vorne ein Zauberer die glotzende Menge in seinen Bann zieht, während hinten sein Kumpel einem staunenden Bürger den Geldbeutel aus der Tasche fingert.

Dies sei, sagte nun unser Literar-Kaschube, eine alte kaschubische Sitte. Es komme dabei auf das Kunststück an, solch ein ro-

* 1. Reihe : Fritz Rudolf Fries (l.); 2. Reihe: Robert Havemann, Kurt Bartsch, Rainer Kirsch; 3. Reihe: Helga Novak, Sarah Kirsch, Wolf Biermann.

Werbeseite

Werbeseite

hes Ei im Ganzen zu verschlucken. Schon hatte er sich das Ei unter Fontanes Bismarckschnauzer durch die Zähne geschoben und zermalmte nun krachend die Schale. Und dann stand er, nach der gelungenen Nummer, da und freute sich diebisch über seinen Erfolg. Die Damen stöhnten oh! ah! und iii! Die Männer grunzten begeistert.

Nachdem er mir dermaßen die Schau geklaut hatte, fragte er mit einem frotzelnden Blick, den ich wiederum für kaschubisch hielt, ob ich das auch wagen würde.

Mit Todesverachtung bat ich um ein Ei. Er brachte es mir sogleich. Aber entsetzlich! Das Ding war zu groß. Er hatte für mich ein Ei gebracht, das ein bisschen sehr groß war, für mich jedenfalls viel zu groß. Der Schuft hatte für mich womöglich ein kleineres Gänse-Ei präpariert oder was!

Ich riss den Rachen auf, ich verrenkte mir den Kiefer, noch mal und noch mal, aber es half nichts.

Die eleganten West-Ladys kicherten, die schicken West-Kerle wieherten vor Vergnügen. Und nun stand ich hilflos da, ein Bild wie auf dem Gemälde von Watteau der plumpe Bauer Gilles im eleganten Pierrot-Kostüm, über den sich die adligen Damen und Herren totlachen.

Da schlug ich mir das Ei einfach mit der flachen Hand durch das östliche Gebiss. Der Glibber schwappte mir über die Lippen, das Eigelb hing mir am Kinn, dann kaute ich die ekelhafte Schale und würgte den Klumpatsch runter.

So hatte ich also mit knapper Not das komisch-kaschubische Kunststück des Rivalen egalisiert. Nicht auszudenken, wie die deutsche und Welt-Geschichte verlaufen wäre, wenn ich mir den Kiefer dabei ganz und gar ausgerenkt hätte: Überhaupt kein Konzert! Nicht mal Hänschen klein! Wobei anzumerken wäre: Dieses populärste Kinderlied der Deutschen war aus DDR-Sicht hoch politisch: ging allein … also getrennt vom Kollektiv … in die weite Welt … was will der in der weiten Welt! … Stock und Hut, warum nicht Stahlhelm und Kalaschnikow … Mutter weinet … eine deutsche Heldenmutter weint doch nicht … und so witzlos weiter.

Womöglich hätte es wieder keine Ausbürgerung gegeben! Die verkauften Intellektuellen und die gekauften Tellektuell-Ins hätten nicht den Aufstand geprobt!! Kein Exodus der Querulanten!!! Kein Zusammenbruch der DDR!!!! Kein Prozess des Gregor Gysi gegen Bärbel Bohley vor dem Oberlandesgericht in Hamburg!!!!! Kein SPD-Bonze und kein grau gewordener Grüner im Bett mit der PDS!!!!!! Das Ei des Günter Grass hätte als Ei des Columbus die Erde andersrum drehen gemacht.

Als Grassens Gäste gegangen waren, nahm der Freund mich beiseite und redete Tacheles: „Bist du wahnsinnig? Mit diesem Liederprogramm kannst du unmöglich auftreten in Köln!“ – „Wieso?“ – Grass war im Recht mit seiner Kritik: Ich Naivling hatte fast ausschließlich neue Lieder gesungen, die noch keiner im Westen kennen konnte. Ich hatte das Publikum in Köln nicht mit ollen Kamellen langweilen wollen. „Unsinn!“, schimpfte Grass, „du musst wenigstens die Hälfte des Abends solche Lieder singen, die jeder von den Platten kennt. Mensch! Deswegen kommen doch die Leute. Und sie haben ein Recht darauf. Wie können sie überhaupt deine neuen in sich aufnehmen, wenn sie sich der vertrauten Lieder nicht vergewissert haben!“

Am nächsten Tag, dem 12. November, flog ich von Tegel nach Köln. Im Flieger über beiden Deutschländern krakelte ich mir ein neues Programm zusammen. In Köln übernachtete ich bei Peter Laudan, einem jungen Redakteur des WDR, der die ersten Radiosendungen und heimlich in Ost-Berlin gedrehte Filmaufnahmen von mir im Westen publik gemacht hatte.

Mit der Nacht brach eine Erkältung über mich herein. Hohes Fieber, Heiserkeit, Halsschmerzen. Es ging mir am Morgen des großen Tages so elend, dass es schon zum Lachen war. Aus Sicht der DDR ein Zusammenbruch genau im richtigen Moment. Wie unheldisch: Der Drachentöter hat Husten. Einmal im Leben die Chance, öffentlich zu leuchten, und dann scheitert alles an einem Rotzlicht.

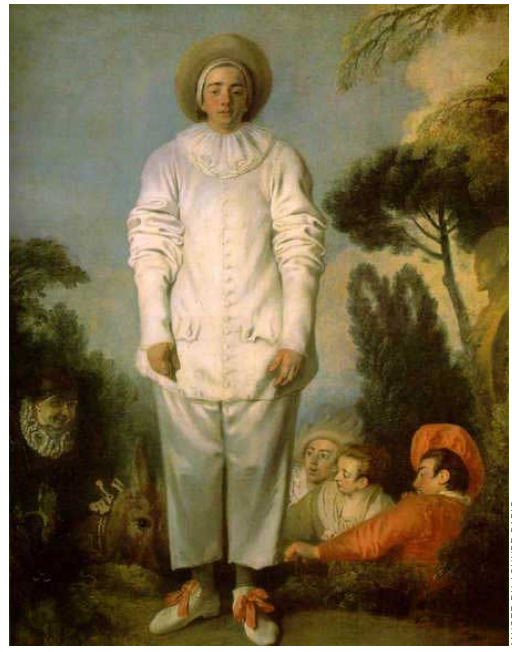
Vom Bett aus, verschwitzt und verschnupft, diktierte ich Peter Laudan mein neues Programm. Schluckte ich panisch Medikamente? Ich denke nein. Den Peter Laudan kann ich leider nicht mehr danach fragen.

Aber ich seh noch dieses Bild, wie er am Tischchen neben meinem nass geschwitzten Bett sitzt, sehe, wie der supermoderne Kugelkopf seiner IBM-Schreibmaschine lustig übers Papier tanzt. Am frühen Nachmittag, als wir fertig waren, erlebte ich ein Mirakel: Plötzlich war die ganze Erkältung wie weggezaubert.

Es kam mir vor wie eine wundersame, ja eine gradezu benjaminitische Rettung – und das soll heißen: Ich kuschelte mich unter die berühmten Fittiche des Angelus Novus im scharfen Wind, der vom Arbeiter- und Bauern-Paradies her wehte. Was die Exegeten der Werke von Walter Benjamin vielleicht freut: Ich kann bezeugen, dass des dunklen Tiefblickers Engel der Geschichte, wenn die Stürme aus dem Paradies ihn immer weiter weg in den Fortschritt voran peitschen, dass also dieser Angelus Novus seinen Kopf dabei nach rückwärts richtet, damit er Menschenkinder wie uns, die im aufgewirbelten Staub hinterherkeuchen, überhaupt erkennen und beschützen kann.

Ich lasse nun das Philosopheln und rede lieber sportlich: Schon beim Soundcheck auf der riesigen Bühne der traditionellen Radsporthalle in Köln war ich fit, als wäre ich ein Sprinter im Sechs-Tage-Rennen.

DER SPIEGEL



MUSEE DU LOUVRE PARIS

BIERMANN, GRASS (1977)
WATTEAU-GEMÄLDE „GILLES“
„Die Damen stöhnten, die Männer grunzten“

Zons am Rhein

Der vielleicht stärkste Liedermacher Südamerikas, ein eigenständiger Schüler des großen „Don Ata“ Atahualpa Yupanqui, war in diesen Tagen auch in Köln: Daniel Viglietti aus Uruguay, ein Mann im politischen Exil. Er hatte mich schon in Ost-Berlin besucht, ich liebe seine Lieder und bewundere sein Gitarrenspiel. Mit ihm trat ich am folgenden Vormittag, dem 14. November, in Köln bei einer lateinamerikanischen Matinee auf

Werbeseite

Werbeseite

NORBERT NORDMANN

W. P. PRANGE

PROTEST BEI BIERMANN-KONZERT IN KÖLN, BIERMANN (1976)

„Mein Kompass sollte sein: Kritische Solidarität mit der DDR – also radikalkritisch, aber eben auch zutiefst solidarisch“

und sang die wenigen Lieder aus meinem Repertoire, die zum Thema passten: „Comandante Ché Guevara“ … Ich hatte mich selbst so bravourös durchgeschlagen, nun konnte ich auch gelassen ein bisschen folkloristische Weltretterei spielen. Ich schwamm im Glück und fühlte mich.

Am abermals nächsten Tag geriet ich in meinen 40. Geburtstag.

So feierten wir: Kölner Freunde luden Viglietti und mich zu einem Spaziergang ein am Ufer des Rheins bei Zons, ein mittelalterliches Städtchen von einer fast kitschigen Schönheit, die ich bestens aushalten konnte. Bis heute bilde ich mir ein: Dies war der ungetrübte Glückstag meines Lebens. Mehr froh kann man wohl nicht sein: Von der Nachricht über meine Ausbürgerung sollte ich ja erst am nächsten Tag niedergeschmettert werden. Also genoss ich unvergällt meinen Erfolg. Dort an den Gestaden des Vater Rhein merkte ich plötzlich, dass ich mich unversehens in einen Beweis auf zwei Beinen verwandelt hatte, Beweis dafür, dass es trotz alledem vorangeht mit der Menschheit: Ich Sohn war zum ersten Mal älter geworden als mein Vater. Die Toten bleiben eben jung.

Hingerissen war ich vom Anblick der Lastkähne auf dem mächtigen Strom. Als Jüngling hatte ich mal eine brav sozialistische Das-kommt-davon-Ballade geschrieben über ein Mädchen aus Leipzig, das mit einem Manager auf der Messe nach Köln abgehauen war, natürlich ins kapitalistische Verderben. Und der Refrain passte nun treffender, als mir bewusst sein konnte:

Ach, mit dem Strom fahrn die Schiffe so schnell
Auf dem Rhein dahin dahin
Ach gegen den Strom geht es langsam zurück
Ich weiss nicht, wie traurig ich bin …

DIE KONZERT-KONSERVE

Ob der Leser es glaubt oder nicht – ich kann es ja selber kaum glauben, aber es ist die Wahrheit: Ich hatte bis jetzt nicht ein einziges Mal dieses Köln-Konzert, das dermaßen viel in Bewegung brachte, gesehen. Weder damals im Fernsehen, noch später von einer Videokassette.

Für meine Scheu gibt’s womöglich Gründe, die ich lieber nicht durchschaue. Vielleicht war es eine diffuse Angst: So stark werde ich nie wieder sein … und zugleich: Ich muss unbedingt besser werden!

In diesem Sommer 2001, schwer genötigt von meiner Frau Pamela und lachend gelockt von den Kindern, habe ich mir, wie die Kids sagen, die längst überlagerte Konserve nun doch reingezogen. Es war nicht die reine Freude.

Diese Langsamkeit! Oh, diese unerträgliche Langsamkeit des Sprechens zwischen den Liedern. Ich möchte immer dazwischen rufen: Junge, komm aus der Hüfte! So bedeutungstief und kompliziert isses doch nicht, dass du dermaßen pastoral artikulieren musst!

Solch eine pausenverliebte Pose wirkt wie eine Satire auf Hegel, von dem wir wissen, dass er bei seinen Berliner Philosophie-Vorlesungen manchmal fünf Minuten schweigend am Pult stand, eine Art Schaudenken vor dem gespannten Auditorium, um dann wieder einen ungeheuerlich tiefsinnigen Satz rauszuhaun, den seine Studenten dann beflissen niederschrieben.

Ich sah aber an den bewegten Bildern auch deutlich genug, warum dieser junge Mann aus Ost-Berlin da zwischen seinen frisch gesungenen Liedern dermaßen breitärschig retardierte: Er war unsicher, der junge Mann hatte Angst. Er wollte Zeit rausschinden zum Nachdenken, so wie ein Gauner bei einem scharfen Verhör. Mich täuschte nicht seine Souveränität im Gestus und auch nicht die Chuzpe, mit der er Zwischenrufern manchmal übers Maul fuhr: Es war die nackte Angst.

Der rausgelassene Freigänger wollte natürlich dem freien Publikum gefallen, aber er wollte auch alles vermeiden, was ihm danach bei der Gefängnisdirektion verschärfte Einzelhaft statt die normale Gemeinschaftszelle einbringt und wollte nichts im Lande des Klassenfeinds liefern, was ihn außerdem bei den ungnädigen Mitgefangenen in ein schiefes Licht hätte setzen können.

Dieser Biermann da auf der Kölner Bühne griff die DDR gewiss radikaler an als alle wohlerzogenen Politiker des Westens, aber im gleichen Atemzug verteidigte er sie mit einer bolschewistischen Nibelungentreue, die schon was rührend Lächerliches hatte. So zerrissen dachte ich damals. Und nicht nur ich. In Ost-Berlin die meisten meiner Freunde unter den Kollegen, wie der tapferironische Jurek Becker und der sanftsarkastische Heiner Müller oder der zerbrechliche Kraft-durch-Kummer-Poet Volker Braun, damals vielleicht auch noch der kreuzfidele Pessimist Günter Kunert und bestimmt sogar der hochfahrende Eliteliterat Stephan Hermlin und die tapferfeige Christa Wolf, der kecke Angsthase Stefan Heym und der unverwüstliche Robert

Werbeseite

Werbeseite

Havemann sowieso – sie alle, dermaßen verschiedene Charaktere! –, sie dachten und fühlten zu dieser Zeit im Grunde sehr ähnlich.

Mir drehte sich der Magen um, als ich nun den jungen Biermann auf dem Video im wütenden Wortwechsel mit einem Zwischenrufer pseudodialektisch rumeiern sah. Ich durchschaute mich als Apologeten, dozierend von oben herab über den 17. Juni 1953. Der Aufstand sei, so donnerte ich damals über die Lautsprechergebirge in den Saal, schon eine fortschrittliche Arbeiter-Revolte gegen die Stalinisten gewesen und gleichzeitig noch der reaktionäre Versuch eines faschistischen Rollback aus dem Westen.

An dieser Stelle ließ ich das Videoband noch mal zurücklaufen und zermarterte mir das Gedächtnis. Ich habe es nicht rauskriegen können, ob das damals bei mir noch echter Irrglaube war oder eine Finte, um taktisch bei der eurokommunistischen Strategie zu bleiben.

Stefan Heyms mehrfach umgeschriebenes Buch über den 17. Juni kam mir siedend heiß in den Sinn, diese peinliche Kolportage, die in der DDR verboten wurde, weil sie den Gedankenpolizisten im ZK nicht verlogen genug war.

Über die allermeisten Lieder und Gedichte im Köln-Konzert konnte ich, und gebe das selbstkritisch zu, hell begeistert sein. Oh, du frecher Hund! murmelte ich mit ungehörigem Entzücken mir in den weißen Bart. Wie freiheitswütig muss dieses Wolfsgeheul auf manche geprügelten Hunde an den Fernsehapparaten in der DDR gewirkt haben!

Ich hörte zum ersten Mal auch wieder diese Ballade von dem verwunschenen Städtchen Lassan am Peenestrom – nicht schlecht! Und sinnigerweise zum Schluss stümperte dieser Poet, der sich mit dem nachgemachten Proletencharme des Stückeschreibers Liedermacher nannte, in diesem Köln seine schicksalsbeladene Berlin-Ballade vom preußischen Ikarus – wo ihn dann der passende Krampf im erschöpften linken Zeigefinger beim Barré-Griff auf a-Moll erwischte – ein fast schon symbolisches Zeichen, denn das Lied vom Absturz stürzte da nun selber ab – gar nicht schlecht!

Sich wenden – sich wandeln

Alles in allem: Die uralte TV-Konserve erwies sich als eine prima Gelegenheit, mit dem erfahrungsgeschärften Blick weitsichtiger Altmänneraugen klarer zu erkennen, wie gleich ich mir blieb seither, wie tief ich mich verändert habe.

Mancher hörte vielleicht mal mein späteres Lied mit dem Refrain „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu.“ Es war der Zusammenbruch der DDR, es waren die Turbulenzen in der so genannte Wendehals-Zeit, die uns Deutschen drastisch den feinen Unterschied zwischen dem Wort „sich wenden“ und „sich wandeln“ ins Bewusstsein rückten.

Mein Publikum von vor 25 Jahren hat sich freilich auch verändert. Nicht wenige Weggefährten sind seitdem sehr andere Wege gegangen. Manche Freundschaften sind aus guten Gründen zerbrochen, andere wie grundlos versickert. Für mich war die Wiederbegegnung mit dem jungen Mann aus der Chausseestraße 131 eine Chance zur Selbstbetrachtung. Mir geht's da nicht anders als jedem in meinem immer noch sehr gemischten Publikum. Wir alle müssen ja neugierig sein auf den Menschen, der uns am nächsten ist und den wir grade deshalb besonders schwer erkennen: uns selbst.

Und was die einstmalige Prognose meines Freundes Robert Havemann betrifft – die Genossen Erich und Erich haben die Ausbürgerung also doch gewagt. Da hatte mein chronisch optimistischer Robert sich also gründlich geirrt. Aber zugleich hat er mal wieder ganz und gar Recht behalten: Der Rausschmiss wurde zu teuer für die SED-Nomenklatura.

WILFRIED BAUER

BIERMANN IN SEINER HAMBURGER WOHNUNG (2001)

„Oh, du frecher Hund, murmelte ich mit ungehörigem Entzücken mir in den weißen Bart“

In Brechts Galilei-Stück warten die bangenden Schüler des Physikers, der in die Fänge der katholischen Gehirnwächter geraten war, auf den Ausgang des Inquisitionsverfahrens. Und Brecht lässt – ich glaube – seinen Lieblingsschüler Andrea pathetisch ein wahrhaft großes Wort rufen: „So viel ist gewonnen, wenn nur einer aufsteht und Nein sagt!“ Wir wissen, der historische Galilei hat dann aus Angst vor der Folter doch seine Erkenntnis widerrufen, dass die Erde sich um die Sonne dreht. Und trotz alledem gilt das immer wieder enttäuschte Hoffnungswort vom tapferen Menschen, der widersteht.

Mich ermutigt es, dass wenigstens ein SED-Obergenosse Nein sagte zu den Geschichtslügen über die DDR, dass wenigstens einer von unseren einstmaligen Unterdrückern den Mut zur Wahrheit aufbringt. Ein unbedeutender Zeitgenosse wie es scheint, so war dieser gekaufte SED-Intellektuelle mit dem bulligen Gesicht dennoch bekannt genug, um ein Zeichen für uns zu setzen. Ich meine den halb unfreiwilligen Maueröffner Günter Schabowski. Er ist der Einzige unter diesen verdorbenen Greisen im Politbüro, der mehr und mehr die Courage aufbrachte, nach der Wende seine totalitären Irrtümer, seine persönliche Schuld und seine weltgeschichtliche Niederlage ohne Falsch einzugestehn. Damit hat er mindestens politisch wieder gutgemacht, was er verbrach zu DDR-Zeiten. Ob er sich mehr schlau oder mehr klug oder mehr tapfer fürs doppeldeutsche Vaterland damit Verdienste erwarb, muss ich zum Glück nicht bewerten. Aber das, lieber Grass, ist nun wirklich mal ein weites Feld, das wir gemeinsam – und sei es im Streit – beackern sollten. ◆

Werbeseite

Werbeseite

JUSTIZ

Allerhand Ärger

Berliner Richter wollen diese Woche das libysche Regime als Drahtzieher eines Attentats festnageln – was deutsche Diplomaten in ein Dilemma stürzt.

DPA (L.); B.K. BANGASH / AP (R.)

Anschlag auf die Discothek La Belle (1986), inhaftierte Shelter-Now-Mitarbeiterin in Afghanistan: *„Libyen hat damit nichts zu tun“*

Nur selten haben sich Störungen in den auswärtigen Beziehungen präziser vorhersagen lassen. Ort: Landgericht Berlin, Sitzungssaal 700. Zeit: an diesem Dienstag gegen zehn Uhr. Betroffen: die Bundesrepublik Deutschland und die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija, so der offizielle Name des Wüstenstaates.

Nach 280 Verhandlungstagen endet dann der La-Belle-Prozess gegen fünf Terror-Verdächtige. Als sicher darf schon jetzt gelten, dass als Anstifter des Anschlags auf die Berliner Discothek (drei Tote, mehr als 200 Verletzte), in der viele US-Soldaten verkehrten, das libysche Regime festgestellt wird.

Damit wird, 15 Jahre nach der Tat, amtlich, dass der Bombenanschlag ein Akt des Staatsterrorismus war. Nur: Das Urteil kommt zu einem höchst unpassenden Zeitpunkt und dürfte allerhand diplomatischen Ärger auslösen. Libyens Staatschef Muammar al-Gaddafi wandelt sich gerade vom Bösewicht zum internationalen Gutmenschen. Einst noch bombardiert, wird er heute auch von den Deutschen hofiert. Schließlich verspricht sein Sohn Seif al-Islam, sich um die Freilassung der inhaftierten Mitarbeiter der Hilfsorganisation Shelter Now in Afghanistan zu kümmern – wie es ihm bei den Geiseln von Jolo gelang.

Allein zwölf Diplomaten haben sich einen Platz im Gericht reservieren lassen, natürlich auch Leute der US-Botschaft, die den Prozess vom ersten Tag an beobachten ließ. Entsprechend scharf sind die Sicherheitsvorkehrungen. Das Gericht hat für etliche der Beteiligten um Personenschutz ersucht. Alle Besucher müssen sich, bis hin zu den Schuhen, auf „Waffen und gefährliche Werkzeuge“ (Sicherheitsverfügung) durchsuchen lassen, Journalisten dürfen nur „Papier, Bleistift und einen Bleistiftanspitzer bei sich führen“.

Der Bundesregierung kommt das Prozessende überhaupt nicht gelegen. Denn nun muss sie sich für Entschädigungszahlungen an die bis heute teilweise schwer behinderten Opfer einsetzen, hatte sie doch immer wieder erklärt, nach einem Gerichtsurteil werde sie Libyen unter Druck setzen. Aber das wird schwer. Die libysche Staatsführung hat speziell im Fall La Belle keine Neigung, die Urheberschaft einzugestehen. Erst in der vergangenen Woche tönte Gaddafi junior während eines Besuchs in Berlin: „Libyen als Staat hat damit nichts zu tun.“

Der 30-Jährige ist, seit er die Geiselaffäre von Jolo mit Millionenzahlungen löste, gern gesehener Gast in Berlin. In der vergangenen Woche erst sprach er mit Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier über die internationale Koalition gegen den Terrorismus. Auch um gute Geschäfte geht es jetzt wieder: „Die Deutschen können heute alles bekommen, was sie wollen“, lockt Gaddafi. Mit so nützlichen Freunden will man es sich nicht verderben.

Alle Versuche der Bundesregierung, Gaddafis Sohn davon zu überzeugen, dass Entschädigungszahlungen für die La-Belle-Opfer den drohenden Konflikt entschärfen könnten, sind bisher gescheitert. Obwohl Libyen nach Verurteilungen schon einmal finanzielle Wiedergutmachung leistete – 30 Millionen Dollar für den Anschlag auf eine französische UTA-Maschine 1989 über Niger –, zeigt sich der Gaddafi-Clan im Fall La Belle störrisch.

AP

Fischer, Gaddafi-Sohn (2000): *Lästige Ermittlungen*

Der Grund ist ein sehr persönlicher. Nach dem Attentat in Berlin ließ die US-Regierung zur Vergeltung Tripolis und Bengasi bombardieren. Getötet wurden 36 Zivilisten, darunter durch einen gezielten Angriff auf Gaddafis Residenz auch dessen Adoptivtochter. Damit, so sehen es die Libyer, ist man quitt.

Ein ziemlich großes Dilemma für die Bundesregierung. Terrorismusermittlungen gelten der Politik oft als lästig, weil sie wie im Fall La Belle meist erst enden, wenn die Politiker mit den Tätern längst schon wieder dicke sind. Niemand in der Regierung will jetzt Streit mit den Ex-Terroristen in Libyen. Aber in einer Zeit, da der hehre Kampf gegen den Terror postuliert wird, so schwant manchem in Joschka Fischers Auswärtigem Amt, könnte solche Realpolitik schwer zu vermitteln sein.

Ohnehin war das lange Warten auf den Richterspruch ziemlich absurd – denn dass die Libyer den Anschlag inszeniert haben, wussten die Politiker lange vor der Justiz: Der Bundesnachrichtendienst hatte dem Gericht mit Zustimmung der Regierungszentrale 1996 die entscheidenden Belege geliefert. Es sind fünf abgefangene Fernschreiben zwischen der libyschen Botschaft in Ost-Berlin und dem Geheimdienstthauptquartier in Tripolis, Zitat: „Erwarten Sie das Ergebnis morgen früh, so Gott will.“

GEORG MASCOLO

Werbeseite

Werbeseite

CDU

Der Mann im Schatten

Seine Ämter haben inzwischen andere, seine Macht haben sie nicht. Plant Wolfgang Schäuble ein Comeback? *Von Tina Hildebrandt*

STEFFEN SCHMIDT / AP

CDU-Politiker Schäuble: *„Ich beschäftige mich nicht mit Posten“*

Die Hände senken sich auf das Gesicht wie ein Vorhang auf die Bühne. Blaue Augen spähen belustigt zwischen den Fingern hervor, dann lässt Wolfgang Schäuble ein mildes Grinsen sehen. Dass da ein paar Parteifreunde wirklich geglaubt hatten, er werde im CDU-Präsidium erklären, dass er nicht als Kanzlerkandidat zur Verfügung stehe – also das, sagt er, „finde ich einfach süß“.

Trägt er nicht zur Beschädigung seiner Nachfolgerin Angela Merkel bei, weil er die Debatte nicht beendet? Schäuble lässt ein wenig Missbilligung auf seiner Stirn aufziehen. „Ich habe wohl in 20 Jahren bewiesen, dass mir das Wohl der Partei wichtiger ist als persönliche Ambitionen“, sagt er streng. An Loyalität soll ihn erst mal einer überbieten. Zweifel? „Die verbitte ich mir“, grollt Schäuble mit kalkulierter Heftigkeit.

Keiner hat es gewagt, ihm in der Fraktion die Frage zu stellen, die alle interessiert: Will er nun überhaupt Kandidat werden oder nicht? Dabei hatte Wolfgang Schäuble sich schon eine Antwort überlegt. „Sie“, hätte er freundlich lächelnd gesagt, „können mich das überhaupt nicht fragen. Fragen können mich nur die Vorsitzenden von CDU und CSU.“

Anderthalb Jahre ist es her, dass sie ihn als Partei- und Fraktionschef verjagt haben. Jetzt steckt die Partei tief im Schlamassel. Seine Ämter haben andere, seine Macht haben sie nicht. Jetzt brauchen sie ihn. Wahrscheinlich glaubt Schäuble selbst nicht, dass er die Union 2002 als Kanzlerkandidat in den Wahlkampf gegen Gerhard Schröder führen wird. Aber man traut es ihm wieder zu, vor allen anderen in der CDU. Das ist es, was für ihn zählt. Er könnte. Einige finden, er müsste.

Schäubles Triumph liegt im Konjunktiv. Auf den Mann im Schatten, der noch vor gut einem Jahr die dubiose Vergangenheit der CDU verkörperte, richten sich nun wieder Zukunftshoffnungen.

Es fällt nicht leicht, sich Wolfgang Schäuble zu nähern. Am Rollstuhl – soll man sich zu ihm hinunterbeugen oder lieber neben ihn setzen, oder ist das zu vertraulich? – liegt das nicht allein. Rechthaberei und die Angewohnheit, begriffsstutzige, schlecht vorbereitete oder andere nichtsnutzige Zeitgenossen geistige Überlegenheit spüren zu lassen, haben seit jeher Distanz zwischen Schäuble und seiner Umgebung geschaffen.

Herrisch, kalt, fast unmenschlich in seiner Kontrolliertheit fanden und finden ihn viele. In der Fraktion, die er acht Jahre lang streng geführt hat, sowieso. Auch in seinem eigenen Landesverband Baden-Württemberg war Schäuble nie unumstritten.

Seit seinem putschartigen Sturz vom Chefsessel der CDU vergrößert ein kollektives schlechtes Gewissen die Distanz. In der Fraktion sitzt Schäuble hinten links bei seiner Landesgruppe, im Plenum des Bundestags in der zweiten Reihe. Ein Denkmal der Disziplin, das die so genannten Spitzenkräfte in der ersten Reihe durch bloße Anwesenheit deklassiert und alle anderen daran erinnert, dass sie einen erfolgreichen Parteichef dem Rechtsbrecher Helmut Kohl geopfert haben.

Schäuble weiß das alles. Er hat oft unter dieser Distanz gelitten. Umso mehr genießt er die Wertschätzung, die ihm nun von Parteifreunden wie dem sächsischen Premier Kurt Biedenkopf, dem Thüringer Bernhard Vogel oder dem CSU-Mann Michael Glos entgegengebracht wird.

Doch sosehr Schäuble es auskostet, den Überlegenen zu spielen, so unzweifelhaft ist für alle, die ihn kennen, dass er einem Ruf seiner Partei nur zu gern folgen würde. Wenn er käme. Und wenn er laut genug vernehmbar wäre.

Elf Jahre ist es her, dass ein Attentäter ihn fast umgebracht hat. Damals hat Schäuble sich zum Leben entschlossen, und das hieß für ihn zur Politik. Gut einen Monat nach dem Anschlag arbeitete der damalige Bundesinnenminister schon wieder am Einigungsvertrag. Es soll ironisch klingen, wenn Schäuble sagt, Politik falle „unter die Suchtkrankheiten“. Doch es ist die Wahrheit.

Er selbst sieht den vorbildlichen Politiker, also sich selbst, gern als glücklichen Sisyphos, der unverdrossen mit Würde und Autorität den Stein den Berg hinaufrollt. „Ja, willst du es denn werden?“, hat ihn seine

Werbeseite

Werbeseite

K. R. MÜLLER / AGENTUR FOCUS

Christdemokraten Kohl, Schäuble (1997)*: *Geistiger Ausnahmezustand*

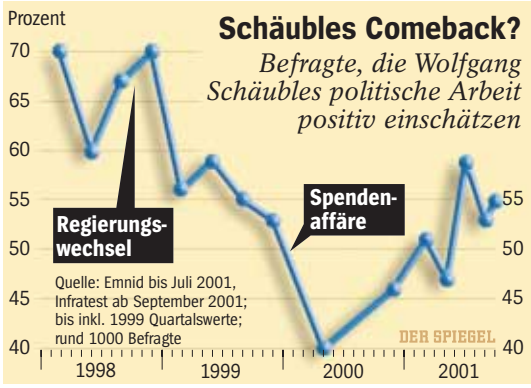
Frau gefragt, als es darum ging, bei der Berliner Landtagswahl die Spitzenkandidatur zu übernehmen. „Nein“, hat er geantwortet. „Warum solltest du es dann machen?“, hat sie gefragt. „Weil es in der Politik nicht darum geht, dass man macht, was man will“, hat er entgegnet.

Wenn man diese Disziplin nicht mehr aufbringt, meint der badische Protestant Schäuble, dann ist ein Politiker am Ende. Dann dürfte er auch nicht mehr für den Bundestag kandidieren. Wolfgang Schäuble ist jetzt 59 Jahre alt, und am Ende fühlt er sich noch lange nicht.

Über zehn Jahre lang hat Schäuble im Auftrag seines Entdeckers Helmut Kohl den Stein den Berg hinaufgerollt, als Kanzleramtsminister, Innenminister, Architekt der deutschen Einheit, Fraktionschef.

Als immer deutlicher wurde, dass Kohl abgewirtschaftet hatte, erschien Schäuble vielen, wenn nicht den meisten seiner Parteifreunde als der bessere Kanzlerkandidat. Nach einer fulminanten Rede beim Leipziger Parteitag kürten ihn die CDU-Mitglieder 1997 per Applaus zur eigentlichen Nummer eins.

Kohl erkannte die Gefahr und degradierte ihn zum Nachfolger, „eines Tages“. Schäuble kämpfte nicht. Er verwendete seine Kraft darauf, sich zurückzunehmen, wie es seiner Vorstellung von der Pflicht eines Politikers entspricht.



Nach der verheerenden Wahlniederlage von 1998 übernahm Schäuble als Parteivorsitzender das, was von der CDU nach 16 Jahren Helmut Kohl übrig geblieben war. Dann kam die Spendenaffäre. Schäuble kämpfte um seine Ehre, um seine Posten kämpfte er nicht.

Vielleicht ist es richtig, dass er gar keine Chance zum Kämpfen hatte, weil das die harmonieversessene Christenunion zerrissen hätte. Man kann sich hinter der Fassade des Pflichtmenschen, der sich klaglos in sein Schicksal fügt, natürlich auch verstecken. Dann bekommt man immer, was man will. Und was man nicht bekommt, das hat man eben nie gewollt.

„Ich beschäftige mich nicht mit Posten“, sagt er heute, „plane nichts in dieser Richtung.“ In seinem karg eingerichteten Büro trägt der Hobby-Schachspieler am liebsten Hemd und Pulli. Äußerlichkeiten und Statussymbole sind dem Badener, dem trotz seiner Bodenständigkeit alles Süddeutsch-Barocke völlig abgeht, erkennbar egal. Wenn Schäuble mal ausgelassen ist, gönnt er sich am Abend zum Rotwein eine Pfeife.

Sein Ehrgeiz, will Schäuble glauben machen, sei intellektueller Art. Gestalten, gefragt sein, seine Meinung durchsetzen, das sei es, was er wolle. Seine Nachfolger mögen Ämter haben, er hat lieber Einfluss. Schäuble war es, der sich im parteiinternen Hickhack um einen Nato-Einsatz in Mazedonien durchsetzte. Schäuble war es, der sein Anliegen, die Bundeswehr auch im Inneren einsetzen zu können, zur Parteiforderung machte. Und Schäuble war es, den der Kanzler nach dem 11. September als Ersten von der Opposition angerufen hat, weil er ihn als Einzigen in der CDU für geschäftsfähig hält.

Und dennoch: Politik in der Mediengesellschaft, das sind große Gesten, Körpersprache, Inszenierung. Wer im Rollstuhl sitzt, hat es schwer im Zirkus der Talk-Gladiatoren. Den Tisch vor sich braucht Schäuble zum Abstützen, zu ausladenden Gesten kann er kaum ausholen. Also hat er aus der Not eine Tugend gemacht, hat sich auf die Kunst des Minimalismus verlegt, hat gelernt, mit dem Gesicht auszudrücken, wofür andere den ganzen Körper brauchen.

Die Jüngeren in der Fraktion stellen sich Wolfgang Schäuble deshalb gelegentlich als den weisen Yoda aus dem Kino-Epos „Starwars“ vor. Yoda ist der Lehrmeister der mit besonderen Kräften ausgestatteten Jedi-Ritter, eine unscheinbare, kleine Gestalt, die nur aus Ohren und Gesicht zu bestehen scheint, aber durch ihre Gedanken Dinge bewegen kann. Yoda ist die personifizierte Macht des Geistes.

Ohne Posten, durch die Macht seines Geistes hat Wolfgang Schäuble es geschafft, dass viele in ihm jetzt erneut die eigentliche Nummer eins der CDU sehen. Doch vermutlich werden über seine Zukunft wieder andere entscheiden. Denn nur wenn Edmund Stoiber und Angela Merkel sich freiwillig aus ihrem nicht erklärten Rennen zurückziehen, hat der Außenseiter-Kandidat Schäuble eine Chance. Er wird kaum den Oskar machen beim Parteitag der CDU in Dresden Anfang Dezember und gegen Merkel putschen, so wie Lafontaine es 1995 in Mannheim gegen Rudolf Scharping tat.

Denn kaum wäre Schäuble Kandidat, das weiß er so gut wie seine Unterstützer, wäre der Rollstuhl wieder ein Thema. Und vieles mehr. Zum Beispiel die Zweifel an seiner Version der 100 000-Mark-Spende, die die Staatsanwaltschaft in ihrer Verfügung zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens geäußert hat. Und nicht zuletzt die Angst vor neuen Intrigen des Altkanzlers Helmut Kohl, der sich nach Angaben von Parteifreunden im „geistigen Ausnahmezustand“ befindet, seit Gerüchte von einem möglichen Comeback Schäubles kursieren.

Andererseits – ausschließen will den Kandidaten Schäuble derzeit auch niemand. Seinen Unterstützern in CDU und CSU reicht angesichts der desolaten Lage der Partei schon die Vorstellung, dass Wolfgang Schäuble wieder als Ordnungsfaktor mitmischt. Der Umworbene genießt und hält sich alles offen.

Der Grund seines Scheiterns, schreibt Schäuble in seinem Buch „Mitten im Leben“, „war, dass ich in einer schweren Krise der Union, die mit der vorübergehenden Selbstzerstörung des Ansehens unserer 16 Jahre Regierungsverantwortung einherging, ungeeignet erschien, die Partei aus dieser Krise zu führen, weil ich viel zu eng mit diesen 16 Jahren verbunden war“.

Die Passage klingt heute missverständlich, findet der Autor. Gemeint hat er, dass er der Falsche war in einer Situation, in der sich der Abschied von der Ära Kohl im Streit mit dem Altkanzler vollziehen musste.

Aber die Ära Kohl ist ja vorbei, nicht wahr? „Mein künftiges politisches Leben“, sagt Wolfgang Schäuble, „ist von den 16 Jahren in keiner Weise beeinträchtigt.“ ◆

* In Helmut Kohls Arbeitszimmer im Bonner Kanzleramt.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

BANKEN

Traditionshaus sucht Partner

Eines der ältesten Geldhäuser Deutschlands, die private SchmidtBank aus Hof, steht vor erheblichen Problemen. Das Institut hat einen zusätzlichen Wertberichtigungsbedarf von bis zu 400 Millionen Euro. Die Bankenaufsicht prüft deshalb, ob die in Franken, Sachsen und Thüringen tätige Bank ihr Eigenkapital aufstocken muss. Gleichzeitig haben Bankchef Karl Gerhard Schmidt und sein Sohn Karl Matthäus Schmidt in den vergangenen Wochen versucht, ihren Anteil an Consors zu verkaufen. Die SchmidtBank hält noch 64,5 Prozent an der vor sieben Jahren von Karl Matthäus Schmidt gegründeten Direktbank. Die Familienmitglieder haben vor allem mit der Commerzbank verhandelt. Karl Gerhard Schmidt traf sich vergangene Woche aber auch mit Rolf Breuer, dem Chef der Deutschen Bank. Mit beiden Häusern sind die Verhandlungen bislang erfolglos verlaufen. Karl Gerhard Schmidt wollte die Höhe des zusätzlichen Wertberichtigungsbedarfs gegenüber dem SPIEGEL nicht kommentieren. Die SchmidtBank stehe jedoch mit der Bankenaufsicht in engem Kontakt. Frankfurter Bankern zufolge diskutiert die Behörde mit privaten Geldhäusern bereits

FRANK BOXLER

Karl Gerhard Schmidt, Karl Matthäus Schmidt

über eine Auffanglösung. Die Bankenaufsicht wollte dazu nicht Stellung nehmen. Für die Gelder der SchmidtBank-Kunden besteht keine Gefahr: Das 1828 gegründete Traditionshaus ist Mitglied im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Deutscher Banken, der in diesem Fall das Guthaben jedes privaten Kunden bis in dreistellige Millionenhöhe sichert.

LUFTFAHRT

Preiskampf auf Rennstrecke

Der Einstieg der Charterfluggesellschaft Germania in den Liniendienst hat einen heftigen Kampf um den niedrigsten Preis für die Strecke Berlin–Frankfurt ausgelöst. Bislang verlangte die Lufthansa auf der am meisten frequentierten innerdeutschen Strecke 927 Mark für ein umbuchbares Rückticket. Seit Freitag hat die Airline den Preis drastisch reduziert, auf 391 Mark (Umbuchung plus 43 Mark). Der Grund: Ab Montag dieser Woche bietet Germania

ANDREAS SCHOELZEL

Germania-Maschine

die Verbindung zwischen Frankfurt und Berlin für 387 Mark (Umbuchung plus 22 Mark) inklusive Gebühren an, jedoch ohne Kaffee, Brötchen oder Zeitung. Ab einer Auslastung von 60 Prozent der neuen Boeing-737-Jets will Germania-Chef Mustafa Muscati die Preise nochmals senken. Der Ex-Lufthansa-Manager plant zudem, den seit 1999 betriebenen Beamten-Shuttle von Köln/Bonn nach Berlin auszubauen, weitere Routen zu Billigpreisen wie Hamburg–München, Berlin–Düsseldorf und Berlin–München sollen folgen.

FABIAN MATZERATH / DDP

Föhr

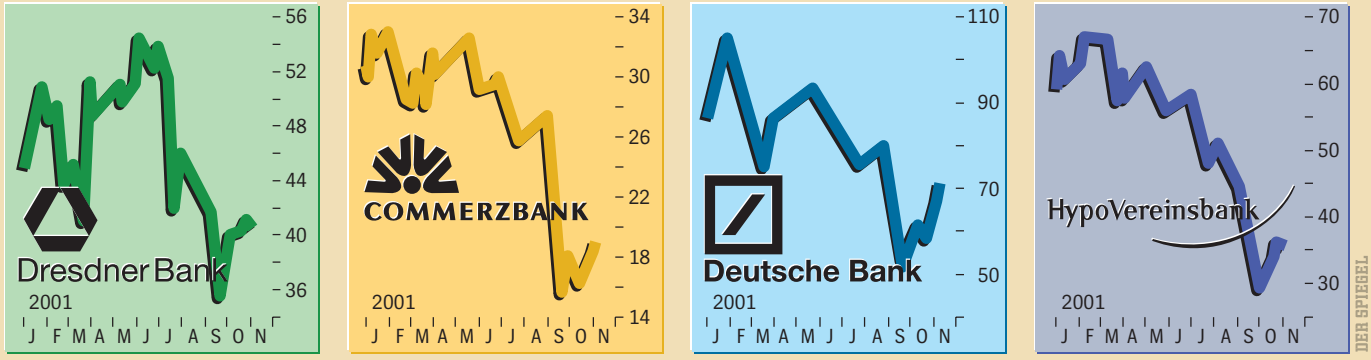
DEUTSCHE BAHN

Personalchef muss gehen

Wegen Kritik an seiner Personalpolitik muss Horst Föhr den Vorstand der Deutschen Bahn (DB) verlassen. Der glücklose Personalchef wechselt auf eine Führungsposition im Gebäudemanagement der DB. Im Dezember soll der Aufsichtsrat die Personalie absegnen. Föhr, bislang für zuletzt 226 000 Beschäftigte verantwortlich, war bei der Eisenbahnergewerkschaft Transnet in Kritik geraten, die jüngst die „völlig unfähige Führungsschicht“, „utopische Zielvorgaben“ und „praxisferne Entscheidungen“ in Föhrs Bereich gegeißelt hatte. Die Gewerkschafter stoßen sich an Kopfprämien für DB-Manager, die besonders viele Stellen abbauen. Kritik gibt es auch aus der DB-Führung: Vertraute des Bahn-Chefs Hartmut Mehdorn halten dem Ex-Treuhand-Manager vor, sich zu wenig um den Führungskräfte-Nachwuchs zu kümmern. Noch vor einer Woche hatte Föhr vor der Presse „Meilensteine“ seiner Personalpolitik gefeiert – zugleich aber durch seine öffentliche Kritik an den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen im DB-Korruptionsskandal Mehdorn gegen sich aufgebracht.

Bankaktien in Euro

Quelle: Thomson Financial Datastream



AKTIEN

Die Banken-Krise

Seit Mai haben die vier größten börsennotierten deutschen Banken rund 40 Prozent ihres Aktienwerts verloren – und die Geschäfte laufen weiterhin schlecht. Die Commerzbank schließt einen Verlust für das Gesamtjahr nicht aus, und auch die Dresdner Bank erwartet im operativen Geschäft rote Zahlen. „Alles andere wäre eine Überraschung“, sagt ein Manager der Bank. Die Allianz hatte das Institut im Juni übernommen – aus heutiger Sicht zu einem viel zu hohen Preis. Auch bei der Deutschen Bank und bei der HypoVereinsbank sind die Gewinne im dritten Quartal dramatisch eingebrochen. Viele Analysten rechnen damit, dass sich die Deutsche Bank am ehesten erholen wird. Sie verdiene angesichts der extrem schlechten Börsenlage vor allem im Investmentbanking immer noch Geld. Sollten sich die Börsen im kommenden Jahr erholen, dürfte das Institut deshalb am stärksten profitieren.

BENOIT DECOUX / REA / LAIF

Börse Mailand

ANALYSTEN

Studien gratis im Netz

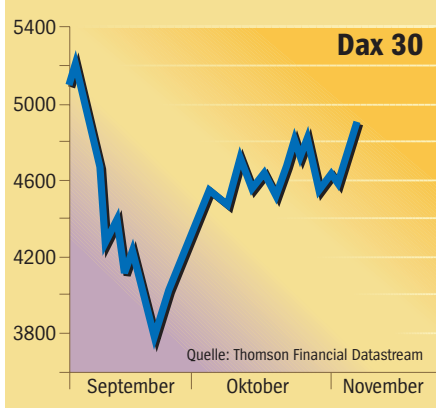
Für Wirbel in der Finanzmetropole Mailand sorgt die italienische Börse: Die Borsa Italia stellt alle erhältlichen Studien italienischer Banken und Brokerhäuser über Aktien, die in Mailand gehandelt werden, ins Internet. Über den kostenfreien Service (www.borsaitalia.it) sind auch Informationen über Börsengänge erhältlich. „Dadurch haben wir mehr Transparenz“, begründet Antonio Dallanoce von der Börse Mailand diesen Schritt. „Gerade private Anleger schätzen das Angebot, unsere Webpage ist der Renner. Viele Informationen sind auch auf Englisch erhältlich.“ Deutsche Aktionärsvertreter fordern schon lange, professionelle Reports auch den privaten Kleinanlegern zugänglich zu machen. Die Deutsche Börse hält sich aber bedeckt. Eine Sprecherin: „Wir machen das nicht, und wir planen auch nichts.“

BÖRSE

Prinzip Hoffnung

Nach der rasanten Aufholjagd an der Börse halten viele Volkswirte deutsche Aktien für überbewertet. Der Dax hat seit seinem Tiefpunkt nach den Anschlägen vom 11. September bereits rund 30 Prozent zugelegt. „Dieser Aufschwung ging zu schnell. Kurzfristig brauchen wir eine Korrektur, alles andere wäre ungesund“, sagt Ulrich Ramm. Dabei ist der Chefvolkswirt der Commerzbank eher noch optimistisch – er sieht den fairen Wert des Dax bei etwa 5000 Punkten. Viele seiner Kollegen sind da vorsichtiger. Sie argumentieren, dass sich die Terroranschläge in den wirtschaftlichen Rahmendaten des dritten Quartals noch gar nicht widerspiegeln, die Börse aber mittlerweile höher bewertet ist als vor den Anschlägen. „Wir sind noch auf dem absteigenden Ast“, sagt beispielsweise Ulrich Beckmann, Chefstratege der Deutschen Bank, „und die schlechten Nachrichten, auch aus den Unternehmen, stehen noch aus.“

Die Börse setzt unterdessen auf das Prinzip Hoffnung. Händler und Investoren nehmen den für das zweite Quartal nächsten Jahres erwarteten Aufschwung voraus. Doch ob der auch planmäßig kommt, bleibt abzuwarten.



Werbeseite

Werbeseite

MOBILFUNK

Evolution statt Revolution

Mit der Mobilfunktechnik UMTS startet die Handy-Branche nächstes Jahr ins größte Abenteuer ihrer Geschichte. Noch existieren weder Netze noch Endgeräte. Doch nach der Krise der vergangenen Monate wächst in den großen Konzernen jetzt wieder Zuversicht.

Gerhard Schmid ist ein unverbesserlicher Optimist. Unverzagt vertraut der Mobilcom-Chef auf das große Geschäft mit der neuen Mobilfunktechnik UMTS. „Damit“, behauptet er, „kann man sich eine goldene Nase verdienen.“

Der Mann aus Büdelsdorf steht mit seiner Euphorie nicht mehr allein. Erzkonkurrent Kai-Uwe Ricke hatte mit einem Gewinnsprung von über 50 Prozent beim Telekom-Ableger T-Mobile bereits Ende Oktober für Erstaunen gesorgt. Selbst kleinere Mobilfunkanbieter wie die deutsche E-Plus rechnen für das laufende Jahr, so Firmenchef Uwe Bergheim, mit dem „besten Ergebnis der Firmengeschichte“.

Wenn Vodafone-Chef Chris Gent am Dienstag dieser Woche in London die neuen Geschäftszahlen des britischen Mobilfunkmultis bekannt gibt, ist ebenfalls Optimismus angesagt. Der Engländer mit den bunten Hosenträgern wird, so viel ist durchgesickert, ein Gewinnwachstum von mehr als 40 Prozent für das erste Halbjahr verkünden – rekordverdächtig, selbst für den erfolgsverwöhnten Marktführer.

Die plötzliche Jubellaune steht in krassem Gegensatz zur Trauerstimmung, die von den meisten Telekommunikationskonzernen noch bis vor wenigen Wochen verbreitet wurde und deren Aktienkurse auf historische Tiefstände riss. Verwundert fragen sich Banker und Analysten: Ist die Krise in der einstigen Wachstumsbranche schon ausgestanden? Waren die Sorgen um die Milliardenkredite überflüssig? War das Gerede über den „Wahnsinn“ der Lizenzgebühren für die kommende Mobilfunkgeneration oder über die horrende Schuldenlast nur Schwarzmalerei?

Nichts davon ist richtig. Mit dem wirklichen Zustand der Unternehmen haben die Jubelzahlen dieser Tage kaum etwas zu tun. Tatsächlich steht die einstige Glitzerbranche mit dem Einstieg in die nächste Mobilfunkgeneration, in Fachkreisen unter dem Kürzel UMTS (Universal Mobile Telecommunications System) bekannt, vor dem vielleicht größten Risiko in der modernen Industriegeschichte.

Geht das Großprojekt schief, dann müssen nicht nur einige Konzerne Konkurs anmelden und die Banken Milliardenverluste durch geplatzte Kredite verkraften. Dann könnte die Branche sogar, so ein Horrorszenario der HypoVereinsbank, für „starke politische Turbulenzen“ sorgen und „in den Industrieländern eine schwere wirtschaftliche Rezession“ auslösen.

Die Rekordgewinne haben eine schlichte Ursache: Fast alle Gesellschaften beendeten Anfang des Jahres den irrwitzigen Subventionswettlauf, bei dem sie Millionen von Handys im Wert von bis zu 500 Mark zu Preisen zwischen einer und 50 Mark verschleuderten, um den Absatz anzukurbeln und Marktanteile zu gewinnen.

Allein im vergangenen Jahr konnten die vier deutschen Netzbetreiber und elf Service-Provider dadurch ihre Kundenzahl von rund 24 Millionen auf etwa 48 Millionen verdoppeln. Doch der unnatürliche Boom ist vorbei, die Märkte sind gesättigt.

Mit dem Verzicht auf Subventionen ist die schlingernde Branche aber noch nicht gerettet. Vor allem die Verbindlichkeiten stellen eine fast erdrückende Last dar. Allein die sieben größten europäischen Netzbetreiber haben einen Schuldenberg von zusammen rund 500 Milliarden Mark angehäuft – eine Summe, die dem Bruttoinlandsprodukt von Belgien entspricht.

Hauptfaktor der gigantischen Verschuldung sind die Vorbereitungen für den Start in die UMTS-Ära im vergangenen Jahr. Für die Nutzung der Frequenzen, die für die neue Mobilfunktechnik benötigt werden, hat die Branche in Europa annähernd 250 Milliarden Mark ausgegeben. Weitere 250 Milliarden Mark sind europaweit für den Aufbau der mobilen Hochgeschwindigkeitsnetze fällig.

Dem Investitionsrausch folgte schnell der Katzenjammer. Wo früher ohne Zögern Milliarden in neue Netze, Funktürme, Werbe- und Marketingkampagnen gepumpt wurden, regiert jetzt der Rotstift. In Unternehmen, die vor kurzem händeringend Arbeitskräfte suchten, herrscht heute Einstellungsstopp. Teilweise werden hoch bezahlte Spezialisten sogar entlassen.

Dabei schien die Strategie der Netzbetreiber zunächst nur logisch und konsequent. Bei nachlassenden Wachstumsraten und fallenden Preisen in der klassischen Mobiltelefonie, so lautete Ende der neunziger Jahre das Credo, müssen neue Angebote her, um die Umsatzausfälle zu kompensieren. Mobiler Datentransfer hieß das Schlagwort, UMTS galt als die Technik, die den Unternehmen wieder sprudelnde Einnahmen auf lange Zeit sichern sollte.

HERBERT PROEPPER / AP

MOBILCOM

3,3 Millionen	1,7 Millionen
Vertragskunden	Prepaidkunden

Stand: 30. Juni 2001

Mobilcom-Chef Schmid: *„Lieschen Müller kommt 2008“*

FRANK DARCHINGER

T · · D1

7,4 Millionen	8,3 Millionen
Vertragskunden	Prepaidkunden

Stand: 30. Juni 2001

Telekom-Manager Sommer, Ricke: *„Rückkehr zur Normalität“*

FT WINSLET / DPA

D2 vodafone

6,1 Millionen	9,2 Millionen
Vertragskunden	Prepaidkunden

Stand: 30. Juni 2001

Vodafone-Chef Gent: *Rekordverdächtige Zahlen*

Hätte, sollte, könnte – die Realität sieht anders aus. Und das nicht nur, weil die Eintrittskarten in das Abenteuerland UMTS für die sechs Gewinner der deutschen Lizenzversteigerung teurer wurden als geplant. Auch die vollmundigen Versprechen der Geräte- und Technik-Lieferanten Ericsson, Nokia, Motorola oder Siemens entpuppen sich zunehmend als Luftnummern. Ob in Japan oder Korea, auf der britischen Isle of Man oder in Spanien – überall verzögerte sich der Start der neuen Technik um mindestens ein halbes Jahr.

In Deutschland bremsen nicht nur Probleme mit der Netztechnik den Ausbau. Vor allem sorgen sich immer mehr Bürgerinitiativen um die wachsende Belastung mit Elektrosmog. Erst im Herbst 2002 wollen Vodafone und Mobilcom antreten. Einige Monate später werden die Deutsche Telekom, Viag Interkom, E-Plus und der Neuling Quam ihre Netze eröffnen.

In puncto Qualität, Vielfalt und Schnelligkeit werden sie weit von den kühnen Versprechungen entfernt sein. So liegt die Übertragungsrate auf absehbare Zeit im günstigsten Fall statt bei 2 Megabit nur bei 384 Kilobit pro Sekunde – aber auch nur dann, wenn sich der Mobiltelefonierer nicht von der Stelle bewegt.

Auch die Endgeräte werden anfangs eher schlicht ausfallen. Musikclips, Videospiele, Schnappschüsse vom Urlaubsort oder Videokonferenzen werden allenfalls mit einigen Top-Geräten möglich sein. Nur ein farbiges Display ist Standard.

Von flächendeckenden Angeboten kann zudem keine Rede sein. Zwar müssen die Firmen ihre Netze entsprechend den Lizenzauflagen so ausbauen, dass sie bis 2005 die Hälfte der Bevölkerung mit UMTS versorgen können – doch dazu müssen nicht einmal zehn Prozent der Fläche in Deutschland abgedeckt werden. In vielen Landstrichen werden die Menschen auch in zehn Jahren UMTS-frei leben müssen.

Ohnehin haben die Manager der Handy-Konzerne inzwischen die Hoffnung

Mit Geschwindigkeiten von zwei Megabit pro Sekunde – 200-mal schneller als bisher – sollten Daten aufs Handy fliegen. Vom Bankgeschäft über Spiele bis hin zum elektronischen Einkaufen sollte das Angebot der mobilen Multimedia-Geräte reichen. Schon 2001, versprachen die Manager, könnten die ersten Netze in Betrieb gehen. Gleichzeitig sollten die ersten UMTS-Handys in den Ladenregalen liegen.

aufgegeben, dass die Deutschen in Scharen bereit sind, neue Handys zu kaufen und hohe Gebühren zu zahlen, nur weil ein neuer technischer Standard zur Verfügung steht. „Die Technik ist unwichtig, keiner kauft einen BMW wegen der oben liegenden Nockenwelle“, hat Mobilcom-Chef Schmid erkannt. „Der Kunde will attraktive Dienste, die ihm Spaß machen oder das Leben erleichtern“, formuliert E-Plus-Chef Bergheim die neue Losung der Branche.

Doch genau da liegt die Crux. Denn was die Kunden wünschen und in welchem Umfang und zu welchem Preis nutzen wollen, darüber herrscht babylonische Verwirrung. Nur in einem Punkt sind sich Marktforscher und Manager einig: Eine „Killerapplikation“, die der neuen Technik zum Durchbruch verhilft, ist nicht in Sicht.

„Es wird viele verschiedene Lösungen für unterschiedlichste Kunden geben“, glaubt Vodafone-Vorstand Thomas Geitner. Sie werden von der Babyüberwachung per Handy über Videotelefonie bis hin zu Lösungen für große Firmen reichen, die ihre Außendienstmitarbeiter per Handy drahtlos an die Zentrale anschließen.

Wie unsicher die Branche ist, zeigt die Bandbreite der Prognosen. So rechnen die Experten der Marktforschungsgesellschaft Durlacher für 2003 mit Umsätzen von 48 Milliarden Mark in Europa. Die Marktforscher von Jupiter erwarten im gleichen Jahr europaweit einen Umsatz von lediglich 4 Milliarden. Da, meint Alexander Mogg von der Beratungsfirma Mercer, „mutiert jede Prognose zwangsläufig zur Glaskugelseherei“.

DDP

Handy-Nutzerin
„Der Kunde will Spaß“

Doch wie sollen Marktforscher die Antworten geben, wenn der Konsument so schwer durchschaubar bleibt. Nach einer Studie des Marktforschungsinstituts Dialego wollen sich 61 Prozent der Befragten ein UMTS-Handy zulegen. In einer Emnid-Umfrage erklärten dagegen 71 Prozent, „ganz sicher“ oder „wahrscheinlich“ kein UMTS-Handy kaufen zu wollen.

Vielleicht wird die Sicht bald klarer. Denn einen ersten Vorgeschmack auf die UMTS-Welt gibt es bereits. Seit Mitte des Jahres wurde die Leistungsfähigkeit der bestehenden Netze mit der Übergangstechnik GPRS verbessert. In den nächsten Wochen kommen Handys auf den Markt, die das mobile Surfen in speziellen Teilen des Internet attraktiver machen und dem erfolglosen Wap-System doch noch zum Durchbruch verhelfen sollen.

Im Januar will E-Plus zudem mit einer deutschen Kopie von I-Mode starten. Bei dem System, das in Japan riesigen Zuspruch hat, können Nachrichten, Börsenkurse oder erotische Bildchen erstmals auf Farbbildschirmen abgerufen werden.

Das alles sind Erfolg versprechende Ansätze. Das Geschäft mit mobilen Daten, da gibt sich die Branche wieder optimistisch, wird ein Erfolg. Nur eben deutlich später. Erst im Jahre 2008, sagt etwa Mobilcom-Chef Schmid, „beginnt das Massengeschäft mit Lieschen Müller“. Bis dahin will er vor allem Firmenkunden ansprechen.

„UMTS ist ein Marathon und kein Sprint“, hat Rudolf Gröger, neuer Chef bei Viag Interkom, erkannt. Statt von „Revolution“ spricht auch T-Mobile-Chef Ricke jetzt lieber von einer „Evolution“.

Für die Unternehmen hat das gravierende Folgen. Denn die Zinsen für die Kredite laufen weiter, je nach Firma bis zu fünf Millionen Mark – pro Tag. Außerdem sind die Lizenzen auf 20 Jahre begrenzt.

Während Marktführer Vodafone oder die Telekom längere Durststrecken mit Sparmaßnahmen noch verkraften können, wird es für die Kleinen der Branche eng. Die in München ansässige Firma Quam, eine Tochter der spanischen Telefónica und der finnischen Sonera, kämpft ums Überleben, bevor sie überhaupt gestartet ist. Ohne Kunden, ohne Vertrieb, ohne Netz und nur mit einer der teuren Lizenzen ausgestattet, will Quam-Chef Ernst Folgmann langfristig über zehn Prozent Marktanteile erreichen. Wie das funktionieren soll, bleibt Folgmanns Geheimnis.

Den mit einer millionenschweren Werbekampagne angekündigten Marktstart auf gemieteten Netzen im November musste der Manager bereits deutlich reduzieren. Lediglich drei Läden sollen vorerst bundesweit Kunden anlocken. Systeme wie die Kundenabrechnung sind immer noch wackelig, vieles läuft nicht wie gewollt.

Prekär ist auch die finanzielle Lage bei Viag Interkom und E-Plus. Deren Mütter, BT und KPN, sind hoch verschuldet. Selbst Tabubrüche scheinen möglich. So denkt E-Plus-Chef Bergheim sogar darüber nach, Teile des Netzes demnächst zu verkaufen, um sie billig zurückzumieten.

Die angespannte Lage bei einigen UMTS-Firmen bereitet inzwischen auch den Großen der Branche Sorgen. Sie fürchten, dass einer der kleinen Anbieter bald aufgeben muss und dann von einem stärkeren Konkurrenten zu einem symbolischen Preis übernommen wird. Der Investor hätte dann einen gewaltigen Vorteil – er hätte Milliarden an Lizenzgebühren gespart.

So weit dürfe es nicht kommen, heißt es in der Branche. „Wir kehren gerade erst zur Normalität zurück“, meint T-Mobile-Chef Ricke. Deshalb müsse es „auch im Interesse der Politik sein, solche Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern“.

Frank Dohmen, Klaus-Peter Kerbusk

Der Siegeszug der Handys
Geschichte der Mobilfunknetze

C-NETZ

Erstes vollautomatisches Mobilfunknetz mit **analoger Funktechnik**. Man war im ganzen Bundesgebiet ohne Region-Vorwahl erreichbar.

Frequenz: um 450 MHz
Start: 1985/86
Ende: Jahresende 2000

D-NETZ

In Deutschland startet **GSM mit dem digitalen D-Netz**. Zwei Anbieter, **Deutsche Telekom (D1)** und der Privatanbieter **Mannesmann Mobilfunk (D2)**, gehen gleichzeitig ans Netz. Zum ersten Mal gibt es Konkurrenz auf dem Telekommunikationsmarkt.

Frequenz: 900 MHz
Übertragungsgeschwindigkeit: 9,6 KBit/s
Start: Mitte 1992

E-NETZ

Eine weitere Lizenz für ein neues Netz wird vergeben, dessen Technik auf dem GSM-Standard basiert. Das neue Frequenzband verwenden **E-Plus (E1)** und ab Oktober 1998 **Viag Interkom (E2)**.

Frequenz: 1800 MHz
Übertragungsgeschwindigkeit: 9,6 KBit/s
Start: Sommer 1994

DER SPIEGEL

WAP

Verwendet D- und E-Netz für eine Verbindung vom Handy ins Internet.

Übertragungsgeschwindigkeit: 9,6 KBit/s
Start: Anfang 2000

GPRS

Verwendet D- und E-Netz für eine Verbindung vom Handy ins Internet.

Übertragungsgeschwindigkeit: theoretisch bis 115 KBit/s
Start: Anfang 2001

UMTS

Mobilfunknetz der Zukunft. Hohe Datenübertragungsraten ermöglichen einen schnellen Zugriff vom Handy auf das Internet.

Übertragungsgeschwindigkeit: theoretisch bis 2 MBit/s
geplanter Start: Ende 2002

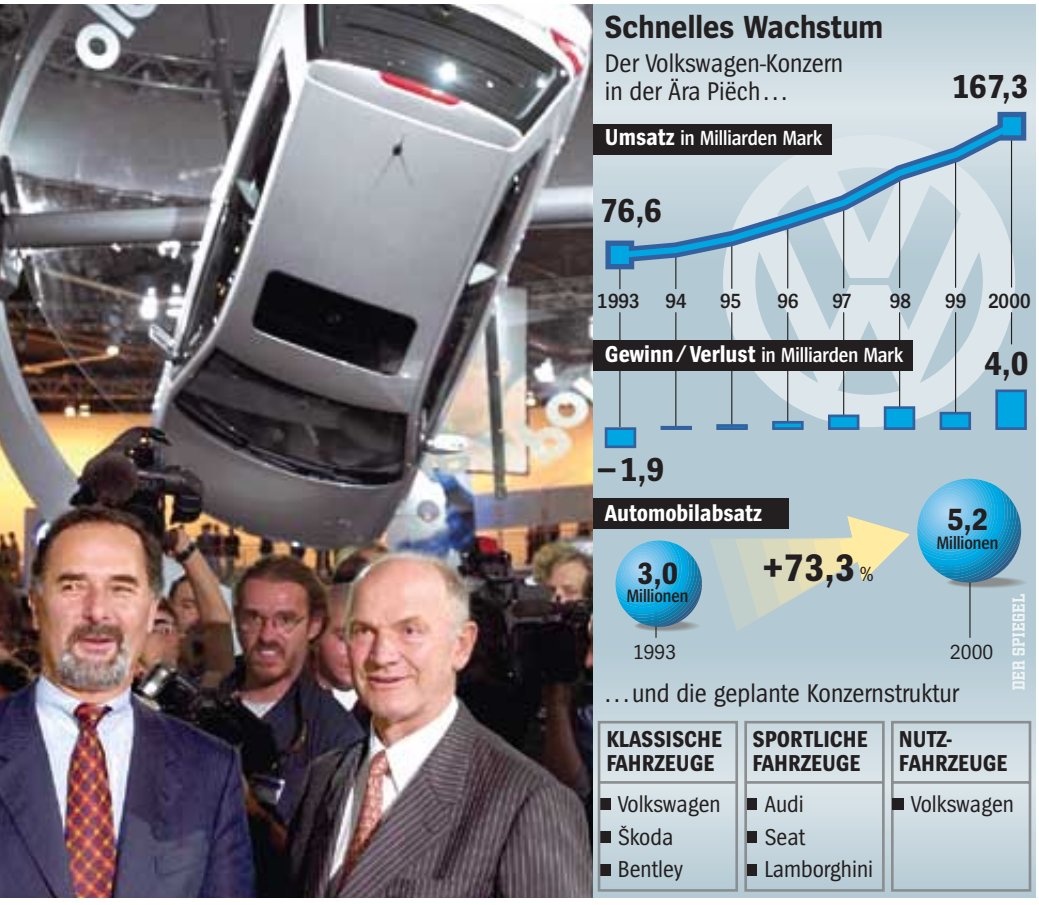
Werbeseite

Werbeseite

AUTOINDUSTRIE

Götterdämmerung light

Erst in einem halben Jahr wird Bernd Pischetsrieder VW-Chef. Doch schon jetzt greift er ein – mit deutlicher Kritik an der Modellpolitik des Amtsinhabers Ferdinand Piëch.



VW-Manager Pischetsrieder, Piëch: *„Des müssen S' mit ihm besprechen"*

ALEXANDER HEIMANN / DDP

Giftgrün ist eine schreckliche Farbe. Entsprechend irritiert beobachteten rund 200 Führungskräfte, die zum „Top-Management-Meeting" des VW-Konzerns nach Wolfsburg gepilgert waren, die unheimliche Vermehrung giftgrüner Punkte. Auf der Leinwand vor ihnen besetzten die Flecken immer mehr Felder und signalisierten: Hier herrscht Gefahr!

Mit dem Chart präsentierte VW-Vorstand Bernd Pischetsrieder, der im April nächsten Jahres die Nachfolge des VW-Chefs Ferdinand Piëch antritt, seine Bestandsaufnahme der Modellpolitik. Und die fiel wenig schmeichelhaft aus.

Auf der Längsachse waren die Fahrzeugklassen vom Kleinwagen bis zum Luxusmodell aufgetragen, auf der Senkrechten die Fahrzeugtypen vom Stufenheck über Geländewagen, Familienvans bis hin zu Cabrios. Blaue Punkte besetzten alle Felder, auf denen Europas führender Autokonzern mit seinen Marken vertreten ist. Da knubbelten sich Volkswagen und seine Töchter Audi, Seat, Škoda bei kompakten Stufenheckautos. Bei Geländewagen, Roadstern und Vans dagegen, die seit Jahren die größten Wachstumsraten verzeichnen, ist der Konzern meist gar nicht vertreten. Giftgrün eben.

„Als globaler Hersteller", so Pischetsrieder, „muss man breiter aufgestellt sein." Derzeit biete der Konzern beispielsweise in der Kleinwagenklasse mit dem VW Polo, dem Škoda Fabia und dem Seat Cordoba gleich drei Modelle mit Stufenheck an, die sich gegenseitig Konkurrenz machen. Man habe „aber leider keinen Roadster in dieser Größe".

Die Überraschung bei den Führungskräften hätte größer kaum sein können. Der einstige BMW-Vorsitzende gilt in der Branche zwar als exzellenter Fachmann, aber auch als etwas weich im rauen Konzerngeschäft. In München hatte sich Pischetsrieder noch Jahre, nachdem er die Führung übernommen hatte, kaum getraut, Entscheidungen seines Vorgängers Eberhard von Kuenheim zu korrigieren. Doch jetzt kritisiert er die Modellpolitik Piëchs schon zu dessen Amtszeit.

Pischetsrieder präsentierte seine Bestandsaufnahme zwar freundlichst im Ton, als gehe es lediglich darum, die erfolgreiche Arbeit seines Vorgängers fortzusetzen. Auf viele der anwesenden Führungskräfte aber wirkte es wie eine kritische Bilanz der bisherigen Politik und das Versprechen eines Kurswechsels. Piëch saß in der ersten Reihe und lächelte scheinbar zufrieden, als sei er exakt der gleichen Meinung.

„Sobald der Nachfolger feststeht, ist der alte König tot, mausetot", hatte Piëch einst gesagt. Dass dies jetzt auf ihn zutrifft, ist schwer vorstellbar, zumal Piëch Aufsichtsratsvorsitzender des Konzerns werden will. Doch der Wachwechsel, so viel ist klar, hat in Wolfsburg bereits begonnen. Götterdämmerung light.

Zwar ist unvergessen, dass Piëch in seiner Amtszeit VW saniert und den Gewinn kontinuierlich gesteigert hat (siehe Grafik). Aber plötzlich kritisiert selbst der Konzernbetriebsratsvorsitzende Klaus Volkert, jahrelang treu ergebener Gefolgsmann Piëchs, dessen Modellpolitik scharf. Wenn der VW-Chef heute im Aufsichtsrat über seine Pläne für die Luxusmodelle von Bentley und Bugatti abstimmen ließe, würde er „keine einzige Stimme" dafür bekommen. Statt immer neue Luxusmodelle zu entwickeln, solle der Konzern lieber das Stammgeschäft stärken. Neben einem Einsteigerauto für weniger als 15 000 Mark fehle es auch an preiswerten Geländewagen und Coupés.

„Na ja, Herr Volkert hat im nächsten Frühjahr Wahlen vor sich", versuchte Piëch abzuschwächen. Inzwischen aber weiß er, dass sein Großaktionär, das Land Niedersachsen, der gleichen Ansicht ist wie die Arbeitnehmervertreter. Ministerpräsident Sigmar Gabriel hat gegenüber Vertrauten mehrfach erklärt, dass er die Kritik des VW-Betriebsrats gänzlich teile.

Gabriel, in dessen Land fünf VW-Werke angesiedelt sind, bemängelt, dass der Konzern sich zu sehr auf Luxusmodelle konzentriere und das Stammgeschäft vernachlässige. Dort droht ihm zum Ende der Ära Piëch Gefahr. Bei abschwächender Konjunktur geht die Nachfrage in der Kompaktklasse am ehesten zurück. Zudem wird der Wettbewerb für VW dort immer härter.

Volkswagen ist in Europa derzeit zwar um Klassen erfolgreicher als die Rivalen Ford, Opel und Fiat. Doch Mercedes-Benz und BMW drängen in die von Volkswagen dominierte Kompaktklasse. Mercedes ist mit der A-Klasse bereits recht erfolgreich und verkauft zudem von seinem Smart in Deutschland schon mehr Autos als VW von seinem Lupo. BMW ist mit dem neuen

Werbeseite

Werbeseite

ZIELSKE / BILDERBERG

VW-Autostadt in Wolfsburg: *„Als globaler Hersteller muss man breiter aufgestellt sein“*

Mini viel versprechend gestartet und entwickelt eine 1er-Reihe, die den Golf angreift. Zugleich besetzen Rivalen wie Peugeot und Renault immer mehr Marktnischen, in denen VW nicht vertreten ist.

Das wichtigste Modell des VW-Konzerns, der Golf, ist in die Jahre gekommen. Sein Absatz geht auf dem Heimatmarkt schon zurück. Dennoch gibt es bis zu seiner geplanten Ablösung 2003 kein Facelifting mehr, mit dem Hersteller ein Auto vor Ende der Laufzeit üblicherweise durch leicht geänderte Optik wieder etwas auffrischen. Der Golf-Ableger Bora ist ein Flop. Das Golf-Cabrio basiert noch auf dem Vorgängermodell. Seine Produktion muss Anfang nächsten Jahres eingestellt werden.

Pischetsrieder sieht die Probleme, und er weiß auch, dass es Jahre dauern wird, bis er die Modellpalette des Konzerns so ausgebaut hat, wie er es für nötig hält. Deshalb will er schon vor seiner offiziellen Amtsübernahme im nächsten April Einfluss auf die Investitionsplanung nehmen, die der Aufsichtsrat am 23. November verabschieden soll. In den Besprechungen zur „Planungsrunde 50“ für die Jahre 2002 bis 2006 sagt Piëch oft: „Des müssen S’ mit Herrn Pischetsrieder besprechen.“

Kaum einer in Wolfsburg hätte für möglich gehalten, dass Piëch so früh Teile der Macht abgibt. Aber einerseits: Was bleibt ihm anderes übrig, wenn das Land Niedersachsen und die Arbeitnehmervertreter, die zusammen die Mehrheit des Aufsichtsrats stellen, dies so wünschen? Und andererseits: Wenn Piëch seinem Nachfolger jetzt ins Lenkrad greift, kämen vielleicht Zweifel daran auf, ob es sinnvoll ist, ihn im nächsten Jahr zum Aufsichtsratsvorsitzenden zu wählen. Lange genug nährte er den Verdacht, dass er die Macht nicht abgeben und den Konzern vom Aufsichtsrat aus weiterregieren will.

Ministerpräsident Gabriel hat dem VW-Chef deutlich signalisiert, dass dies nicht gewünscht ist. Und Gabriel hat dem VW-Vorstand bereits gezeigt, dass das Land Piëchs Pläne durchaus kritisch verfolgt.

Fast zum Eklat war es gekommen, nachdem der VW-Vorstand noch vor der Aufsichtsratssitzung per Pressemitteilung die Höhe der Dividende für das abgelaufene Jahr verkündete. In der Sitzung des Kontrollgremiums monierte Gabriel dann, der Vorstand hätte zuvor wohl mit dem Hauptaktionär darüber reden müssen. Er schlage eine Erhöhung der Dividende vor. Der Vorstand korrigierte seine eigene Mitteilung und beschloss, die Dividende heraufzusetzen.

Pischetsrieder achtet sorgsam darauf, dass sich solche Peinlichkeiten nicht wiederholen. Nie kritisiert er seinen Vorgänger direkt. Dennoch macht er deutlich, dass er einiges grundsätzlich ändern will.

Piëch ließ die einzelnen Marken gezielt gegeneinander antreten, was dazu führte, dass sie oft gleiche Fahrzeugtypen auf den gleichen Plattformen bauten und sich die Kunden gegenseitig abspenstig machten. Pischetsrieder will, dass sich die Marken künftig ergänzen. Damit der neue VW-Chef dies durchsetzen kann, sollen die einzelnen Marken ihre Entscheidungsfreiheit über die Modellpolitik verlieren.

Volkswagen führt die „klassischen“ Marken Škoda und Bentley, Audi steht an der Spitze der „sportlichen“ Marken Seat und Lamborghini. Pischetsrieder selbst wird neben seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender des Konzerns die Gruppe der klassischen Marken anführen. An die Spitze der sportlichen rückt Martin Winterkorn, der den von Piëch heftig attackierten Audi-Chef Franz-Josef Paefgen ablösen wird.

Bei Piëchs intern höchst umstrittenen Luxusprojekten, der Entwicklung eines Bentley in der 300 000-Mark-Klasse und eines Bugatti, der fast zwei Millionen Mark kosten soll, wird der neue VW-Vorsitzende keine gravierenden Kurskorrekturen vornehmen. Lediglich der einst geplante Bau einer Fertigungsstätte für den Bugatti im französischen Molsheim wird gestrichen. Das Fahrzeug, das schneller als ein Formel-1-Wagen wird, soll im Prototypenbau in Wolfsburg montiert werden.

Die Begeisterung für ein solches Wahnsinnsauto, das sich mit mehr als 1000 PS und einer Spitzengeschwindigkeit von über 400 Stundenkilometern allenfalls auf Salzseen austoben kann, teilt Pischetsrieder mit seinem Vorgänger. Da trifft seine Aussage, mit der Pischetsrieder sonst die Differenzen zum amtierenden VW-Boss herunterzuspielen versucht, einmal zu: „Der große Unterschied zwischen Herrn Piëch und mir ist: Ich habe einen Bart.“

DIETMAR HAWRANEK

AP

Bugatti-Modell *Schneller als die Formel 1*

Werbeseite

Werbeseite

TARIFPOLITIK

Luft zum Atmen

Mit weit reichenden Zugeständnissen hat der Kanzler die Gewerkschaftsführer auf eine moderate Lohnrunde im Wahljahr verpflichtet. Nur deren Basis könnte den Deal noch gefährden.

Niemand da. Die komplette Führungsriege der IG Metall – verreist: Gewerkschaftschef Klaus Zwickel, sein Stellvertreter Jürgen Peters, die Vorstände Horst Schmitthenner und Karin Benz-Overhage, die Abteilungsleiter, selbst der Hauptkassierer. Alle weg, alle in Australien.

Wenn der internationale Metallarbeiterkongress ruft, dann darf die größte Einzelgewerkschaft nicht fehlen. Und so rückt Zwickel diese Woche – man gönnt sich ja sonst nichts – mit 50 Funktionären im frühsommerlichen Sydney ein.

Um ihre internationale Solidarität ausreichend gestärkt bekunden zu können, sind etliche Gewerkschafter einige Ferientage früher geflogen, denn die IG Metall nutzt den 20-stündigen Flug zu einer machtvollen Demonstration der Bescheidenheit – man fliegt Holzklasse.

Zu viel Luxus in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten wäre kontraproduktiv, scheint sich Zwickel zu denken. Schließlich versucht er schon seit Wochen, seine Mitglieder auf mehr Bescheidenheit einzuschwören. Dabei unterscheidet sich der Traditionsgewerkschafter in seiner Rhetorik kaum noch vom Arbeitgeberpräsidenten.

Eine „Tarifrunde mit Augenmaß“ fordert Zwickel, während der Kollege Hubertus Schmoldt von der IG Chemie überraschend von „vernünftigen Abschlüssen“ spricht. Selbst der SPD-Linke und IG-Bau-Chef Klaus Wiesehügel, der dem Kapital sonst gern lautstark die Gewinne neidet, ist von Sanftheit erfasst: bei der nächsten Runde stünden „weniger die Löhne als vielmehr die Sicherung von Arbeitsplätzen im Vordergrund“.

Die ungewohnt moderaten Töne von der Arbeitnehmerfront kommen nicht von ungefähr: Unmissverständlich hat Gerhard Schröder seine Parteifreunde in den Gewerkschaftszentralen wissen lassen, dass er eine harte Tarifauseinandersetzung im kommenden Wahljahr nicht gebrauchen kann. Überzogene Lohnabschlüsse, womöglich mit vorausgegangenen Streiks, würden das Image des selbst ernannten Wirtschaftskanzlers schwer beschädigen. Denn inzwischen ist klar: Deutschland droht eine Rezession.

Die Gewerkschaftsführer wissen, was sie an ihrem Kanzler haben. Selten sind sie von einer Regierung so umworben worden wie jetzt. Wo immer sie ihre Mitglieder in diesen Wochen zu einem ihrer gefürchteten Großkongresse versammeln – der Kanzler schaut irgendwann vorbei. Lobt die „große Tradition“ gewerkschaftlicher Tarifpolitik, sorgt für gute Stimmung, verteilt Geschenke: hier die Aussicht auf neue Kohle-Subventionen für die IG Chemie, dort ein Tariftreuegesetz für die Kollegen vom Bau.

Ein besonders geschätztes Objekt plötzlicher Kanzler-Zuneigung ist IG-Metall-Chef Zwickel. Die Gunst verdiente er sich Ende Oktober auf dem Düsseldorfer Flughafen. Drei Stunden lang konferierten Deutschlands führende Gewerkschafter mit Schröder. Am Ende stand ein Deal.

Neben der internationalen Lage habe man auch die „tarifpolitischen Vorstellungen“ der Gewerkschaften besprochen, berichtete hinterher der Kanzler. Ganz unverbindlich sei diskutiert worden, wie „die berechtigten Erwartungen der Arbeitnehmer“ mit der „gesamtwirtschaftlichen Vernunft“ in Einklang zu bringen seien.

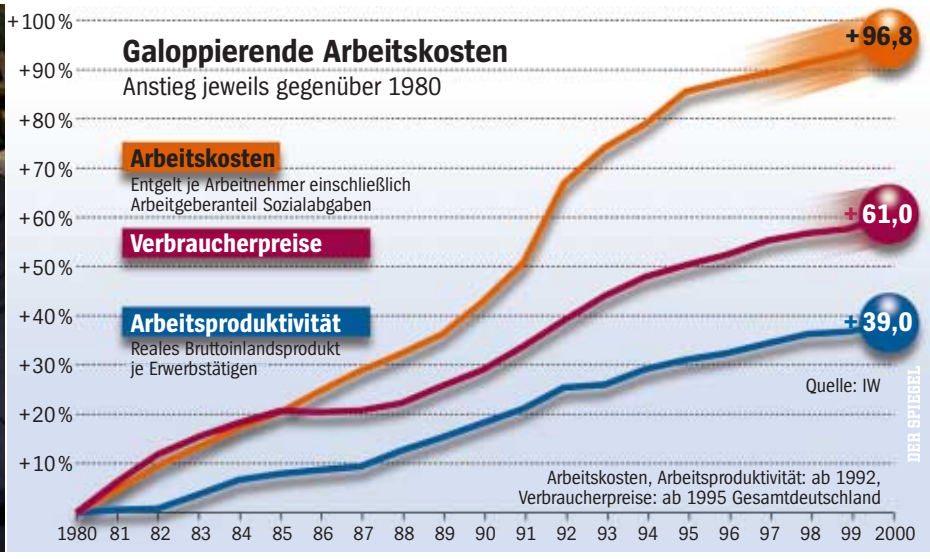
Verbale Nebelkerzen. In Wahrheit hatten die Partner detailliert die Marschroute für die anstehenden Tarifverhandlungen abgestimmt, bis hin zum Zeitplan der Gespräche. Im Wahljahr 2002, so geht aus einem internen DGB-Protokoll für die Gewerkschaftsvorsitzenden hervor, sollen die Lohnverhandlungen keine Belastung für den Regierungskurs werden.

So verpflichten sich die Gewerkschaften unter Punkt zehn der Abmachung, „in der Einkommenspolitik der aktuellen konjunkturellen Schwächephase Rechnung zu tragen“. Im Klartext: In der akuten Krise dürfen die Löhne nur bescheiden zulegen. Erst mit der „Verbesserung der Konjunktur Ende 2002“ sollen sie wieder stärker steigen. Besonders auffallend: Während die meisten Forschungsinstitute mit einer Belebung der Konjunktur schon Mitte des Jahres rechnen, haben Kanzler und Gewerkschaftsführer das nächste Jahr offenbar komplett abgeschrieben.

Im Gegenzug für ihre Zurückhaltung versprach Schröder den Vorsitzenden, mehr als bisher die Konjunktur zu stützen. Die Regierung werde „kurzfristig realisierbare und schnell wirkende Investitionen vorziehen und beschleunigen“, heißt es in dem Papier. Die Arbeitsförderung soll „weiter verstetigt werden“.

Wie der Deal zu verstehen ist, legte Zwickel dem Kreis genauestens dar. Bis

KAY NIETFELD



Partner Zwickel, Schröder: *Für gute Stimmung gesorgt und Geschenke verteilt*

Werbeseite

Werbeseite

zum Herbst nächsten Jahres schließen die Gewerkschaften zunächst einen kurzfristigen Übergangstarif ab, der die unsichere Lage berücksichtigen und allen Beteiligten „Luft zum Atmen“ verschaffen soll. Anschließend – selbstverständlich erst nach der Wahl – folgt dann die eigentliche Lohnrunde, bei der die IG Metall stärker als bisher auf die Ertragslage der einzelnen Betriebe Rücksicht nehmen will.

Kommt der Deal tatsächlich zu Stande, wäre das nichts anderes als eine tarifpolitische Revolution. Was Schröder und die Arbeitgeber gleichermaßen in freudige Erregung versetzte, war vor allem der zweite Teil des Zwickel-Vorschlags: die Gehaltssteigerungen künftig auch vom Erfolg der Unternehmen abhängig zu machen – viel für Boombetriebe, weniger für Flautefirmen. Das wäre „ein deutlicher Fortschritt“, lobte umgehend Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt.

Würde die Erfolgskomponente tatsächlich eingeführt, wäre das das Ende einer unseligen deutschen Tradition. Bislang langten die Gewerkschaften ausgerechnet im Abschwung meist besonders kräftig zu, um sich für die vorangegangenen guten Jahre zu entschädigen. Die Folge: Die ohnehin schon angeschlagenen Unternehmen wussten dem gestiegenen Lohndruck nicht anders zu begegnen, als noch mehr Leute zu entlassen.

Nach diesem Muster haben die Tarifabschlüsse schon häufig Rezessionen verschärft: So auch 1974, als die ÖTV unter ihrem Vorsitzenden Heinz Kluncker Lohnerhöhungen von elf Prozent erstreikte – und damit erheblich zu Willy Brandts Rücktritt als Kanzler beitrug.

Gelingt es Schröder, ein solches Szenario abzuwenden, könnte er sich rechtzeitig zur Wahl als Wirtschaftskanzler in der Tradition Helmut Schmidts präsentieren, der wirtschaftspolitischen Pragmatismus mit sozialer Verantwortung vereint.

Doch das Anliegen hat seinen Preis. Schröder muss alles vermeiden, was die Gewerkschaften in dieser Situation provozieren könnte. Die von fast allen Experten schon lange angemahnten Reformen des verkrusteten deutschen Arbeitsmarktes wird es vor der Wahl nicht geben – darauf hat man sich im Kanzleramt intern bereits festgelegt.

Schröder erwägt sogar, das nächste Treffen des Bündnisses für Arbeit, das noch vor Weihnachten stattfinden sollte, zu verschieben, auf der mit Sicherheit die kommende Tarifrunde thematisiert würde – für die Regierung eine Horrorvorstellung. Unter allen Umständen soll der Anschein vermieden werden, man missachte den Grundsatz der Tarifautonomie.

Doch noch ist offen, ob die Gewerkschaftsbosse ihren Teil des Kanzler-Deals überhaupt einhalten können, noch muss die Basis auf Kurs gebracht werden – und die will von Bescheidenheit nur wenig wissen. Allzu tief sitzt bei vielen die Enttäuschung, dass sich ihre Vorsitzenden bei der letzten Gehaltsrunde über den Tisch ziehen ließen. Während die Löhne in diesem Jahr lediglich um 2,1 Prozent stiegen, legten die Preise zeitweilig um bis zu 3,5 Prozent zu. Wieder einmal blieb den Beschäftigten damit weniger Geld im Portemonnaie als im Jahr zuvor. Gleichzeitig machten viele Unternehmen selbst in den vergangenen Monaten noch üppige Gewinne.

Ihren Frust lassen viele Metaller derzeit in Brandbriefen an ihre Gewerkschaftsführer ab, vor allem im vergleichsweise krisenfreien Südwesten der Republik. „Deutlich mehr Geld als in den vergangenen Jahren“, verlangen etwa die Gewerkschafter beim Waiblinger Sägenhersteller Stihl, zu „allen gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen bereit“ melden sich schon die Kollegen beim benachbarten Autokonzern Porsche.

Verstärkt wird der Druck der Basis durch das IG-Metall-interne Machtgerangel auf der zweiten Führungsebene. Sowohl Vorstandsvize Jürgen Peters als auch der baden-württembergische Bezirksleiter Berthold Huber wollen in zwei Jahren Zwickel als IG-Metall-Vorsitzenden beerben.

Das Mittel, sich für den Posten zu empfehlen, kennen beide. Sie übertrumpfen sich gegenseitig mit ihrer Kritik am Kuschelkurs des Chefs. Erst stufte Peters den Zwickel-Plan zur „Option“ herunter, dann plädierte auch Huber im offenen Gegensatz zum Vorsitzenden für einen „mittelfristig orientierten Abschluss von mindestens einem Jahr oder mehr“.

Von krisengerechten Tarifverträgen, wie sie der Kanzler-Deal empfiehlt, halten die beiden Gewerkschafter schon gar nichts. Zwickel-Vize Peters ruft nach „Geld, Geld, Geld“, Kontrahent Huber verlangt ein Tarifergebnis „deutlich über dem Abschluss für das Jahr 2001“.

Der Chef gibt sich alle Mühe, seine Truppe auf Kurs zu bringen. So hat Zwickel den Termin, zu dem die Gewerkschaft ihre Tarifforderung bekannt geben will, um mehrere Wochen auf Anfang Dezember verschoben. Bis dahin, so kalkuliert er, werden die schlechten Konjunkturdaten die Erwartungen der Beschäftigten dämpfen und für Ruhe sorgen.

Gelegenheit für Überzeugungsarbeit bietet sich Zwickel in den nächsten Tagen reichlich. Am Rande ihres Gewerkschaftskongresses in Sydney werde die Metaller-Führung nicht nur über Kinderarbeit, Schuldenkrise und Globalisierung debattieren, kündigt Zwickels Vordenker Klaus Lang an. „Thema ist auch die bevorstehende Tarifrunde“.

Christian Reiermann, Michael Sauga

PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF

Metallbetrieb in Magdeburg (Produktion von Windkraftanlagen): *Enttäuscht von den Bossen*

Werbeseite

Werbeseite

JO LOCATELLI / DPA

Durchsuchung von Nadas Villa in Campione
Schlüsselrolle im internationalen Netzwerk

TERROR-FINANZIERUNG

Guter Muslim

In der Affäre um die Schweizer Finanzgesellschaft al-Taqwa führen auch Spuren nach Deutschland und zu einem kuweitischen Hilfswerk.

Früher war er Journalist und hieß mit Vornamen Albert Friedrich Armand. Heute nennt er sich Ahmed Huber, ist bekennender Muslim und ein Star der rechten Szene.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) sieht den Schweizer gern als Gast. Und in der braunen Postille „Deutsche Stimme“ durfte sich Huber Anfang September ungeniert darüber freuen, dass in der Bush-Regierung „kein einziger jüdischer Zionist“ vertreten ist. „Nach den Brüsseler und Berliner Kriterien müsste Bush eigentlich rechts von Jörg Haider stehen und als ‚rechtsextrem‘ eingestuft werden“, erzählte er dem NPD-Organ.

Inzwischen kann sich Huber nicht mehr so recht freuen. Ausgerechnet sein neues Idol in Washington hat ihm vor wenigen Tagen die Polizei ins Haus geschickt.

Zusammen mit 61 weiteren Personen und Organisationen steht Huber auf der jüngsten Fahndungsliste von Bushs Terroristenjägern. Im finanziellen Netzwerk von Osama Bin Laden und seiner al-Qaida-Organisation sollen sie angeblich eine wichtige Rolle spielen. Dabei interessieren sich die Amerikaner vor allem für zwei Gebilde: al-Barakaat und al-Taqwa.

Barakaat ist ein Konglomerat mit Sitz in Dubai und Aktivitäten in 40 Ländern, darunter in den USA, und nach Angaben der US-Regierung allein 60 Büros in Somalia. Weltweit versorgen sich Terroristenzellen über dieses Netz mit Bargeld und Informationen, vermutet das FBI. Barakaat dementiert.

LUKE FRAZZA / DPA

Terroristenfahnder Bush*: *Großalarm in der Schweiz*

Ähnliches wird al-Taqwa vorgeworfen, was bei den Schweizer Behörden vergangene Woche Großalarm auslöste: Konten wurden gesperrt, die Häuser der Verantwortlichen durchsucht.

Denn die al-Taqwa Management Organization, die sich seit kurzem Nada Management Organization nennt, hat ihren Sitz in Lugano. Im Verwaltungsrat wirkt Ahmed Huber, der schon vor Jahren Bin-Laden-Leute getroffen haben will. „Sie fielen auf durch westliches Aussehen, Universitätsabschluss und Fremdsprachenkenntnisse“, erinnert er sich.

Die Ermittlungen der Schweizer konzentrieren sich aber nicht auf Huber, sondern auf die Chefs Youssef Nada und Ghaleb Himmat, die im italienischen Steuerparadies Campione residieren. In Liechtenstein kontrollieren sie mehrere Investmentfirmen, deren Treuhänder letzte Woche ebenfalls Besuch von der Polizei erhielten.

SIPA PRESS

Dubai Islamic Bank
Geldwäsche für Bin Laden?

* Mit Finanzminister Paul O’Neill und Außenminister Colin Powell.

Bis kurzem gehörte auch die islamische al-Taqwa-Bank auf den Bahamas zum verdächtigen Konglomerat. Doch dieses Institut wurde inzwischen liquidiert. „Wir hatten große Verluste in Südostasien“, erklärt Nada, der von Terrorfinanzierung nichts wissen will und schon in früheren, ergebnislosen Untersuchungen seine Unschuld beteuerte.

Dass ihm die Amerikaner nicht glauben, könnte unter anderem mit seinem Partner zu tun haben. Himmat spielt im internationalen Netzwerk der Islamisten offenbar eine Schlüsselrolle. In München sitzt er auf dem Präsidentenstuhl der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD), hier zu Lande der größten Gruppierung der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft. Die bayerischen Verfassungsschützer bezeichnen die IGD in einem internen Bericht als „ideologischen Nährboden für islamistische Gruppierungen“.

Bislang unbeachtet sind Himmats enge Beziehungen zu Kuweit. Er gehört zum Verwaltungsrat der Genfer Filiale der International Islamic Charitable Organization (IICO) mit Hauptsitz in dem Wüstenstaat. Das Hilfswerk ist offiziell bei der Uno als Nichtregierungsorganisation akkreditiert.

Zwischen der IICO und al-Taqwa bestehen offenbar enge Verbindungen. Neben Himmat sitzt nämlich auch der Islamgelehrte Jussuf al-Kadrawi aus Katar im Verwaltungsrat. Laut eines ehemaligen IICO-Funktionärs fungierte dieser als „Präsident des religiösen Rates der Taqwa-Bank“. Das Gremium musste darüber wachen, dass die Investments nach den Regeln des Korans getätigt wurden. Zinsgeschäfte waren tabu.

Auch im finanziellen Bereich der IICO gibt es bemerkenswerte Konstellationen. Spendenzahlungen fließen unter anderem über ein so fragwürdiges Institut wie die Dubai Islamic Bank. Bereits im Juli 1999 brachte das US-Außenministerium die Bank offiziell mit Geldwäsche und Bin Ladens Terrortruppe in Verbindung.

Der Verdacht besteht heute noch. So haben zum Beispiel die Luxemburger Behörden mehrere Konten gesperrt, deren Besitzer Geschäfte mit der Dubai Islamic Bank nachgewiesen werden konnten.

„Das Hilfswerk hat überhaupt nichts mit kriminellen Machenschaften zu tun“, sagt dagegen der Ex-Funktionär, „und Himmat ist ein guter Muslim, kein Terrorist.“ Der Anwalt des Taqwa-Managers war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

BEAT BALZLI

Werbeseite

Werbeseite

TERROR-FINANZIERUNG

„Gefährlich langsam“

Jochen Sanio, Präsident des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen, über Möglichkeiten und Grenzen der Terroristenjagd mit Hilfe der Banken, Kompetenzgerangel und Datenschutz

SPIEGEL: Die Regierung will einen automatisierten Zugriff auf 300 Millionen Konten in Deutschland schaffen, um Terrorgeldern besser auf die Spur zu kommen. Die Bankenlobby sperrt sich gegen ein zentral gesteuertes Informationssystem und warnt vor dem „gläsernen Bürger“. Zu Recht?

Sanio: Das ist Stimmungsmache. Künftig lässt sich per Knopfdruck abfragen, ob und bei welchen Banken Verdächtige ein Konto haben. Ein Computerprogramm, das auf die bei den Banken vorhandenen Daten zugreift, gleicht die Namen der Kontoinhaber mit denen der verdächtigen Personen ab und spuckt am Ende vielleicht einige Kontoverbindungen aus. Was hat das mit „gläsernen Bürgern“ zu tun?

SPIEGEL: Die entscheidende Frage ist doch: Wer hat Zugriff auf die Erkenntnisse?

Sanio: Das muss der Gesetzgeber sehr genau regeln. Es darf nicht jede Stelle nach Belieben zugreifen können. Grund für das Gesetzesprojekt ist die Terrorbekämpfung. In der Öffentlichkeit ist in den letzten Wochen besonders diskutiert worden, ob den Steuerbehörden Zugriff gewährt werden soll. Denn über den automatisierten Abruf könnte man auch inländischen Schwarzgeldkonten nachspüren. Ob man dies will, ist eine politische Frage.

SPIEGEL: Warum kann es nicht bei dem bisherigen Verfahren bleiben?

Sanio: Das ist gefährlich langsam, wenn etwa die Terroristen bereits ein neues Attentat planen. Zu viele Stellen waren bisher mit der Abfrage befasst, und auf Seiten der Banken war ein erheblicher Arbeitsaufwand zu bewältigen. Nach den Anschlägen erhielten wir von den Behörden eine Vielzahl von Listen mit verdächtigen Personen, mit mehr als 700 Namen – und die nächste kommt bestimmt. Die Bankenaufsicht musste die Listen einzeln an 2900 Banken versenden. Mittlerweile wird es schwer, den Überblick zu behalten, wie viele Listen überhaupt kursieren.

MARCUS GLOGER / JOKER

Jochen Sanio
trat 1974 in das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (BAKred) ein, das er seit Juli 2000 leitet. Die Behörde wacht darüber, dass die 3900 deutschen Banken und Finanzdienstleister alle rechtlichen Vorschriften einhalten, und kontrolliert die den Instituten auferlegte Geldwäschebekämpfung. Der 54-jährige Jurist übernimmt im kommenden Jahr auch den Vorsitz der internationalen Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche. Die Bundesregierung will das BAKred mit anderen Behörden zu einer Gesamtfinanzaufsicht verschmelzen.

SPIEGEL: Außerdem ist die Einrichtung einer so genannten Financial Intelligence Unit (FIU) in der Diskussion. Was versprechen Sie sich davon?

Sanio: In dieser FIU, die ich für sehr wichtig halte, müsste der vorhandene Sachverstand gebündelt werden. Fachleute aus den Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden und der Zollfahndung sollten darin ebenso vertreten sein wie Wirtschaftsprüfer und Bankenaufseher. Die Experten müssten eng mit den Banken zusammenarbeiten, indem sie diesen das notwendige Wissen vermitteln, um auffällige Transaktionen aufzuspüren, die auf kriminelle Taten und Geldwäsche hindeuten. Eine weitere Aufgabe der FIU würde es sein, Anzeigen der Banken zu möglichen illegalen Aktivitäten eines Kunden zu überprüfen und, falls sie stichhaltig sind, an die Ermittlungsbehörden weiterzuleiten.

SPIEGEL: Bislang gehen die Hinweise direkt an die Ermittlungsbehörden. Wozu also die zwischengeschaltete Organisation?

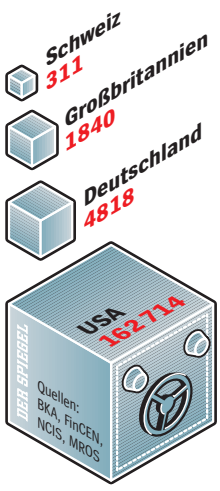
Sanio: Weil sie den Hinweisen effektiver nachgehen könnte. Wir haben in Deutschland jedes Jahr über 4000 Verdachtsanzeigen von Banken wegen Geldwäsche. Die Frage ist: Welche Erkenntnisse werden aus diesen Meldungen gewonnen? Heute landen sie bei den zuständigen Landesermittlungsbehörden, die teilweise überlastet sind und der großen Anzeigenzahl kaum Herr werden. Dabei können wertvolle Informationen verloren gehen. In die raffinierten Netzwerke der Geldwäscher und Terroristen kann man aber nur vordringen, wenn man alle Anzeigen sorgfältig zentral auswertet und aus den Informationen ein länderübergreifendes Gesamtbild erarbeitet.

SPIEGEL: Terroristen verhalten sich aber möglichst unauffällig. Die Banken müssten also nach Unauffälligkeiten suchen – und nicht nach Auffälligkeiten. Bei 300 Millionen Konten ist das schlichtweg unmöglich.

Sanio: Wirksame Raster für die Terrorismusbekämpfung zu entwickeln ist nicht unmöglich, aber unglaublich schwierig. Bisher geht es meistens um kleinere Überweisungsbeträge, die in den Millionen von Überweisungen oft nicht auffallen. Die Terroristen werden deshalb nicht im Finanzbereich gleich zu Dutzenden ins Netz gehen. Von vornherein zu sagen, das bringt alles viel zu wenig, hiel-

Brennendes World Trade Center: *„Dimension der Bedrohung“*

ABRAMS / AFP / DPA



Verdachtsanzeigen wegen Geldwäsche
im Jahr 2000

Werbeseite

Werbeseite

te ich allerdings angesichts der Dimension der Bedrohung für verantwortungslos. Wenn man hier einige wenige wichtige Spuren aufnehmen könnte, wäre schon viel gewonnen.

SPIEGEL: Vor über zehn Jahren wurde mit Elan die Geldwäschebekämpfung propagiert. Damals ging es um die Drogenkriminalität. Doch der Erfolg ist begrenzt.

Sanio: Erfolge sind sehr schwer messbar. Ziel war, das westliche Finanzsystem vor dem Zufluss illegaler Gelder zu schützen …

SPIEGEL: … das ist aber gescheitert.

Sanio: Ich kann nur für Deutschland sprechen. Niemand weiß, wie viel Geld trotz der von uns errichteten Schutzwälle aus kriminellen Aktivitäten in unser Finanzsystem eingeschleust wurde. Ich vermute aber, dass durch unsere Kontrollen doch einiges an Deutschland vorbeigeflossen ist.

SPIEGEL: Was ist denn der Unterschied zwischen der Geldwäschebekämpfung und der Terrorismusbekämpfung?

Sanio: Bei Geldwäsche rührt das Geld aus illegalen Aktivitäten und soll in legalen Anlagen untergebracht werden. Bei der Terrorfinanzierung kann das Geld auch aus legalen Quellen stammen, es soll aber für illegale Aktivitäten verwendet werden. Bei der Geldwäschebekämpfung geht es darum, große Summen zu beschlagnahmen. Will man die Finanzierung von Terrororganisationen unterbinden, dann muss man auch die kleinen Beträge entdecken, mit denen die Mitglieder der Netzwerke über Jahre versorgt werden.

SPIEGEL: In Deutschland gibt es bei der Geldwäschebekämpfung einen Kompetenzwirrwarr ohnegleichen. Vier Bundesministerien sind zuständig, es werden Länderhoheiten berührt, und auf der Ermittlerebene sind neben Landeskriminalämtern auch Bundeskriminalamt, Zollfahndung und Nachrichtendienst beteiligt. Dieses Dilemma lösen auch keine neuen Gesetze.

Sanio: Das müssen Sie mir nicht erklären. Wir sind von Beginn an für eine Konzentration aller Ressourcen auf Bundesebene eingetreten und fordern seit Jahren im Einvernehmen mit den deutschen Banken eine zentrale FIU. Ich hoffe sehr, dass sich die noch bestehenden Probleme lösen lassen und diese international übliche Einrichtung endlich realisiert wird.

SPIEGEL: Bislang haben Sie als Bankenaufsicht nur zehn Leute in der Geldwäschebekämpfung. Wie wollen Sie denn damit auch noch den Terrorismus bekämpfen?

Sanio: Sie haben Recht. Diese Anzahl ist viel zu gering. Sie erklärt sich aus den Zwängen des Bundeshaushalts. Wenn die verschiedenen Aufsichtsämter in Deutschland demnächst zusammengefasst werden, erhält die neue Anstalt einen eigenen Haushalt. Ich hoffe, dass spätestens dann

Bankenplatz Frankfurt am Main: *„Man muss*

das Personal für die Geldwäschebekämpfung deutlich aufgestockt wird.

SPIEGEL: Muss sich nicht auch etwas im Verhältnis zwischen den Behörden ändern? Wie sind Ihre Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt?

Sanio: Was den Informationsfluss angeht, handelt es sich weit gehend um eine Einbahnstraße von der Bankenaufsicht zu den Ermittlungsbehörden.

SPIEGEL: Warum ist das so?

Sanio: Die Ermittlungsbehörden dürfen nach den gesetzlichen Vorschriften Informationen nur Behörden weitergeben, die mit Aufgaben der Gefahrenabwehr betraut sind. Darunter fallen wir nicht. Wir würden allerdings gern vom Wissen des BKA profitieren: Aus ihm ließen sich die Raster für die Aufdeckung von Geldwäsche erarbeiten, auf die unsere Banken händeringend

HANS-GUENTHER OED

auch die kleinen Beträge entdecken“

warten. Außerdem gäbe es wichtige Synergieeffekte, beispielsweise bei der Verfolgung des Underground-Banking …

SPIEGEL: … also dem System von Überweisungen, die nicht über Banken abgewickelt werden, sondern über Vertrauenspersonen.

Sanio: Richtig. Das Underground-Banking gilt als idealer Weg, Terroristen rund um die Welt ohne Spur mit Bargeld zu versorgen. Aber auch Underground-Banker haben Konten bei Banken, auf denen sie das Geld entgegennehmen. Sie wechseln allerdings häufig die Bankadresse. Das automatisierte Abrufverfahren würde es möglich machen, ihnen hautnah auf der Spur zu bleiben. Wenn wir dann die Banken darüber informieren, dass einer ihrer Kunden illegale Geschäfte betreibt, die wir untersagt haben, sperren sie ihm das Konto.

SPIEGEL: Wenn Sie jemandem alle Konten sperren, hat das massive Auswirkungen, gerade für kleinere Geschäftsleute kann das den Ruin bedeuten. Für Sie gilt offenbar die Schuldvermutung.

Sanio: In Deutschland gilt immer noch die Unschuldsvermutung, und daran darf niemand rütteln. Wir gehen gegen Underground-Banker nur vor, wenn wir ihnen ihr unerlaubtes Tun nachweisen können. Eine echte Grundrechtsproblematik sehe ich woanders. Jemand gerät zu Unrecht in den Verdacht, an Terroranschlägen beteiligt zu sein, und wird von Fahndern auf Ermittlungslisten gesetzt, die an die Banken weitergeleitet werden. Die Namen auf den Listen, die nach dem Terrorakt in Deutschland in Umlauf gesetzt wurden, stammen weit gehend von ausländischen Behörden.

SPIEGEL: Gerade in diesem Fall ist es zu verheerenden Irrtümern gekommen.

Sanio: Es gibt den bedauerlichen Fall eines jungen Mannes, der auf einer weltweit verbreiteten Verdachtsliste stand, weil er in den USA dieselbe Flugschule wie die Terroristen besucht hatte. Er hat sich nach den Anschlägen selbst als Zeuge gemeldet. Daraufhin sind ihm in Deutschland alle Konten gesperrt worden. Da stellt sich schon die Frage, wer sorgt dafür, dass nur solche Personen auf den Verdachtslisten erscheinen, die hinreichend tatverdächtig sind. Das muss der Gesetzgeber regeln.

SPIEGEL: So kann man sich der Verantwortung auch entziehen.

Sanio: Wir haben unseren Beitrag geleistet, um diesen Mann bei allen 2900 deutschen Banken zu rehabilitieren. Am 12. Oktober haben wir in einem besonderen Rundschreiben darüber informiert, dass es sich nicht um einen Tatverdächtigen handelt. Hätten wir schon das zentrale Suchsystem, dann wäre der unbegründete Verdacht gegen den Betroffenen wahrscheinlich nicht öffentlich geworden. Nach einem Computerlauf wäre die Person höchstens bei den Banken in Verruf geraten, bei denen sie tatsächlich ein Konto unterhalten hat.

SPIEGEL: Die Gefahr des Missbrauchs ist aber nicht von der Hand zu weisen. Ist der Datenschutz ein Luxus der Vergangenheit?

Sanio: Der Anspruch eines jeden Bürgers auf den Schutz seiner persönlichen Daten ist kein Luxus, sondern ein elementares Grundrecht, das nicht einfach zur Disposition gestellt werden darf. Trotzdem können und müssen wir handeln. Am 11. September sind wir alle aus dem Traum vom ewigem Frieden gerissen worden. Wir sollten uns die Einsicht eines alten chinesischen Feldherrn zu Herzen nehmen: „Verlasse dich nie auf die Hoffnung, dass es nicht geschehen wird. Verlasse dich auf die Tatsache, dass wir vorbereitet sind.“

Interview: Markus Dettmer, Wolfgang Reuter

Werbeseite

Werbeseite

WALTRAUD GRUBITZSCH / DPA

Pleitgen

STEUERN

Millionenrechnung für die ARD

Unangenehme Überraschung für den ARD-Vorsitzenden Fritz Pleitgen. Noch für dieses Jahr müssen die zehn Rundfunkanstalten der ARD mit einer erheblich höheren Steuerbelastung rechnen. Laut einem internen SPD-Papier einigte sich Finanzminister Hans Eichel mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer darauf, die Sender bei der Besteuerung von Werbeeinnahmen dem ZDF gleichzustellen. Bereits am vergangenen Freitag wollten die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen eine entsprechende Gesetzesänderung auf den Weg bringen, vertagten sich aber auf diese Woche. Experten schätzen, dass die ARD-Anstalten zwischen 2001 und 2004 zusätzlich etwa 410 Millionen Mark an den Fiskus zahlen müssen. Anders als das ZDF hatten sie sich auf Grund einer Sonderregel bislang arm rechnen können: Trotz jährlicher dreistelliger Millioneneinnahmen wiesen sie regelmäßig Verluste aus dem Werbegeschäft aus. Natürlich sei die anstehende Mehrbelastung der ARD-Anstalten „gebührenrelevant“, so der stellvertretende WDR-Intendant und Vorsitzende des GEZ-Verwaltungsrats Norbert Seidel. „Irgendwo muss das Geld ja herkommen.“

FERNSEHEN

Doku-Drama zum 17. Juni

Ein neues Genre hat das ZDF für sich entdeckt: Künftig sollen Doku-Dramas regelmäßig für Quote sorgen. Nach „Todesspiel“ (ARD) über den „deutschen Herbst“ und der Einheits-Nacherzählung „Deutschlandspiel“ wird nun der Aufstand des 17. Juni als Mischung aus Dokumentation und Spielfilm aufbereitet. Die Produktion soll im Juni 2003 unter dem Titel „Der Aufstand“ im ZDF laufen und die Ereignisse vom Tod Stalins 1953 bis zum Abend des 17. Juni nachzeichnen. Das „Deutschlandspiel“-Team aus Regisseur Hans-Christoph Blumenberg, Produzent Ulrich Lenze und dem ZDF-Haushistoriker Guido Knopp bleibt bestehen. Laut Knopp soll künftig alle eineinhalb Jahre ein Doku-Drama produziert werden – vorausgesetzt, die Quoten halten. Das „Deutschlandspiel“ sahen rund 1,5 Millionen Zuschauer weniger als das „Todesspiel“.

WDR

Szene aus „Todesspiel“

MDR

Erfolgreiche Stasi

Der Mitteldeutsche Rundfunk, seit Monaten wegen der Stasi-Verwicklungen verschiedener Moderatoren in der Kritik, sorgt mit einer Dokumentation über den „Topspion Topas“ erneut für Aufsehen. In dem 45-minütigen Film, den die ARD am vergangenen Donnerstag vor den „Tagesthemen“ ausstrahlte, kommt „Der Mann, der die Nato verriet“ auffallend gut weg. So betont der Sprecher etwa, „Topas“ alias Rainer Rupp habe „nie Informationen über Kollegen und Vorgesetzte an die HVA weitergeleitet“ und „keine Menschen verraten“; eine ganze Riege von Ex-Mitarbeitern der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), von ihrem Chef Markus Wolf bis zum einfachen Kurier, darf stolz von den Erfolgen mit „Topas“ berichten. Als „Verrat“ wird ausgerechnet das Verhalten des ehemaligen Stasi-Obersten Heinz Busch bezeichnet, der zum BND überlief und die Enttarnung Rupps ermöglichte. Die ungewöhnliche Darstellung ist wohl kein Zufall: Produziert wurde die Dokumentation über den verurteilten DDR-Topagenten, der nach acht Jahren Haft mittlerweile wieder auf freiem Fuß ist, von der Berliner Firma Cintec, im Abspann steht unter „Mitarbeit“ der Name Peter Hellmich.

ARD

Ex-HVA-Chef Wolf

Sowohl Cintec-Geschäftsführer Mathias Remmert als auch Hellmich waren in der DDR führende Mitarbeiter von „Studio H&S“, das für seine Propagandafilme wie „Piloten im Pyjama“ berüchtigt ist und über beste Beziehungen zu HVA und Parteiführung verfügte – Hellmich war dort Chefkameramann. „Einfach skandalös“ sei die MDR-Entscheidung, die Produktion ausgerechnet an Cintec zu vergeben, sagt der dänische Journalist und Stasi-Experte Per Michaelsen, der sich mit seiner Kollegin Mette Herborg in einem Buch über die Stasi auch mit der Rolle der „H&S“ befasst hat: „Zumindest hätte man den Zuschauern mitteilen müssen, dass H&S-Mitarbeiter beteiligt waren.“ Beim MDR will man davon indes nichts gewusst haben: „Unser Gesprächspartner war der Autor Jörg Hafkemeyer, und der ist über jeden Zweifel erhaben“, so der stellvertretende MDR-Chefredakteur Wolfgang Fandrich, „wir können doch unmöglich die Vita jedes Produktionsmitarbeiters nachrecherchieren.“

Vorschau

Verbotene Küsse
Montag, 20.15 Uhr, ZDF

Zu den Attraktionen des niedersächsischen Heidekaffs Soltau zählt neben einem Freizeitpark auch ein Apartment, in dem zwei adrette Mädchen anschaffen. Küssen wollen Martina (Natalia Wörner) und Tami (Fiona Coors) ihre Kunden nicht, das widerspricht ihrer Hurenehre, aber sonst sind sie gegen entsprechende Bezahlung für Extratouren durchaus zu haben. Es weihnachtet sehr, Martina besorgt einen Christbaum, Tami wünscht sich ein neues Leben und wird zwei Filmminuten später ermordet. Der Täter entkommt; Hurenkollegin Martina schwört Rache. Mit Hilfe eines Stammkunden (Ralph Herforth) gelingt ihr der Ausstieg aus der Prostitution und der Einstieg bei der Polizei, genauer: bei der Sitte. Die Edelkitsch-Räuberpistole, die nun folgt, mischt unverdrossen Asylanten- und Schlepperdrama, Liebesschnulze, sexuelle Obsession und Martinas Mörderjagd. Das ganze Durcheinander, wenngleich vollkommen unglaubwürdig, ist streckenweise durchaus unterhaltsam. Doch Regisseur Johannes Fabrick verrät einen fatalen Hang zu schwerer Filmkunst: Hauptdarstellerin Wörner blickt bleich auf das Geschehen, ein Verdächtiger (Vadim Glowna) muss trübsinnig vor sich hin philosophieren, und Herforth nuschelt Sätze wie: „Manchmal ist es gut, wenn das Vergangene ruhen darf.“ Das sieht der Zuschauer am Ende der „Verbotenen Küsse“ wohl genauso.

ZDF

Wörner, Coors in „Verbotene Küsse“

Sadler in „Jonathans Liebe“

Jonathans Liebe
Dienstag, 20.15 Uhr, Sat.1

Das kommt dabei heraus, wenn Sat.1 einen total sensiblen Fernsehfilm über einen Rollstuhlfahrer in Auftrag gibt: „Jonathan ist körperbehindert und führt ein zurückgezogenes Leben“, barmt der Pressetext, „nur die Liebe zu Nina könnte ihn aus seiner Isolation befreien.“ Natürlich ist Jonathan (Benjamin Sadler) attraktiv, reich, ehrlich und einfühlsam – zumindest Letzteres kann man von Regisseur Zoltan Spirandelli nicht behaupten: Statt mit alten Klischees über Behinderte aufzuräumen, setzt er neue in die Welt.

David gegen Goliath – Der Aufstand gegen die Globalisierung
Freitag, 22.00 Uhr, Arte

Als der französische Alternativbauer José Bové 1999 mit seinem Traktor eine in Bau befindliche McDonald’s-Filiale verwüstete und anschließend in Handschellen abgeführt wurde, hatte der Kampf gegen die Globalisierung plötzlich ein Gesicht bekommen – und viele neue Anhänger, die nur noch mit schlechtem Gewissen ihre Hamburger mampfen mochten. Doch spätestens nach den Krawallen beim G-8-Gipfel im Juli in Genua änderte sich die Stimmung: Globalisierungskritiker wurden nun mitunter pauschal als ein Haufen von Gewalttätern, Spinnern und Träumern dargestellt; Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi verglich sie sogar mit Terroristen. Um einen objektiven Blick bemüht sich jetzt die Dokumentation von Martin Keßler. Neben einigen international führenden Köpfen der Globalisierungsgegner wie Bové kommen auch indische Tagelöhner, Stahlarbeiter in Cleveland (Ohio) und Kölner Straßenreiniger zu Wort. So zeigen vor Keßlers Kamera indische Bauern ihre Operationsnarben – wegen sinkender Baumwollpreise hat so mancher von ihnen eine Niere verkauft. Es sei höchste Zeit, nicht die Aufständischen zu bekämpfen, sondern die Ursachen des Aufstands – so lautet das Fazit dieses Films. Er mag einseitig sein; eindringlich ist er allemal.

Tatort: Hasard!
Sonntag, 20.15 Uhr, ARD

Die Erleichterung war groß, als die singenden Hamburger „Tatort“-Kommissare Stoever und Brockmöller alias Manfred Krug und Charles Brauer im Januar ihr Abschiedsständchen trällerten. Doch nach den Auftritten ihres vermufften Nachfolgers Jan Casstorff (Robert Atzorn) wünscht man sich frei nach Freddy Quinn: Jungs, kommt bald wieder! Dass Krug und Brauer inzwischen sogar mit blonder Damenperücke für die Telekom werben, spricht nicht gegen sie – auch Casstorff muss sich bei seinem zweiten Fall in die Niederungen der New Economy begeben: Der Chef einer Software-Firma ist ermordet worden. Die Rache eines geprellten Kleinanlegers? Der Plan eines ehrgeizigen Geschäftspartners? Oder war’s am Ende doch die betrogene Ehefrau? Wie auch immer: Casstorff lamentiert über „unsere durch und durch geldgeile Gesellschaft“ und guckt auch sonst schwer betroffen aus der Wäsche, zumal sein halbwüchsiger Sohn sich arg vernachlässigt fühlt. So geht es dem Zuschauer übrigens auch: Zu selbstverliebt in seine Bilder, doch ohne erkennbares Interesse an Figuren und Dramaturgie, nervt Regisseur und Autor Thomas Bohn mit Stakkato-Schnitten, Schwarzweiß-Rückblenden und uralten Hamburg-Klischees. Kleiner Tipp für die Motivsuche: Imbissbuden gibt es nicht nur am Hafen.

NDR

Szene aus „Tatort: Hasard!“

Werbeseite

Werbeseite

KRIEGSBERICHTERSTATTUNG

„Jeden Tag strammstehen?“

Neutralität in der Wortwahl gilt als heimliche Distanzierung, Skepsis als Charakterschwäche: Die Terroranschläge und der Krieg in Afghanistan haben die US-Medien verändert – konservative Scharfmacher machen Jagd auf jeden, der nicht vorbehaltlos zur Fahne steht.

Patriotische US-Medien (CNN-Bericht, „Time“-Artikel*, Fox News): *„Tote und verwundete Zivilisten haben keinen Nachrichtenwert“*

Jeden Abend, ziemlich genau um 18.30 Uhr, ist es Zeit für die tägliche Presseschau auf dem Nachrichtensender Fox News. Dann blickt Moderator Brit Hume noch ernster als sonst in die Kamera, und aus dem Studio wird eine Art Fernsehkriegsgericht, vor dem sich alle verantworten müssen, denen es nach Meinung des Fox-Anchorman an patriotischer Gesinnung mangelt.

Meist begnügt sich Hume damit, die Beweismittel, die seine Redaktion tagsüber gesammelt hat, bildschirmfüllend einzublenden und in anklagendem Ton zu verlesen. Dass er gern auch mal blank zieht, bewies der Fox-Moderator wieder am Montag vergangener Woche.

Auf die Sekunde genau rechnete er den Konkurrenzsendern vor, wie häufig sie in ihrer Hauptnachrichtensendung Bilder von afghanischen Kriegsopfern gezeigt hatten. „ABC: 15 Minuten und 44 Sekunden“, verkündete Hume mit Grabesstimme, „NBC: 8 Minuten und 8 Sekunden, CBS: 4 Minuten und 2 Sekunden“. Jede Sekunde sei dabei Beleg für „mangelhaftes journalistisches Urteilsvermögen“, lautete das anschließende Verdikt einer Journalistenrunde, die Hume um eine Bewertung bat: „Tote und Verwundete in der Zivilbevölkerung haben grundsätzlich keinen Nachrichtenwert.“

Der „Brit Hume Report“, eine der populärsten Sendungen des zum Medienreich von Rupert Murdoch gehörenden Fox News Channel, markiert den vorläufigen Höhepunkt einer Debatte über die Frage, wie patriotisch die Presse in Kriegszeiten sein darf oder muss. Nicht nur der Afghanistan-Feldzug und die zweifelhaften Erfolgsmeldungen der Militärs beschäftigen die US-Medien, die Kriegsberichterstattung selbst wird zum Thema.

Dass Unparteilichkeit beim Sammeln und Bewerten von Fakten zu den Grundregeln eines guten Jour-

Pentagon-Pressekonferenz*: *Zweifelhafte Erfolge*

HEESOON YIM / AP

* Oben: Präsident George W. Bush vor dem US-Kongress; unten: General Peter Pace, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld.

nalismus gehört, ist längst nicht mehr unumstritten. Hingebungsvoll diskutieren Medienkritiker und Publizisten, wie viel Regierungskritik opportun ist und welchen Raum man der Selbstdarstellung der feindlichen Taliban einräumen darf, wozu dann eben auch die Bilder weinender Mütter, bandagierter Kinder und zerstörter Häuser zählen.

Besorgt registrieren Medienexperten eine eigentümliche Umwertung journalistischer Standards, auf deren strikte Einhaltung gerade die amerikanische Presse bislang so stolz war. „Man muss derzeit sehr vorsichtig sein, wie man sich als Journalist äußert, weil jeder alles in alles hineininterpretiert“, sagt Robert Lichter, Präsident des „Center for Media and Public Affairs“ in Washington. „Wir bewegen uns auf schwankendem Grund.“

Neutralität in der Wortwahl gilt plötzlich als heimliche Distanzierung von den amerikanischen Kriegszielen, Skepsis als Charakterschwäche. „America first, journalist second“ lautet das Motto, das die Vertreter des neuen Patriotismus ausgeben. Nicht Nachdenklichkeit ist gefragt, sondern das flammende Bekenntnis.

„Wenn mich der Präsident zur Pflicht ruft, stehe ich bereit“, verkündete Dan Rather, eines der bekanntesten Fernsehgesichter des Landes, nach den Terroranschlägen auf New York und Washington und erwies sich damit als Trendsetter. Als eine „Mission“ versteht der CNBC-Moderator Geraldo Rivera, auch er ein Star der Branche, neuerdings seinen Job.

Weil er dem „Bedürfnis nach Rache“ auf seinem Stuhl bei dem Finanzsender nicht genügend nachkommen konnte, kündigte Rivera seinen 6-Millionen-Dollar-Vertrag, um vom 19. November an für Fox News direkt aus Afghanistan zu berichten – eine Entscheidung, die ihm viel Publizität und Schulterklopfen einbrachte. Die CNN-Reporterin Christiane Amanpour hingegen, gerade in Europa von vielen wegen ihres unaufgeregten Stils geschätzt, muss sich in der „New York Post“, einer der großen Boulevardzeitungen der USA, als „Kriegs-Schlampe“ beschimpfen lassen.

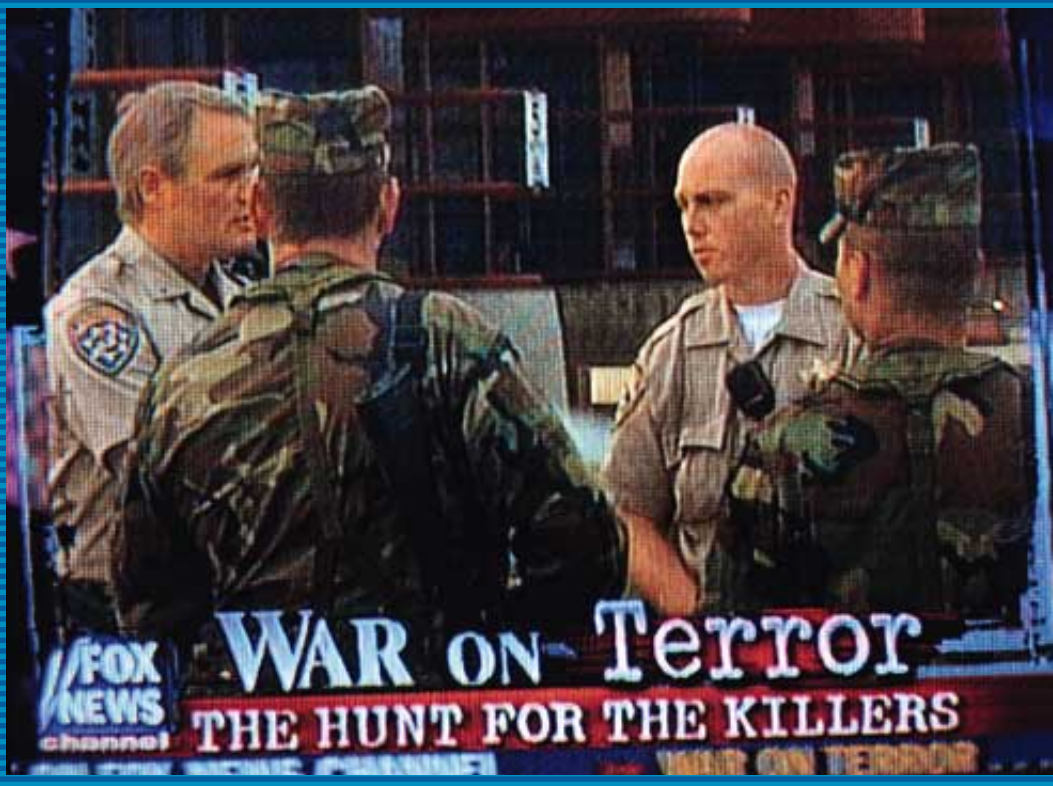
Welche eigentümlichen Formen die neue Patriotismusdebatte mitunter annimmt, zeigt die kurz aufgeflackerte Diskussion, wie man redeunwilligen Terroristen Geständnisse abpressen könne. „Zeit, über die Folter nachzudenken“, überschrieb das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek“ in seiner Ausgabe vom 5. November einen Artikel des Kolumnisten Jonathan Alter. Kaum hatte „Newsweek“ den Artikel veröffentlicht, nahmen das National Public Radio und natürlich Fox News das Thema auf, um es in Expertenrunden hin- und herzuwenden.

Dass die Hardliner bislang den Ton angeben, liegt weniger an der Kraft ihrer Argumente, sondern eher an der Aggressivität, mit der sie diese vortragen. Es sind vor allem konservative Journalisten, die unnachsichtig jeden mit Kritik und Häme überziehen, der es an der rechten Begeisterung für „Amerikas neuen Krieg“ fehlen lässt: allen voran der einflussreiche Radiomoderator Rush Limbaugh oder die Redakteure der Murdoch-Medien. Unterstützt werden die journalistischen Wachhunde von dem in Louisiana ansässigen Media Research Center, das rund um die Uhr die Programme aller großen Fernsehkanäle auf Verdächtiges auswerten lässt.

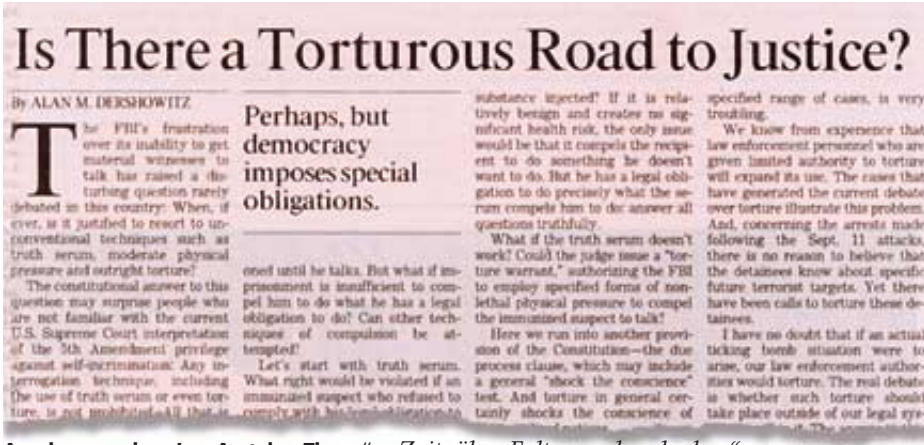
Manchmal reicht schon eine unvorsichtige Formulierung oder eine als unangemessen empfundene Bemerkung, um vom Nachrichtenjäger zum Gejagten zu werden. Den Journalisten Tom Gutting, Redakteur bei der „Texas City Sun“, kostete ein Kommentar den Job, in dem er Präsident George W. Bush kritisiert hatte, weil der nach den Anschlägen vom 11. September nicht gleich nach Washington zurückgekehrt war.

Der Talkshow-Moderator Bill Maher provozierte einen Sturm der Entrüstung, als er in seiner Sendung „Politically Incorrect“ laut überlegte, was nun feiger sei: eine Cruise Missile aus sicherer Entfernung abzuschießen oder ein Flugzeug zu besteigen, um es in ein Hochhaus zu lenken. Ari Fleischer, Sprecher des Weißen Hauses, ermahnte die Amerikaner daraufhin, dass sie „aufpassen sollten, was sie sagen“.

David Westin, Nachrichtenchef des zum Disney-Konzern gehörenden Fernsehsenders ABC, sah sich vor wenigen Tagen zu



TIME (M.)



Is There a Torturous Road to Justice?

By ALAN M. DERSHOWITZ

The FBI's frustration over its inability to get material witnesses to talk has raised a disturbing question rarely debated in this country: When, if ever, is it justified to resort to unconventional techniques such as truth serum, moderate physical pressure and outright torture?

The constitutional answer to this question may surprise people who are not familiar with the current U.S. Supreme Court interpretation of the 5th Amendment privilege against self-incrimination: Any interrogation technique, including the use of truth serum or even torture, is not prohibited. All that is

Perhaps, but democracy imposes special obligations.

onset until he talks. But what if imprisonment is insufficient to compel him to do what he has a legal obligation to do? Can other techniques of compulsion be attempted?

Let's start with truth serum. What right would be violated if an immunized suspect who refused to comply with his [illegible] to

substance injected? If it is relatively benign and creates no significant health risk, the only issue would be that it compels the recipient to do something he doesn't want to do. But he has a legal obligation to do precisely what the serum compels him to do: answer all questions truthfully.

What if the truth serum doesn't work? Could the judge issue a "torture warrant," authorizing the FBI to employ specified forms of nonlethal physical pressure to compel the immunized suspect to talk?

Here we run into another provision of the Constitution—the due process clause, which may include a general "shock the conscience" test. And torture in general certainly shocks the conscience of

specified range of cases, is very troubling.

We know from experience that law enforcement personnel who are given limited authority to torture will expand its use. The cases that have generated the current debate over torture illustrate this problem. And, concerning the arrests made following the Sept. 11 attacks, there is no reason to believe that the detainees know about specific future terrorist targets. Yet there have been calls to torture these detainees.

I have no doubt that if an actual ticking bomb situation were to arise, our law enforcement authorities would torture. The real debate is whether such torture should take place outside of our legal sys-

Ausriss aus der „Los Angeles Times“: *„Zeit, über Folter nachzudenken“*

einer wortreichen Entschuldigung genötigt, weil er bei einem Vortrag vor Studenten der Columbia-Universität allzu kühl auf strikte Objektivität als wichtigstes journalistisches Prinzip verwiesen hatte.

Westin hatte auf die Frage, ob er das Pentagon für ein „legitimes Ziel von Terroristen“ halte, geantwortet: „Als Journalist kann ich nur sagen, dass es in unserem Job nicht darum geht, Position zu beziehen. Ich bin aufgefordert herauszufinden, was ist und was nicht, und nicht, was sein sollte.“ Eine „Entgleisung“ nannte Westin wenig später auf Druck seiner Vorgesetzten diese Äußerung; das journalistische Prinzip, das er erläutert hatte, bezeichnete er nun, angesichts der „kriminellen, durch nichts zu rechtfertigenden Attacke auf das Pentagon“ als „akademisch“.

Bei manchen mag es auch die Lust an der Provokation sein, die ihn jetzt den Superpatrioten herauskehren lässt. Das Mediengeschäft verlangt ständig nach neuen Bildern und Themen. Wo diese ausbleiben, sorgen eben die Journalisten selbst für Höhepunkte. Irritierend ist nur, dass die Provokation in lediglich eine Richtung geduldet wird.

Manche Journalisten fühlen sich bereits an die unselige McCarthy-Zeit erinnert, in der selbst ernannte Saubermänner überall in der Medien- und Unterhaltungsindustrie „unamerikanische Umtriebe“ witterten. „Ein Fehltritt, und schon hast du diese Jungs von der Patriotismuspolizei im Nacken, die dich zur Strecke bringen wollen“, klagt Erik Sorenson, Chef des Nachrichtenkanals MSNBC. „Die Fakten auf die Reihe zu bekommen ist bei diesem Krieg schwer genug. Ich will mich nicht noch fragen müssen, ob ich ordentlich salutiert habe. Soll ich jetzt jeden Tag strammstehen?“

Auch wenn die Verantwortlichen bei den großen TV-Stationen beteuern, die Kritik von rechts habe keinen Einfluss auf ihre Berichterstattung – intern steuern sie längst um. Vorletzte Woche forderte CNN-Chef Walter Isaacson seine Korrespondenten in einem Memo auf, jeden Anschein zu vermeiden, dass der Sender den amerikanischen Militäreinsatz in Frage stelle.

Der Anweisung aus dem CNN-Hauptquartier, sich „nicht zu sehr auf die Opfer und das Elend in Afghanistan zu konzentrieren“, folgte eine Sprachregelung des für „journalistische Standards und Regeln“ zuständigen Redaktionsmanagers Richard Davis. „Die amerikanische Militäraktion ist eine Antwort auf den Terroranschlag, der 5000 unschuldige Menschen in den USA getötet hat“, lautete einer der Vorschläge für künftige Abmoderationen von Korrespondentenberichten. Oder alternativ: „Das Pentagon hat stets betont, dass es die Zahl der Opfer in der Zivilbevölkerung so gering wie möglich zu halten versucht.“

Welche Rücksicht die Nachrichtenkanäle auf die gewandelte Stimmung im Lande nehmen, zeigt auch die prompte Einwilligung, Videos der Terrororganisation al-Qaida nur noch nach „sorgfältiger Bearbeitung“ zu senden – so wie es die Sicherheitsberaterin des Präsidenten, Condoleezza Rice, Mitte Oktober erbeten hatte.

SKY TV GRAB / AFP / DPA

Terroristenführer Bin Laden: *Nur als Standbild*

Die Sender kommen der Bitte um Selbstzensur inzwischen ziemlich gründlich nach: Von der jüngsten Bin-Laden-Rede, die am vorletzten Wochenende fast überall auf der Welt wenigstens in Auszügen zu sehen war, übertrugen die meisten US-Stationen nur ein Standbild. Ein Video, das am vergangenen Mittwoch auftauchte und angeblich einige Söhne Bin Ladens zeigte, strahlten die Networks in einer auf wenige Sekunden zusammengeschnittenen Fassung aus. Fox News brachte gar nichts. „Im Gegensatz zu anderen sind wir nicht dazu da, um Propaganda für die Taliban zu betreiben“, erklärte eine Sprecherin des Senders.

Die Networks treibt bei der strengen Bildauswahl weniger die Sorge, feindlicher Propaganda aufzusitzen. Es ist die Angst, im Kampf um die Gunst der Zuschauer zu unterliegen. Tatsächlich geht es bei der Patriotismusdebatte nicht nur um Meinungsführerschaft und die rechte Gesinnung, es geht in erster Linie um Quoten und Marktmacht.

Anders als etwa die öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland oder die BBC, die in Amerika ebenfalls über Kabel zu empfangen ist, finanzieren sich die amerikanischen Nachrichtenkanäle allein über Werbeeinnahmen, und die Finanzlage ist angespannt. Rund 320 Millionen Dollar haben die Fernsehstationen allein in den ersten drei Tagen nach den Anschlägen vom 11. September an Werbegeldern eingebüßt. Gleichzeitig lässt die Berichterstattung aus dem Kriegsgebiet die Kosten nach oben schnellen.

Nimmt man die Leser- und Zuschauerpost als Gradmesser für die Befindlichkeit des Publikums, dann ist das Ergebnis eindeutig: Nur eine Minderheit beklagt, schlecht informiert zu sein. Was die Leute aufbringt, sind Artikel und Sendungen, die nach ihrer Meinung das Ansehen oder die Sicherheit der US-Soldaten gefährden. Bei jüngsten Umfragen von Meinungsforschern gaben 60 Prozent der Befragten an, dass die Streitkräfte und nicht etwa die Medien entscheiden sollten, welche Informationen zum Kriegseinsatz veröffentlicht werden. 84 Prozent der Amerikaner befürworten eine stärkere Selbstzensur und wünschen, dass mehr Beiträge „gefiltert“ werden sollten.

Auch die Printmedien tragen der Empfindlichkeit ihres Publikums inzwischen Rechnung. In übersichtlichen Schaubildern präsentierten viele Zeitungen in der vergangenen Woche die Waffen der amerikanischen Streitkräfte. Eine ausführliche Beschreibung, welche verheerenden Wirkungen etwa die gefürchteten Cluster-Bomben bei der Detonation anrichten, blieb den Lesern bisher erspart.

Selbst die führenden Tageszeitungen des Landes, die „New York Times“ etwa oder die „Washington Post“, halten sich inzwischen mit Kritik am Präsidenten erkennbar zurück. Die Veröffentlichung einer gemeinsam betriebenen Nachzählung der umstrittenen Präsidentenwahl in Florida, die Aufschluss darüber gegeben hätte, ob Bush die Wahl wirklich gewonnen hat, wurde auf „unbestimmte Zeit“ verschoben, wie es in einer kurzen Notiz in der „New York Times“ hieß.

Das Ergebnis, das eigentlich schon Mitte September bekannt gegeben werden sollte, sei nun „irrelevant“, erklärte die Zeitung.

JAN FLEISCHHAUER

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

EM.TV

Naiv oder dreist?

Luftbuchungen, geschönte Zahlen, falsche Angaben: Die Münchner Staatsanwaltschaft wirft den EM.TV-Gründern vor, die Anleger bewusst getäuscht zu haben.

In der grauen deutschen Unternehmerzunft wirkten Thomas Haffa und sein Bruder Florian wie Fremdkörper, hereingebeamt aus einer amerikanischen Seifenoper: stets lächelnd, mit jugendlicher Frische – und einem scheinbar unerschöpflichen Optimismus.

„Sehr gut", „super" oder gar „sehr, sehr gut, super": So pflegten die beiden, der eine Vorstandsvorsitzende, der andere Finanzvorstand des Börsenwunders EM.TV, Fragen nach den Geschäften zu beantworten. Nein, an den Prognosen gebe es nichts zu korrigieren, sagten sie noch im Oktober vergangenen Jahres.

Die Prognosen stammten vom Frühsommer des Jahres, und sie waren schon da abenteuerlich hoch. Seither aber hatte sich ein Geschäft nach dem anderen zerschlagen, die Umsätze im eigentlichen Geschäft der Medienfirma lagen weit unter Plan. Der unaufhaltsame Niedergang der Firma hatte längst begonnen, doch die Haffas verbreiteten unverdrossen Zuversicht.

War das Naivität, gepaart mit unternehmerischem Unvermögen? Oder der dreiste – und kriminelle – Versuch, den Aktienkurs des angeschlagenen Unternehmens wider besseres Wissen hochzureden?

Letzteres glaubt die Münchner Staatsanwaltschaft beweisen zu können. Die Ermittler haben nicht nur die Akten der Firma geflöht, sie haben auch hochkarätige Zeugen wie Leo Kirch, dessen Vertrauten Dieter Hahn und ProSiebenSat.1-Chef Urs Rohner als Zeugen vernommen. Die Anklageschrift scheint zu belegen, was Branchenkenner schon lange vermutet hatten: In kaum einem anderen Unternehmen des Neuen Marktes wurde mit Zahlen, Fakten und Verträgen so abenteuerlich getrickst und jongliert wie bei dem Rechtehändler aus dem Münchner Vorort Unterföhring.

In dem 122 Seiten starken Konvolut erheben die Ermittler schwere Vorwürfe gegen die Haffa-Brüder. Sie hätten am 24. August nicht nur falsche Halbjahreszahlen veröffentlicht, sondern diese auch noch unverdrossen präsentiert, nachdem das für Controlling zuständige Vorstandsmitglied ihnen per Hauspost seine erheblichen Zweifel an der Richtigkeit der Zahlen mitgeteilt hatte.

PEOPLE IMAGE

EM.TV-Chef Haffa, Partner Kirch: *Clever kalkuliert*

Mit Zahlen und Bilanzen gingen die Aufsteiger des Neuen Marktes stets großzügig um. Das wollen die Ermittler zum Beispiel am Junior-Deal beweisen. Am 13. Juni vergangenen Jahres trafen sich der Medienunternehmer Kirch und sein Manager Hahn mit Thomas und Florian Haffa. Die beiden Unternehmen wollten einen Lizenzvertrag schließen. Die Haffas sollten einen Großteil ihrer Kinder- und Jugendfilmrechte in das Joint-Venture Junior.TV einbringen und dafür später einträgliche Gebühren kassieren.

Mehr als eine mündliche Vereinbarung war das nicht, gaben Kirch und Hahn den Staatsanwälten zu Protokoll. Die – kurioserweise undatierten – Verträge wurden erst Wochen später unterschrieben. Das hinderte die Haffas jedoch nicht, die erwarteten Umsätze in ihre Halbjahresbilanz einzustellen.

Ähnlich gingen die Haffas bei der Jim Henson Company zu Werke. Die Firma, die unter anderem die Rechte an der„Muppets-Show" und „Sesamstraße" verwertet, hatten die Brüder im März 2000 gekauft und mit einem Umsatzanteil in Höhe von 31,6 Millionen Mark sowie einem Ergebnisbeitrag von 6,3 Millionen Mark – „zu Unrecht", so die Staatsanwälte – in die Halbjahresbilanz eingestellt.

CINETEXT

EM.TV-Projekt „Simpsons" *„Zum Greifen nahe"*

Dabei stand zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Halbjahreszahlen bereits fest, dass die Neuerwerbung in den drei Monaten seit dem Kauf statt der ausgewiesenen gut 87 Millionen Mark Umsatz gerade mal knapp 56 Millionen Mark erwirtschaftet und fast zehn Millionen Verlust gemacht hatte. Die cleveren Haffas hatten geplante Produktionen einfach miteinkalkuliert.

Äußerst kreativ, so die Ankläger, gingen die Brüder offenbar auch mit ihrem 50-prozentigen Formel-1-Anteil um, den sie im Mai vergangenen Jahres erworben hatten. Obwohl die Umsätze und Erträge nach Auffassung der Staatsanwaltschaft erst ab dem Kaufdatum am 12. Mai einbezogen werden durften, rechneten die Haffas ihren neuen Ableger schon mal mit ein.

Solche Praktiken, erwartete Einnahmen schon im Vorgriff zu verbuchen, wehren sich die Beschuldigten, seien in der Branche und bei EM.TV durchaus üblich gewesen. Ein Gutachten des renommierten Münchner Betriebswirtschaftsprofessors Wolfgang Lück bestätige die Zulässigkeit der Buchungen.

Seine Äußerungen zur Lage des Unternehmens habe er „nach bestem Wissen und Gewissen" gemacht, erklärte Thomas Haffa den Ermittlern, und keineswegs zur Beeinflussung des Börsenkurses. Im Übrigen hätten bei seinen positiven Prognosen „aus damaliger Sicht kurz bevorstehende große Geschäftsabschlüsse eine Rolle gespielt".

Kurz bevor stand angeblich ein Rahmenvertrag von Junior.TV mit ProSieben über die Ausstrahlung der „Simpsons". Pech nur, dass Partner Kirch diese Rechte erst in den USA besorgen musste und dass ProSiebenSat.1-Chef Rohner den Preis, den EM.TV forderte, viel zu hoch fand.

Von ähnlicher Qualität waren auch die anderen Deals, von denen sich die Haffas die Wende erhofften. Der Rest ist bekannt: EM.TV musste einen Milliardenverlust ausweisen. Kirch stieg als Retter ein. Zuvor schon musste Florian Haffa die Konsequenzen ziehen, schließlich wurde auch Thomas Haffa aus dem Unternehmen gedrängt.

Das Ende ist offen. Spätestens Anfang nächsten Jahres muss das Landgericht München entscheiden, ob es zur Hauptverhandlung kommt. Dann stünden die Haffa-Brüder endlich wieder dort, wo sie sich jahrelang am wohlsten fühlten – im Rampenlicht der Öffentlichkeit. DINAH DECKSTEIN

Werbeseite

Werbeseite

REUTERS (L.); AP (R.)

Test für US-Raketenabwehrschirm (2000)

Verschrottung ehemals sowjetischer Atomwaffen (1997)

USA/RUSSLAND

Neues Signal

US-Präsident George W. Bush und sein russischer Kollege Wladimir Putin kommen diese Woche auf der Bush-Ranch in Crawford (Texas) erneut zusammen – und dabei, wie es scheint, wohl zu weit reichenden Vereinbarungen. Ausgerechnet Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Scharfmacher im Bush-Kabinett, verkündete, Washington wolle weiter atomar abrüsten und auch bei der Raketenabwehr viele Bedenken Moskaus berücksichtigen. Bislang galt Rumsfeld in Moskau als Hauptgegner des ABM-Vertrags von 1972, der für die Russen nach wie vor Fundament der strategischen Rüstungskontrolle ist. „Der Mann scheint nachdenklicher geworden zu sein", glaubt nun ein Mitarbeiter von Verteidigungsminister Sergej Iwanow. Manche Moskauer Militärs sehen bereits im Verzicht auf die für den 24. Oktober und 14. November geplanten US-Tests ein „Signal für neue Überlegungen". Wie allerdings eine vernünftige Nachfolge-Regelung für den ABM-Vertrag aussehen könnte, darüber gibt es allerorten nur vage Vorstellungen: Sie dürfe, heißt es im Außenministerium in Moskau, „den Amerikanern nicht mehr und größere Sicherheit bescheren als uns". Eine Beschränkung etwa auf vorerst nur 15 US-Startrampen gilt als denkbar – gegen Moskaus Bereitschaft, ein Versuchsgelände in Alaska ebenso zu tolerieren wie die geplanten 17 Raketentests. Auch die Idee, das gegenwärtig vereinbarte strategische Arsenal von 3000 bis 3500 Atomsprengköpfen deutlich abzubauen, gilt als US-Zugeständnis an russische Budgetzwänge. Den Hauptgrund für das Entgegenkommen sehen Moskauer Experten allerdings in Afghanistan. Die Amerikaner hätten begriffen, dass eine Eroberung Kabuls nur noch aus dem Norden mit der Nordallianz möglich sei – und mit Hilfe der Russen.

ALEXANDER ZEMLIANICHENKO / AP

Präsidenten Bush, Putin beim Treffen im Sommer

BALKAN

Fischers Blockade

Mit seinem Veto gegen die Nominierung des früheren Hamburger Bürgermeisters Henning Voscherau hat Bundesaußenminister Joschka Fischer verhindert, dass nach dem Ausscheiden Bodo Hombachs zum Jahresende der Posten des EU-Sonderkoordinators für den Balkan-Stabilitätspakt erneut mit einem Deutschen besetzt wird. Voscheraus Chancen standen gut, nachdem sich die Franzosen intern auf keinen eigenen Bewerber einigen konnten und Bundeskanzler Schröder die abermalige Unterstützung eines deutschen Kandidaten in Aussicht gestellt hatte. Dafür hatte das Kanzleramt den Sozialdemokraten Voscherau wegen dessen administrativer Erfahrung, Weltläufigkeit und Vielsprachigkeit auserkoren.
Doch der grüne Chefdiplomat blockierte. Fischer ließ wissen, er sei mit einem Kandidaten Voscherau „gar nicht glücklich", weil der seinerzeit die Nato-Militärintervention im Kosovo abgelehnt habe. In der Tat hatte Hamburgs Ex-Bürgermeister im April 1999 die Luftangriffe gegen Jugoslawien als Verstoß gegen das Völkerrecht kritisiert. Nach Bekanntwerden von Fischers Einwänden nahm Voscherau von einer Kandidatur Abstand. Nachfolger von Hombach, der Anfang 2002 in die Geschäftsführung des WAZ-Medienkonzerns eintritt, dürfte nun wohl ein Italiener oder Österreicher werden.

DÄNEMARK

Manöver gegen rechts

REX FEATURES / ACTION PRESS

Dänische Proteste gegen den Euro

Mit einem riskanten politischen Manöver versucht Premierminister Poul Nyrup Rasmussen den drohenden Rechtsrutsch und Regierungswechsel wie in Norwegen abzuwenden. Die überraschende Zusammenlegung der Neuwahl für das Folketing in Kopenhagen mit den Kommunalwahlen am 20. November soll die unterschiedlichen Wählerpotenziale für seine im Stimmungstief dümpelnden Sozialdemokraten möglichst optimal ausschöpfen.

SCANPIX / ACTION PRESS

Rasmussen

Sein Amtsbonus als Regierungschef und Staatsmann soll dabei helfen, die kommunalen Vorherrschaften in Kopenhagen und Arhus zu verteidigen. Zum ersten Mal seit 1918 droht den Sozialdemokraten nämlich der Verlust der beiden größten Metropolen, in denen – samt Umland – allein bis zu 40 Prozent der dänischen Wahlberechtigten leben. Sollte das Kalkül des Parteichefs aufgehen, könnte eine starke Mobilisierung des größeren sozialdemokratischen Wählerpotenzials in den städtischen Hochburgen womöglich auch den entscheidenden Schub für die nationale Parlamentswahl bringen. Andererseits ärgern sich selbst sozialdemokratische Bürgermeister über das „plumpe“ Manöver. Sie befürchten, durch hoch emotionalisierte landesweite Streitthemen, vor allem die Ausländerpolitik und die EU, tiefer in den Abwärtssog gezogen zu werden. Zwar kommen die Sozialdemokraten in den Umfragen zum ersten Mal seit über drei Jahren wieder auf deutlich über 30 Prozent – Grund für den überraschenden Neuwahltermin. Mit derzeit 31,2

TAIWAN

Beinharter Druck

Trotz wirtschaftlicher Annäherung zwischen Taiwan und China beharrt Peking politisch auf einem beinharten Alleinvertretungsanspruch. Zwar werden beide Länder künftig in der Welthandelsorganisation mit Sitz und Stimme vertreten sein. Und Taiwan hob – in dramatischer Abkehr vom langjährigen Kurs „Eile mit Weile“ – vorige Woche Restriktionen für Direktinvestitionen auf dem Festland auf. Wo immer aber die Regierung Taiwans im Ausland diplomatische Unabhängigkeit zeigen will, interveniert die KP-Führung. Auf Druck Pekings verweigerte Frankreich jetzt Taiwans Präsident Chen Shui-bian einen Auftritt im Straßburger Europaparlament. Dort sollte das demokratisch gewählte Staatsoberhaupt den „Freiheitspreis“ der Liberalen Internationale erhalten. Die renommierte Auszeichnung, mit der in der Vergangenheit unter anderen auch der deutsche Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher oder Tschechiens Václav Havel geehrt wurden, soll nun Chens Ehefrau Wu Shu-chen stellvertretend in Empfang nehmen. Doch aus Furcht vor Pekinger Repressalien verband Paris den Kompromiss mit einer strikten Auflage: Die First Lady, die am Donnerstagmorgen in Frankreich eintreffen soll, muss das Land noch am selben Abend wieder verlassen.

Präsident Chen, Ehefrau

Wahlen im Kosovo (1998)

KOSOVO

Drohende Teilung

Ungeachtet aller Beschwichtigungen der internationalen Gemeinschaft fürchten immer mehr Serben, dass ihre seit 1999 unter Uno-Verwaltung stehende Südprovinz Kosovo für Serbien verloren ist. Auch die Wahlen am kommenden Sonnabend und die in Aussicht gestellten 27 serbischen Abgeordneten im neuen Parlament in Priština dürften

Prozent liegt Nyrup Rasmussen allerdings weiter klar hinter seinem letzten Ergebnis (35,9). Und seine Minderheitsregierung liegt um etwa sechs Punkte hinter dem Mitte-rechts-Block, der – gestützt durch die ausländerfeindliche Dänische Volkspartei – an die Macht drängt.

DANA PRESS

Anti-rechts-Plakat der Sozialdemokraten

DUSAN VRANIC / AP

die Entschlossenheit der albanischen Kosovo-Politiker nicht mindern, ihre Forderung nach Unabhängigkeit der zu über 90 Prozent von Albanern besiedelten Provinz durchzusetzen. Dabei rechnen sie weiter mit Hilfe des Westens. Der dänische Uno-Administrator Hans Haekkerup versicherte zwar, dass innerhalb der nächsten drei Jahre keine Entscheidungen über eine Unabhängigkeit fallen könnten. Allerdings sei „die Uno-Resolution 1244 bezüglich eines Endstatus des Kosovo neutral und eine Abtrennung der Provinz langfristig nicht völlig auszuschließen“, so der Däne. Politische Beobachter gehen denn auch davon aus, dass sich Belgrad längst auf eine ethnische Teilung der Provinz vorbereitet. Auch die amerikanische Agentur für strategische Studien „Stratfor“ sieht in der zwischen Uno und Jugoslawien getroffenen Vereinbarung, bedrohten Serbenregionen mehr Schutz zu gewähren, bereits den Baustein für eine Trennung in ein kleines serbisches Nord- und ein großes albanisches Süd-Kosovo.

SCHWEIZ

Komplott mit „Dr. Tod“?

Der eidgenössische Nachrichtendienst steht unter schwerem Verdacht, mit dem einstigen Apartheidregime in Südafrika ein Geheimabkommen über enge Kooperation bei Produktion oder Beschaffung biologischer oder chemischer Waffen getroffen zu haben. Mit B- und C-Waffen wollte der berüchtigte südafrikanische Militärarzt Wouter Basson damals mögliche Aufstände der schwarzen Bevölkerung bereits im Keim ersticken. Gegen „Dr. Tod“, wie er genannt wird, läuft zurzeit ein umfangreicher Prozess in Pretoria. Berns Verteidigungsminister Samuel Schmid hat nun Untersuchungen über die mögliche Verstrickung des eigenen Landes veranlasst.

Fest steht bereits, dass der damalige Geheimdienstler und spätere Dienstchef Peter Regli Akten über Südafrika vernichten ließ. Nach Gerichtsaussagen Bassons sollen die Eidgenossen auch einen konspirativen Besuch des „Dr. Tod“ und eines anderen südafrikanischen Generals in Labors der Schweizer Armee geplant haben. Diese Version wird durch Gesprächsnotizen eines Labor-Beamten bestätigt. Eine Verstrickung der Eidgenossen würde durchaus ins Bild passen: So organisierten die Schweizer und die südafrikanische Luftwaffe geheim den Austausch von Piloten. Und Reglis Vorgänger als Nachrichtendienstchef, Mario Petitpierre, besuchte Kollegen in Kapstadt. Auch machten Schweizer Banken und Unternehmen gute Geschäfte am Kap – trotz internationaler Wirtschaftssanktionen.

SOMALIA

„Wir brauchen Hilfe“

Mohamed Alim, 62, Mitglied der Übergangsregierung für Auswärtiges, zum Risiko, dass somalische Muslime Osama Bin Laden eine neue Heimat geben könnten

JUDA NGWENYA / REUTERS

SPIEGEL: Die USA fürchten, Ihr zerrissenes Land könnte Chefterrorist Osama Bin Laden und seinen islamistischen Kämpfern Zuflucht gewähren. Sie auch?

Alim: Wir haben zehn Jahre der Zerstörung hinter uns und versuchen gerade mühsam, unser Land wieder aufzubauen. Wir würden politischen Selbstmord begehen, wenn wir einem weltweit gesuchten Terroristen Unterschlupf gewährten. Kein Somalier, der sein Land liebt, wird Bin Laden willkommen heißen.

SPIEGEL: Nach CIA-Informationen werden Mitglieder des Terrornetzes al-Qaida längst über die an der Grenze zu Kenia gelegene Küstenstadt Ras Kamboni ins Land geschmuggelt.

Alim: Es wäre nicht das erste Mal, dass die CIA sich getäuscht hätte. In der angeblichen Giftgasfabrik im Sudan, welche die Clinton-Regierung 1998 bombardieren ließ, wurden auch nur Medikamente hergestellt.

SPIEGEL: Ihre Regierung hat nicht einmal ganz Mogadischu unter Kontrolle. Wie kann sie da sicherstellen, dass Bin Laden Somalia nicht doch als Operationsbasis zu nutzen sucht?

Alim: Wir haben eine Spezialeinheit zur Bekämpfung des Terrorismus eingerichtet. Die hat Kontakte in allen Landesteilen und leitet ihre Erkenntnisse an die Uno weiter. Wir haben zudem eine engagierte Lokalpresse und vertrauen auf das Sprichwort: „In Somalia bleibt nichts geheim.“

SPIEGEL: Selbst Kenia, das derzeit zwischen den Konfliktparteien Ihres Landes zu vermitteln versucht, bezweifelt, dass Ihre Regierung eine so verzweigte Terrororganisation in den Griff bekommen kann.

Alim: Gerade deswegen brauchen wir dringend logistische und finanzielle Hilfe, zum Beispiel zum Aufbau eines staatlichen Geheimdienstes. Nur so können wir verhindern, dass Somalia zur Brutstätte des Terrorismus wird.

OSMAN HASSAN / AP

Bin-Laden-Unterstützer in Mogadischu

AFGHANISTAN-KRIEG

„Zeit zum Handeln“

Ein Dutzend Staaten will den USA gegen Afghanistan militärisch helfen – auf Drängen Washingtons, aber auch aus Geltungsdrang. Auf dem Kriegsschauplatz geht die Nordallianz mit der Eroberung von Masar-i-Scharif gegen die Taliban in die Offensive.

Unter Insidern in Washington heißt Amerikas Feldzug gegen den Terror in der Welt „Tommy Franks Krieg“. Sie gaben ihm den Namen des befehlshabenden Generals im U. S. Central Command, weil dieser Krieg kaum noch von Washington, dafür aber umso mehr von den Militärs im CentCom-Stab in Tampa (Florida) geführt wird.

Tagelang schien Präsident George W. Bush wie vom Erdboden verschwunden – fast wie sein Vize Dick Cheney, den der Secret Service meist an einem „sicheren Ort“ versteckt hält. Trotz beruhigender Worte aus dem Weißen Haus verbreiten sich Anthrax-Angst und Pocken-Panik langsam wie ein lähmendes Gift in der verstörten Nation. Nicht einmal eine richtungweisende Erklärung des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in einem Krieg, der aus dem Ruder zu laufen schien. Zumindest in der Propagandaschlacht drohte ein Debakel: Triumphierend präsentierten die Söhne von Chefterrorist Osama Bin Laden Trümmer eines US-Hubschraubers.

B. K. BANGASH / AP

Usbeken-General Dostam: *Endlich ein Stützpunkt*

Vergangene Woche endlich schickten Washingtons Polit-Strategen ihren Chef, George W., an die Redefront. Die verbale Großoffensive sollte die an allen Fronten zerbröselnde Kriegsbereitschaft wieder beleben, den Waffengang gegen den weltweiten Terrorismus gleichsam durchstarten in seine zweite Phase.

Ganz ungewohnt, Dienstagmorgen um sieben Uhr, erlebten die Amerikaner, wie ihr Staatschef per Videoverbindung um die Unterstützung der in Warschau versammelten Staats- und Regierungschefs aus 17 Ländern Ost- und Mitteleuropas warb: Vom Weltfeind Osama Bin Laden drohe sogar nuklearer Terror. Deswegen dürften Verbündete nicht länger nur reden – „es ist Zeit zum Handeln“.

Am Samstag schließlich stand in New York Bushs Jungfernrede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, dem Ziel von Osama Bin Ladens jüngsten Drohungen, auf dem Programm. Auch hier ließen seine Berater keinen Zweifel über die Stoßrichtung: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, gewürzt mit einer kaum verhüllten Drohung an Unentschlossene: „Sie werden zur Rechenschaft gezogen.“

Mitten in den „pep talk“ des Präsidenten platzte am Freitag Abend die Nachricht vom lang ersehnten ersten Erfolg auf dem Schlachtfeld: Usbeken-Führer Raschid Dostam meldete die Einnahme der strategisch wichtigen Provinzmetropole Masar-i-Scharif im Norden des Landes. Man habe die Stadt in einein-halb Stunden überrannt, erklärte der General über Satellitentelefon, auch der Flughafen sei gestürmt worden. Amerikanische Beobachter bestätigten, die Taliban seien „in Scharen“ auf der Flucht. Gleichzeitig ging die Nordallianz nördlich von Kabul, beim Flughafen Bagram, in die Offensive.

„Nun bläst den Taliban der Wind ins Gesicht“, frohlockte Briten-Premier Tony Blair über die erste militärische Niederlage der Taliban, während die Amerikaner eher skeptisch blieben – es sei nicht sicher, dass die Nordallianz ihre Bodengewinne werde halten können, hieß es im Pentagon: „Die Dinge sind noch im Fluss.“

Können sie das aber, haben sie nicht nur psychologisch einen wichtigen Sieg errungen. Der Verkehrsknotenpunkt sichert die Kontrolle der Straßenverbindungen nach Usbekistan. Damit verlieren die weiter nördlich stehenden Taliban-Truppen ihre Nachschubwege aus dem Süden.

Der Nordallianz eröffnet sich dagegen nun womöglich die dringend benötigte Landverbindung sowohl zu den eigenen Verbänden im Pandschir-Tal wie ins strategische Hinterland der zentralasiatischen Nachbarrepubliken. Von dort muss der gesamte Nachschub rollen, den die Nordallianz dringend für die Fortsetzung ihres Angriffs braucht.

Soldaten der Nordallianz
„Den Taliban bläst der Wind ins Gesicht“

THOMAS GRABKA

Masar hat für Dostam und seine Kriegskameraden einen hohen ideellen Wert, hier schlug einst das Herz der Nordallianz. Als „Vereinigte Front“ wurde sie am 4. Juni 1997 in Masar gegründet – allerdings von General Abdul Malik, nicht von Dostam. Es war gleichzeitig die Stunde eines großen Verrats.

Malik war „Außenminister“ in einem skurrilen Reich, das Dostam, der Führer der usbekischen Volksgruppe, rund um Masar errichtet hatte und das er wie ein Fürst von der mittelalterlichen Festung Kalai Dschangi aus regierte – mit eigener Flagge, eigener Fluggesellschaft, eigenem Geld.

Doch im Mai 1997 zettelte Malik eine Palastrevolte an, lief mit seinen Milizen zu den Taliban über und öffnete ihnen die Stadt; Dostam flüchtete in die Türkei. Weil die Fundamentalisten damals keinen Kontakt zu den eher gemäßigten Muslimen der Region fanden und mit Malik nicht die Macht teilen wollten, drehte der den Spieß sofort wieder um und richtete nun unter den Taliban ein Blutbad an. 2000 Koranschüler wurden später in Massengräbern gefunden, sie waren elendig in Brunnenschächten verreckt.

Als die Taliban im August 1998 endgültig in Masar Fuß fassen konnten, rächten sie sich auf ähnliche Weise: Auf alles Bewegliche schießend, kehrten sie in die Stadt zurück und massakrierten mindestens 5000 Menschen. Sie ließen sie in Containern ersticken und verdursten.

Ihre Opfer waren vorwiegend Schiiten, für die Masar ein wichtiges Heiligtum ist: Die mächtige, 500 Jahre alte blaue Moschee mitten im Zentrum gilt als Grab von Ali Ibn Abi Talib, dem Schwiegersohn des Propheten Mohammed und Begründer der schiitischen Glaubensrichtung innerhalb des Islam.

Neuerlicher Rache dürfte mit dem Fall der Stadt Tür und Tor geöffnet sein. Daran aber denkt die internationale Anti-Terror-Allianz momentan nicht.

Mit Masar-i-Scharif fiele den Amerikanern endlich ein Stützpunkt in die Hand, von dem aus sie die Jagd nach Osama Bin Laden und seinen Taliban-Protektoren mit mehr Aussicht auf Erfolg fortsetzen könnten. Eine solche Basis wäre zudem unersetzlich, sollte es doch zu jenem ausgedehnten Bodenkrieg kommen, den immer mehr Strategen für unvermeidlich halten.

Schon vor Wochen hatte das Pentagon mit dem usbekischen Präsidenten Islam Karimow vereinbart, sogleich nach dem Fall von Masar-i-Scharif eine Pipeline in Afghanistans nördliche Hauptstadt zu legen. Sie soll von der usbekischen Grenzstadt Termes aus über den Amu-Darja und weiter bis zum Masar-Airport geführt werden. So wären die Amerikaner stabil mit Treibstoff versorgt, wenn sie in Masar ihren ersten großen Stützpunkt auf afghanischem Boden einrichten und dort Hubschrauber wie Kampfflugzeuge stationieren.

Denn amerikanische Militärs wie Politiker fürchten, dass die Lagebeurteilung des US-Informationsdienstes Stratfor, der hervorragende Kontakte zu den Streitkräften wie den Geheimdiensten pflegt, der Wahrheit ziemlich nahe kommt: „Wenn es den

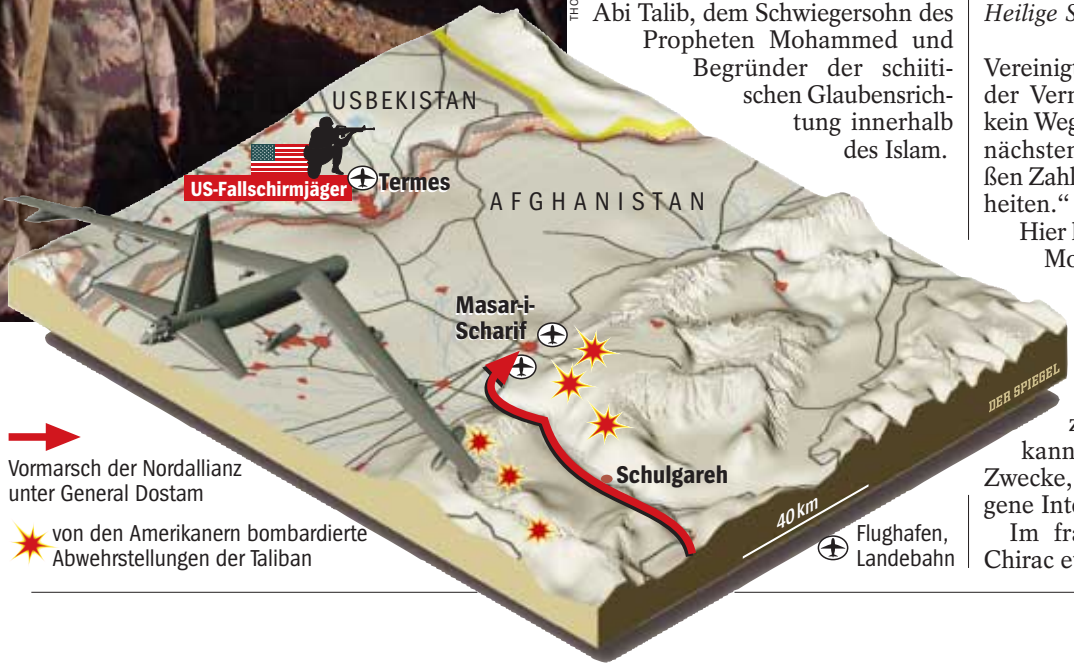
CHRISTIAN JUNGEBLODT / LAIF

Blaue Moschee in Masar-i-Scharif
Heilige Stätte der Schiiten

Vereinigten Staaten wirklich Ernst ist mit der Vernichtung der Taliban, dann führt kein Weg um einen blutigen Bodenkrieg im nächsten Jahr – geführt von einer großen Zahl amerikanischer und alliierter Einheiten.“

Hier liegt die eigentliche Bedeutung der Mobilisierung, auf die vergangene Woche zahlreiche Bündnispartner der USA mit der Bereitstellung oder wenigstens Zusage von Truppenkontingenten reagierten. Doch Freundschaft zwischen Staaten existiert bekanntlich nur in Form gemeinsamer Zwecke, zugleich verfolgen sie immer eigene Interessen.

Im französischen Staatschef Jacques Chirac etwa regen sich in Kriegszeiten die



alten gaullistischen Reflexe. Er möchte den Führer einer Weltmacht spielen, Seite an Seite mit George W. Bush.

Eifersüchtig hatte Chirac beobachtet, dass Tony Blair und Gerhard Schröder ihm in den Augen der Amerikaner den Rang abzulaufen drohten. Also stellte er sich vorigen Dienstag in Washington als persönlicher Freund und geschätzter Ratgeber des US-Präsidenten dar und trumpfte mit bislang geheimen Details auf: „Ich habe nicht gesagt, dass Frankreich bereit ist, 2000 Soldaten zu entsenden, sondern dass 2000 Soldaten aus Heer, Marine und Luftwaffe bereits im Einsatz sind."

Den größten Anteil an der Operation „Herakles" (so der Codename) hat die Marine mit einem halben Dutzend Schiffen und 1200 Soldaten. Die Luftwaffe ist mit 200 Mann vertreten, die über zwei Aufklärungsflugzeuge des Typs „Mirage IV P" und eine C-160 „Gabriel", eine für die elektronische Aufklärung umgebaute Transall, verfügen. Diese Maschinen sind in Dubai stationiert. Der Rest des Kontingents befasst sich mit logistischen Aufgaben und der Nachrichtenauswertung.

Nicht nur Frankreich mit seinen Weltmachtambitionen hat triftige Gründe, die USA zu unterstützen. Die Vereinigten Staaten sind oberster Garant einer Weltordnung, von der alle wichtigen kapitalistischen Nationen, insbesondere die Europäer, profitieren. Und weil die einzige Supermacht und deren Abschreckungsfähigkeit am 11. September so schwer erschüttert wurden, stehen auch die Interessen und die Glaubwürdigkeit der Juniorpartner auf dem Spiel.

REUTERS

Bin-Laden-Söhne (mit US-Helikopter-Trümmern)
Bodenkrieg im nächsten Jahr?

Auf gut ein Dutzend stieg vergangene Woche die Zahl jener Staaten, die beim Einsatz in Afghanistan mitmischen wollen, getrieben auch von nationalem Geltungsdrang. Doch nicht nur dem Franzosen Chirac ist bewusst, dass er keinen Blankoscheck für den Krieg ausstellen kann. In den meisten Staaten der Allianz wächst die Kritik am Vorgehen der Amerikaner. In Frankreich etwa verlangen Grüne und Kommunisten, beide Partner in der Regierungskoalition des sozialistischen Premiers Jospin, inzwischen sogar das sofortige Ende der Luftangriffe.

PATRICK KOVARIK / AFP / DPA

Präsident Chirac (in Toulon)
In Kriegszeiten alte gaullistische Reflexe

Folglich dosieren die Alliierten ihre Hilfsofferten. Der britische Beitrag beispielsweise ist bislang eher symbolisch, obwohl die USA, laut Bush, „keinen besseren Freund in der Welt" haben und die britische Navy bei Kriegsbeginn am 7. Oktober aktiv eingriff – sie feuerte mehrere Cruise Missiles ab. Ein Dutzend Schiffe, ein U-Boot, elf Flugzeuge, 4000 Mann und rund 200 Elitesoldaten der Royal Marines hat London bereitgestellt.

Im Unterhaus unterstützen Regierung und Opposition einmütig die in zwei Weltkriegen erprobte Waffenbrüderschaft. Mehr als 60 Prozent der Briten sprechen sich für den Einsatz eigener Soldaten aus. Aber gleichzeitig unterminiert das unentwegte Bomben der Amerikaner und das penetrante Moralisieren von Blair, dem „De-facto-Außenminister der Koalition" („Newsweek"), die Heimatfront. Ende Oktober votierten 54 Prozent für einen Bombenstopp aus humanitären Gründen. Und die Zahl der von den Falken verachteten „Wobblers" (Wackler) wächst weiter.

Aufrufe zu entschlossenem Handeln sind allerorten zu hören, aber der praktische Beitrag der Europäer wirkt noch dürftig.

Das italienische Abgeordnetenhaus stimmte mit breiter Mehrheit der Entsendung eines 2700 Mann starken Afghanistan-Kontingents zu. Regierungschef Silvio Berlusconi erklärte hochbeglückt selbst die gewöhnlich als „Kommunisten" beschimpfte Opposition zu „Patrioten". Dass die USA die Hilfe akzeptieren, feierte Außenminister Renato Ruggiero als klaren Beweis, „dass wir nicht in der zweiten Liga sind".

Der Flugzeugträger „Garibaldi" ist das Prunkstück: Mit „Harrier"-Senkrechtstartern, Hubschraubern und Raketen an Bord sowie zwei Fregatten und einem Versorgungsschiff im Schlepp, braucht der schon etwas betagte 13 370-Tonnen-Koloss allerdings zwei Wochen von seinem Heimathafen Taranto bis zum Arabischen Meer.

Schneller könnten die sechs bis acht bereitgestellten „Tornados" am Einsatzort sein, auch je ein Fallschirmjäger- und Pionier-Bataillon und die Sondereinheiten für atomare, chemische und biologische Kriegführung; während ein ebenfalls avisiertes Panzerregiment erst später in einer Uno-Friedenstruppe zum Einsatz kommen soll.

Die kleineren EU-Staaten sehen zu und schmollen. Mit Ausnahme Belgiens, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft ausübt, und den Niederlanden, die sich selbst eingeladen hatten, mussten sie draußen bleiben, als Tony Blair vorletzten Sonntag kurzfristig die wichtigen europäischen Verbündeten zum Dinner einlud.

Die Türkei, das Land mit der zweitgrößten Nato-Armee, scheint es kaum erwarten zu können, am Hindukusch assistieren zu dürfen. Die Presse schwört das Volk mit martialischen Schlagzeilen auf die Entsendung türkischer Truppen ein („Gefreiter Mehmet nach Afghanistan", „Wir gehören an die Front"), Ministerpräsident Bülent Ecevit holte sich gleich nach Beginn der Luftschläge vom Parlament freie Hand für schnelle Entscheidungen.

Aber auch Ankaras derzeit geplante Beteiligung nimmt sich bescheiden aus: 90 Elitesoldaten („Rote Baretts"), erprobt im Krieg gegen kurdische Rebellen, sollen die Nordallianz mit den Geheimnissen erfolgreicher Guerrilla-Bekämpfung vertraut machen. Voraussichtlicher Marschbefehl: Anfang Dezember.

Beflissenes Mitmachen, so das Kalkül, könnte die Chancen der Türkei verbessern, endlich in die EU aufgenommen zu werden. Außerdem hofft die von der Wirtschaftskrise angeschlagene Regierung auf weitere Milliarden vom Internationalen Währungsfonds. Die zu fast 100 Prozent muslimische Bevölkerung der Türkei freilich lehnt den Kriegskurs entschieden ab. Mehr als vier Fünftel sind gegen eine Beteiligung am Afghanistan-Abenteuer.

Die Roten Baretts könnten sich einreihen zwischen niederländischen, belgischen, neuseeländischen, südkoreanischen, kanadischen und selbst tschechischen Truppen, die den USA bislang angeboten wurden. Abgesehen von den 2200 Kanadiern handelt es sich um kleine Kontingente; ein „extrem nützliches" russisches

Werbeseite

Werbeseite

Angebot deutete Großbritanniens Verteidigungsminister Geoff Hoon an, aber er nannte keine Details.

Auch Japan setzte vorige Woche Soldaten in Marsch, um sich von den USA nicht wie zu Zeiten des Golfkriegs wieder Scheckbuch-Diplomatie vorwerfen zu lassen. Damals überwies Tokio zwar zehn Milliarden Dollar an die Anti-Irak-Koalition, entsandte aber lediglich Minensuchboote.

Dass Japan gemäß seiner Verfassung von 1947, die ironischerweise von der einstigen Besatzungsmacht USA diktiert wurde, „auf ewig dem Krieg als souveränem Mittel der Nation“ abgeschworen hat, lassen die Amerikaner nicht mehr gelten. Premier Junichiro Koizumi setzte daher ein Gesetz durch, das Nippons so genannten Selbstverteidigungskräften („Jieitai“) logistische Unterstützung von US-Truppen gegen Dritte erlaubt.

LUKE FRAZZA / DPA

Partner Blair, Bush
Beste Freunde

Dies ist in erster Linie eine Geste. Nach wie vor darf die Jieitai nicht in Kampfgebiete entsandt werden. Wäre die Regierung weitergegangen, hätten starke pazifistische Kräfte innerhalb der Koalition rebelliert.

Als Vorhut nahmen vergangenen Freitag drei Fregatten Kurs auf den Indischen Ozean, um dort die Sicherheit der Seewege und Häfen zu erkunden. Voraussichtlich diese Woche will Tokio dann festlegen, mit welchen Versorgungseinheiten es die US-Truppen in der Region logistisch unterstützt. Geprüft werden auch humanitäre Hilfsleistungen für afghanische Flüchtlinge in Pakistan – jedoch nur soweit dabei keine Gefahr für japanische Soldaten besteht.

Schließlich fehlen auch die notorisch kampfeslustigen Australier nicht in der Allianz: Vorigen Montag stach das Kriegsschiff „HMAS Kanimbla“ in See. Mit 1550 Soldaten, mehreren Flugzeugen und 150 Mann der Eliteeinheit SAS (Special Air Service), die auch in Vietnam kämpfte, will Premier John Howard den Krieg gegen den Terror unterstützen.

Nicht jede Hilfe scheint indes gleichermaßen willkommen. Polen wollte eine Eliteeinheit nach Afghanistan schicken, Rumänien ein Bataillon gut trainierter Gebirgsjäger, doch das Pentagon lehnte dankend ab.

Rüdiger Falksohn, Siegesmund von Ilsemann, Romain Leick, Christian Neef, Wieland Wagner, Bernhard Zand

TARIQ AZIZ / AP

Pakistanische Atomrakete*: *Der Koran als Quelle der Erkenntnis*

PAKISTAN/INDIEN

Kronjuwelen für Osama?

Das Regime Musharraf verhaftet Wissenschaftler, um den Verrat von Nukleartechnik an radikale Islamisten zu verhindern. Doch auch im Kampf um Kaschmir lauern atomare Gefahren.

Mögen sie auch manchmal ihren Schabernack treiben, so ist mit den Dschinn gleichwohl nicht zu spaßen: Übernatürliche Wesen sind das, niedrigeren Ranges als Engel oder Teufel, doch von Allah selbst aus rauchlosem Feuer erzeugt. Ohne Form und von durchsichtiger Substanz, sind die Dschinn allzeit fähig, in eine fremde Gestalt zu schlüpfen, ob Mensch oder Tier.

Dass es diese Wesen wirklich gibt, kann für einen gläubigen Muslim keinem Zweifel unterliegen; die Existenz der Dschinn ist in mehreren Suren des Korans einwandfrei bezeugt. Weshalb ein preisgekrönter pakistanischer Wissenschaftler, der Nuklear-Ingenieur Sultan Bashiruddin Mahmood, vor Jahren ein Projekt zur Lösung der Energiekrise auf islamischer Grundlage entwarf: Mahmood wollte Allahs rauchlose Feuergeburten als regenerative, noch dazu umweltverträgliche Wärmequelle erschließen.

Wissenschaftlicher Weltruhm war mit dem Vorschlag damals nicht zu gewinnen. Internationales Aufsehen indessen erregte derselbe Dr. Mahmood vorletzte Woche unter Atomfachleuten und Militärexperten: Aus Pakistan wurde seine Verhaftung gemeldet. Nur steht die in keinem Zusammenhang mit der einst von ihm erträumten Energiequelle Dschinn-Power. Mahmoods Festnahme beschwört vielmehr ein ganz anderes Gespenst herauf: das der Weitergabe von nuklearer Technik und radioaktivem Material an islamistische Terroristen und Dschihad-Ideologen.

AP

Verhafteter Mahmood
Rauchlose Power

Die Bedrohung wird in Washington als dringend genug angesehen, um die jüngste Rhetorik des US-Präsidenten damit einzufärben. Nun spricht George W. Bush von der „Bedrohung jeder einzelnen Nation und der Zivilisation selbst“; erstmals erwähnt er im Katalog seiner Alpträume auch Atomwaffen in Terroristenhand.

Osama Bin Laden, dessen al-Qaida und die Taliban vergleicht Bush mit den „Faschisten und Totalitären vor ihnen“. Sie seien geprägt von „derselben Intoleranz und demselben irrwitzig globalen Herrschaftsdrang“, würden ihre „radikale Weltsicht durch Drohung und Gewalt“ durchzusetzen suchen. Bush zitiert Äußerungen Bin Ladens, der es als „religiöse Pflicht“ bezeichnet hat, sich Massenvernichtungsmittel anzueignen. Offenbar wurde das Weiße Haus auch durch eine Erklärung der Internationalen Atomenergiebehörde alarmiert, dass die „Selbstmordbereitschaft der Terroristen“ die Gefahr eines nuklearen Anschlags „wesentlich größer als vor dem 11. September“ gemacht habe.

Die unausdenkbare Bedrohung bleibt freilich Abstraktion, solange nicht Personen ins öffentliche Bewusstsein dringen, die die Gefahr plausibler machen, ihr immerhin ein Gesicht geben. Als eine solche Gestalt darf wohl der Nuklear-Ingenieur Dr. Bashiruddin Mahmood angesehen werden, der am 23. Oktober vom pakistanischen Militärregime festgenommen wurde

* Bei einer Militärparade am 23. März.

Werbeseite

Werbeseite

AMI VITALE / GETTY IMAGES

Indische Soldaten in Kaschmir: *Heiße Verfolgung im idyllischen Tal*

und vermutlich immer noch über seine Reisen ins Reich der Taliban ausgefragt wird.

Mahmood mag in westlichen Augen bizarr wirken, in der muslimischen Welt stellt er keine so krasse Ausnahme dar: eine Autorität auf dem Feld der nuklearen Waffenproduktion, ein Experte für die Herstellung von Plutonium und angereichertem Uran, aber auch fundamentalistischer Muslim mit „unorthodoxen wissenschaftlichen Ansichten“, wie die „New York Times“ delikat anmerkt.

Als glaubensstarker Islamist hält Mahmood den Koran für eine Quelle auch naturwissenschaftlicher Erkenntnis. Also fand er es nicht exzentrisch, die Dschinn als potenzielle Energiespender zu sehen oder Gedanken über die „Mechanik“ eines Lebens nach dem Tode zu Papier zu bringen. David Albright vom Institut für Wissenschaft und Internationale Sicherheit in Washington sieht in Mahmood „genau den Typus, der über abgekürzte Verfahren für die Herstellung von Atomwaffen grübelt“.

Westliche Kleidung, weißer Vollbart, kerniges Lächeln: Nuklear-Ingenieur Mahmood strahlte stets gesundes Selbstbewusstsein aus. Er galt ja als einer der Pioniere des pakistanischen Nuklearwaffenprogramms, das im Mai 1998 – den vorpreschenden Rivalen Indien schon nach wenigen Tagen einholend – in den Bergen von Belutschistan sechs veritable Atomversuche zu Stande brachte.

Der in Großbritannien ausgebildete Mahmood ist ein Praktiker der nuklearen Technologie, Konstrukteur des Atomkraftwerks von Khushab, mit dessen Bau 1985 begonnen wurde. Vorher hatte Mahmood die Nuklearanlage von Kahuta errichtet, wo die Islamische Republik Pakistan spaltbares Material für die Produktion ihrer Atomwaffen herstellt: Hundert Kilogramm angereichertes Uran soll Kahuta im Jahr hervorbringen – genug Rohstoff für ein halbes Dutzend Atomsprengköpfe.

In dieser Schlüsselstellung wurde Mahmood in den siebziger Jahren von einem berühmt-berüchtigten Konkurrenten abgelöst: Dr. Abdul Qadir Khan hatte in Berlin studiert; er heiratete eine Holländerin und wurde 1983 in den Niederlanden in Abwesenheit wegen Industriespionage verurteilt. Allerdings wurde das Urteil später aufgehoben. In Pakistan ließ sich Qadir Khan ausgiebig als „Vater der islamischen Bombe“ feiern und honorieren.

Sein Kollege und Rivale Bashiruddin Mahmood wurde vor knapp drei Wochen in Lahore von der Polizei des Militärherrschers General Pervez Musharraf aufgegriffen und in Schutzhaft genommen. Laut Angaben seiner Familie hat der Wissenschaftler „unmenschlich intensive Verhöre“ über sich ergehen lassen müssen. Nach einem Herzinfarkt liege er im Hospital und dürfe niemanden empfangen.

Zur gleichen Zeit wie Mahmood hat das Militärregime zwei andere bekannte Wissenschaftler festnehmen lassen. Mindestens einer von ihnen, Chaudry Abdul Masheed, gehörte wie Mahmood selbst bis vor kurzem zu den führenden Köpfen der Pakistan Atomic Energy Commission. Wichtigste Aufgabe der Atomkommission war, wie es Staatspräsident Zulfikar Ali Bhutto in den siebziger Jahren formulierte, die „islamische Bombe“ herzustellen: Eine Atomwaffe nicht nur für Pakistan selbst, sondern für die Umma überhaupt – die Gemeinschaft der Muslime auf der Welt. Die Pakistaner würden, so Bhutto, „lieber Gras fressen“, als auf diese kostspielige Errungenschaft zu verzichten.

Sowohl Atombombenvater Abdul Qadir Khan wie auch Mahmood haben seit geraumer Zeit Probleme mit der politischen Führung des Landes. Mahmood trat im April 1999 aus der Atomkommission aus, um gegen die Absicht des damaligen Premierministers Nawaz Sharif zu protestieren, dem Druck der Amerikaner nachzugeben und das weltweite Abkommen gegen Atomversuche zu unterzeichnen.

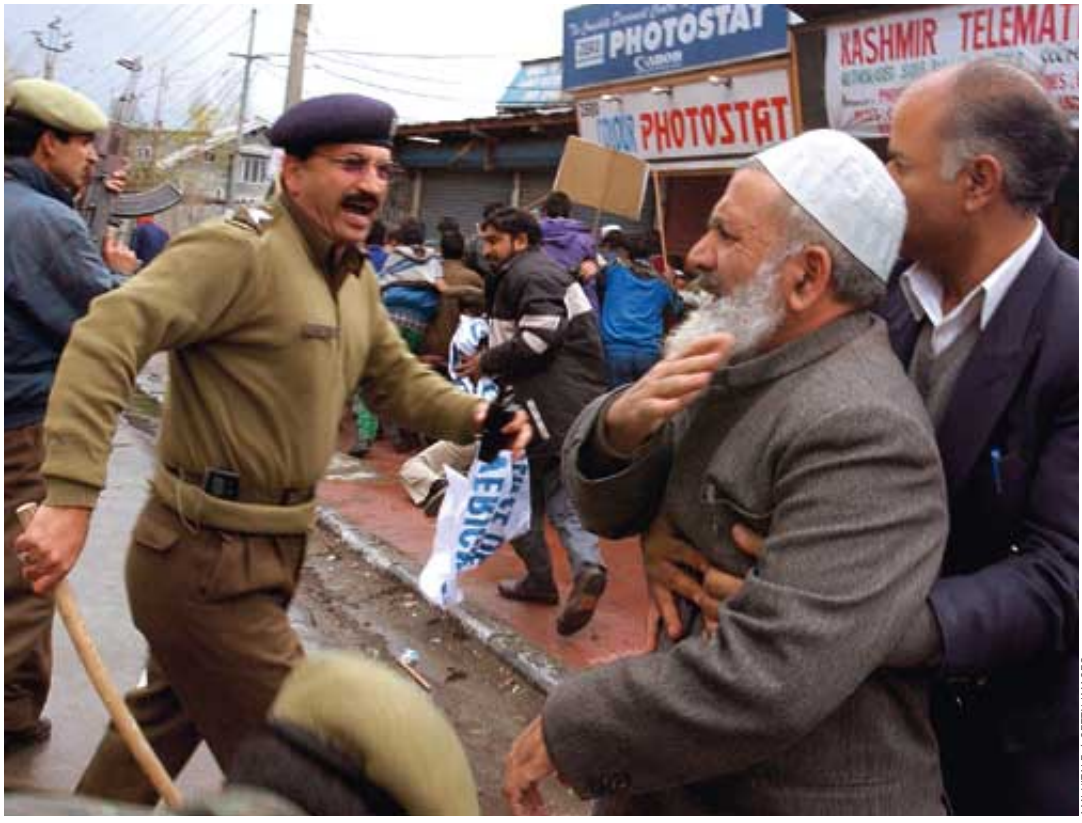
Qadir Khan andererseits wurden Kontakte zum Regime des irakischen Tyrannen und Liebhabers von Massenvernichtungsmitteln Saddam Hussein nachgesagt. Bei öffentlichen Auftritten zeigte Qadir Khan außerdem eine bei einem Wissenschaftler befremdliche Neigung zu militärisch-islamistischem Bramarbasieren. General Musharraf, der sich 1999 an die Macht putschte, hat die atomare Vaterfigur schon lange vor dem 11. September 2001 aus seiner Führungsposition entfernt und durch Ehrenämter neutralisiert.

Der umtriebige Dr. Mahmood dagegen war nach seinem Protest-Austritt aus der Atomkommission politisch und propagandistisch erst richtig aktiv geworden. Er trat in pakistanischen Universitäten auf, um vor Studenten Lobeshymnen auf die afghanischen Taliban und deren Heiligen Krieg gegen die USA anzustimmen. Obendrein betätigte sich Mahmood als Berater radikal-islamistischer Parteien, die in Pakistan an den Wahlurnen immer schwach abschneiden, in Krisenzeiten aber mühelos die übliche medienwirksame Protestmasse auf die Beine bringen: Fäuste schüttelnde Jünglinge, die auf Strohpuppen eindreschen und Sternenbanner verbrennen.

Sprecher des Militärregimes haben nach der Festnahme Mahmoods das Gerücht als „absolut grundlos und unkorrekt“ bezeichnet, der Wissenschaftler sei amerikanischen Geheimdienstlern zur Vernehmung „weitergereicht“ worden. Unbestritten ist indessen, dass nach dem Anschlag vom 11. September amerikanische Regie-

Werbeseite

Werbeseite



AMI VITALE / GETTY IMAGES

Verhaftung eines Muslimführers in Kaschmir: *„Verrückte Prognosen“*

rungsbeamte nach Islamabad flogen, um mit Musharraf über die Sicherheit seiner atomaren „Kronjuwelen“ zu beraten.

Dabei geht es nicht nur um die – angeblich 24 – Atomsprengköpfe selbst, sondern auch um die Weitergabe von nukleartechnischem Wissen – wenn nicht gar von radioaktivem Müll; der könnte, zusammen mit gewöhnlichen Explosivstoffen, in eine primitive terroristische Vernichtungs- und Verseuchungswaffe furchtbarer Art verwandelt werden. „So etwas lässt sich zur Not in einen Koffer packen“, erläutert ein Militärexperte in Neu-Delhi. „Oder man kann es, ganz unauffällig, mit einem dieser wackligen, bunt bemalten Lastautos auf indisches Gebiet bringen lassen.“

Angesichts solch grusliger Zukunftsmöglichkeiten ist die energische Vernehmung des Nuklear-Ingenieurs Mahmood kaum verwunderlich. Westliche Geheimdienstler versichern, Osama Bin Laden habe nach den pakistanischen Atomversuchen erfolglos versucht, beim Freund und Nachbarn an spaltbares Material zu kommen.

Umso verdächtiger wirken die Reisen, die Mahmood in jüngerer Zeit auf afghanisches Gebiet unternommen hat. Als Gründer einer „Holy Koran Foundation“ bemühte sich der Wissenschaftler unter den Taliban nach eigener Darstellung um „Hilfe und Wiederaufbau“, wobei er oft Kandahar aufsuchte; dort ist das Hauptquartier des einäugigen Mullahs und Taliban-Führers Omar, der ein Schwiegersohn von Osama Bin Laden ist.

Angeblich waren es die amerikanische Bundespolizei FBI und der Geheimdienst CIA, die beim Regime General Musharrafs intervenierten, um auf die Stiftung und die verdächtigen Aktivitäten Mahmoods aufmerksam zu machen. Noch hat Musharraf ja seinen eigenen Geheimdienst ISI (Inter-Services Intelligence) keineswegs von all den radikalen Islamisten gesäubert, die dem Taliban-Regime zur Macht verholfen haben. Offiziell aber gehen die Amerikaner davon aus, dass das pakistanische Atompotenzial sich „in verlässlichen Händen“ befinde. Außenminister Colin Powell bezeichnete die Möglichkeit, dass Nuklearmaterial in Islamistenhände fallen könnte, als „Unsinn“. Dennoch bleibt die peinliche Behauptung des Enthüllungsjournalisten Seymour Hersh im „New Yorker“ unwidersprochen: US-Spezialeinheiten würden gemeinsam mit Israelis für den Fall eines Umsturzes in Pakistan ausgebildet. Werde General Musharraf von radikalen Islamisten entmachtet, soll dieses Sonderkommando die Atomsprengköpfe der Islamischen Republik „exfiltrieren“ – also rauben.

Unter einem mächtigen Ölgemälde, das den halb nackten Mahatma Gandhi friedlich an seinem Spinnrad zeigt, sitzt Indiens Verteidigungsminister George Fernandes, 71, am roten Telefon. Auch der gereifte sozialistische Feuerkopf spricht von „verantwortlichen Händen“, wenn er das Atom-Establishment des Erzfeindes Pakistan meint – doch nur in dem Sinn, dass er eine Weitergabe der nuklearen Kronjuwelen an Osama Bin Laden oder gar Saddam Hussein für unwahrscheinlich hält.

„Geht es jedoch um Kaschmir, sind selbst verrückte Prognosen nicht weltfremd“, meint Fernandes mit resignierendem Lächeln. Auch am vergangenen Donnerstag werden, ein alltäglicher Vorfall, zehn Todesopfer aus dem früheren Fürstentum im Himalaja gemeldet, dessen größter Teil zu Indien gehört: In Pakistan ausgebildete „Freiheitskämpfer“ und indische Truppen bekämpfen einander im idyllischen Kaschmir-Tal mit der Brutalität, die seit über einem Jahrzehnt blutrünstige Routine ist. An die 40 000 Tote sollen die Kämpfe in Kaschmir bisher gekostet haben; Indiens Zeitungen melden auch größere Massaker nur noch einspaltig.

Wie so oft drohen Politiker der hinduistischen Mehrheitspartei Ministerpräsident Atal Behari Vajpayees den Pakistanern mit „hot pursuit“ – heißer Verfolgung: Indiens Truppen würden den Angreifern nachsetzen, würden die „Line of Control“ durch Kaschmir überschreiten und die Ausbildungslager der Terroristen auf pakistanisch besetztem Gebiet angreifen. Das hieße wieder Krieg zwischen Indien und Pakistan, der dritte Krieg um Kaschmir – und diesmal mit Kronjuwelen.

„Könnte das zum ersten Atomkrieg seit 1945 werden, seit Hiroschima und Nagasaki?“ George Fernandes lächelt milde und schüttelt den Kopf – auf jene irritierend unbestimmte Weise, die Westler in Indien zur Verzweiflung bringen kann.

CARLOS WIDMANN

PRAKASH SINGH / DPA

Verteidigungsminister Fernandes, Rumsfeld
Mildes Lächeln

Werbeseite

Werbeseite

MARCO DI LAURO / AP

Amerikanischer Bombenangriff auf ein Dorf bei Kabul: *„Kein Zweifel am Sieg“*

USA

„Europa gibt es nicht in diesem Krieg“

Ex-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski über Amerikas Kampf gegen die Taliban, mangelndes Durchsetzungsvermögen in Nahost und die unsichere Allianz gegen den Terror

SPIEGEL: Nach dem sowjetischen Fiasko in Afghanistan waren Sie stolz darauf, mit Hilfe radikaler Islamisten Moskau in die Falle gelockt zu haben. Sind Sie immer noch stolz darauf?

Brzezinski: Erstens wurde die Sowjetunion nicht gelockt. Sie kam aus eigenem Entschluss und kam gern. Zweitens galt unsere Unterstützung den moderaten Mudschahidin, beispielsweise Schah Ahmed Massud …

SPIEGEL: … der, etwa bei der Eroberung von Kabul, auch nicht gerade moderat war.

Brzezinski: Unglücklicherweise war es die Sowjetunion, die zehn Jahre lang die afghanische Gesellschaft zerstört und eine Polarisierung gefördert hat. 1996 sind deshalb die extremsten Kräfte, die Taliban, an die Macht gekommen.

SPIEGEL: Nun sind es die USA, die in der afghanischen Falle stecken. Werden sie mehr Erfolg haben als die inzwischen entschwundene Sowjetunion?

Brzezinski: Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Vereinigten Staaten gewinnen werden. Der Unterschied zwischen den militärischen Kapazitäten der USA und der Sowjetunion ist einfach zu groß. Allerdings stellt sich die Frage, ob der Sieg mit zu hohen Kosten und in einer Zeitspanne errungen wird, die einfach zu lang ist.

DAVID SCULL / GAMMA / STUDIO X

Strategie Brzezinski
„Einziger Machtpol“

SPIEGEL: Wo liegt die Grenze für das Engagement in Afghanistan?

Brzezinski: Wir müssen unterscheiden können zwischen der Notwendigkeit, so weit wie möglich die Führungsebene von al-Qaida sowie deren Netzwerk auszuschalten, und unserem Kampf gegen die Taliban. Der droht inzwischen zu einem Konflikt mit den Afghanen, speziell mit den Paschtunen, zu eskalieren. Diese Unterscheidung ist ausschlaggebend dafür, ob wir uns zu intensiv und zu lang engagieren, oder ob wir den Krieg sehr gezielt und damit auch kostengünstiger führen.

SPIEGEL: Also kein Einsatz von Bodentruppen?

Brzezinski: Nur sehr selektiv und auch nur für ganz spezifische Aufgaben.

SPIEGEL: Wie lang wäre denn zu lang? Bei wie vielen Toten erlischt die Begeisterung für den Krieg?

Brzezinski: In diesem Krieg, das bestätigen alle Umfragen, sind die Amerikaner bereit, auch Verluste hinzunehmen. Es war eher die politische Führung, die sich in der Vergangenheit als ängstlich erwiesen hat; zum Beispiel Clinton in Somalia 1993 oder 1999 im Kosovo.

SPIEGEL: Als sich die Sowjetunion aus Afghanistan zurückzog, verloren die USA jedes Interesse an dem Land. Ist das nicht ein Grundproblem amerikanischer Außenpolitik: Sie gehen rein, gehen wieder raus und kümmern sich nicht weiter darum?

Brzezinski: Das kann man nicht verallgemeinern, es gibt genügend Gegenbeispiele. In diesem Fall war das wirklich ein Fehler, mehr noch, eine Ungerechtigkeit. Wir hatten die moralische Verpflichtung, den Afghanen zu helfen, die wir beim Widerstand gegen die Sowjetunion unterstützt hatten.

SPIEGEL: Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger wird es, die weltweite Allianz zusammenzuhalten. Wie lange können die USA auf Pakistan bauen?

Brzezinski: Länger, als die meisten vermuten. Wenn Amerika zielstrebig vorgeht, werden die pakistanischen Eliten, vor allem die Armee, in der Lage sein, die Kontrolle zu behalten. Pakistan ist auf Amerika angewiesen, es hat doch sonst keine Freunde. Falls aber das amerikanische Engagement sich weiterhin nur im Bombenkrieg erschöpft, falls die Zahl der zivilen Opfer weiter steigt, falls es ein Crescendo internationaler Kritik gibt, dann allerdings wird die Lage in Pakistan brenzlig.

SPIEGEL: Auch Verbündete wie Saudi-Arabien und Ägypten könnten ins Straucheln geraten.

Brzezinski: Richtig. Und deshalb müssen wir uns vor allem um den Nahen Osten kümmern. Was dort geschieht, hat mehr Einfluss auf die Stabilität in Saudi-Arabien und Ägypten als alles, was sich in Afghanistan abspielt.

SPIEGEL: Weil Bush auf die Unterstützung islamischer Staaten angewiesen ist, arbeitet er jetzt an einem neuen Friedensplan

Werbeseite

Werbeseite

für den Nahen Osten. Könnte ausgerechnet der weltweite Krieg gegen den Terrorismus zum Geburtshelfer eines palästinensischen Staats werden?

Brzezinski: Es gibt doch einen weltweiten Konsens – auch in den USA, auch in Israel – darüber, dass ein palästinensischer Staat das Ergebnis des Friedensprozesses sein muss. Unklar ist nur noch, wie überlebensfähig dieser angelegt sein wird. Der Staat darf eben nicht aus vielen kleinen Bantustans bestehen.

SPIEGEL: Haben die USA genügend Einfluss, um einen solchen Staat herbeizuzwingen?

Brzezinski: Einfluss schon, aber der politische Wille scheint zu fehlen. Notwendig ist entschlossene politische Führungsstärke …

SPIEGEL: … die Bush zunächst in diesem Bereich nicht gezeigt hat?

Brzezinski: Es wäre schon besser gewesen, wenn er diese Frage von Anfang an energischer angepackt hätte.

CORBIS SYGMA

Abzug der letzten sowjetischen Truppen aus Afghanistan*: *„Moralische Verpflichtung“*

SPIEGEL: Allerdings gibt es auch noch das Problem Scharon, der zu Beginn des Afghanistan-Kriegs erklärt hat, Israel werde nicht den Preis für die Erhaltung der Allianz gegen den Terror zahlen.

Brzezinski: Aber ihn dahin zu kriegen, dass er tut, was er tun soll, hängt doch davon ab, ob hier genügend politischer Wille vorhanden ist. Es geht darum, ob die USA und die Internationale Gemeinschaft bereit sind, einen solchen Staat zu unterstützen, zu fördern, und, wenn nötig, auch zu garantieren.

SPIEGEL: Können die USA die islamischen Staaten auch ohne eine Lösung in Nahost in der Allianz halten?

Brzezinski: Zum Anti-Terror-Programm gehört eine Stabilisierung des Verhältnisses von Israelis und Palästinensern. Amerika wird eben nicht zielgerichtet handeln können, solange die Masse der Araber glaubt, beim Anti-Terror-Krieg handele es sich um ein abgekartetes Spiel von Israelis und Amerikanern. Und genau das werden sie bei einem Schlag gegen Terrorhelfer in einem arabischen Land auch glauben, wenn Israel sich weiterhin so aufführt, wie es das unter Scharon getan hat.

SPIEGEL: Auch den Propaganda-Krieg scheinen die USA zu verlieren. Das Pentagon begnügt sich mit den Luftbildern der Bombardierungen, die Taliban zeigen tote oder verwundete Kinder. Wie lange werden die USA den immer lauteren Rufen nach einem Bombenstopp widerstehen können?

Brzezinski: So weit sind wir noch nicht. Alle Umfragen zeigen noch große Mehrheiten für diesen Krieg.

SPIEGEL: In Ländern wie Deutschland sieht das anders aus. Wie wichtig ist Europa für den Kampf gegen den Terror?

Brzezinski: Man kann doch gar nicht von „den Europäern“ sprechen. Europa gibt es nicht in diesem Krieg, es gibt nur europäische Staaten. Großbritannien etwa nimmt an der Operation teil und gewinnt dabei bedeutsamen Einfluss auf unser Vorgehen. Andere, die früher etwas großspurig von einem „Europa mit einer autonomen, weltweiten Rolle in der Sicherheitspolitik“ gesprochen haben, klingen zurückhaltender.

SPIEGEL: Jetzt haben auch die Deutschen versprochen, 3900 Soldaten zu schicken.

Brzezinski: Das ist doch wunderbar. Andererseits sind bereits volle zwei Monate seit dem 11. September vergangen, aber immerhin: 3900 Soldaten. Im Übrigen habe ich keine Zweifel daran, dass sich unsere wichtigsten Freunde im Lauf der Zeit stärker beteiligen werden, aber dann könnte es zu praktischen Problemen kommen, Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit den amerikanischen Streitkräften etwa.

SPIEGEL: Ist es im Endeffekt den Amerikanern nicht am liebsten, wenn sie alles allein machen können?

* Russische Panzer auf der „Brücke der Freundschaft“ an der Grenze zu Usbekistan am 15. Februar 1989.

Brzezinski: Natürlich ist es einfacher, eigene Truppen zu kommandieren. Die wirklich wichtigen Aufgaben werden wohl von den USA allein gelöst werden müssen. Das ist einerseits realistisch, aber andererseits fühlt man sich auch ein bisschen einsam.

SPIEGEL: Nichts hat die Europäer zu Beginn der Regierung Bush so empört wie dessen einseitiges Vorgehen. Nun auf einmal gibt es diese weltweite Allianz. Ist der plötzlich entdeckte Multilateralismus wirklich mehr als eine Schau?

Brzezinski: Das ist kein Multilateralismus. Was wir jetzt erleben, ist der Ausdruck des amerikanischen Übergewichts in der Weltpolitik. Schauen Sie sich doch an, wer alles nach Washington kommt: gestern der algerische Präsident, heute der französische. Dann der britische Premier und nun Putin. Kommt nicht der deutsche Kanzler auch bald wieder? Die Liste ist endlos. Die meisten Regierungen sind sich angesichts der neuen Lage darüber im Klaren, dass die Welt in die Anarchie stürzen würde, sollten die USA wirklich destabilisiert werden können. Und davor fürchten sich alle. Das spricht für eine Welt mit nur einem Machtpol, den USA.

SPIEGEL: Sie haben stets betont, dass der politische Wille die Voraussetzung für die Lösung der Probleme sowohl in Afghanistan wie auch im Nahen Osten ist. Glauben Sie, dass sich Präsident Bush schon darüber im Klaren ist, wie konsequent er vorgehen soll?

Brzezinski: An seiner persönlichen Entschlossenheit habe ich nicht den geringsten Zweifel. Aber es scheint den USA derzeit noch schwer zu fallen, eine umfassende Strategie zu entwickeln, die im Kampf gegen den Terrorismus sowohl militärisch wie auch politisch operiert. Das ist sicher schwierig, aber notwendig.

SPIEGEL: Das Außenministerium und das Pentagon müssen sich also auf eine Strategie einigen?

Brzezinski: Genau. Und dafür brauchen sie Führung von oben. Das muss sehr sorgfältig ausbalanciert werden.

SPIEGEL: Wer wird denn der nächste Feind im Kampf gegen den Terrorismus sein – Saddam Hussein?

Brzezinski: Wir haben schon aus Gründen der nationalen Sicherheit die Verpflichtung, uns zu fragen, ob es noch eine weitere Bedrohung gibt von jemandem, der in der Lage ist, den weltweiten Terrorismus für eine noch schrecklichere Bedrohung zu nutzen, als wir sie am 11. September erlebt haben.

SPIEGEL: Sie sprechen von Massenvernichtungswaffen?

Brzezinski: Richtig. Und wenn wir diese Frage beantwortet haben, dann müssen wir mit unseren engsten Alliierten beraten und entscheiden, was zu tun ist.

Interview: Hans Hoyng, Gerhard Spörl

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

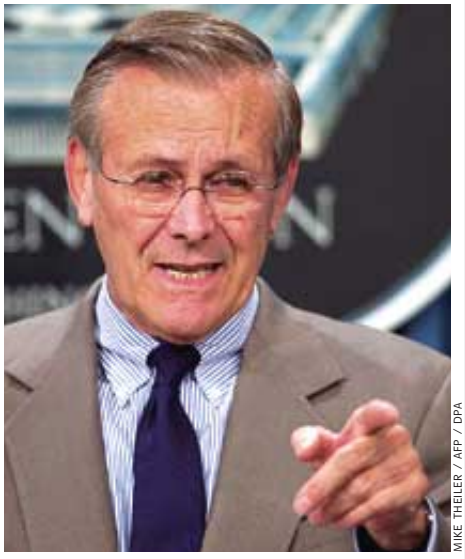
AFGHANISTAN

Am Tag zittern sie vor der Nacht

Während die Amerikaner die Taliban vor allem aus der Luft attackieren, sind auf dem Boden Tausende auf der Flucht aus dem Kriegsgebiet. Afghanische Flüchtlinge schildern dem SPIEGEL den Taliban-Terror und den Bombenkrieg aus ihrer Sicht.

7. Oktober

Die laufenden militärischen Operationen haben folgende Ziele: Wir wollen den Taliban-Führern und ihren Helfern klarmachen, dass sie einen Preis dafür zahlen müssen, wenn sie Terroristen verstecken. Wir bemühen uns darum, Auf-



MIKE THEILER / AFP / DPA

Verteidigungsminister Rumsfeld
„Wir machen Fortschritte“

klärung für künftige Operationen gegen al-Qaida und über ausländische Terroristen zu bekommen. Wir wollen die militärischen Kräfteverhältnisse verändern, die dem Erfolg der Anti-Taliban-Partei im Weg stehen.

(US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vor der Presse im Washingtoner Pentagon)

Khandi, 40, aus Kasaba bei Jalalabad in der Nangarhar-Provinz und ihr Ehemann, der Gemüsehändler Habib al-Rahman, hatten vorm Schlafengehen BBC-Radio gehört, das auch in Paschtu sendet. Dort hatten sie erfahren, dass es Krieg geben würde.

Gegen 22 Uhr wurde Khandi wach, als Bomben auf den nahen Flughafen krachten. Sie sprang aus dem Bett und lief hinaus in den Garten. Da lag ihr Mann blutend auf dem Lager, das er sich im Garten bereitet hatte. Ein Granatsplitter hatte ihn in die Brust getroffen.

Sein Cousin Zalmaj nahm Habib al-Rahman auf den Rücken und trug ihn zum nächsten Hospital, das zwei Kilometer entfernt liegt. Doch Habib war nicht mehr zu retten. Er starb, bevor sie das Krankenhaus erreichten.

Sie beerdigten Habib al-Rahman auf dem Friedhof von Jalalabad. Es seien noch 30, 40 weitere Menschen gewesen, die dort im Laufe der folgenden Tage bestattet wurden, sagt Khandi.

8. Oktober

Berichte, nach denen wir Kabul angegriffen haben, sind unkorrekt. Wir haben nur die militärischen Ziele rings um die Stadt attackiert. Wir sind auch auf der Seite von oppositionellen afghanischen Gruppen, die sich dagegen wenden, dass die Taliban Afghanistan zu einem Unterschlupf für Terroristen machen.

(Donald Rumsfeld vor der Presse im Pentagon)

15 000 US-Dollar und keinen Cent mehr war das kurze Leben des Hafizullah Najibullah wert. So viel jedenfalls hat die US-Regierung als Entschädigung in Aussicht gestellt. Und eine Entschuldigung hinterbracht: „Es tut uns furchtbar Leid. Najibullah war nicht unser Ziel.“ Hafizullah Najibullah war ein wucherbärtiger, würdiger Mann von 33 Jahren, Vater von fünf Kindern. Er hat die Geschäftsstelle von Afghan Technical Consultants (ATC) in Kabul bewacht, eine von der Uno unterstützte Organisation zur Minenräumung. Najibullahs Lohn waren 60 Dollar im Monat und das Gefühl, gebraucht zu werden.

Als er am zweiten Tag des so genannten Krieges gegen den Terror Dienst tut im Stadtteil Kabul-Shamshatoo, direkt ge-

Kriegsschäden in Kabul: *Nach den Luftschlägen der Guerrillakrieg?*

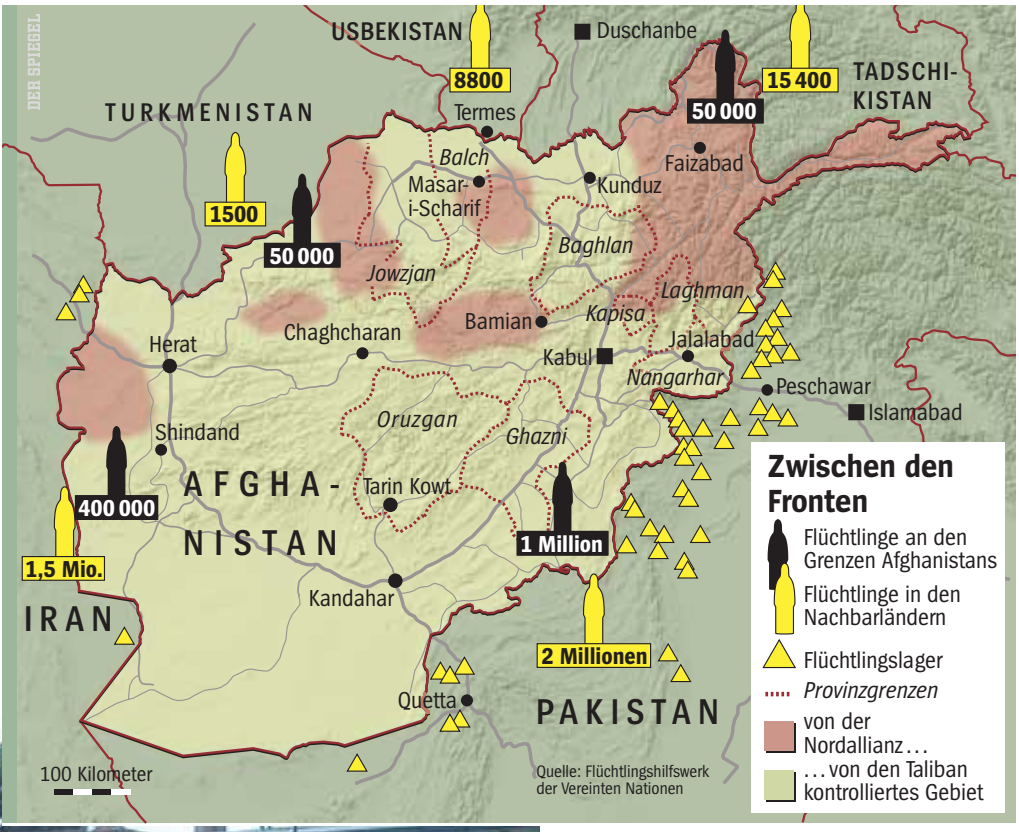
genüber einer stillgelegten Funkstation, schlagen um 21.15 Uhr zwei Raketen ein. Sie treffen – vermutlich beabsichtigt – die tote Funkstation, aber auch das Haus der Minenräumer. Unter Schutt und Asche begraben werden Najibullah und seine Kollegen Ahmed Nasir, 27, Abdul Saboor, 25, und Safiullah, 33. Die ATC-Minenräum-Organisation macht weiter. Obwohl noch nicht einmal alle Minen aus der Zeit der sowjetischen Besatzung komplett entfernt sind, werden erste Mitarbeiter nun zur Schulung ins Kosovo entsandt. Sie sollen dort Nato-Splitterminen erkennen lernen.

Abdul Baqi, Vater von sieben Kindern und ehemaliger Landwirt, ist mit ganzem Herzen Taliban-Anhänger. Das Ministerium zur Förderung der Tugend und der Verhinderung des Lasters, Außenstelle Jalalabad, hat in Abdul Baqi einen treuen Diener der gerechten Sache.

Mit einer Gummipeitsche bewaffnet, einen Kollegen mit Kalaschnikow an seiner Seite, durchstreift der schmächtige Mann das Zentrum der Kapitale der Provinz Nangarhar. Abdul Baqi ist Tugendwächter, und er nimmt seinen Beruf ernst. Sieht er eine Frau auf der Straße, die ihr Gesicht nicht vorschriftsmäßig verhüllt, und sieht er sie so zum ersten Mal, knallt er ihr nicht gleich eine, sondern verwarnt sie erst mal streng. Sieht er sie noch einmal, gibt es drei Hiebe auf den Rücken. Für Männer, die glauben, sich rasieren zu müssen, sind sieben Peitschenhiebe Pflicht.

In Afghanistan gibt es sogar ein Gesetz, nach dem alle Lebewesen auf Verpackungen zu übermalen sind. Also auch Frauenköpfe auf Shampootüten und Kühe auf französischen Weichkäseverpackungen.

Nur nicht Hasen auf Playboy-Parfums, die in Kabul merkwürdigerweise immer noch gehandelt werden. Playboy-Häschen leben nicht, sagen die Taliban.



AMIR SHAH / AP

11. Oktober

Gestern wurden sieben Ziele in Kandahar und Kabul getroffen. An den Angriffen nahmen zehn landgestützte Bomber aus Diego Garcia teil, außerdem zehn bis zwölf Jagdbomber, die auf Flugzeugträgern stationiert sind. Ferner wurden drei „Tomahawk"-Raketen von einem U-Boot abgefeuert. Ich möchte hier klarstellen, dass wir uns ausschließlich auf militärische Ziele konzentrieren. Anders als die Terroristen, die vor einigen Wochen Tausende von Zivilisten aus aller Welt umbrachten, wollen und werden wir keine Zivilisten schädigen.

(Pentagon-Sprecherin Victoria Clarke vor der Presse im Pentagon)

Sheima Younisi, eine schöne junge Frau von 35 Jahren, Mutter von sieben Kindern, starke braune Augen unter der Burka, mattrosa lackierte Zehennägel unter den Strümpfen, schaut auf das Haus des Nachbarn Ali Awiz in Kabul. Es liegt in Trümmern. Irgendetwas muss schief gegangen sein beim Angriff auf die benachbarte Radarstation, sagt sie sich. Die fünf Kinder der Familie mongolischstämmiger Hazara, drei Töchter und zwei Söhne, liegen tot im Staub.

Sheima, die aus einem liberalen Elternhaus stammt, weiß, dass für sie nach fünf Jahren unter den Taliban noch kein Ende des Schreckens erreicht ist. Ihre Wohnung haben sie durchstöbert, ihren Beruf haben sie ihr genommen, das Außerhausgehen haben sie verboten, das Fernsehgerät beschlagnahmt, die Fensterscheiben von innen bemalen lassen und die Bibliothek zerstört – die Bücher ihres Lieblingsschriftstellers Karim Nail inklusive. Sheima Younisi sagt: „Mein Traum vom Leben ist Frieden in Afghanistan."

DERMOT TATLOW

Flüchtlingsfrau Sheima Younisi
„Mein Traum vom Leben ist Frieden"

12. Oktober

Phase 1 beginnt in Afghanistan mit al-Qaida. Der Präsident hat andere Nationen davon in Kenntnis gesetzt, dass ihnen das gleiche Schicksal blüht, wenn sie nicht aufhören, Terroristen zu unterstützen.

(Ari Fleischer, Sprecher von US-Präsident George W. Bush, auf einer Pressekonferenz in Washington)

PAULA BRONSTEIN / GETTY IMAGES

Pakistanisch-afghanische Grenze*: *Müssen erst Tausende von Kindern sterben?*

Es ist ja nicht so, dass Mohammed Gulban mit seinen 45 Jahren noch keinen sterben gesehen hätte. Der tadschikische Taliban-Kommandant, der an der Front in der Balch-Provinz bei Masar-i-Scharif der Nordallianz mit ihren amerikanischen Verbündeten gegenübersteht, ist nicht leicht zu erschüttern. Aber was er an diesem Samstag auf dem Friedhof Dasht-Shoor sieht, lässt auch ihn nicht kalt. Parvin Akchai, 20 Jahre alt, eine Prostituierte usbekischer Abstammung, wird bis zum Kopf eingegraben und von einem Mob religiöser Eiferer zu Tode gesteinigt. Das Gesicht von Parvin Akchai, die schreiend ihre Unschuld beteuert, ist verhüllt. Kommandeur Gulban aber, der die Hinrichtung leitet, hat das Gesicht schon unverhüllt gesehen – bei einer Dinnerparty kurz vor Kriegsausbruch im Haus des Befehlshabers Gargarai in Masar-i-Scharif. An jenem Abend, sagt Gulban, sei kein Taliban-Auge trocken geblieben und auch kein Whisky- und kein Wodka-Glas.

ENRICO DAGNINO / BLACK STAR

Taliban-Kommandeur Gulban
Prostituierte gesteinigt

13. Oktober

Um 6.30 Uhr verfehlte gestern eine F-18 Hornet der Marine ihr Ziel und warf eine 2000 Pfund schwere GPS-gesteuerte Joint Direct Attack Munition in einem Wohngebiet nahe dem Kabuler Flughafen ab. Das ursprüngliche Ziel war ein Militärhubschrauber, der etwa eine Meile von dem tatsächlichen Ziel entfernt stand.

(Pressemitteilung des Pentagon)

Lehrer Nimatullah, 40, hat Masar-i-Scharif am 13. Oktober verlassen. Sein Haus war am Vortag abends zwischen 20.30 und 21.00 Uhr zerstört worden. Er selbst saß mit 12 bis 13 anderen Männern in der Hujra, dem Versammlungsraum, einige hundert Meter von seinem eigenen Haus entfernt, als die Luftangriffe begannen. Alle rannten ins Freie, doch es war kaum etwas zu sehen in der Nacht. Zudem war überall dichter Rauch. Erst nach 30 bis 40 Minuten kam jemand mit einer Laterne. Eine Reihe von Häusern war stark beschädigt, darunter auch Nimatullahs Haus.

Das Dach fehlte fast vollständig. Sein Sohn Nevidullah, 5, hatte überall Schnittwunden: am Bein, am Oberkörper, am Arm. Nimatullah und seine Familie rafften all ihr Hab und Gut zusammen und flüchteten. In den Tagen vor der Flucht, sagt Nimatullah, sei ständig gekämpft worden. Doch offensichtlich habe keine Partei Geländegewinn gemacht. „Es ging immer hin und her: Mal rückten die einen vor, dann die anderen. Geschossen wurde Tag und Nacht."

Nimatullah will erst zurück nach Afghanistan, wenn das Regime weg ist. „Ich durfte keine Mädchen mehr unterrichten: Es ist schrecklich, was sie tun", sagt er. „Alles wird verboten: die Meinungsäußerung, die Musik, jede Form der Unterhaltung."

* Bei Chaman.

15. Oktober

Wir machen Fortschritte in unseren Bemühungen, die Voraussetzungen für kontrollierte Anti-Terror-Operationen innerhalb Afghanistans zu schaffen. Viele, wenn nicht die meisten Afghanen, so glaube ich, wollen mit den Taliban nichts zu tun haben, die ihr Land in eine Terrorbasis verwandelt haben, während sie selbst hungern müssen.

(Donald Rumsfeld vor der Presse im Pentagon)

Malang, 35, ehemals Mehlhändler auf dem Markt in Stalif bei Kabul, berichtet: „Die örtlichen Mudschahidin-Kommandeure wurden getötet, als die Taliban anfingen, unseren Ort mit Bombenflugzeugen und Artillerie anzugreifen." Malang hatte mehr als fünf Jahre lang gegen die Taliban gekämpft. Heute sagt er: „Das sind Feinde des Volkes, keine Muslime. Die verbünden sich mit Fremden und stehlen uns unsere Freiheit." Malang ist mit seiner Frau und fünf Kindern geflüchtet. Zehn Tage im Monat verbringt er an der Front, zehn Tage im Lager. Er wurde achtmal verwundet. „Aber solange ich noch eine Kalaschnikow in die Hand nehmen kann, werde ich gegen die Taliban weiterkämpfen."

Wahidullah, 28, aus Jalalabad verließ seine Heimatstadt aus Angst vor den Angriffen, zwei Tage nachdem die Bomben der Amerikaner sein Haus zerstört hatten. Sie suchten Schutz in Höhlen, als die Bomben zu fallen begannen. Dann marschierten sie zwei Tage lang bis zur pakistanischen Grenze.

THOMAS GRABKA

Mehlhändler Malang
„Die Taliban sind Feinde des Volkes"

Wahidullah ist Anhänger der Taliban. Osama Bin Laden ist unser Freund, sagt er, und alle Umstehenden nicken. „Er führt den gerechten Krieg gegen die Ungläubigen und gegen Amerika." Der Krieg in Afghanistan soll zwar aufhören, aber nicht der Krieg gegen die Ungläubigen. „Bin Laden ist ein guter Mann, der Kampf wird bis zum gerechten Ende geführt." Er

Werbeseite

Werbeseite

THOMAS GRABKA

Lager Anaba im Pandschir-Tal: *Millionen Afghanen brauchen Hilfe, um durch den Winter zu kommen*

sagt, Mitleid mit den Opfern von New York habe er nicht.

17. Oktober

Am Dienstag haben wir zwölf Zielgebiete angegriffen. Dabei kamen 90 bis 95 Flugzeuge zum Einsatz. Bei den Angriffen wurde auch ein Lagerhaus des Roten Kreuzes getroffen, in dem Hilfsgüter lagerten. Dieses Lager befand sich zwischen einer Reihe von Zielen, die wir als Waffenlager der Taliban identifiziert hatten. Wir haben aber auch wieder 53 000 Tagesrationen Lebensmittel abgeworfen. Damit haben wir jetzt insgesamt 400 000 Pakete verteilt.

(Konteradmiral John Stufflebeem vor der Presse im Pentagon)

In dem Dorf Khudikhar nahe der Grenze nach Pakistan macht sich der Student Mohammed Rassool auf den Weg, ein flusenbärtiger junger Mann in Dschallaba und Sandalen. Mohammed will sich als Gotteskrieger registrieren lassen. Doch in der Provinzhauptstadt Jalalabad wird er abgewiesen. In Kabul erfährt er, die Taliban hätten schon Kämpfer genug. Mohammed, 20 Jahre alt, Koranstudent, beschließt daraufhin, seinen Beitrag auf andere Weise zu leisten – er flieht über die Berge nach Peschawar in Pakistan. Dort wirbt er seither an einem Stand mit Osama-Bin-Laden-Fotos um Spenden für den Heiligen Krieg.

Es ist ein schöner Morgen in Kabul, blauer Himmel, und Islam Din ist auf dem Weg zu seinem Laden. Er hört Flugzeuge, aber er hat oft Flugzeuge gehört. Verstecken kann er sich ohnehin nicht. Es gibt keine Bunker und kaum Keller. Er geht weiter, durch leere Straßen. Als er das Zementdepot der Stadt passiert, hört er eine Rakete, aber er hat oft Raketen gehört. Dann brennen sein linkes Bein, sein linker Arm und sein Gesicht.

Jetzt liegt er im Mashal-Medical-Center in Peschawar in Pakistan. Sein Bein ist verbunden, sein Arm auch. Und im Gesicht sieht man die Brandspuren. Auf seinem Nachttisch steht ein kleines Radio, über ihm dreht sich ein Ventilator.

Islam Din, 50, ist ein doppeltes Opfer dieses Krieges geworden: Gesundheit und Einkommen sind hin. Er will nach Laghman gehen, wo er ein bisschen Land hat, von dem er sich und seine Familie ernähren kann. So entwickelt sich Din eine Stufe zurück, vom Händler zum Selbstversorger.

So geht es nun vielen in Afghanistan, einer Gesellschaft in Regression: Wer Händler war, wird Selbstversorger. Wer Selbstversorger war, wird Hilfsempfänger. Wer Hilfsempfänger war und in entlegenen Regionen lebt, könnte bald zum Hungernden werden.

Viele Geschäftsleute machen es wie Islam Din. Sie schließen ihre Läden, fliehen aufs Land oder über die Grenzen. Das öde Kabul verödet weiter.

Wann wird sich das wieder ändern? Din reißt die Arme hoch und hebt den Blick. Er meint nicht, das könne nur Allah wissen, sondern er meint, dass dies von den Bombern abhänge.

Das Land ist mehr und mehr auf Hilfslieferungen angewiesen. Das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) schätzt, dass 7,5 von 21 Millionen Afghanen Hilfe brauchen, um durch den Winter zu kommen.

Es ist kein Problem, die Städte zu versorgen, solange man nicht fürchten muss, dass die Bomben in den Lagerhäusern einschlagen, wie bislang zweimal geschehen.

19. Oktober

Ob die Lebensmittelknappheit in Afghanistan eine Folge der Bombenkampagne ist, das würde ich eher für eine politische Frage halten. Soweit ich weiß, tut unsere Regierung alles, was sie kann, um die Hilfsorganisationen zu ermutigen, damit sie den Bedürftigen hilft. Nach allem, was ich dazu erfahren habe, sind aber die Taliban bemüht, die Hilfsorganisationen daran zu hindern, ihren Aufgaben nachzukommen.

(Konteradmiral John Stufflebeem vor der Presse im Pentagon)

Frühmorgens schwärmt eine Taliban-Truppe in Wality aus, einem Dorf aus 30 Häusern in der Ghazni-Provinz. Sie wollen Soldaten rekrutieren. Familien, die keine armeeverwendungsfähigen jungen Männer haben, müssen zahlen. Wer sich weigert, riskiert die Liquidierung.

Weil er seinen Sohn nicht hergeben will und auch kein Geld hat, um sich freizukaufen, flüchtet der Bauer Sayid Haider mit seiner Familie in die Berge. Doch die Flucht wird bemerkt. Die Taliban eröffnen das Feuer. Sayid Haiders zehnjährige Tochter wird von einer Kugel am linken Bein getroffen. Vier Tage und drei Nächte sind sie unterwegs nach Ghazni. Dort nehmen sie den Bus zur pakistanischen Grenze.

Sayid Haider sagt: „Es war Rache, sie wollten uns dafür bestrafen, dass wir nicht auf ihrer Seite stehen. Und wer nicht für die Taliban ist, der ist in ihren Augen für die Amerikaner und damit ein Volksfeind."

Radigul Rabi, 25, aus Tarin Kowt im Süden der Provinz Oruzgan, sitzt zu Hause und füttert ihren Sohn Hamidullah aus einer Milchflasche.

Der Kleine ist unruhig, er schreit. Seit 21 Uhr wird die Stadt bombardiert, es ist der erste Angriff auf Tarin Kowt seit Beginn der US-Luftschläge gegen Afghanistan. Die übrigen Kinder, die Söhne Aminullah, 8,

DERMOT TATLOW

Student Mohammed Rassool
Spenden für den Heiligen Krieg

Werbeseite

Werbeseite

und Rahimullah, 3, sowie die Töchter Nurjana, 6, und Gulfea, 4, schlafen schon.

Insgesamt vier Angriffe fliegen die Amerikaner in dieser Nacht auf Tarin Kowt. Radiguls Ehemann, der Bauer Fazal Rabi, 32, ist wegen des Bombardements noch nicht vom Abendgebet aus der Moschee zurückgekehrt.

Im Osten des Stadtteils Tori unterhalten die Taliban ein Militärcamp. Das Haus von Fazal Rabi liegt im Westen von Tori.

Kurz nach 23 Uhr schlägt eine verirrte Rakete in der Siedlung ein, in der Rabis Haus steht. Die Mauern ihres Hauses fallen zusammen, das Dach stürzt ein. Fazal Rabis Frau und seine Kinder werden von den Trümmern begraben.

Der einjährige Hamidullah überlebt mit schweren Kopfverletzungen. Radigul hat Dutzende Granatsplitter im Leib, ihr rechter Arm ist mehrfach gebrochen, das Gesicht schwer verwundet – das rechte Auge ist blind. Aminullah, Rahimullah, Nurjana und Gulfea sind tot.

SHAMIL ZHUMATOV / REUTERS

Hungernde in Nordafghanistan: *Überall Chaos*

21. Oktober

Das Verteidigungsministerium gibt die Namen der zwei Soldaten bekannt, die am Freitag bei dem Hubschrauber-Unglück in Pakistan getötet wurden. Es handelt sich um Stabsunteroffizier John J. Edmunds Cheyenne und den Obergefreiten Kristofer T. Stonesifer aus Missoula, Montana. Die zwei Ranger waren Insassen eines Blackhawk-Helikopters, der die Operation „Dauerhafte Freiheit" unterstützte.

(Aus einem Kommuniqué des Pentagon)

Abdullah, 45, Händler aus Kabul, ist in die Provinz Kapisa geflüchtet. Er will hier erst mal abwarten, bis die Nordallianz die Hauptstadt erobert. Abdullah sagt: „Die Taliban verhalten sich vor allem gegenüber Tadschiken nicht menschlich. Mich haben sie einen Monat lang eingesperrt und erst gegen Zahlung eines Schmiergeldes in Höhe von 2000 Dollar wieder freigelassen. Wenn du aus dem Norden von Afghanistan stammst, wirst du von den Taliban erpresst."

Am Tag, als der Student Izzatullah, begleitet von elf weiteren Männern, im Bezirk Jaji nach Afghanistan eindringt, ist der Krieg zwei Wochen alt. Izzatullah, Sohn des früheren afghanischen Erziehungsministers Haji Din Mohammed, ist auf einer gefährlichen Mission. Seite an Seite mit seinem Onkel Abdul Haq, dem Hoffnungsträger der US-Regierung, schleicht er sich in die alte Heimat, um ein Netzwerk gegen die Taliban knüpfen zu helfen. Fünf Tage nach der Einreise wird Izzatullah zusammen mit Abdul Haq verhaftet und im Dorf Riskor bei Kabul hingerichtet. Sein Leichnam wird, wie jener Abdul Haqs, von den Taliban an Verwandte übergeben und von denen dann in aller Eile am afghanischen Stammsitz der Familie in Surkhrud verscharrt. Izzatullah ist am Tag seines Todes 21 Jahre alt. Er hinterlässt eine Frau und zwei kleine Töchter – sieben Monate und zwei Jahre alt.

22. Oktober

Die Amerikaner, die sich an dieser Operation beteiligen, sind ein harter und stolzer Haufen. Sie kämpfen für eine gerechte Sache.

(Donald Rumsfeld vor der Presse im Pentagon)

Rahim Shah ist gewissermaßen vom Fach. Als er ans Fenster seiner Wohnung im 6. Stock eines Wohnsilos im Kabuler Außenbezirk Microrayon tritt, weiß der ehemalige Pilot der afghanischen Armee sofort, was los ist. Er sieht Flammen nahe beim Flughafen hochschlagen, er riecht verbrannten Sprengstoff. Die amerikanischen Bomber waren da. Rahim Shah hat Militärhubschrauber geflogen für die afghanischen Kommunisten, später für die Mudschahidin und dann für die Taliban. Jetzt ist er Zivilist und sieht, wie der Krieg eskaliert. Er sagt, mit dem leidenschaftslosen Ton des Berufsoffiziers: „Die Mission der USA wird militärisch erfolgreich enden. Aber der Preis wird sehr hoch sein. Nach den Luftschlägen kommt der Guerrillakrieg."

DERMOT TATLOW

Beinamputierter Junge*

„Geschossen wurde Tag und Nacht"

23. Oktober

An diesem Wochenende wurden zwei Zielobjekte verfehlt. Am Samstag traf eine F-14 der Marine ihr Ziel nicht, stattdessen warf sie zwei 500-Pfund-Bomben in ein Wohngebiet nordwestlich von Kabul. Entschuldigung. Am Sonntag verfehlte eine F-18 Hornet ihr Ziel und warf versehentlich eine 1000-Pfund-Bombe auf ein offenes Feld bei Herat ab, in einem Gebiet nahe einem Altersheim. Unsere Ziele sind das Militär und al-Qaida. Aber es gibt natürlich auch unbeabsichtigte Schäden. Obwohl sie nach allem, was wir sehen, extrem begrenzt sind.

(Pentagon-Sprecherin Victoria Clarke vor der Presse im Pentagon)

Es gibt viele Gründe, warum der ehemalige Psychologie-Professor Faruk Ghulam aus Kabul den Taliban nicht traut. Ghulam ist ein echter Afghane, 40 Jahre alt, obwohl er sagt, er sei 62, weil der afghanische Kalender seine eigene Zeitrechnung hat. Ghulam und seine Freunde, Akademiker zumeist aus dem Hauptstadt-Bezirk Kart-i-Naw, Apotheker, Geschäftsleute, Geheimdienstler, Ministerialbeamte, hatten ihre goldene Zeit unter dem letzten Kommunisten-Zar Nadschibullah.

Seitdem sind sie aus dem Zentrum der Gesellschaft herausrotiert. Taxifahrer geworden oder arbeitslos. Jetzt sehen sie, wie die Taliban und die mit ihnen assoziierten Araber, die heimlichen Herren des Landes, das Land als Geisel genommen haben. Wie sie, ständig in Bewegung, den Luftangriffen ausweichen und zunehmend in Moscheen und Schulen Unterschlupf finden. Die Dörfler, sagt Ghu-

* Im Hayatabad-Krankenhaus in Peschawar.

Werbeseite

Werbeseite

DERMOT TATLOW

Helikopter-Pilot Rahim Shah
„Der Preis des Sieges wird hoch sein“

lam, wollen das nicht. Doch sie müssen sich beugen.

25. Oktober

Das Verteidigungsministerium hat die Vermutung geäußert, dass das afghanische Volk vergiftet werden könnte, und zwar als Folge der Tatsache, dass die Taliban sich der Lebensmittel bemächtigen, die wir über Afghanistan abwerfen.

(Ari Fleischer, Sprecher von US-Präsident George W. Bush, in einer Pressekonferenz im Weißen Haus)

Wenn Ghulam Rassool sich auf den Weg macht nach Pakistan, dann ist das keine Flucht wie jede andere in diesen Kriegstagen. Der mächtige Usbeke in der hellbraunen Dschallaba ist Abschnitts-Kommandeur der Taliban-Milizen an der Nordfront, in der Provinz Jowzjan. Offiziell. Inoffiziell ist er seit vier Jahren Mitglied einer in Peschawar siedelnden Oppositionsbewegung, die es sich zum Ziel gemacht hat, die Taliban zu stürzen und eine Mehrparteien-Demokratie einzuführen. Rassool weiß, dass er mit seinem Leben spielt, wenn er über die Grenze geht, um sich mit seinen Hintermännern zu beraten. Er war dabei, als sein Kollege, der Taliban-Offizier Mohammed Ibrahim, in Tapa Shah, in der Provinz Baghlan, wegen Hochverrats hingerichtet wurde. 18 Männer hat Rassools Organisation inzwischen durch Exekution verloren.

Doch der Kommandeur lässt sich davon so wenig einschüchtern wie von dem Vorwurf, er verrate seine Soldaten, wenn er mit dem Herzen auf der anderen Seite sei. Er sagt, er sei bereit, für die Einheit der afghanischen Nation alles zu opfern – auch seine Kämpfer.

29. Oktober

Wir wissen, dass es den Sieg nicht umsonst gibt. Krieg ist hässlich. Er verursacht Elend, Leid und Tod. Und tapfere Leute geben ihr Leben für diese Sache, und selbstverständlich können auch Unschuldige mit ins Feuer geraten.

(Donald Rumsfeld vor der Presse im Pentagon)

Zum letzten Mal geht Doktor Mohammed Shafi seinen Weg. Er ist seit zehn Jahren Internist im Wazir-Akbar-Khan-Hospital in Kabul. Er liebt seinen Beruf. Bis zum Beginn der Bombenangriffe, so sagt er, sei alles normal gewesen. Was man eben normal nennt in einem Land, das seit 22 Jahren im Krieg ist. Jetzt aber gibt es von abends halb neun bis früh um fünf keinen Strom mehr, auch kein Licht zum Operieren. Und das Krankenhaus soll geräumt werden, für Kriegsopfer. Nur Chirurgen sind noch gefragt. In seiner letzten Nacht im Dienst sieht Doktor Shafi, wie 20 Opfer eines Bombenangriffs eingeliefert werden. Die Chirurgen machen sich an die Arbeit. Im Morgengrauen flieht Shafi über die Grenze nach Pakistan.

30. Oktober

Wir haben die Luftwaffe der Taliban zerstört, wir haben ihre Flugfelder und ihre Luftabwehrsysteme außer Gefecht gesetzt, ihre Kommandostrukturen dramatisch gestört und ebenso ihre Befähigung, mit ihren Truppen zu kommunizieren. Dies ist ein fortwährender Prozess der Unterminierung und letzten Endes der Zerstörung des Taliban-Regimes als ernsthafte Bedrohung für das eigene Land und für die ganze Welt.

(Der britische Premierminister Tony Blair vor dem Parlament von Wales)

AFP / DPA

Angriff auf Wasir Abad bei Kabul: *„Die größte Ruine der Welt“*

Als Mahmood Eqbal, 29, Mitarbeiter von Terre des Hommes, kürzlich in Kabul war, fand er seine Heimatstadt auf den ersten Blick nicht stark verändert vor. Er sah Ruinen, aber Ruinen hatte er hier immer gesehen. Er sah weniger Autos, weniger Menschen auf den Straßen. Ansonsten schien das Leben tagsüber normal zu sein.

Um neun Uhr abends ist Sperrstunde in Kabul. Dann bricht die totale Dunkelheit aus. Die Menschen sitzen in den Häusern, und wenn die Bomber kommen, bleiben sie sitzen und beten. Sie schlafen kaum noch. Am Tag zittern sie vor der Nacht. Es gibt nichts zu tun in dieser Stadt.

Ein Junge sortiert in einer Niederlassung von Terre des Hommes schweigend Schuhe, nach Größe, nach Farbe, immer wieder neu und stundenlang. So bringt er Ordnung nicht nur in die Schuhe, sondern auch in sein Leben. Er hat im Krieg ein paar Dinge gesehen und erlebt, die Kinder auf keinen Fall sehen sollten. 90 Prozent der Kinder in diesem Land haben mitbekommen, dass wenigstens ein Familienmitglied umgebracht wurde.

Anfangs hätten es die Leute ganz in Ordnung gefunden, dass die Taliban eins aufs Dach kriegen, sagt Eqbal. Dann mussten sie feststellen, dass es oft die eigenen Dächer sind, die von Bomben durchschlagen werden. Seitdem hielten sie wieder zu den Taliban.

Niemand aber wolle, sagt Eqbal, die Nordallianz. Das seien die Leute, die Kabul einst in die größte Ruine der Welt verwandelt hätten.

Eqbal ist einer der 99 in Afghanistan verbliebenen Mitarbeiter von Terre des Hommes. Bei der letzten Einreise haben ihm die Moralwächter von den Taliban 30 000 US-Dollar Spendengeld abgenommen – Geld, das Terre des Hommes dringend braucht. Die Organisation hat letztes Jahr 84 000 Frauen in Fragen der Geburtsvorbereitung, -nachsorge oder -verhütung beraten.

Terres des Hommes betreut auch einjährige Kinder, die an Marasmus leiden, an Frühvergreisung infolge von Mangelernährung, kleine Knochenhaufen, die von Helfern mühelos auf einem Handteller balanciert werden. An die 400 000 Kinder im Land werden voraussichtlich in diesem Jahr an Hunger sterben.

5. November

Gestern haben wir in fünf Zielgebieten zugeschlagen, darunter Tunnel- und Höhlenkomplexe der Taliban, außerdem gegen Taliban-Streitkräfte, hier vor allem gegen solche, die gegen die Nordallianz in

Stellung gegangen sind. Zum Einsatz kamen 75 Kampfflugzeuge, von denen 60 von Flugzeugträgern abhoben, des Weiteren 10 Langstreckenbomber, bei den restlichen Maschinen handelte es sich um landgestützte taktische Jets.

(Konteradmiral John Stufflebeem vor der Presse im Pentagon)

Akram Karimi, 70, ist seit dem 31. Oktober in Peschawar. 1952 begann seine Karriere als Schauspieler noch in der Zeit der Herrschaft von König Zahir Schah. Er spielte in 26 Filmen mit und leitete später als Direktor die Produktionsfirma Seena Ma-Pumeer-Shafaq. „Einst war Kabul die Hauptstadt der Musen“, sagt er. „Überall gab es Kabaretts, Theater und Kinos.“ Für ihn persönlich war die Zeit unter Mohammed Daud, der sich 1973 in Kabul an die Macht putschte, die „beste Zeit meines Lebens“. Nie sei das Leben in Afghanistan „von einer größeren Leichtigkeit erfüllt“ gewesen. Erst mit dem Einfluss der Sowjets, der Invasion und dem Beginn des Mudschahidin-Widerstands sei es „immer härter geworden, bis es zuletzt unerträglich“ war.

Akram Karimi spielte in vielen Kultur- und Historienfilmen mit und sagt, er sei ausgesprochen populär in Afghanistan gewesen. Als die Taliban an die Macht kamen, ist für Karimi „die Welt zusammengebrochen“. Als „Repräsentant der Dekadenz und Verdorbenheit“ hätten sie ihm sofort Berufsverbot erteilt und seine Villa konfisziert. Seitdem ließen ihm die Taliban keine Ruhe, zweimal wurde er verhaftet, einmal für drei Monate und einmal für acht Tage. Ein paar Ersparnisse wurden

DERMOT TATLOW

Lehrer Maulam Karim Khan
„Die Opfer von New York tun uns Leid“

ihm gelassen, so dass er sich mit der Hilfe von Nachbarn und Verwandten über Wasser halten konnte.

Karimi sagt: „Es gibt keine Erinnerung mehr an mein Schaffen. Alles ist zerstört: Mit den Filmen und der Musik haben sie auch den Menschen das Lachen, die Kultur und letzten Endes auch das Leben genommen.“ Nie hätte er sich etwas Schrecklicheres denken können als die „Tyrannei dieses mittelalterlichen Regimes“.

Am 28. Oktober wurde auch die Stadt Mukrayan Char, in der Karimi lebte, bombardiert. Kharimi war mit seiner Frau Maria Kharimi, 40, und den fünf Kindern im Haus, als die Einschläge erfolgten. Das Haus wurde von Bombensplittern durchsiebt. Aus dem Nachbarhaus sah Karimi zwei schwangere Frauen in Panik fliehen. Überall herrschte Chaos, Kharimi versuchte, ihnen zu helfen, und brachte sie zum Mulali-Krankenhaus. Später erlagen sie dort ihren Verletzungen. Als er zurückkehrte, war seine eigene Frau Maria gestorben. Mit seinen fünf Kindern schlug er sich durch nach Pakistan.

7. November

Wir haben die Special Forces, die uns dabei helfen, unsere Luftschläge zu präzisieren. Die reiten auf Pferden in den Kampf gegen Panzer. Diese Burschen sind aggressiv. Die tragen den Krieg zu unseren Feinden.

(General Peter Pace vor der Presse im Pentagon)

Als Maulam Karim Khan um vier Uhr morgens Kandahar für vielleicht immer verlässt, mit Frau, Tochter und zwei Söhnen, hat er 26 Bombennächte hinter sich. Er bezahlt 50 Dollar für ein Taxi nach Kabul, zwei Drittel seines Monatsgehalts als Lehrer. Von Kabul will er weiter, nach Pakistan. Gegen elf Uhr morgens erreicht er Jhanda und sieht, dass die dortige Radaranlage der Taliban zerstört worden ist. Im Dorf läuft die Beerdigung eines elfjährigen Mädchens, das bei dem Beschuss getötet wurde. Khan kondoliert und fährt weiter. Sieben Tage zuvor sind der Mechaniker Abdul Hamid Khalji und 19 weitere Mitglieder seines Stammes, die aus Angst vor den Bomben im Freien kampierten, nahe der Stadt Daman einem Angriff zum Opfer gefallen. „Einige der Toten waren von Schrapnellen in Stücke gerissen“, sagt Khan. „Die Opfer von New York tun uns Leid.“ Er weiß vom Angriff aufs World Trade Center, der die Welt verändert hat, nur aus dem Radio. Er sagt: „Es wurden unschuldige Menschen getötet. Aber wenn Osama Bin Laden schuldig ist, warum legen die USA dann keine Beweise vor?

Uwe Klussmann, Susanne Koelbl, Dirk Kurbjuweit, Walter Mayr, Thilo Thielke, Erich Wiedemann

SHAMIL ZHUMATOV / REUTERS

Stellung der Nordallianz: *„Selbstverständlich können auch Unschuldige ins Feuer geraten“*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

NIGERIA

Stunde der Eiferer

Radikale Muslime führen in Teilen des Landes die Scharia ein und gefährden den Fortbestand von Afrikas volkreichstem Staat.

Am Tag der Terrorattacke auf die USA griff Olusegun Obasanjo zum Telefon. Der Präsident rief am 11. September jene Gouverneure an, bei denen „etwas passieren könnte“: Denn in weiten Teilen Nigerias vergiften Spannungen das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen, seit ein Drittel der 36 Bundesstaaten offiziell die Scharia eingeführt hat.

J. SCOTT APPLEWHITE / AP

Präsident Obasanjo, Gastgeber George W. Bush*
Partner gegen Terroristen

Die Provinzfürsten versicherten dem Präsidenten, sie hätten alles unter Kontrolle. Allerdings irrten die Gouverneure: Am 12. September gingen Christen und Muslime in der Stadt Jos mit Macheten und Benzinbomben aufeinander los – über 500 Menschen starben. Es folgten Unruhen in Kano und Kaduna; Kirchen und Moscheen gingen in Flammen auf; wieder kamen Hunderte um.

Obasanjo eilte ins Krisengebiet. „Wir fühlen uns hier nicht mehr sicher“, klagten ihm Christen in Kano. Sie hatten Zuflucht auf einem Militärgelände gefunden und bestürmten den Präsidenten: „Geben Sie uns ein neues Biafra“ – Biafra war der Name eines kurzlebigen christlichen Separatstaates, um den die Nigerianer in den sechziger Jahren einen Bürgerkrieg geführt hatten.

Nun bedroht der Konflikt zwischen den beiden Großreligionen erneut die Einheit von Afrikas volkreichstem Staat: Dabei könnte Nigeria seinen 117 Millionen Einwohnern mit seinem Ölreichtum ein annehmbares Leben sichern. Doch eine korrupte Elite, ethnische Auseinandersetzungen und eine Kette von inkompetenten

SAURABH DAS / AP

Unruhen in Nigeria: *Rufe nach Bin Laden*

Militärregimen haben das 1960 von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassene Land heruntergewirtschaftet.

Hoffnung war aufgekommen, als vor fast drei Jahren der ehemalige General Obasanjo demokratische Wahlen gewann. Der Christ aus dem Volk der Yoruba hatte auch im islamischen Norden viele Stimmen erhalten; und mit ihm wurde nach über 20 Jahren zum ersten Mal wieder ein Politiker aus dem Süden Staatsoberhaupt.

Doch bald schlugen die um ihre Pfründen gekommenen Nordnigerianer zurück. Mit einer Bewegung für die Einsetzung der islamischen Straf- und Werteordnung in überwiegend muslimischen Landesteilen setzten sie Obasanjo unter Druck. Die Pro-Scharia-Propagandisten säten Zwietracht zwischen den Religionen – und seit dem 11. September gewinnen Eiferer immer mehr Anhänger.

So marschierten vorigen Dienstag Hunderte muslimische Jugendliche durch die Straßen der Millionenstadt Ibadan. Sie schwenkten Transparente mit der Aufschrift: „Bin Laden ist unser Held.“ In Orten des islamischen Nordens protestierten

Koranschüler gegen die Bombenangriffe auf Afghanistan, überall zeigen Geschäftsleute und Taxifahrer Bilder von Bin Laden. Radikale Prediger rufen die Menschen auf, sich zum Heiligen Krieg bereitzuhalten. „Jeder Muslim sollte ein Osama Bin Laden sein“, verkündet der populäre Scheich Yakubu Musa.

Zum Verdruss des zur internationalen Anti-Terror-Allianz stehenden Präsidenten Obasanjo und zur Freude der Islamisten erwähnte Bin Laden ausgerechnet Nigeria in seinem Aufruf zum Krieg gegen die Ungläubigen: „Demonstrationen brachen aus von Indonesien bis Nigeria und Mauretanien. Sie offenbaren eindeutig die Natur dieses Krieges, der vor allem ein Religionskrieg ist.“

An der Heimatfront wollen Nigerias Religionskrieger Trunkenbolde mit Hilfe der Scharia zu gottesfürchtigem Lebenswandel zwingen. Prostituierte sollen von der Straße vertrieben, Diebe von ehrlicher Arbeit überzeugt werden. Übeltätern drohen drakonische Strafen: Ein Viehdieb war unter den Ersten, denen die Hand abgehauen wurde. Eine Minderjährige erhielt 100 Peitschenhiebe, weil sie vorehelichen Sex hatte. Zum Wochenende sollte eine geschiedene Frau als Hure gesteinigt werden.

Die Einführung der Scharia hat in Gusau, Hauptstadt des Bundesstaates Zamfara, auch das Straßenbild verändert. Muslimische Frauen dürfen nicht mehr auf Motorräder steigen oder neben Männern in Taxen oder Bussen Platz nehmen. Für sie wurden besonders gekennzeichnete Fahrzeuge eingeführt.

Dagegen sind Taxen und Motorräder der Christen weiterhin für beide Geschlechter offen; sie müssen allerdings durch Aufkleber als „christlich“ ausgewiesen werden. Gusaus christliche Taximotorräder-Vereinigung trifft sich sonntags abends vor der katholischen Fatima-Kirche zur Lagebesprechung. Ihr Vorsitzender, Ade Ademola, berichtet, bislang funktioniere der nach Religion getrennte Personentransport.

Wenn nur Muslime der islamischen Rechtsprechung unterworfen werden, wird das archaische System „milde Scharia“ genannt. Die hat Anfang November der Bundesstaat Kaduna eingeführt. „Wegen der schrecklichen Ereignisse“ sei ein solcher Kompromiss notwendig, erklärte der Gouverneur.

Ob die milde Form den Religionsfrieden zwischen Muslimen und Christen im Gebiet von Kaduna bewahren kann, ist fraglich. Im Februar 2000 hatte dort schon die Ankündigung, irgendwann die Scharia einzuführen, Unruhen mit 2000 Toten ausgelöst.

HANS HIELSCHER

* Am 2. November im Weißen Haus in Washington.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

JAPAN

Tag des Hundes

Japans Kaiserhaus hofft auf einen männlichen Thronerben, die krisengeplagte Wirtschaft danach auf einen Konsumrausch und Baby-Boom.

Die Nation jubelte. Auf den Straßen Tokios schwenkte das Volk Lampions, von Strommasten flatterte das Sonnenbanner; Kaufhäuser stellten hastig Porträts der Prinzessin in die Schaufenster: Ihre Kaiserliche Hoheit hatte der Nation einen Thronerben geboren.

Das war vor 41 Jahren bei der Geburt von Kronprinz Naruhito durch Michiko, der heutigen Kaiserin. Ein ähnliches Freudenfest soll sich bald wiederholen: Prinzessin Masako, 37, ist im neunten Monat schwanger. Doch anders als bei früheren kaiserlichen Niederkünften fiebert die Nation dem großen Ereignis diesmal in nervöser Stille entgegen.

Seit acht Jahren warten die Japaner auf den kaiserlichen Nachwuchs, von dem so viel abhängt: Denn sollte Masako einen männlichen Thronerben gebären, wären Nippons altmodische Hofgesetze erfüllt und das Überleben der ältesten Monarchie der Welt gesichert. Sollte dagegen ein Mädchen geboren werden, müssten die Politiker erneut über die weibliche Erbfolge nachdenken – diese Diskussion haben sie während Masakos Schwangerschaft taktvoll auf Eis gelegt.

Vor allem Nippons Medien halten sich derzeit patriotisch zurück. Seit der Hochzeit des Kronprinzenpaars 1993 hatte die Presse immer wieder ungeduldig über Anzeichen für eine Schwangerschaft Masakos gemunkelt. Hartnäckig hielten sich auch Gerüchte, wonach ein hochkarätiges Ärzteteam Nachwuchssorgen des Prinzenpaars mit den modernsten Mitteln der ärztlichen Kunst beheben sollte. Diesmal aber will niemand den Vorwurf auf sich ziehen, die Prinzessin unter Druck gesetzt zu haben.

Schließlich darf jetzt, so kurz vor dem ersehnten Ereignis, nicht noch etwas schief gehen – wie vor zwei Jahren: Damals entzückte die Zeitung „Asahi“ die Nation mit der Titelstory, dass Masako in anderen Umständen sei. Freudetrunken rechneten Ökonomen bereits die erhofften Folgen der Niederkunft für Japans flaue Konjunktur aus – eine Billion Yen (rund 18 Milliarden Mark) sollte danach durch einen Konsumrausch der Japaner in die krisengeplagte Wirtschaft fließen.

Doch wenige Tage später kam die bittere Enttäuschung: Nachdem Masako unter dem Blitzlicht der Pressefotografen zur Untersuchung ins Hof-Hospital gefahren worden war, diagnostizierten die Ärzte eine Fehlgeburt. Und die Presse, vor allem „Asahi“, wurde bei Hofe zum Teil für das Unglück verantwortlich gemacht.

Nun befolgen die Medien peinlich genau die Vorgabe des Kaiserlichen Hofamts, Masakos Schwangerschaft „leise“ zu begleiten. Ehrfürchtig berichten sie über bizarre Zeremonien, mit denen der Hof für einen gesunden Nachwuchs betet: Jeweils am Tag des Hundes – im Tierkreis symbolisiert dieses Zeichen sichere Geburt – musste sich Masako zweimal besondere Seidengürtel umlegen. Shinto-Priester hatten das kostbare Tuch zuvor gesegnet.

TV-Kameras sind bei den höfischen Riten nicht zugelassen. Denn in ihren Palastgemächern mitten im modernen Tokio lebt die Kaiserfamilie fast so zeitentrückt wie eh und je: Der Tenno baut Reis an und forscht über Fische; Kronprinz Naruhito vertieft sich in die Geschichte englischer Wasserstraßen des 18. Jahrhunderts, und sein Bruder, Prinz Akishino, grübelt über eine Hühnerart nach, über die er eine Doktorarbeit schrieb.

Natürlich eröffnet die Kaiserfamilie auch Sportfeste, besucht Altenheime und winkt dem Volk – stets freundlich lächelnd – zu. Was sie sonst macht, ist nicht so wichtig. Während ihrer 2600-jährigen Geschichte lebten Nippons Kaiser meist abgeschieden; die Macht übten andere aus. Auch nach der Nachkriegsverfassung von 1947 muss sich der Tenno in die Rolle als „Symbol des Staates“ fügen.

Kein Wunder, dass der Kaiserpalast junge, moderne Japaner kaum interessiert. Erst nach jahrelangem, hartnäckigem Werben willigte die bürgerliche Diplomatin Masako Owada 1993 in die Heirat mit Naruhito ein. Von der Harvard-Absolventin, die mehrere Sprachen – auch Deutsch – beherrscht, erwarteten vor allem westliche Medien drastische Reformen am Chrysanthemen-Thron.

Doch Masakos Posten hat eigene Gesetze, und die einstige Musterschülerin fügte sich huldvoll in ihre traditionelle Rolle: Zwar unterlief ihr bei der ersten ihrer seltenen Pressekonferenzen ein Malheur – sie sprach länger als Prinz Naruhito, die Hofbeamten waren entsetzt. Doch dann lernte sie schnell: Artig wandelt sie jetzt meist drei Schritte hinter ihrem Gemahl.

Bei der Erziehung ihres Neugeborenen dürfte Masako indes einigen Spielraum für eigene Initiativen haben. So wurde unter ihrer Schwiegermutter, Kaiserin Michiko, etwa die strenge Vorschrift abgeschafft, wonach Prinzen getrennt von ihren Eltern erzogen werden mussten. Zudem verfügte Michiko: Einmal am Tag sollte der kleine Naruhito vom Personal innig umarmt werden.

Was wird Masako wohl im kaiserlichen Kinderzimmer erneuern? Vor allem diese Frage werden zahllose Sondersendungen und Talkshows nach der Geburt hin und her wälzen. Dann wird die Zurückhaltung der Presse endgültig vorbei sein: Auf allen TV-Kanälen werden Schulfreunde von Masako ihre Rührung bekunden, und auch Naruhitos längst pensionierter Hof-Erzieher dürfte in die Studios geladen werden, um aus alten Zeiten zu plaudern.

Für einige Tage könnte die Nation dann ihre Dauer-Wirtschaftskrise vergessen. An der Tokioter Börse keimt schon Hoffnung auf: Die Aktienkurse von Herstellern für Säuglingsausstattung sind teilweise auf fast das Doppelte gestiegen. Die Branche hofft auf einen Baby-Boom – falls die Japaner ihrem kaiserlichen Prinzenpaar nacheifern.

WIELAND WAGNER

REUTERS

Kronprinz Naruhito, Prinzessin Masako
Einmal täglich innig umarmt

AFP / DPA

Kaiser Akihito, Ehefrau Michiko*
Fiebern in nervöser Stille

* Im Mai beim Besuch einer Kindertagesstätte in Tokio.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Was haben Sie da gedacht, Mr. Lucraft?

Der Portier des Londoner Auktionshauses Christie's, Kenneth Lucraft, 51, über die Versteigerung eines T-Shirts von Madonna

„Als mir die Kollegin aus der Textilabteilung diesen – zugegeben – nicht gerade glamourösen Drahtbügel mit T-Shirt in die Hand drückte, verstand ich zuerst nicht so recht, was das soll. Auch der Name des Labels, Catherine Malandrino, sagte mir nichts. Als ich dann aber erfuhr, dass es sich dabei um das Hemd handelt, das Madonna auf ihrer letzten Welttournee trug, war mir alles klar. Die Handschuhe trage ich nicht wegen des T-Shirts, weiße Handschuhe gehören zu meiner Uniform. Das Hemdchen ist übrigens gerade erst bei einer Charity-Auktion versteigert worden, für 9500 Pfund. Mich hat die Summe sehr gefreut, da das Geld an die Organisation CLIC geht, die sich um krebskranke Kinder kümmert."

Lucraft mit Madonna-Shirt

ADAM BUTLER / AP

SACHBUCH

Korkelnde Scherze

Was haben Weine und Frauen gemeinsam? Beide gehören, laut Autoren Michael Klonovsky und Uli Martin, „zur Kategorie der Genussmittel". Weil über Genuss gut zu parlieren ist, schrieben die beiden ihren „allen schönen Frauen und einer Reihe von Winzern" gewidmeten Ratgeber „Welcher Wein zu welcher Frau" – eine Kurzbeschreibung prominenter Weine und Damen, geordnet nach Herkunft und Milieu und illustriert von Stefanie Harjes. Leserinnen, die sich in der Titel-Frage am Wörtchen „zu" stören und finden, es hätte „mit" heißen müssen, können beruhigt sein: Die Autoren widmen diesem Unterschied ein ganzes Kapitel. Zwischendurch wollen Klonovsky und Martin auch mal böse Buben sein und mischen Herrenwitze unter ihren vorsichtshalber als „politisch unkorrekt" etikettierten Führer. Neben treffenden Frechheiten wie der Empfehlung Katja Flints als Begleiterin in heißen Gefilden, „weil als Weinkühler verwendbar", finden sich dann auch einige korkelnde Scherze. Die schaden dem Buch, das einiges Brauchbare enthält. Zum Beispiel den Hinweis darauf, dass der Gast es sich auch in guten Restaurants nicht gefallen lassen muss, beim Nachschenken auf den Kellner zu warten, weil die Flasche Wein schon durch die Bestellung in seinen Besitz übergeht. Das lohnt sich doch zu wissen.

Michael Klonovsky, Uli Martin: „Welcher Wein zu welcher Frau. Ein politisch unkorrekter Ratgeber". Hallwag Verlag, München; 120 Seiten; 35 Mark.

STEFANIE HARJES

Harjes-Illustration

INTERNET

Archiv des Schreckens

Das irakische Fernsehen – wie hat es am 11. September über die Anschläge in New York und Washington berichtet? Wie reagierten die Fernsehstationen in Japan und Russland auf das Ereignis? Und welcher der großen US-Sender hat als Erster über die Katastrophe berichtet? Das alles lässt sich seit kurzem im Internet besichtigen. Um die Filme ruckelfrei zu sehen, braucht man allerdings eine schnelle Internet-Anbindung. Unter der Adresse http://www.televisionarchive.org ist die komplette Film-Berichterstattung von 19 Sendern archiviert. Das Angebot ist kostenlos abrufbar, es richtet sich aber vor allem an Historiker, Lehrer und Studenten. Die Angriffe „sind jetzt bereits Teil der Geschichte", sagt eine Mitarbeiterin des Web-Archivs. „Es ist wichtig zurückzuschauen und zu sehen, was da passierte und wie die Leute reagiert haben."

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Diese plötzliche Idee

Warum sich ein Posträuber mit einer Unterhose tarnt

Herr Skammelsrud, ein unscheinbarer Mensch von mittlerer Statur, 47 Jahre alt und früh ergraut, steht am 9. Oktober 2001 vor Gericht. Herr Skammelsrud ist Norweger, seit seiner Geburt lebt er in der Stadt Bergen. Schon sieht er die Schlagzeile von „Bergensavisen“ vor sich, dem örtlichen Blatt, „Norwegens dümmster Räuber?“, Herr Skammelsrud verschränkt die Arme vor der Brust.

Ich beantrage, spricht der Staatsanwalt vor dem Hohen Gericht, eine Freiheitsstrafe von zehn Monaten. Ich anerkenne sehr wohl, dass der Fall, den wir heute verhandeln, ein sehr besonderer ist. Und dass es von großer Schwierigkeit sein wird, ein gerechtes Urteil zu finden. Doch Postraub bleibt Postraub und ist demnach ein Delikt, das streng geahndet gehört. Sagt der Staatsanwalt, Stein Erik Ottesen.

Herr Skammelsrud sitzt auf seinem Stuhl, er schweigt. Bleich und schmal rechnet er sich aus, was morgen in der Zeitung zu lesen sein wird, „Norwegens dümmster Räuber? Besoffen / Mit Unterhose maskiert / Name und Adresse der Ehefrau auf einem Zettel“.

Herr Skammelsrud sagt kein Wort.

Verfluchter Alkohol, verdammter Schnaps. Seit Jahren, immer wieder, zieht es ihn zum Gift, immer wieder konnte er von ihm lassen, nie für lange. Und jetzt ist er das Gespött von Bergen.

Es geschah vor einem Jahr, im Juli 2000. Die Ehefrau fuhr weg, machte Urlaub, eine ganze lange Woche lang, sie ließ ihren Mann allein, Stadtteil Dreggen. Herr Skammelsrud – und dies macht ihm die Sache speziell peinlich – war Lehrer von Beruf, teilte eine Stelle mit einer Kollegin. Zwar hatte sich Herr Skammelsrud auf die Tage gefreut, da er allein zu Hause wäre, liegen und aufstehen konnte, wo und wann es ihm gefiel.

Doch als es so weit war, Skammelsrud allein zu Hause, fehlte ihm Undefinierbares. Der Fernseher zeigte nur Schwachfug, am ersten Tag, am zweiten, alles Leben war fade, die Freunde arbeiteten oder waren weggefahren, selbst der gute Nachbar, Polizist von Beruf, war nicht zu entdecken, und das Unwohl wurde immer heftiger und dringender. Und so erstand sich Herr Skammelsrud, seit Monaten trocken, Höchstprozentiges, nippte zuerst mit Genuss, trank und trank und hatte plötzlich eine Idee.

Herr Skammelsrud, fragt jetzt der Richter, erinnern Sie sich an die Zahl der Flaschen, die Sie leer tranken?

Nein, sagt Herr Skammelsrud, ich erinnere mich an nichts. Nicht an die Zeit vor der Tat, nur schwach an die Zeit danach. Der Rest ist bei den Akten.

Betrunkener Posträuber in Norwegen verrät sich selbst

Oslo, 5. Okt. (Reuters) In Norwegen hat ein betrunkener Posträuber der Polizei selber den entscheidenden Tipp für seine Festnahme geliefert. Der 47-jährige Mann sei stark alkoholisiert und mit einer Unterhose über dem Kopf in eine Postfiliale gegangen und habe sie ausgeraubt, berichtete die norwegische Lokalzeitung «Bergensavisen» am Freitag. Den Angestellten der Postfiliale habe er einen Zettel mit der Aufschrift «Dies ist ein Überfall» gegeben. Auf der Rückseite des Papiers hätten der Name sowie persönliche Daten

Aus der „Neuen Zürcher Zeitung“

Am Freitag, dem 28. Juli 2000, um 11.19 Uhr, stand Herr Skammelsrud vor dem Postamt Dreggsallmenningen, im Zentrum von Bergen, er schwankte kaum. Zwei Angestellte waren im Raum.

Zeugin Hanne Kragh, erzählen Sie uns, was nun geschah.

Man muss wissen, sagt die Postangestellte Kragh, dass ich nicht gut höre. Ich kam eben von meiner Kaffeepause, hatte die Hörgeräte noch nicht angestellt, während der Pause schalte ich meine Hörgeräte aus, um Batterien zu sparen. Ich bemerkte dann einen Mann, sah ihn mir nicht genau an. Der Mann gab mir einen Zettel. Ich dachte, er will Geld abholen. Ich sah mir den Zettel an, auf dem Papier stand der Name einer Frau und deren Kontonummer, eine Bankquittung. Damals wusste ich nicht, dass ich eigentlich die Rückseite des Papiers hätte lesen sollen, wo geschrieben stand: Dies ist ein Überfall! Und plötzlich sagt mir meine Kollegin, die hinter mir steht, laut und deutlich: Gib ihm das Geld. Ich gab dem Mann das Geld, das wir in der Kasse hatten, 15 500 Kronen. Der Mann drehte sich und ging ganz langsam weg, und erst jetzt sah ich, dass sein Kopf in einer Unterhose steckte.

Die Polizei war schnell zur Stelle, sammelte Spuren, sicherte den seltsamen Zettel, den der Täter zurückgelassen hatte. Auf dem Papier standen Name und Adresse von Frau Skammelsrud, ein Bankbeleg. Denn Herr Skammelsrud hatte ihr, bevor sie in den Urlaub fuhr, 400 Kronen überwiesen.

Kein Fall von kriminalistischer Durchtriebenheit.

Der Nachbar des Herrn Skammelsrud, ein Polizist von sensibler Anlage, hielt es für eine Menschenpflicht, seinen Freund persönlich zu verhaften. Herrn Skammelsrud fand er in seinem Bett, er schlief, und als der Polizist ihn endlich wach hatte, begann Herr Skammelsrud zu weinen. Vermutlich habe er am Vortag ein Postamt überfallen, wimmerte er, denn als er heute Morgen ein Bild des komisch maskierten Räubers in der Zeitung gesehen und auf dem Durchlauferhitzer in der Küche einige tausend Kronen gefunden habe, sei ihm dies bekannt erschienen oder so.

Zu Fuß wanderten sie zum Polizeiposten.

Dieser Mann, holt nun der Verteidiger aus, ist ein Amateur. In den Kerker gehört er nicht. Dieser Mann braucht Hilfe, nicht Gefängnis. Spricht der Verteidiger, Frederik Verling.

Herr Skammelsrud schwieg. Er war bleich und schmal und kämpfte gegen die Tränen, als der Richter ein Urteil fand: Acht Monate Haft, sechs davon auf Bewährung, früheste Entlassung also nach 40 Tagen.

Herr Skammelsrud, möchten Sie noch etwas sagen?

Herr Skammelsrud wiegt das bare Haupt, er flüstert: So sehr schäme ich mich, dass ich mein Gesicht am liebsten verhüllte, mit irgendwas. ERWIN KOCH

THE POLICE, BERGEN

Posträuber Skammelsrud

Werbeseite

Werbeseite

MOBILMACHUNG

Die Olivgrüne

Früher hatte sie vor, die Bundeswehr abzuschaffen, jetzt trommelt sie in ihrer Partei für den Krieg. Die grüne Wehrexpertin Angelika Beer will ihrer Fraktion beibringen, dass der Feldzug in Afghanistan moralisch und vernünftig sei. *Von Barbara Supp*

Sie ist nicht blass geworden wie ihre Kollegen Kuhn, Schlauch und Müller, als die vom Kanzler gehört haben: Deutsche Soldaten ziehen in den Krieg. Ihr wird nicht schlecht, wenn sie Wörter hört wie „Sondereinsatzkräfte“ oder „Flottenverband“ oder „Spürpanzer Fuchs“. Sie kennt das doch alles, lange schon, und „ich wusste, dass es bald so weit sein wird“. Nein, sie war nicht schockiert, sondern dachte schnell, dass das „vertretbar“ sein würde, was Gerhard Schröder da plante, das „Ausmaß“ sei „richtig eingegrenzt“, und „unsere Leute verheizen“, das würden sie damit nicht.

Schön und gut, dass es noch Pazifisten gebe, „was wären unsere Partei und Gesellschaft ohne sie?“, sagt Angelika Beer, 44, die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag. Zwischen Fraktionssitzung, Sonder-Fraktionssitzung, Verteidigungsausschuss sitzt sie an diesem Mobilmachungs-Mittwoch in ihrem voll gestopften Abgeordnetenbüro und sagt solche Sätze, und es gibt Leute in ihrer Partei, auf die wirkt das wie Hohn.

Das ist dieselbe Frau, bei der „man lange Zeit den Eindruck hatte, dass ihr die friedlichen Lösungen wirklich am Herzen lagen“, sagt der pazifistische Grüne Winfried Hermann. Diejenige, bei der „einen jetzt das Grauen packt, wenn sie im Fernsehen spricht“, sagt Freyja Scholing, 88-jähriges Gründungsmitglied der Partei. Eine „Kriegstreiberin“ sei die Beer, das ist öfter zu hören, laut und aggressiv von militanten Autonomen, aber leise auch von Leuten in ihrer Partei.

Jetzt ist Krieg, da richten sich die Blicke sehr auf sie. Es geht um Glaubwürdigkeit, es geht darum, ob die Grünen diesen Krieg als moralisch erklären können und eingegrenzt und vertretbar, ob man dem grünen Außenminister und dem grünen Parteisprecher und der grünen Wehrexpertin folgen soll, die ihre Fraktion auf Militärkurs drängen. Oder ob Moral in diesem Fall hieße, die Koalition platzen zu lassen, nach drei langen Jahren und hässlichen Kompromissen. Und zu sagen: Das war’s.

Es sind fürchterliche Tage für eine Partei, die mal pazifistisch war. Es ist eine Zeit, in der Beer durch das Land reist und in Sälen und Nebenzimmern spricht: Ja, es sei

Verteidigungspolitikerin Beer bei Soldaten in Bosnien, Protest gegen den Afghanistan-Krieg (in Hamburg): *Ich weiß, dass ich nicht nur Freunde*

Krieg, ja, es müsse sein, nein, man dürfe nicht aufhören, Afghanistan zu bombardieren. Im Gegenteil: Sie sei am überlegen, müsse man dort nicht richtig mit Bodentruppen rein?

Sie sagt das wieder mal am ersten November-Wochenende, drei Tage vor jenem Moment, da der Kanzler zum ersten Mal von der Entsendung der 3900 Soldaten spricht. Die Niedersachsen-Grünen halten in Verden ihren Landesparteitag, und wenn Beer wissen will, wie die Basis denkt: Hier kann sie es erfahren. Sie ist als Gastrednerin da, und dass das „schwierig, sehr schwierig“ werden würde, hat sie vorher schon gewusst. Die sind nicht wie die Berliner. Die haben nicht diese Warnblinklampe im Hirn, die sagt: Staatsräson.

Die haben noch den Länderratsbeschluss im Kopf, nach dem Anschlag vom 11. September, mit dem die Partei den USA Unterstützung erklärt hat – vorausgesetzt, dass Amerika die Zivilisten schont. Und jetzt setzt das US-Militär B-52-Bomber ein und wirft Streubomben und hat keineswegs die Zivilbevölkerung geschont, jetzt wäre doch Zeit für den Aufschrei, finden die meisten Redner, oder etwa nicht?

Nicht wütend, nein, zunehmend verzweifelt treten sie ans Mikrofon, „dieser Krieg ist falsch“, sagen sie und fragen: „Ist es nicht manchmal besser, in der Opposition zu sein?“ Eine schickt einen scharfen Verweis nach Berlin: „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik, steht im Koalitionsvertrag – das habt ihr unterschrieben!“

Und Beer steht da vor 160 Delegierten, ziemlich allein wirkt sie, weit weg von dieser Basis, und warnt vor Pazifismus und Feuerpausen. „Der Dschihad kennt keinen Ramadan“, ruft sie, und wer für Bombenstopp sei, nütze bloß den Taliban: „Es gibt keine Alternative!“ Entschlossen, aber ein bisschen verstört stimmt man sie nieder. Man hat ja geahnt, dass sie so etwas sagen würde, aber seltsam ist es doch: Sie, die vor wenigen Jahren noch die Bundeswehr abschaffen wollte, und raus aus der Nato sowieso, jetzt geht sie weiter, viel weiter als die meisten Spitzen-Grünen, wie konnte das passieren?

„Es gibt keine Alternative“, ruft sie, „der Dschihad kennt keinen Ramadan!“

An einer Dorfstraße in Schleswig-Holstein, in der Nähe von Neumünster, steht ein grüner Polizeicontainer, Sicherheitszaun und Panzerglas schützen das Wohnhaus dahinter, eine Videokamera überprüft, wer am Tor vorspricht. Drinnen ist eine andere Welt. Es ist diejenige, aus der die Grünen gekommen sind, in den späten siebziger Jahren: Das Teegeschirr ist aus Ton und ruht in Weinkisten, die als Regale dienen. Der Plattenspieler ist von Dual und zum Abspielen echter Schallplatten da. Die Landkarte an der Wand zeigt Kurdistan, das Plakat gegenüber erinnert an die Ermordung des Dichters Victor Jara und an jenen 11. September 1973, an dem sich mit Hilfe der amerikanischen CIA die Hoffnung auf ein demokratisches Chile zerschlug.

Auf einem Sitzkissen hockt Angelika Beer und raucht und schiebt ein paar Fotos beiseite, sie zeigen sie selbst mit einem Uniformierten, der Soldat lacht freundlich, Beer lacht auch. Sie sitzt auf ihrem Flokati, trägt Blue Jeans wie damals, das Krauselhaar wie damals, lebt mit ihren zwei Katzen in ihrem Siebziger-Jahre-Museum und macht Militärpolitik. Und könnte sich eigentlich seltsam finden, sich und ihren Lebensweg vom Kind aus konservativem Hause zum Kommunistischen Bund und zur Wehrexpertin im Bundestag, aber sie sagt: „Wieso? Das war eine nette Zeit, damals. Ich habe beim KB viel gelernt.“

Ja doch, es war ein weiter Weg. Aus Lütjenburg stammt sie, der Vater CDU-Mann und Besitzer einer Reetfabrik; er starb früh, den Weg seiner Tochter nach links hat

habe, soll ich deswegen meine Meinung ändern?

ACTION PRESS (L.); MARCUS BRANDT / DDP (R.)

THOMAS GRABKA / ACTION PRESS

Grünen-Politiker Beer, Fischer*: *Die Partei auf Militärkurs bringen*

er nicht mehr erlebt. Mit 15 ist sie Waise, mit 16 verheiratet, mit 18 geschiedene Mutter eines Sohns. Anwaltsgehilfin hat sie gelernt und Arzthelferin, und dann gab es jemanden in der Nachbarschaft, der mit dem Kommunistischen Bund zu tun hatte, was aufregend klang und auch war. Sie war jünger als die meisten, aber voll dabei.

Es machte Spaß, am AKW-Bauzaun rütteln und den „Arbeiterkampf“ lesen, aber eine kleine K-Gruppen-Minderheit zu sein machte dann doch irgendwann keinen Spaß mehr. Als die Zeit der Ökologie anbrach, war sie mit Jutta Ditfurth, mit Thomas Ebermann und noch ein paar KB-Genossen als Gründerin mit dabei. Aber um Gottes willen nicht, um zu regieren, fand dieser linke grüne Flügel. Sondern um Sand im Getriebe zu sein.

Fast 15 Jahre ist das her, da zog sie als zweitjüngste Abgeordnete ins Bonner Parlament; ein neugieriges junges Wesen, das sich ausgerechnet den Verteidigungsausschuss aussucht, Feindesland, wieso? „Ich als Antimilitaristin“, sagt sie, ein bisschen grinsend im Rückblick, „ich musste ja wissen, was ich da abschaffen will.“ Ein ehrgeiziges Wesen. Fleißig auch. Akten liest sie, paukt Begriffe, „FüAk“ heißt „Führungsakademie“, „Einzelplan 14“ ist der Haushaltstitel für die Bundeswehr. Hat mit diversen Verteidigungsministern zu tun, Manfred Wörner, „der mich wohl nie ernst genommen hat“, Rupert Scholz, „von Anfang an unsympathisch“, später Gerhard Stoltenberg, ausgerechnet Stoltenberg, der war ein Freund ihres Vaters gewesen, den sie nicht leiden konnte, verächtlich konnte der sein, herablassend, na, was will sie denn, die kleine Beer?

Dann schließlich Volker Rühe, mit dem sie sich öffentlich streitet und inoffiziell gut verträgt. Immer öfter sehen ihre Grünen mit Misstrauen, wie sie mit ihm herumsteht und schwatzt, ihm Marmelade schenkt, und einmal sagt sie sogar, der sei „einer der fähigsten Politiker, die wir haben“. Was ist da passiert?

Es gibt diesen Sog des Expertentums, und anerkannt werden, das will sie unbedingt. Will den Kriterien der politischen Gegner genügen und den eigenen obendrein, anstrengend ist das, und ein ständiger Zwiespalt, und vielleicht muss in solchen Fällen die eine oder die andere Seite auf die Dauer verlieren?

Verlockend ist das Bescheidwissen in Echtzeit, das Teilhaben am exklusiven Wissen, und Parteifreunde erinnern sich, wie sie nun immer öfter geheimnisvoll tat. Da war diese Geschichte in Tirana, 1997: Deutsche Staatsbürger waren aus dem plötzlich kriegerischen Albanien zu evakuieren. Rühe plante einen verdeckten Einsatz, erzählt sie in einem Ton, der die Auszeichnung von damals noch nachschmeckt, „er wollte von uns das Go. Ich war diejenige, die das für unsere Fraktion bewertet hat, zugestimmt und die Klappe gehalten, bis die Aktion beendet war“.

Sie sitzt auf ihrem Flokati-Teppich, trinkt Tee und macht Militärpolitik.

Der Bundestag tagte während des Einsatzes und wusste von nichts. Abends kam der Anruf vom Verteidigungsministerium, „da hab ich ganz schön Luft geholt. Es hätte auch schief gehen können. Das war das erste Mal, dass ich direkt Verantwortung übernehmen musste, für Menschenleben. Die sind gegangen, weil wir das Go gegeben haben, weil wir gesagt haben: ja“.

Jetzt ist es wieder so weit, wieder geht es um Menschenleben, es geht darum, ob die Mehrheit der Grünen sagt: go. Sie hat sich gewöhnt ans Ja-Sagen, diese Mehrheit, unter Krämpfen und Schritt für Schritt.

Die Linken um Ebermann und Ditfurth sind lange schon weg. Geblieben sind Leute wie Daniel Cohn-Bendit, der 1993 schon für grüne Kriegsführung in Bosnien warb, und Joschka Fischer, der wenig später nachzog und das Regieren im Blick hatte: Bereits 1995 warnte er, dass man mit Forderungen wie nach dem Austritt aus der Nato „keinen Regierungspartner gewinnt“.

Angelika Beer redete noch 1996 öffentlich davon, dass man sich „die Bundeswehr sparen“ könne. Aber unter Debatten und Zweifeln schwenkte die Mehrheit auf Fischers Kurs, und Beer, erst langsam und dann immer schneller, schwenkte mit. Anfangs forderte sie noch, dass es Bundeswehreinsätze nur mit Uno-Mandat geben dürfe. Aber beim Kosovo-Krieg, bei dem es dieses Mandat nicht gab, machte sie trotzdem mit. Nur war das ja dann schon rot-grüne Politik.

„Das war unser Todesurteil“, sagt eine alte Frau in einem dämmrigen Wohnzimmer in der Nähe von Lüneburg, „die Koalition, das war unser Todesurteil.“ Freyja Scholing, 88, urgrünes, ökologisch gesinntes Gründungsmitglied, niemals sozialistisch, niemals fundamentalistisch gewesen, hat gerade ihren Austritt aus den Grünen erklärt, „wegen Afghanistan, wegen Leuten wie Angelika Beer. Dieser Krieg ist Wahnsinn. Das ist nicht mehr meine Partei“. Trifft das? Bringt das ins Grübeln? Fragt man sich da: Hab ich eigentlich Recht?

Sie bedaure das natürlich, sagt Beer, „aber ich weiß ja, dass ich nicht nur Freun-

* Mit Parteivorstandssprecherin Claudia Roth.

Werbeseite

Werbeseite

BACH & PARTNER

Friedensdemonstranten bei Rekrutengelöbnis*: *Den Protest findet sie „voll daneben“*

de habe, soll ich deswegen meine Meinung ändern?“. Sie weiß auch, dass man ihr übel nahm, wie sie 1999 beim Rekrutengelöbnis im Berliner Bendlerblock bei den Uniformierten stand, sie, die im Jahr zuvor noch zu „phantasievollen Demonstrationen“ aufrief. Wie sie auch noch demonstrativ klatschte, als ein paar halb nackte Störerinnen von Feldjägern vom Platz getrieben wurden – „voll daneben“ sei dieser Protest, hat sie damals erklärt. Es habe sich ja, so erläutert sie das, viel geändert in der Bundeswehr. Unter Rühe seien solche Gelöbnisse „als politisches Propagandamittel“ genutzt worden, das habe doch „erheblich nachgelassen“ unter Rot-Grün.

Sie hat jetzt neue Freunde, andere, bei ihren Nachbarn zum Beispiel, der in der Nähe stationierten 18. Panzerbrigade. Das sind „meine Soldaten“, von denen zurzeit welche in Mazedonien sind; sie freut sich schon, im Dezember kommen sie zurück.

Manchmal scheint es überhaupt, als seien die Uniformierten viel netter zu ihr als die Leute aus der eigenen Partei. Von den Soldaten kriegt sie gelegentlich Lob, kriegt sie Komplimente: Als sie 1999 ihr Konzept zur Bundeswehrreform vorgelegt hat, hat ihr der General a. D. Klaus Naumann seinen „Respekt“ ausgesprochen, und etliche Militärs fanden, ihrer sei „der mutigste Entwurf“. Für Soldaten ist sie so etwas wie eine Wehrbeauftragte, die schreiben ihr, wenn sie Sorgen haben: Welche Waffen sind für uns gefährlich? Wie kriegt man beim Bund seine vegetarische Ration?

Seit 1998 schon läuft sie durch ihre Partei und sagt, „das sind jetzt unsere Panzer, sind jetzt unsere Soldaten, geht hin in die Kasernen und redet mit ihnen“, aber die meisten wollen nicht recht, sie betrachten die Bundeswehr, und das stört die grüne Wehrexpertin, „als ob sie einfach nicht in diese Welt gehört“.

Manche gucken immer noch völlig entsetzt, wenn sie mit Soldaten zu tun haben – Antje Radcke war so ein Fall, im Kosovo-Krieg. Beer hat sie und ein paar andere Spitzen-Grüne einmal mitgenommen zu Scharping, zur Lagebesprechung. Radcke hat später ihren Horror beschrieben: wie sie da saß bei diesen Generälen und nicht fassen konnte, dass man mit ihr über echte Kriegsführung sprach – sie habe aufspringen und alles hinschmeißen wollen, ganz durcheinander sei sie gewesen, und zurück im Büro, habe sie erst mal ordentlich geweint.

Sie klatscht demonstrativ, als Feldjäger die Störer vom Platz vertreiben.

Beer weinte nicht, wieso auch? Das war nur „eine ganz normale Lage“; kein Grund, sich „wie im Kriegskabinett“ zu fühlen. Radcke, das hat sie kritisch beobachtet, hat die Bundeswehr „wie einen totalen Fremdkörper“ empfunden. Sie konnte das nicht nachvollziehen. Sie machte ja selbst jeden Tag ihre militärische Lage mit ihren Mitarbeitern, im Kosovo-Krieg. Um sich dann danach „zu positionieren“, wie sie sagt. Meistens positioniert sie sich so ähnlich wie Joschka Fischer. Mit leichter Distanz.

Eine tief empfundene Abwehr gegen Militärisches diagnostiziert sie bei den Grünen, dieser Partei der Zivildienstleister, und zwar selbst bei vielen, die wohl Ja sagen werden zur „Bereitstellung“ der deutschen Soldaten für diesen Krieg.

Sie ist diejenige, die an Fischers Seite die Fraktion auf Kurs bringen soll, die Olivgrüne, die das Prinzip Krieg so gut kennt. Noch ist nicht klar, ob sich die Gruppe der überzeugten Nein-Sager weiter anreichern wird durch weitere Zweifler, solche, die womöglich infiziert werden durch den wachsenden Pazifismus in der Republik. Es gibt Hinterzimmergespräche, Einzeltherapie und nicht nur Argumente, sondern auch reichlich Druck in der Fraktion.

Joschka Fischer sagt: Wir müssen, sonst machen die Amerikaner alles ohne uns, und wenn ihr nicht wollt, schmeiß ich den Bettel hin. Fritz Kuhn sagt: Wir müssen. Wir sind doch keine Schönwetterpartei. Angelika Beer sagt: Wir müssen. Wir können jetzt nicht den Kopf einziehen.

Früher sind ihr manche Zweifler schon deswegen gefolgt, weil sie sagten: Wenn sogar sie das sagt, die Linke, dann ist sicher was

THOMAS IMO / PHALANX

Wehrexpertin Beer*: *Respekt bei den Militärs*

* Oben: 1999 in Berlin; unten: mit Generalinspekteur Harald Kujat.

Werbeseite

Werbeseite

MARCO URBAN

Verteidigungsminister Rühe, Abgeordnete Beer (1997): *Sie schenkt ihm Marmelade*

dran. Das funktioniert nicht mehr. Ihre Sprache hat sich verändert. Sie redet, sagt einer, der ihr eigentlich wohl will, „als hätte sie ihr Leben lang nichts anderes getan, als militärische Einsätze zu planen“.

Ist so jemand noch links? Klar, sagt sie, sie kämpft ja weiter gegen Rassismus und für Menschenrechte. Sie hat die Demo am 9. November auf dem Terminplan. Sie betreibt ein Hilfsprojekt für Opfer von Rechtsradikalen. Sie setzt sich ein für Kurden, pflegt gute Kontakte zur türkischen Gemeinde. Sie tut weiterhin das, was eine gute Linke tun muss, und eine Zeit lang sah es so aus, als ließe sich das ganz gut kombinieren, das alte linke Leben und das neue olivgrüne. Aber das ist jetzt schwieriger geworden, bei diesem neuen Krieg.

Ein Gasthaus in Schleswig-Holstein, Timmendorfer Strand; ein Raum voller Männer, die wortreich auf Türkisch debattieren: Die IG Metall macht Fortbildung für türkische Betriebsräte, und die Abgeordnete Beer ist zu Gast. Ein Heimspiel, normalerweise, für die Linke, die Antirassistin Beer. Aber heute nicht.

Gerade hat die IG Metall öffentlich zum Bombenstopp in Afghanistan aufgefordert, seit Tagen, sagt einer der Betriebsräte, habe man sich darum bemüht. Und die Besucherin ist für diese Männer nun nicht mehr nur die geschätzte Antirassistin – sie ist Repräsentantin der ungeliebten deutschen Politik. Sie wollen Beweise gegen Bin Laden. Sie fragen, ob es für den Westen etwa gute und böse Terroristen, und ob es wirklich der Kampf gegen den Terror sei, der Amerika nach Afghanistan treibt – oder andere Interessen? Öl?

Beer sagt, dass es Beweise gebe gegen Bin Laden. Gute Beweise. Und was man denn hätte tun sollen, als die Nato den Bündnisfall ausrief – „wenn Rot-Grün als einziges Nato-Land Nein gesagt hätte, hätte das was geändert? Wäre dann der Druck nicht noch größer gewesen? Ihr habt die Schläfer im Land, hätten sie gesagt, wäre das dann für unsere ausländischen Bürger besser gewesen?“ Sie antworten nicht. Aber so wie sie gucken, denken sie: ja.

Sie sind höflich. Sie wollen keinen Streit. Aber als die Abgeordnete schon draußen ist, werden die Stimmen lauter, zorniger. „Und Amerika darf das?“, schreit einer, „findest du, dass Amerika das darf?“

Sie hat gezweifelt, Ja gesagt, wieder gezweifelt, wieder Ja gesagt.

Sie sitze zwischen allen Stühlen, sagt Angelika Beer, und es klingt, als hätte sie sich eine Zeit lang ganz gut dort eingerichtet. Aber nun sieht es so aus, als wäre das vorbei. Sie ist hin- und hergerutscht, hat gezweifelt, Ja gesagt, wieder gezweifelt und wieder Ja gesagt, für die verbliebenen Linken ist sie keine Linke mehr, für die Pazifisten eine Militaristin, und die Realos schätzen zwar ihre Beihilfe, aber als eine der ihren sehen sie sie nicht. Oft spricht sie wie eine Konvertitin, die eben zu weit geht, wie das viele Konvertiten tun. Wie eine, die einst das Militär unterwandern wollte und nun selbst von ihm unterwandert worden ist.

Sie sei, so sagt sie selbst, immer ihren eigenen Weg gegangen, aber ist das nicht seltsam für so jemanden, sich mit diesem System von Befehl und Gehorsam zu arrangieren? Normal zu finden, dass fast jeder, mit dem man zu tun hat, eine Uniform trägt? Nein, sagt sie, wieso Probleme? Mit Uniformen? „Die hatte ich nie.“ Als Kind schon habe sie der konservative Vater zu Gelöbnissen mitgenommen, „er kannte viele Soldaten, die liefen oft bei uns zu Hause rum“. Aber man mag doch nicht unbedingt, was der Vater mag? „Also, diese Frage verstehe ich jetzt nicht.“

Sie ist gleichzeitig weit weg von der Welt ihres Vaters und gleichzeitig ganz nah, wie sie in ihrem Häuschen in diesem Dorf, in dieser Welt lebt, wo man Fremde misstrauisch mustert und über die Nachbarn Bescheid weiß und gute Beziehungen pflegt zur 18. Panzerbrigade. Ein paar Tage später trifft man sie beim Kameradschaftstreffen der Feuerwehr, am Samstagabend im Dorfgemeinschaftshaus.

Sie ist vorgefahren mit ihren drei Männern von der Sicherheit, ihrem „Kommando“, so sagt sie gern. Sie plaudert mit dem Wehrführer und seiner Gattin, erträgt deutsche Schlager, schaudert nicht sichtbar, als ein Feuerwehrmann den Jürgen von der Lippe macht. Reiht sich ein in die Schlange, um Rinderbraten und Möhrchen auf den Teller zu schaufeln, und sagt: „Ist ja wie bei der Bundeswehr.“ Hier finden sie solche Sätze normal.

Sie erzählt, dass kürzlich jemand aus Lütjenburg angerufen hat, ihrer alten Heimat, von der Kaserne dort. Ob sie nicht Lust habe, bei der Rekrutenvereidigung die Festrede zu halten. Schade, dass sie keine Zeit hatte. Sie hätte gern zugesagt. ◆

CLAUDIA THOELEN

Demonstrantin Beer (r., 1990): *„Eine nette Zeit“*

Veranstaltungslogo

Osama und die 40 Räuber

Ortstermin: Wie Jürgen Möllemann und Klaus Wowereit bei den Berliner Märchentagen Frieden stiften

Vorn links an der Theke steht Burhan Karkutli und trinkt Radeberger Pils. Er ist Syrer und mag deutsches Bier. Er hat sich ein weißes Tuch um den Kopf gebunden und trägt einen bunten Mantel. Er glaubt an Mohammed und den Marxismus, sagt er. Er raucht amerikanisches Teufelszeug, Marlboro Light. Von Beruf ist er Märchenerzähler.

Burhan Karkutli raucht eigentlich ständig. Vielleicht ist er nervös. Er muss gleich ein Märchen erzählen, vor 300 Leuten, das Lokal ist voll, es heißt „Adagio“ und liegt am Marlene-Dietrich-Platz in Berlin. Im „Adagio“ riecht es nach Räucherstäbchen, es gibt Feigen und getrocknete Aprikosen und Stühle mit goldenen Fransen und viele Kerzen und fliegende Engel an der Decke und einen Wasserfall und mittelalterliche Steinmauern, die innen hohl sind. Und rote Scheinwerfer. Das „Adagio“ sieht aus wie ein orientalischer Swinger-Club in Oer-Erkenschwick.

Der Tisch in der ersten Reihe ist reserviert für die Schirmherren dieser Veranstaltung, Jürgen Möllemann, stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, und Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin. Möllemann trinkt Prosecco, Wowereit Coca-Cola.

FOTOS: NORBERT MICHALKE

Märchenfreund Möllemann: *„Ich habe einen Traum“*

Es geht um die Eröffnung der 12. Berliner Märchentage. Sie stehen diesmal unter dem Motto „Märchen und Geschichten aus 2001 Nacht“.

Möllemann ist Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft und muss wahrscheinlich schon deshalb hier sein. Er ist auch ein großer Geschichtenerzähler. 18 Prozent. Und dass man Castoren in Zukunft besser mit Zeppelinen transportieren soll.

Wowereit ist noch nicht lange im Amt. Er würde im Moment auch einen Käseladen in Hohenschönhausen eröffnen.

Aber dieser Abend hier im „Adagio“ hat immerhin auch eine politische Botschaft. Schröder und Fischer hantieren mit Bomben, Möllemann und Wowereit mit Aladins Wunderlampe.

Im Programmheft steht, man müsse diese Berliner Märchentage, gerade jetzt, „in schwerer Zeit“ (Möllemann), als einen Beitrag zur Völkerverständigung verstehen. Märchen erzählen den Menschen etwas von fremden Kulturen, heißt es. Letztes Jahr ging es um die Märchenkultur aus Nordeuropa, diesmal geht es um die Märchenkultur aus der Heimat von Osama Bin Laden.

Elf Tage lang werden in Berlin die Geschichten aus der Welt des Arabers vorgetragen, und am Ende sollen die Leute verstehen, dass nicht alle Araber mit Passagierflugzeugen in Hochhäuser krachen. Die meisten Araber sitzen in Kaffeehäusern, erzählen sich Geschichten und rauchen dabei Wasserpfeifen.

Klaus Wowereit stellt seine Cola ab und geht ans Mikrofon. Er redet irgendwas über Märchen und sagt dann: „Ali Baba kann zum Botschafter des Friedens und der Völkerverständigung werden.“

Ali Baba. Ali Baba und die 40 Räuber. Das Märchen über Diebstahl, Vierteilung und Massenmord.

Wahrscheinlich hat Klaus Wowereit Ali Baba nicht so genau gelesen.

Im Märchen heißt es, dass Ali Baba den 40 Räubern Gold geklaut hat, und bevor die Räuber zum entscheidenden Schlag gegen den Feind ausholen wollten, sagte ihr Anführer etwas, was heute so klingt, als wäre es die letzte Anweisung von Osama Bin Laden an Mohammed Atta und seine Freunde gewesen: „Kameraden, lasst uns wohlbewaffnet, aber ohne dass man es uns ansieht, aufbrechen und, um keinen Verdacht zu erregen, einzeln, einer nach dem anderen, in die Stadt gehen.“

Ali Baba drohte den Räubern („Gott, der Allmächtige, möge die Welt von den Verfolgungen dieser verfluchten Otternbrut befreien“), Bin Laden droht den Amerikanern („Ich schwöre beim mächtigen Gott, der den Himmel ohne Säulen geschaffen hat, dass die USA niemals von Sicherheit träumen können“).

Wahrscheinlich hat Bin Laden Ali Baba zweimal gelesen.

Nach Wowereit spricht Möllemann. Möllemann redet wie Martin Luther King. Er sagt: „Ich habe einen Traum.“ Möllemann träumt von Frieden im Nahen und Mittleren Osten. Dann setzt er sich wieder und bestellt noch einen Prosecco.

Burhan Karkutli ist jetzt dran, der Marxist aus Syrien. Er drückt seine Marlboro aus und trägt eine Geschichte vor. Es geht um einen Bettler, der davon träumt, dass er fliegen kann. Der Bettler fliegt und fliegt, aber jedes Mal, wenn er noch drei Meter vom Ziel entfernt ist, bricht der Traum ab.

„Wir alle sind Bettler“, sagt Burhan Karkutli am Ende, „isch hoffe, dass wir erreischen in unsere Leben die letzte drei Meter. Viele Dank.“ Dann geht er zurück an den Tresen und trinkt Radeberger.

Möllemann muss los, Wowereit auch. Es kommt aber noch eine Bauchtanzgruppe.

„Oh“, sagt Möllemann. Da bleibt er noch.

Wowereit sagt nichts. Er bleibt aber auch noch.

Die beiden Männer sitzen in der ersten Reihe und gucken auf halb nackte Frauen. Sie sehen jetzt aus wie zwei Saufbrüder in einer Striptease-Bar.

Als die Bauchtänzerinnen fertig sind, steht Möllemann auf. Er küsst noch schnell einen Mann von der Arabischen Liga. Dann ist er weg. Er muss nach Münster, privat.

Wowereit kennt keinen aus der Arabischen Liga, er geht einfach so. Er muss noch ins KaDeWe, beruflich.

Sie haben die Tombola verpasst. Der Hauptgewinn war eine Flugreise nach Damaskus.

MATTHIAS GEYER

NEW YORKER TAGEBUCH

Onkel Dagobert

Die alten Helden treten ab – der neue Bürgermeister Michael Bloomberg muss erst noch einer werden.

Vor acht Tagen, an einem Abend in Arizona, ging der Yankee Mariano Rivera in die New Yorker Geschichte ein, zwei Tage später der Yankee-Fan Michael Bloomberg.

Rivera stand im Stadion der Diamondbacks in Phoenix und hatte noch drei Bälle zu werfen. Es war das siebte Spiel der World Series im Baseball und damit das letzte der Saison.

Die New York Yankees hatten drei Spiele gewonnen, die Diamondbacks auch. Im entscheidenden Spiel führten die Yankees 2:1. Das ist so, als würde man in der 119. Minute eines Fußball-WM-Finales beim Stand von 3:3 allein aufs Tor zulaufen. Jeder amerikanische Junge träumt von so einer Situation.

Mariano Rivera sah auf, der Abend war warm. Dort oben saß sein berühmter Bürgermeister Rudolph Giuliani, der sich auf den weiten Weg von New York nach Phoenix gemacht hatte, um seine geliebten Yankees in der Fremde zu unterstützen. Die ganze Stadt sah zu, es ging heute um mehr.

Mariano Rivera ist einer der besten Pitcher seiner Mannschaft und der gesamten Liga. Die Yankees hatten die letzten drei World-Series-Titel gewonnen, sie würden jetzt zum vierten Mal hintereinander Weltmeister werden. Dies zählt viel in einem Spiel, wo es vor allem um Statistiken und Legenden geht. Ein Baseballfan vergisst nichts. Nirgendwo werden die Helden so lange geehrt wie im Baseball.

Die angeschossene Stadt brauchte endlich einen Sieg. Mariano Rivera hatte noch drei Würfe.

Seine Mannschaftskameraden sammelten sich vor ihrer Loge, bereit aufs Feld zu rennen, die Ordonanzen holten die Sektflaschen heraus. Kurz bevor Mariano Rivera den ersten Ball warf, sah es so aus, als habe er Angst, aber das kann man sich auch einbilden. Minuten später hatten die Arizona Diamondbacks gewonnen.

Wenig später fragte ein Reporter den Cheftrainer Joe Torre, wer ihm heute Nacht mehr Leid tue, seine Mannschaft oder die Menschen der Stadt New York. Torre sah müde auf, so, als habe er dieses Trauergequatsche satt. Seit Tagen hatten die Zeitungen New Yorks getrommelt, die Yankees hatten die Feuerwehr als Heldentruppe abgelöst.

SUZANNE PLUNKETT / AP

Bürgermeister Giuliani, Nachfolger Bloomberg: *Endlich einen Sieg*

Aber wie sollte ein Baseballsieg eine ganze Stadt retten? Wie sollten seine Spieler mit diesem Druck fertig werden? Normalerweise hätte sein Pitcher Rivera vor dem Spiel geschwiegen, in der Bibel gelesen und dann gewonnen. Heute hatte er zum ersten Mal zu seinen Mannschaftskameraden gesprochen, zwei Minuten lang. „Wir werden heute Abend gewinnen“, hatte Pitcher Rivera ihnen vor dem Spiel gesagt. „Es ist in Gottes Hand.“

Gott auch noch. Das war alles ein bisschen viel.

„Ach, wissen Sie“, antwortete der müde Trainer Torre schließlich dem Reporter, „ich glaube, die New Yorker haben schon gesehen, dass wir uns Mühe gegeben haben.“

Oben auf der Tribüne saß immer noch Rudolph Giuliani und applaudierte artig dem Gegner. Er trug eine Baseballmütze mit den Initialen der Feuerwehr seiner Stadt. Vielleicht ahnte er, wie es ist, Zielobjekt zu großer Gefühle zu werden. Er war selbst ein Held und hatte zeitweilig so getan, als könne die Stadt ohne ihn nicht mehr leben.

Anderthalb Tage vorher waren ein paar seiner Feuerwehrleute durchgedreht, weil sie mit ihrer Heldenrolle nicht mehr fertig wurden. Sie wollten weiter nach ihren toten Kollegen suchen, immer weiter. Sie hatten den Ground Zero gestürmt, sie hatten sich mit der Polizei geprügelt, zwölf von ihnen waren verhaftet worden. Niemand kann lange Held sein, ohne Erfolg zu haben.

Manche sagen, das Dreamteam der Yankees falle jetzt auseinander. Giuliani flog noch in der Nacht zurück in seine Stadt, um sich um die Anthrax-Spuren im Rathaus zu kümmern und um den Wahlkampf. Er selbst, zweimal gewählt, durfte nicht mehr antreten, aber er wich dem republikanischen Kandidaten Michael Bloomberg nicht mehr von der Seite, so, als könne er ihn zum Sieg tragen. Er konnte.

Vier Wochen vor dem Attentat hatte der demokratische Kandidat Mark Green bei Umfragen fünfmal mehr Stimmen gehabt als Bloomberg. Green ist Rechtsanwalt und Berufspolitiker, Bloomberg ist Medienunternehmer und Milliardär, der mal Politik ausprobieren wollte, egal in welcher Partei. Er wollte anfangs 20 Millionen Dollar in den Wahlkampf stecken, es sind dann 50 Millionen geworden.

Greens Versprechen klangen so wie die von Bloomberg, aber Green hatte Bill Clinton an der Seite, Bloomberg jedoch half der Mann, der die New Yorker aus Schutt und Asche geführt hatte. Green gehörte die Sympathie, Bloomberg hatte das Geld. Kann man brauchen in einer Katastrophenstadt.

Zwei Tage nachdem der Pitcher Mariano Rivera im Baseballstadion dem Druck nicht gewachsen war, standen die New Yorker in den Wahlkabinen und kapitulierten vor der Angst. Sie wählten die Sicherheit. Onkel Dagobert ist jetzt Bürgermeister von New York. ALEXANDER OSANG

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

TENNIS

Partisan auf dem Centre Court

Der Australier Lleyton Hewitt steht beim Masters-Turnier auf dem Sprung zur Nummer eins. Doch Konkurrenten beklagen die unsportlichen Tricks des Jungstars. Selbst in seiner Heimat ist der Tennis-Rüpel unbeliebt – obwohl er das Daviscup-Team erneut ins Finale geführt hat.

Der junge Tennisprofi, der in einem Stuttgarter Sportgeschäft sitzt und Autogramme schreibt, weiß sich durchaus zu benehmen. Charmant plaudert Lleyton Hewitt, 20, mit einer Hand voll aufgekratzter Mädchen, die ihn an seinem Tisch umlagern. Pocketkameras klicken, der Australier lächelt. Als er sich nach der Signierstunde wieder ins Hotel chauffieren lässt, bleibt ein bezirzter Ladenchef zurück. „Korrekt, artig und strahlend“ sei Hewitt aufgetreten, schmeichelt der Sportartikelhändler Stefan Thomä und bescheinigt ihm „Charisma“.

Ein seltenes Kompliment. Denn der Weltranglisten-Zweite mit dem blonden Kurzhaarschnitt, der in Sweatshirt und Jeans so unverkrampft daherkommt wie ein Sportstudent im ersten Semester, ist in der Tennisbranche umstritten wie kein anderer Spieler.

Hewitt sei „die Ausgeburt eines Egomanen“, wettert der Manager eines Spielers, der ebenfalls zu den Top Ten der Zunft gehört, „der hat sich auf der Tour nur Feinde gemacht“. Als „Schande für das Tennis“ kanzelte die Zeitung „The Australian“ den Shooting Star einmal ab. Das Magazin „Inside Sport“ holte ganz weit aus – und kürte den Twen aus Adelaide zum „unbeliebtesten Sportler der Welt“.

Die Verwünschungen gelten einem der ehrgeizigsten und erfolgreichsten Talente, das der internationale Tennis-Circuit seit mehr als einem Jahrzehnt hervorgebracht hat. Anfang September gewann Hewitt bei den U. S. Open seinen ersten Grand-Slam-Titel. „Er ist ein großer Spieler“, lobte Pete Sampras den Emporkömmling nach seiner Endspielniederlage in Flushing Meadow und bescheinigte dem Sieger für die nächsten zehn Jahre eine grandiose Zukunft. Altmeister John McEnroe, ehedem ebenfalls als Rambo verschrien, bestaunte gar „das beste Tennis eines jungen Spielers, das ich seit Ewigkeiten gesehen habe“.

Diese Woche beim ATP-Masters-Cup in Sydney, einer Art Weltmeisterschaft der Tennis-Millionäre, kann Hewitt gar den Sprung auf Platz eins der Weltrangliste schaffen. Um im sportverrückten Austra-

KAZUHIRO NOGI / AFP / DPA

Profi Hewitt
Eklatanter Mangel an Selbstbeherrschung

lien endlich Heldenstatus zu erlangen, wäre ein Triumph im Daviscup-Finale Anfang Dezember gegen Frankreich darüber hinaus förderlich. „Für dieses Ziel“, verkündete der Jüngling in Stuttgart und verkniff sein Gesicht wie ein Trapper im Anblick der Apachen, „werde ich mich in Stücke zerreißen.“

Genau diese Unerbittlichkeit wirkt mitunter abstoßend. Denn Hewitt erweckt den Eindruck, als wäre die Sportart Tennis, die kein Unentschieden kennt, eine Sache auf Leben und Tod. Und weil er spielt, wie er redet, hat seit dem Rückzug des Amerikaners Jimmy Connors und dem kurzzeitigen Höhenflug des Chilenen Marcelo Rios kein Profi die Szene mit derart räudigem Gehabe aufgebracht.

Regelmäßig greift der Tennis-Darwinist dabei auch zu unsportlichen Methoden, die stark an jene Nickeligkeiten erinnern, welche Ex-Profi Brad Gilbert in seinem Buch „Winning Ugly“ („Hässlich siegen“) beschreibt. Hewitt, sagt ein Konkurrent, gehöre zu der Sorte von Spielern, die beim Seitenwechsel dem Gegner beiläufig auf den Fuß trete oder das Racket ans Schienbein schlage. Auch sein Verhalten gegenüber Schiedsrichtern zeugt von einem eklatanten Mangel an Selbstbeherrschung. So beleidigte er bei den French Open im Juni Unparteiische mehrmals als „Spastiker“.

Schon als Teenager sorgte Hewitt oft für Ärger. Weil bei Juniorenturnieren nur selten Linienrichter an der Seite standen, reklamierte er ständig – und ging seinen Gegnern, wie sich der Agent einer internationalen Vermarktungsagentur erinnert, „damit höllisch auf die Nerven“.

Es hat sich nichts daran geändert. Sobald Hewitt ein Tennisfeld betritt, mutiert er zum Straßenkämpfer. John Newcombe, langjähriger Kapitän der australischen Daviscup-Equipe und einer seiner einflussreichsten Förderer, raunt: „Tennisspiele sind für Hewitt eine Schlacht.“

Einschüchterung gehört für den Partisanen auf dem Centre Court dabei zum Stan-

Noch Stunden nach den Matches, sagt Hewitt, spüre er „das Adrenalin pulsieren“

dardrepertoire. Gelingt Hewitt in einer kritischen Phase ein spektakulärer Schlag, wendet er sich frontal seinem Gegner zu, spreizt die Beine, ballt seine rechte Hand zur Faust und brüllt mit weit aufgerissenen Augen ein „Come on“ übers Feld. Es klingt wie Kriegsgeheul. Seine Halsschlagader tritt in diesem Moment unter der Haut hervor, als wäre sie aus Edelstahl. Noch Stunden nach den Matches, sagt Hewitt, spüre er „das Adrenalin pulsieren“.

Bis er 13 war, spielte Hewitt begeistert das rüde Australian Rules Football. Er träumte davon, Profi zu werden wie sein Großvater, sein Onkel und sein Vater Glynn. Wenn Hewitt heute auf dem Platz stehe, schrieb der englische „Observer“, dann erwecke er den Eindruck, als wäre er konstant frustriert darüber, dass Tennis keine Kontaktsportart ist.

PHILIPPE BUISSIN / REPORTERS / LAIF

Tennis-Paar Clijsters, Hewitt: *Vereinnahmung durchs Vaterland*

Hewitt ist zäh und schnell. Er gelangte nicht wegen seiner technischen Möglichkeiten an die Weltspitze wie die anderen aufstrebenden Kräfte der Nach-Sampras-Ära: der Russe Marat Safin, der Brasilianer Gustavo Kuerten, der Spanier Juan Carlos Ferrero oder der Schweizer Roger Federer. Hewitt bricht den Willen seiner Gegner. „Der Junge gibt kein Match verloren“, sagt der Stuttgarter Turnierdirektor Markus Günthardt, „um ihn zu besiegen, muss man ihn in die Knie zwingen.“

Vor allem in seiner Heimat Australien ging das Publikum zuletzt deutlich auf Distanz zu dem Rüpel. Zwar führte Hewitt das Daviscup-Team mit überragenden Leistungen nun schon zum dritten Mal in Folge ins Finale. Die Dankbarkeit der Fans hält sich indes in Grenzen. Zu verbissen, zu grimmig, zu mechanisch, zu radikal kommt Hewitt seinen Landsleuten daher.

Dazu passt, dass der ungeliebte Held sein Privatleben rigoros abschottet. Von seinen Eltern, die ihn rund um die Welt begleiten, dringt nichts nach außen. Sein Trainer Darren Cahill, früher als Profi immer für einen lockeren Spruch zu haben, schweigt ebenfalls. Und seine Freundin, die belgische Tennisspielerin Kim Clijsters, 18, hat selbst genug damit zu tun, sich gegen die Vereinnahmung durchs Vaterland zu schützen.

Die Sportnation Australien indes sehnt sich nach Tennishelden, die ihre Natürlichkeit bewahrt haben. Deshalb verehrt das Land Typen wie den geselligen Wimbledonsieger Pat Cash, der lieber auf der Gitarre klimperte und Dosenbier am Strand kippte, als zu trainieren, oder den mehrfachen U.-S.-Open-Sieger Patrick Rafter, der sich jenseits des Sports jede Menge kluger Gedanken über Gott und die Welt macht.

Hewitt zeigt zu offen seinen Killerinstinkt. So kommt es, wie beim ATP-Turnier in Adelaide im vorigen Jahr, immer wieder zum Clinch mit der Öffentlichkeit. Dort hatten die Zuschauer Hewitts hoffnungslos unterlegenen Landsmann angefeuert. Der Jungstar empfand das als Affront – und verhöhnte das Publikum als „dumm“.

Die Empörung war gewaltig. „Wenn Sie den Respekt der Menge wollen, Mister Hewitt“, schrieb etwa die „Herald Sun“, Australiens auflagenstärkstes Blatt, „müssen Sie sich ihn verdienen.“

Seitdem herrscht Funkstille. Hewitts Vermarktungsagentur Octagon, in deren globaler Strategie Australien ohnehin nur eine untergeordnete Rolle spielt, gewährt den Blättern in Sydney und Melbourne kaum noch Exklusiv-Interviews. Stattdessen meldet sich der Spieler immer mal wie-

Spiel, Satz und Sieg

Erfolgskurs des australischen Tennisspielers Lleyton Hewitt

	TURNIER-SIEGE	PLATZIERUNG in der Weltrangliste	PREISGELD in US-Dollar
1997	–	722.	7464
1998	1	113.	131635
1999	1	22.	416126
2000	4	7.	1642572
2001 bisher	5	2.	2250618
Gesamt	**11**		**4448415**

DER SPIEGEL

der in New Yorker oder Londoner Blättern zu Wort – worauf die Journaille in seiner Heimat mit harschen Kommentaren reagiert.

Hewitts Verhältnis zur australischen Presse gilt fast schon als paranoid. Argwöhnisch verfolgt der Spieler jede Veröffentlichung. Bei Turnieren surft er Stunden nach seinen Spielen im Internet, um die Artikel vorab zu lesen, die tags darauf in Australien über ihn erscheinen werden.

Dass die Berichte häufig von einem ungehobelten Halbstarken künden, hat Hewitt in der Regel selbst zu verantworten. Neulich, bei den U. S. Open, verscherzte er es sich selbst mit den robusten Amerikanern. In seinem Zweitrunden-Match drohte er gegen den Afroamerikaner James Blake in Rückstand zu geraten – und wurde mal wieder zum Fiesling.

Als ein Linienrichter, ebenfalls ein Afroamerikaner, wiederholt einen Fußfehler reklamierte, stürmte Hewitt zum Stuhl des Schiedsrichters. Vehement forderte er die Absetzung des Linienrichters, wies dabei auf seinen Gegenspieler Blake und brüllte: „Schauen Sie ihn an, Mann! Schauen Sie ihn an! Sagen Sie mir, welche Ähnlichkeiten es gibt!“

Wie er das gemeint hatte, war eine Frage der Interpretation. Für die Medien in den USA indes gab es kaum einen Zweifel: Hewitts Attacke war rassistisch. Am nächsten Tag schlug sich der Fall in den Titelzeilen fast aller großen Zeitungen nieder.

AMY SANCETTA / AP

Exzentriker McEnroe (1985)
Hässlich siegen

Damit war Hewitt an seine Grenzen gestoßen. Sein aggressives Gebaren hatte den Centre Court verlassen und sich in einer gesellschaftlichen Debatte verselbständigt. Dort prallten ungezügelte Emotionen auf Political Correctness.

Es war das erste Mal, dass der Spieler sich entschuldigen musste. Sein Management formulierte für ihn eine Erklärung, in der Hewitt um Nachsicht für den „unabsichtlich verursachten Zwischenfall“ bat.

Die „New York Daily News“ hatten ihr Urteil da bereits gefällt. In Anlehnung an die Kampagne „New balls, please“, mit der die Profi-Vereinigung ATP die aufstrebende Spielergeneration vermarktet, titelte das Blatt: „New brains, please“ – neue Gehirne, bitte.

MICHAEL WULZINGER

IMAGO / CAMERA 4

Energie-Trainer Geyer, Cottbuser Spieler: *Verschwörung gegen den „Sympathiebotschafter Ostdeutschlands“?*

FUSSBALL

Die Ratte und der Libero

Trübe Zeiten für den FC Energie Cottbus: Weil ein Spielerberater ausgepackt hat, ist aus dem „Schalke des Ostens“ ein Fall für die Staatsanwaltschaft geworden.

Einmal war Klaus, der Libero, so richtig stürmisch. Das war an einem Samstag im Jahre 1973, als Abwehrchef Stabach beherzt nach vorne marschierte und seine Betriebssportgemeinschaft Energie Cottbus im Aufstiegsspiel gegen Vorwärts Stralsund in die DDR-Oberliga schoss. Für dieses Tor wurde der eisenharte Klaus vom Volk geliebt.

Heute ist Klaus Stabach, 62, Manager des Fußball-Bundesligisten FC Energie Cottbus. Ergraut und eigentlich schon im Rentenalter, konzentriert er sich nun voll auf die Verteidigung.

Denn seit vorvergangenem Dienstag ermittelt die Staatsanwaltschaft Cottbus gegen den einstigen Helden aus dem Braunkohlerevier. Der Vorwurf: „Untreue gemäß § 266 StGB zum Nachteil des Vereins.“ Unter dem Aktenzeichen 1756 Js 31550/01 ebenfalls beschuldigt: Dieter Krein, der Präsident des Clubs, und der Cottbuser Bauunternehmer Wolfgang U. Ermittler hatten drei Banken, Wohn- und Geschäftsräume von Präsidiumsmitgliedern und Spielervermittlern durchsucht. Die Beute: über 300 Aktenordner und Festplatten.

Augenscheinlich hat sich Stabach zum Ausklang seiner Karriere im Dickicht des Millionengeschäfts verheddert. Der Energie-Geschäftsführer soll, so der Vorwurf der Behörde, im Doppelpass mit Vermittlern beträchtliche Summen bei Transfers zur Seite geschafft haben. Außerdem soll ein Geschäftsmann, der einen Auftrag beim Umbau der VIP-Logen im „Stadion der Freundschaft“ erhalten hatte, Stabach und Krein auch bei privaten Aufträgen geholfen haben.

BORIS STREUBEL / CONTRAST

Club-Bosse Stabach, Krein
Generäle ohne Kontrolle

Ausgerechnet Energie Cottbus, von den Fans als „Schalke des Ostens“ verklärt, nun ein Club von Abzockern und Betrügern? Das Selbstwertgefühl einer breiten Fußballgemeinde in Brandenburg steht vor einer schweren Prüfung. Sogar Kanzler Gerhard Schröder hatte seine Sympathie für die blühende Mannschaft verkündet: „Mein Herz schlägt für Energie.“

Es ist ja nicht so, dass krumme Deals im Profifußball eine Besonderheit wären. Wie Vereinsbosse ihre Mannschaften mit Schwarzgeld aufpäppeln, haben Fahnder immer wieder mal ans Licht gebracht. Doch sollten die Cottbuser Macher tatsächlich Clubvermögen in die eigenen Taschen geschaufelt haben, wäre dies ein neues Kapitel in der Geschichte der Bundesliga.

Die Affäre kam ins Rollen, als ein Spielervermittler aus Basel mit einem ehernen Gesetz der Branche („Kassieren und schweigen“) brach. Der Berater Ludwig Kolin fühlte sich von seinem Verhandlungspartner Stabach gelinkt. Da bündelte er mehr als 100 Seiten Papier, fuhr Mitte September über die Grenze nach Lörrach und ließ sich über neun Stunden von mehreren Staatsanwälten vernehmen.

Es ging um einen besonders obskuren Fall von Menschenhandel. Cottbus hatte den mäßig talentierten Abwehrmann Kevin McKenna in diesem März für 1,05 Millionen Mark zum schottischen Erstligisten Hearts of Midlothian verkauft. Für den FC Energie sollten 650 000 Mark abfallen – 50 000 davon sofort, der Rest bis Mitte Dezember.

Doch was geschah mit den übrigen 400 000 Mark? Fest steht: Das Geld landete umgehend auf dem Konto der Agentur Moreno Soccer in Lima. Von dort floss ein Teil weiter nach Zypern. Einer der Anteilseigner von Moreno Soccer ist der Spielervermittler Willi Hoppen. Nach Peru gehörte das Geld auch hin, sagt nun der Verein, als Prämie für besonderes Verhandlungsgeschick. Kolin, der sich ausgebootet wähnt, behauptet indes, die 400 000 Mark seien Schmiergeld, das sich zwei Vermittler und die Vereinsbosse teilten.

Wer Recht hat, weiß auch die Staatsanwaltschaft noch nicht. Doch sie wundert sich sehr, dass ein Club bereitwillig fast 40 Prozent Provision zulässt und dass Trans-

fers von Deutschland nach Schottland über südamerikanische und zypriotische Konten abgewickelt werden.

Willi Hoppen, Branchenname „Die Ratte“, hat sich schon häufig für Energie nützlich gemacht. Viermal organisierte er Trainingslager im Mittleren Osten – auch wenn die Dienstreisen nach Dubai die Kicker immer wieder quälten. Mal plagte die Profis Baulärm im Fünf-Sterne-Hotel Le Royal Méridien Jumeira Beach; mal fuhr der bestellte Bus in der Wüste von Adschman nicht vor; mal trat der Testgegner nicht an. Und als einmal ein Ball ins Seitenaus flog, köpfte Hoppen ihn so unglücklich zurück, dass sich Präsident Krein vor lauter Schreck den Tee über die Jacke kippte.

Die Staatsanwaltschaft brütet nun über der Abrechnung der Reisekosten. Der Verdacht: Es habe auch hier Unregelmäßigkeiten gegeben. Gefunden haben die Fahnder bisher offenbar nur pauschale Aufstellungen mit Summen, die sie noch nicht nachvollziehen können. Alles sei korrekt gelaufen, behauptet Krein, die Staatsanwälte hätten keine Ahnung, wie solche Trainingslager organisiert würden.

Hinweise von Kolin führten die Ermittler zu einem guten Dutzend Spielerberater, die im Angebot hatten, was Energie in Osteuropa suchte: billige Arbeitskräfte mit festen Waden. Allein in den letzten vier Jahren wechselten über 40 Kicker zu dem Club.

Dem Fachmann für den ungarischen Markt etwa, Lászlo Kleber, zeigt sich Trainer Eduard Geyer besonders erkenntlich. Der 50-Jährige mit den Rudi-Völler-Locken darf manchmal sogar beim Training mit den Profis üben. Als der Berliner am vorvergangenen Dienstag mal wieder in Cottbus war, klingelten auch bei ihm zu Hause die Fahnder. Klebers Schwiegervater öffnete die Tür. Jetzt fehlt sein Computer, und die Ermittler erwarten von ihm als Zeugen Aufklärung.

Die Lektüre aller beschlagnahmten Unterlagen kann Monate dauern. So lange hält sich die Staatsanwaltschaft mit der Veröffentlichung von Ermittlungsergebnissen zurück. Sie prüft etwa, wie es sich mit Ferenc Horváth verhält. Für den Profi aus Ungarn soll Cottbus vorigen Sommer rund eine Million Mark gezahlt, sein belgischer Club Genk aber nur 175 000 Mark Ablöse erhalten haben. Auch der albanische Nationalspieler Rudi Vata und Millionenmann Vasile Miriuta gerieten ins Blickfeld. Die Fahnder fühlen sich nach erster Durchsicht bestätigt: Belastendes Material stapelt sich in zwölf Umzugskartons.

Sollte sich herausstellen, dass der rasante Aufstieg des Clubs mit Finanzmanipulationen bezahlt ist? Ernsthaft kontrollierte bisher wohl niemand. Das Präsidium von Energie beherrschten Stabach und Krein; weder der Mann für die Amateurabteilung noch der Vorstand der Sparkasse hatten etwas zu melden, erst recht nicht Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt. Ein Aufsichtsgremium, wie in der Bundesliga längst Standard, gibt es nicht.

Berauscht vom eigenen Erfolg, nahmen es die Generäle von Energie gar mit dem FC Bayern München auf. Als „Sabbelköpfe“ beschimpfte Krein die Kollegen von der Isar, und Uli Hoeneß, giftete er, sei „ein relativ unflätiger Mensch“. Dann gewann Cottbus 1:0, und die Gemeinde tobte.

HUEBENER

Profis im Trainingslager (2000): *Quälende Reise nach Dubai*

Doch auch jetzt, wo die Not am größten ist, wähnt sich das Duo unantastbar. Reflexartig wittern beide eine Verschwörung gegen den „Sympathiebotschafter Ostdeutschlands“ – und drohen fast täglich mit Einsprüchen und Klagen, anstatt die Vorwürfe zu entkräften.

Inzwischen ist es selbst dem Oberbürgermeister zu arg geworden. Bei einer Präsidiumssitzung am vorigen Mittwoch haute er auf den Tisch und forderte Fakten. Denn zu lange wabern ihm schon Gerüchte durch seine Stadt, die sich nun zwischen den Aktendeckeln der Staatsanwälte wiederfinden.

Dass ausgerechnet die Holzbaufirma aus Cottbus, die am Umbau der Stadiontribüne mitarbeitete, segensreich an den Eigenheimen der beiden Vereinsbosse wirkte, hat die Ermittler alarmiert. „Einbauten in Privathäuser“, betont das Energie-Präsidium, stünden in keinem Zusammenhang mit Umbauten der VIP-Logen im Stadion.

Doch jetzt rechnen die Ermittler nach, wie viel Manager Stabach fürs Renovieren seines Hauses wirklich zahlte. Und Präsident Krein muss noch erklären, wie er zu seinem Gartenhaus mit Sauna kam.

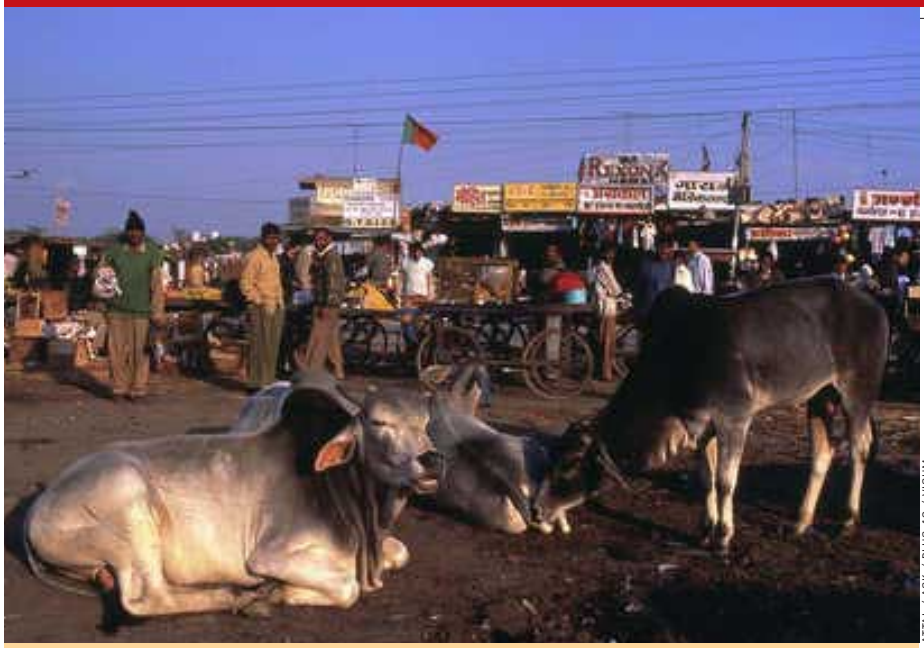
UDO LUDWIG, MICHAEL WULZINGER

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



ATTAL / ASK / PLUS 49 / VISUM

Kühe auf einem Dorfplatz bei Neu-Delhi in Indien

HINDUISMUS

Beefsteak für Brahmanen

Die Kuh war in Indien vielleicht nicht immer so heilig, wie Hindus heute glauben mögen. Das beschreibt der Historiker Dwijendra Narayan Jha von der Universität Delhi in seinem Buch „Holy Cow“, in dem er die Rolle von Rindfleisch als Nahrungsmittel in Indien untersucht. Beim Studieren weltlicher wie geistlicher Texte, deren Ursprünge bis ins zweite Jahrtausend vor Christus zurückreichen, fand der Geschichtswissenschaftler eine Fülle von Hinweisen auf rituelle Schlachtungen von Kühen und auf den Verzehr des Opferfleischs. Auch archäologische Funde geben ihm Recht: Fragmente von Kuhknochen, von Messern gekerbt. Erst in der Mitte des 1. Jahrtausends nach Christus begannen die Brahmanen mehr und mehr, das Töten von Kühen zu missbilligen – die religiösen Regeln änderten sich. Jhas Kuhforschung macht ihn mehr als unbeliebt im mehrheitlich hinduistischen Indien – niemand mag glauben, dass Shivas Reittier gegessen wurde. Bereits nachdem der Historiker ein Kapitel im Web veröffentlicht hatte, bekam er Drohanrufe; inzwischen hat ein Gericht in Haiderabad das Buch verboten. Fundamentalisten verlangen Jhas Verhaftung.

SOFTWARE

Monster weinen feiner

So zart flatterte noch nie ein Haar im Zeichentrick: Der Pelz des „Yeti“, eines der Geschöpfe im gerade in den USA erschienenen Film „Monsters, Inc.“, wogt wie ein Roggenfeld, und der blaue Pelz der Hauptfigur Sulley bläht und wellt sich wie die Mähne von Julia Roberts. Möglich wird dies durch Fizt (sprich „Fis-ti“), eine Software, die von den Computerkünstlern der Pixar Animation Studios („Toy Story“) entwickelt worden ist: Sie simuliert jedes der drei Millionen Haare Sulleys unabhängig vom anderen und kann Details produzieren, so fein wie Tränenspuren im Gesicht eines Monsters aus Monstropolis.

DISNEY / PIXAR

Figur „Yeti“

ÄRZTE

Doktorbildchen für Patienten

Wenn Ärzte die neue Studie der Mayo-Klinik in Rochester im US-Bundesstaat Minnesota ernst nehmen, könnten bald Medizinerporträts Wartezimmer zieren wie Fotos der Angestellten die Pinnwand bei McDonald’s oder dem Bauhaus. In der Klinik hat sich nämlich herausgestellt, dass Patienten sich insgesamt mit der Behandlung zufriedener zeigten, wenn in ihrem Krankenzimmer Konterfeis der Ärzte hingen.

LANDMINEN

Explosion unter großem Fuße

Bigfoot“ und „Mineworm“ heißen die ungleichen Brüder, und sie sind auf der Welt, um Gutes zu tun: Die beiden monströsen Maschinen fressen und pflügen sich durch die Erde, kehren das Unterste zuoberst, um den Boden von tödlichen Landminen zu befreien. Derzeit werden die beiden von dem Briten Bob French entwickelten Gefährte in Bosnien getestet. Jedem der beiden ferngesteuerten Minenzerstörer hat der ehemalige Techniker der Royal Air Force eine andere Aufgabe zugewiesen. Bigfoot bildet die Vorhut: Seine Riesenfüße trampeln auf dem Boden herum wie Rumpelstilzchen – versteckte Minen explodieren, ohne die Maschine zu zerstören, da deren flexibel aufgehängten Treter dem Druck ausweichen. Hinter diesem Terminator räumt der Mineworm auf und findet dabei, was Bigfoot übersah: Der Minenwurm wühlt nach Metall wie ein Wildschwein nach Eicheln, sortiert mit einem Magneten die größeren Stücke heraus, zum Beispiel Granaten, und häuft sie in regelmäßigen Abständen auf. Darum können sich später Fachleute kümmern. Den kleineren Schrott zermalmt Mineworm. Innerhalb eines Tages können die beiden Maschinen angeblich 5000 Quadratmeter räumen, die Fläche eines Fußballstadions. Verglichen mit herkömmlichen Geräten, die wie Dreschflegel den Boden schlagen und manch nicht gezündete Mine hinterlassen, erreichen Bigfoot und Mineworm eine bessere Ausbeute.

JAMES MCCORMICK / REDBUS LMDS

Minenräumgerät „Mineworm“ bei der Arbeit

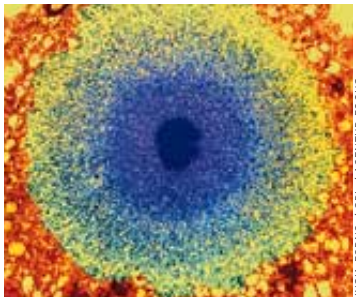
KLIMAFORSCHUNG

Leerer Himmel

Klimaforschern hat das Flugverbot über den USA nach den Anschlägen vom 11. September zu unverhofften neuen Einblicken verholfen: Zum ersten Mal seit Urzeiten war der Himmel beinahe frei von Kondensstreifen, die sonst stets, auch bei Sonnenwetter, den Himmel über Nordamerika mit feinen Schleiern überziehen. Normalerweise sind Tag für Tag allein zwischen Ohio und Virginia etwa 700 bis 800 Flugzeuge unterwegs – am 12. September waren es nur neun Militär-Jets. An deren Kondensstreifen konnten Nasa-Wissenschaftler jetzt zum ersten Mal ungestört ablesen, wie diese sich im Verlauf von fünf Stunden von feinsten weißen Fädchen zu einer weiten Dunstschicht von über 62 000 Quadratkilometern ausbreiteten. Diese Beobachtung ist für Klimaforscher vor allem deswegen von Interesse, weil sie schon lange vermutet hatten, dass dieser stete Himmelsdunst zumindest in geringem Maße zum Treibhauseffekt beiträgt, indem er – wie die Treibhausgase – die Sonnenstrahlen zwar durchlässt, die von der Erde zurückkommende Wärmestrahlung aber nicht. Mit den neuen Messergebnissen lassen sich nun die Computermodelle, die zur Berechnung solcher Effekte eingesetzt werden, verfeinern. Die Satellitenbilder vom Beginn des Flugverbots am 11. September dürfen die Nasa-Forscher allerdings nicht veröffentlichen: Darauf verraten drei Kondensstreifen die genaue Route des Präsidenten-Jets „Air Force One“ und seiner Eskorte von Nebraska nach Washington.

Normaler Flugverkehr über Somerset (Pennsylvania)

CHARLES REX ARBOGAST / AP



LYSIA FORNO / SPL / AGENTUR FOCUS

Lewy-Körper (für Parkinson typische Hirnstruktur)

MEDIZIN

Injektion ins Gehirn

Einem japanischen Forscherteam ist bei Mäusen eine vielversprechende Behandlung der Nervenkrankheit Parkinson geglückt. Das Leiden, das unter anderem zu einem unkontrollierbaren Zittern der Gliedmaßen führt, entsteht dadurch, dass Gehirnzellen absterben, die den Botenstoff Dopamin produzieren. Bislang gibt es keine dauerhaft wirksame Behandlungsmethode. Isao Date und Shingo Tetsuro von der Universität in Okoyama arbeiten mit neuronalen Stammzellen, jenen Ausgangszellen, aus denen sich die verschiedenen Gehirnzellen entwickeln. Diese lassen sich durch bestimmte Stoffe, die Wachstumsfaktoren, zumindest in der Kulturschale dazu anregen, sich zu Dopamin produzierenden Zellen zu entwickeln. Deshalb injizierten die Forscher diese Wachstumsfaktoren direkt in das Gehirn parkinsonkranker Mäuse – und prompt ließen deren Symptome nach. Als Nächstes wollen die japanischen Wissenschaftler die Wachstumsfaktoren nun an Affen- und menschlichen Zellen ausprobieren.

MOBILFUNK

SMS ans Diebesgut

Der Amsterdamer Polizei ist eine unorthodoxe Methode eingefallen, das Stehlen von Handys unattraktiver zu machen: Sie ließ vom Netzbetreiber KPN Telekom das Diebesgut mit SMS-Nachrichten an den Übeltäter bombardieren: „Warnung, dies ist ein gestohlenes Telefon, es zu benutzen verstößt gegen das Gesetz, es zu stehlen ist eine Straftat.“ Der Appell ans schlechte Gewissen wirkte. Drei Monate nach Beginn der Maßnahme wurden nur noch halb so viele Handys entwendet wie zuvor – leicht vorstellbar, wie der Dieb nach Lektüre die Beute schnell fallen lässt wie die heißeste Kartoffel. Trotz des Erfolgs und der Begeisterung der Polizei zögert KPN allerdings wegen „finanzieller und rechtlicher Probleme“, den SMS-Beschuss fortzusetzen.

AMANDA OOMEN / HOLLANDSE HOOGTE / LAIF

Jugendliche mit Handys (in den Niederlanden)

Werbeseite

Werbeseite

RAUMFAHRT

Ruine im Weltall

Die Nasa steckt in der schwersten Krise ihrer Existenz. Die Internationale Raumstation verschlingt mehr Geld als vorhanden, Sparkommissare streichen Missionen drastisch zusammen. Nun hat auch noch der Nasa-Chef seinen Hut genommen.

NASA

Auf zum Mars! Wenn er auch nie schlüssig erklären konnte, was Menschen da eigentlich sollen, so phantasiert Nasa-Chef Dan Goldin, 61, doch gern darüber, wie die Eroberung des Nachbarplaneten „in etwa 20 Jahren“ aussehen wird: „Ein Raumschiff landet. Eine Klappe öffnet sich. Eine Leiter gleitet heraus. Und dann sieht die Welt zu, wie eine Astronautin – in einem weißen Anzug mit der amerikanischen Fahne auf der Schulter – herabsteigt und ihren Stiefel einsinken lässt in die staubige, rote Oberfläche des Mars.“

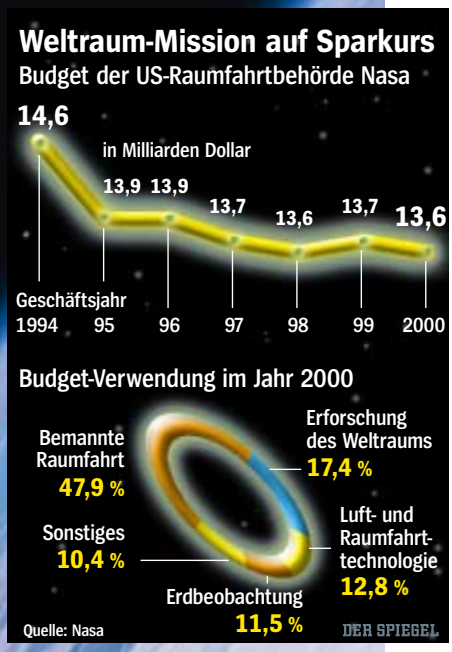
Vor Jahren hätte solch patriotischer Raumfahrer-Kitsch noch Eindruck gemacht bei jenen, die für die Fernsehbilder vom Weltraum-Mädchen auf dem Mars zahlen müssen. Doch diese Zeiten sind vorüber.

Auf Goldins Sternenbummlerin wird die Welt noch lange warten müssen, denn die US-Weltraumbehörde Nasa steckt in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Es fehlt ihr an allem – an politischem Rückhalt in Washington, an Visionen und vor allem an sehr viel Geld.

Auch intern steht es schlecht um die einst so stolze und nun multimorbide Weltraumbehörde. Um Kosten zu sparen, sollen weite Teile der Nasa-Aufgaben privatisiert werden – die Space-Shuttle-Flüge ebenso wie die „Mission Control“, die Flug-Überwachung. Die Astronauten der nahen Zukunft werden ordinäre Lohnarbeiter im Dienste von Firmen wie Boeing oder Lockheed Martin sein. Der Umbruch macht den Nasa-Leuten „Angst“, wie auch Goldin einräumt.

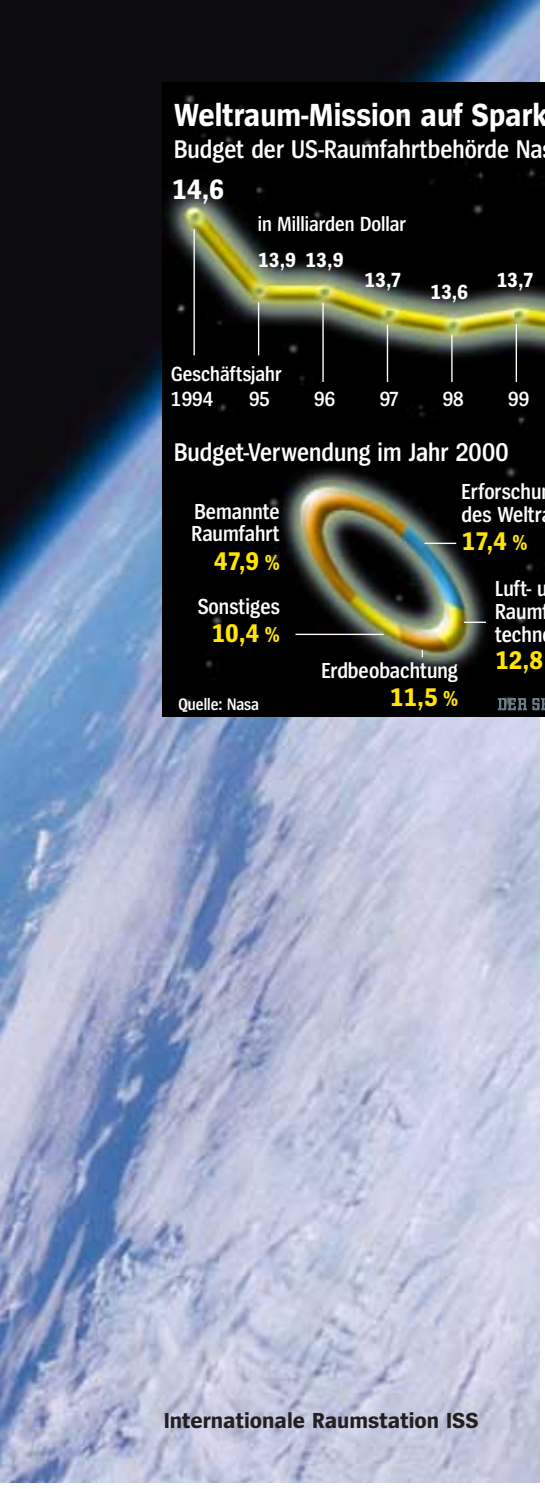
Eine Kommission, von Goldin selbst eingesetzt, um das Finanzgebaren der Weltraumforscher zu untersuchen, hat der Nasa Ende vorletzter Woche ein vernichtendes Testat ausgestellt. Die Rede ist von Missmanagement, finanziellem Schlendrian und hilflosen Kostenanalysen ohne jeden Realitätsbezug. Vor allem die Internationale Raumstation ISS, deren erste Teile seit rund drei Jahren in 400 Kilometer Höhe um die Erde rasen, entpuppt sich als eine Art hungriges Schwarzes Loch im Nasa-Budget.

Weil das Weiße Haus für die Kostenexplosion nicht länger aufkommen will, hatte es den weiteren Ausbau der ISS gebremst. Nun sollte das Expertengremium, nach seinem Vorsitzenden „Young-Kommission“ genannt, Vorschläge machen, wie

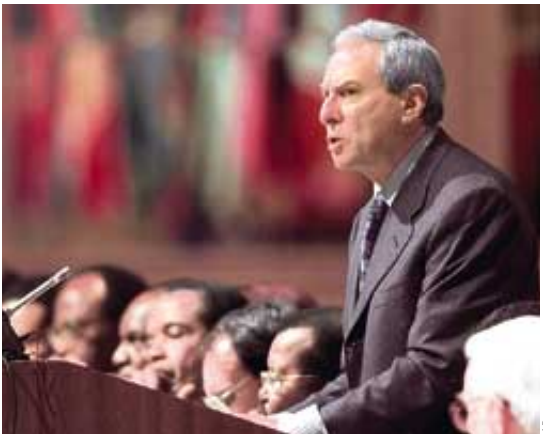


MIKHAIL GRACHYEV / AP

ISS-Besucherin*: *Chronischer Geldhunger der Planer*



Internationale Raumstation ISS



AP

Nasa-Chef Goldin
Mehr Zeit für die Enkelkinder

sich vermeiden lässt, dass das ehrgeizige Projekt als Investitionsruine im All endet.

Und inmitten all dieser Krisen geht nun auch noch der Chef von Bord. Samstag dieser Woche sagt Goldin als „Nasa-Administrator“ Lebewohl. Das ist der Termin, den er im vergangenen Monat in seinem Kündigungsschreiben US-Präsident George W. Bush mitgeteilt hat. Einen Tag zuvor hatte Joe Rothenberg, der Hauptverantwortliche für die Raumstation, seinerseits verkündet, in den Ruhestand zu wechseln.

„Bei der Nasa gibt es immer eine Krise“, wiegelt Goldin ab. „Diesmal ist es schlimmer als sonst“, kontert John Logsdon, Direktor des Space Policy Institute an der George Washington University.

Überraschend war der Abgang Goldins indes nicht, denn er ist Mitglied der Demokratischen Partei. Obwohl er noch vom amerikanischen Präsidenten Bush Senior auf den Nasa-Chefposten gehievt wurde, hat Präsident Bush Junior keine Anstalten gemacht, ihn zum Bleiben zu bewegen.

Hinter den Kulissen wird schon seit Monaten ein geeigneter Nachfolger für Goldin gesucht – bisher vergebens. Der Job hat an Attraktivität verloren: Der Stellenwert, den die Mächtigen in Washington der zivilen Weltraumforschung einräumen, sinkt. Mehr als die knapp 14 Milliarden Dollar des diesjährigen Etats wird auch der nächste Nasa-Administrator nicht zu verteilen haben.

Überraschend waren allenfalls Zeitpunkt und Umstände von Goldins Abgang: Das Nasa-Hauptquartier liegt wenige Kilometer vom Pentagon entfernt. Goldin konnte hören, wie Flug 77 von American Airlines in die Militärzentrale einschlug. Später sah er sich auf den Ruinen des World Trade Center in New York um. Beide Erfahrungen, so sagt er, hätten ihn darin bekräftigt, nicht mehr 18 Stunden am Tag zu arbeiten, sondern mehr Zeit mit seiner Frau, seinen Töchtern und Enkelkindern zu verbringen.

So viel Gefühl haben wohl viele der Nasa-Mitarbeiter ihrem Chef nicht zugetraut. Goldin gilt als brutaler Sanierer und Umstürzler, der ebenso viel Hass wie Bewunderung auf sich zieht. Als er die Nasa 1992 übernahm, musste er an zwei Fronten kämpfen: Zum einen herrschte auf den Fluren der Behörde noch die Koste-es-was-es-wolle-Mentalität aus dem Kalten Krieg, zum anderen litt das Image der Nasa noch immer unter der Challenger-Katastrophe von 1986. Mit eiserner Hand wies Goldin einen neuen Kurs.

Er reduzierte die Zahl der Mitarbeiter von 25 000 auf 18 500 und verordnete den Überlebenden seiner Sparmaßnahmen neue Ziele: „Schneller, besser, billiger“ sollte die Nasa den Raum erkunden – mehr erreichen für weniger Geld.

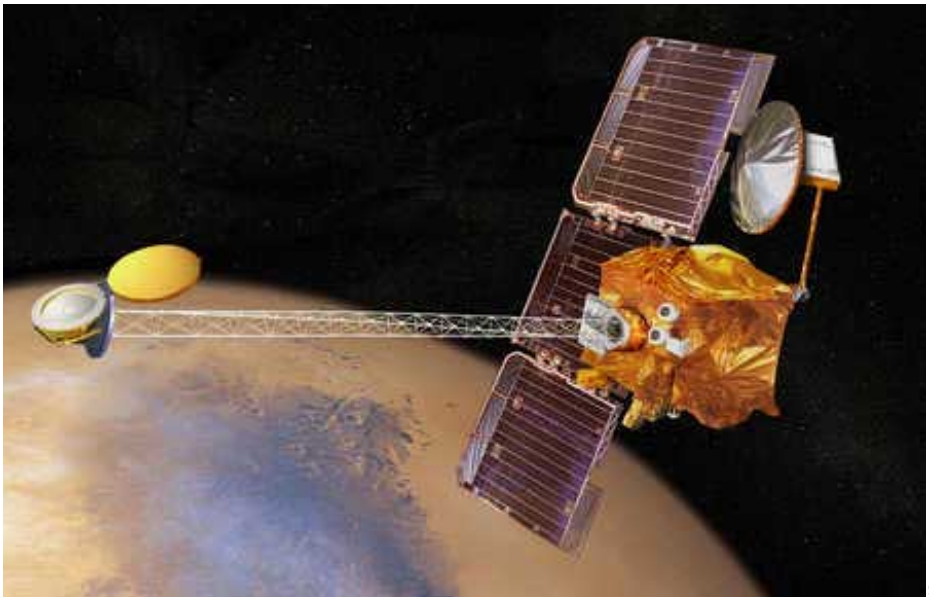
Statt auf milliardenteure Großprojekte setzte er bei der unbemannten Sternenfahrt auf viele kleinere Unternehmungen wie zum Beispiel auf die Sonde „Pathfinder“, die 1997 auf dem Mars landete und den kleinen Roboter „Sojourner“ absetzte, der dann durch die Wüste robbte und Gesteinsproben analysierte. Am 24. Oktober ist die „Mars Odyssey“-Sonde in eine Umlaufbahn um den Roten Planeten eingeschwenkt. Zweieinhalb Jahre wird sie nun aus dem Orbit nach Zeichen von Wasser und von Leben auf der Oberfläche suchen. Mit einem Preis von rund 300 Millionen Dollar gilt dieses Projekt unter Weltraum-Forschern als wahres Schnäppchen.

Nasa-Chef Goldin gilt als brutaler Sanierer und Umstürzler, der ebenso viel Hass wie Bewunderung auf sich zieht

In seiner fast zehnjährigen Amtszeit – so lange hatte es nie zuvor ein Nasa-Administrator ausgehalten – konnte Goldin Russland, den alten Gegner im Kosmos wie auf Erden, als Partner in das ISS-Projekt einbinden. 57-mal sah er Space-Shuttles abheben, 160 erfolgreiche Missionen gehen auf sein Konto, darunter so spektakuläre Aktionen wie die Reparatur des Weltraumteleskops „Hubble“ 1993.

Doch allen Erfolgen zum Trotz gelang es Goldin nicht, den chronischen Geldhunger der ISS-Planer einzudämmen. Der US-Kongress hat wegen galoppierender Kosten bislang 22-mal versucht, der Weltraumstation den Geldhahn abzudre-

* Die Französin Claudie Haigneré nach ihrer Rückkehr aus dem All am 31. Oktober.



Mars-Sonde „Odyssey“ (Zeichnung): *Suche nach Leben zum Schnäppchenpreis*

hen. 1993 passierte sie mit einer einzigen Stimme Mehrheit die Kampfabstimmung im Repräsentantenhaus.

Als die USA 1984 anfingen, eine große Raumstation zu planen, wurde das Projekt auf acht Milliarden Dollar beziffert. Zwei Jahre darauf hatte sich diese Summe verdoppelt. Jetzt gehen die Kostenrechnungen davon aus, dass die ISS bis zu ihrer Fertigstellung im Jahre 2006 inklusive Shuttle-Flügen rund 100 Milliarden Dollar kosten wird.

16 Nationen sind an ihr beteiligt. Die USA müssten nach augenblicklichem Stand bis zu 30 Milliarden Dollar zahlen – und das ist zu viel, denn der US-Kongress hatte im vergangenen Jahr die Ausgaben für die ISS auf 25 Milliarden Dollar gedeckelt. Um Kosten zu begrenzen, hat das Weiße Haus schon im Februar von der Nasa Opfer verlangt.

Die sind einschneidend: Die Nasa wird vorerst auf ein geplantes Modul für die Unterbringung von Astronauten an Bord der ISS verzichten müssen – ebenso wie auf ein Rettungsgefährt, das im Notfall bis zu sieben ISS-Bewohner zur Erde zurückbringen kann. Die maximale Besatzung der ISS ist ohne diese Elemente wie bisher auf drei begrenzt.

Diese Aussicht hat auch die Europäische Raumfahrtbehörde Esa alarmiert. Denn eine Spar-Version der Internationalen Raumstation mit nur drei Besatzungsmitgliedern würde nicht viel mehr als eineinhalb Wochenstunden Forschungsarbeit im europäischen ISS-Labor zulassen. „Das ist für uns völlig indiskutabel“, schimpft Hartmut Ripken, der am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) für die Nutzungsvorbereitung der ISS verantwortlich ist.

Andererseits fürchten die europäischen Nasa-Partner, für die Finanzmisere des großen Bruders in die Bresche springen zu müssen. Der Esa-Direktor für die bemannte Raumfahrt, Jörg Feustel-Büechl, geht deshalb bereits in Abwehrstellung: „Die Amerikaner sollen erst einmal ihr eigenes Haus in Ordnung bringen.“ Schon vor einigen Wochen ist die Esa dem US-Partner entgegengekommen und hat ihm

angeboten, den Beitrag der Europäer für die siebensitzige Rettungskapsel auf eine Milliarde Mark aufzustocken. Das wären 40 Prozent der gesamten Entwicklungskosten. Nun fürchten viele, auch der Rest könnte den klammen Amerikanern noch zu viel sein.

Schon grübeln die Ersten darüber nach, ob auch ein europäischer Alleingang, der Bau eines eigenen Rettungsvehikels, notfalls denkbar wäre. Das Geld dafür müssten die europäischen Forschungsminister lockermachen. Die treffen sich diese Woche im schottischen Edinburgh zur Esa-Ministerratskonferenz und wollten eigentlich über die Geldnöte der „Ariane"-Trägerraketen sprechen. Nun werden die EU-Minister sich zusätzlich mit dem Young-Bericht auseinander setzen. Mehr Geld wollen sie allerdings nicht ins All pumpen. „Die Europäer haben ihre Zusagen gehalten, das Gleiche erwarten wir von den Amerikanern", erklärt die deutsche Forschungsministerin Edelgard Bulmahn und fordert die Nasa auf, „endlich ein effektives Finanzmanagement" gegen die Kostenexplosion einzusetzen.

Damit spricht sie Sparkommissar Young und seinem Team aus der Seele. Die Nasa soll, so ihre Empfehlung, nicht nur die Shuttle-Flüge zur Raumstation von jährlich sechs auf vier reduzieren. Des Weiteren sollen Hunderte Arbeitsplätze verschwinden. Die Nasa müsse sich einer „radikalen Reform" unterziehen und mehr als bisher auf Kostenrechnungen und Wirtschaftlichkeit achten.

Wenn die Nasa in circa zwei Jahren ihre Fähigkeit zum Sparen bewiesen habe, dann könne das Weiße Haus neu beschließen über die Frage weiterer Mannschaftsmodule für die ISS, so Young. Mindestens zwei Jahre lang wird die Nasa jedoch – wie ein verurteilter Delinquent – für ihre mangelhafte Ausgabenkontrolle büßen müssen. So lange wird sich an Bord der ISS wenig Aufregendes abspielen.

Müssen nun die europäischen Nasa-Partner für die Finanzmisere des großen Bruders in die Bresche springen?

Im März hat sich die Nasa bereits von einem weiteren Projekt getrennt – nicht ohne zuvor fast eine Milliarde Dollar dafür ausgegeben zu haben. Der keilförmige „Venture Star", gedacht als Ersatz für die 20 Jahre alten Space-Shuttles, wird nicht gebaut. Die neue Weltraumfähre sollte abheben können wie eine Rakete, den Orbit erreichen, ohne Tanks oder Hilfsraketen abzuwerfen, und landen wie ein Flugzeug. Ein verkleinerter Prototyp gammelt nun in einem Hangar in der Wüste Kaliforniens.

Damit ist zugleich eine Sparhoffnung erloschen. Denn der wiederverwendbare Venture Star sollte vor allem helfen, die Kosten für Lastentransporte ins All zu reduzieren. Die sind beim Space-Shuttle nach wie vor exorbitant: Jeder Start, so rechnet zumindest das US General Accounting Office vor, kostet 512 Millionen Dollar. Andere Zahlen besagen, dass ein Kilogramm Transportlast mit rund 20 000 Dollar zu Buche schlägt. Der Venture Star sollte den Kilopreis auf bis zu ein Zehntel davon drücken. Doch nachdem ein in jahrelanger Arbeit entwickelter Spezialtank bei Tests auseinanderbrach, stornierte die Nasa das kostspielige Projekt.

Der scheidende Nasa-Administrator Goldin dürfte froh sein, dass er sich anstehenden Mäkeleien an seiner Finanzplanung durch Kündigung entzogen hat. Sein Nachfolger wird sich stärker rechtfertigen und sich mehr als er in die Karten gucken lassen müssen.

Was Goldin allerdings bedauert, ist die Tatsache, dass die Flüge zum Roten Planeten, auf die er seit Jahren fixiert ist, nun wieder in weite Ferne gerückt sind. „Mein Lebenswerk", sagt der noch amtierende Nasa-Administrator, „ist nicht vollbracht, bis wir auf dem Mars landen."

Marco Evers, Gerald Traufetter

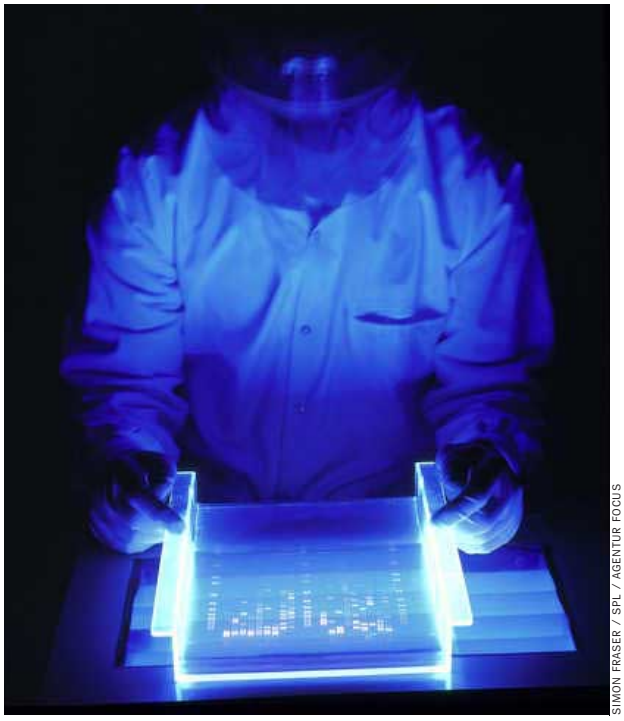
ESSAY

Menschenrecht auf Erbgut

Von Alexander S. Kekulé

Es ist sicher über die Verwendung embryonaler Stammzellen zu streiten. Und auch die Debatte um Präimplantationsdiagnostik tut Not. Doch dürfen wir darüber nicht weit drastischere Biotech-Methoden vergessen, nur weil sie hier zu Lande verboten sind: Die Rede ist von reproduktivem Klonen und Keimbahneingriffen. Diese Verfahren, an denen in anderen Ländern bereits gearbeitet wird, könnten weit gefährlicher werden als alles andere, was der Mensch bisher erfunden hat: Erstens wird eine Spezies Mensch hergestellt, die so in der Natur nicht vorkommt. Zweitens werden die Veränderungen unwiderruflich an alle nachfolgenden Generationen vererbt – heute gewünschte Eigenschaften können eines Tages einen tödlichen Selektionsnachteil bedeuten, etwa bei neu auftretenden Infektionskrankheiten.

Keimbahneingriffe und reproduktives Klonen sind auch deshalb so gefährlich, weil sie die Artenbarriere außer Kraft setzen können, mit der die Natur seit Anbeginn der Evolution die Individualität aller Lebewesen schützt. Auf einmal können Forscher Gene praktisch aller Tierarten, ja sogar von Pflanzen und Bakterien miteinander vermischen. Zusätzlich werden DNS-Schnipsel von Viren mit eingebaut, da diese als „Genfähren“ für das Einklinken der fremden Erbinformation in das Embryo-Genom benötigt werden – die Krone der Schöpfung nimmt die Evolution selbst in die Hand und mischt ihr Genmaterial mit dem primitivster Organismen.



SIMON FRASER / SPL / AGENTUR FOCUS

Genanalyse: *Vermischung von Mensch, Tier und Bakterien*

Das Ergebnis wären zwei Arten von Menschen: die natürlichen und die gentechnisch „verbesserten“. Einige Privilegierte wären bezüglich Eigenschaften wie Anfälligkeit gegenüber Krankheiten, Sportlichkeit, Schönheit und Intelligenz von Geburt an bevorteilt. Diese Klasseneinteilung würde sich von allen anderen Diskriminierungen der Menschheitsgeschichte auch dadurch unterscheiden, dass sie absolut und unumkehrbar wäre – keine Revolution, kein Gesetz, kein Hilfsfonds, keine Ausbildung und kein Lottogewinn könnten den Benachteiligten helfen. Mit dem Wegfall der genetischen Chancengleichheit wäre das gemeinsame Fundament der Demokratien und der Menschenrechte zerstört: die Gleichheit aller Menschen vor Gott und Gesetz.

Die Veränderung der genetischen Anlagen ist eine an Radikalität und Endgültigkeit kaum zu übertreffende Freiheitsberaubung des Individuums, eine nachhaltige Verletzung der Menschenwürde. Bei medizinischen Eingriffen muss das Einverständnis des Patienten vorliegen. Die Manipulation vererbbarer Eigenschaften wird jedoch an unzähligen noch nicht geborenen Generationen vorgenommen, deren Einverständnis keineswegs vorausgesetzt werden kann – sie sind dem Genvermächtnis ihrer Vorfahren auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Trotzdem existiert bis heute keine international verbindliche Vereinbarung, die das menschliche Erbgut explizit unter Schutz stellt. Selbst in den Ländern, wo es bereits einschlägige Biotechnik-Gesetze gibt, werden sie ständig von neuen technischen Entwicklungen überrollt. So musste die Biomedizin-Konvention des Europarates vom April 1997, das am weitesten reichende internationale Übereinkommen zur Biotechnik, bereits im folgenden Jahr nachgebessert werden: Die Schöpfer des 38 Artikel und 176 Anmerkungen umfassenden Regelwerks hatten zwar an alles Mögliche, von der Organtransplantation über Menschenversuche bis hin zur Gentherapie, gedacht – die erst mit „Dolly“ vorgeführte Klontechnik war jedoch schlicht nicht berücksichtigt worden.

Weil das menschliche Genom weder durch nationale Gesetze noch durch zwischenstaatliche Verträge ausreichend geschützt ist, blieben die ersten – angeblich versehentlich entstandenen – Keimbahnmanipulationen am Menschen sogar straffrei. Um älteren Frauen ihren Kinderwunsch zu erfüllen, ersannen amerikanische Reproduktionsmediziner bereits vor Jahren eine folgenschwere Therapie: Sie verhalfen dem funktionsuntüchtigen Ei durch Injektion von Zellflüssigkeit aus dem Ei einer jungen Spenderin auf die Sprünge. Bei diesem „Eiplasma-Transfer“ wird jedoch auch ein Teil der Erbinformation, die so genannte mitochondriale DNS, von der Spenderin übertragen. Daher sind die Kinder genetische Nachkömmlinge von drei Eltern – eine Art von Lebewesen, die bisher in der Natur nicht existierten. Die etwa 30 Keimbahn-manipulierten Kinder sind inzwischen bis zu vier Jahre alt. Sie werden, sofern sie fruchtbar sind, ihre künstlich erzeugte Genmischung an nachfolgende Generationen weitervererben. Ihre Schöpfer gehen straffrei aus, weil die Methode in den USA nicht ausdrücklich verboten ist.

Wie dieser Fehltritt beweist, ist das menschliche Genom durch komplizierte Konventionen, wachsweiche Deklarationen und Verbote einzelner biotechnischer Methoden nicht zu schützen. Das Recht auf nichtmanipuliertes, natürliches Erbgut ist ein ethischer Wert von höchstem Rang, dessen Bedeutung erst durch die moderne Biotechnik erkannt – und zugleich in Gefahr gebracht – wurde. Dieses Recht kann nur in den

Menschenrechten verankert werden – der weltweit anerkannten letzten Verteidigungslinie zum Schutz der menschlichen Würde und Freiheit.

Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 legt in 30 Artikeln fest, wie die „angeborene Würde“ der „Familie der Menschen“ vor Übergriffen zu schützen ist; mit den Uno-Menschenrechtspakten von 1966 wurden daraus international verbindliche Verträge. Die Schrecken der nationalsozialistischen und stalinistischen Diktaturen vor Augen, hatte man an fast alles gedacht, was Freiheit und Würde des Menschen einschränken könnte: von Gefängnis und Folter über Diskriminierung und Eingriffe in das Privatleben bis hin zum Verbot der freien Partnerwahl und Ehe. In der Tradition von Naturrecht und Aufklärung stehen die Menschenrechte auf einem scheinbar unerschütterlichen Fundament: dass nämlich alle Menschen „frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ sind – die erst mit der Gentechnik geschaffene Möglichkeit, Freiheit, Gleichheit und Würde bereits Generationen vor der Geburt zu verletzen, konnten die Verfasser der Deklaration von 1948 nicht vorhersehen.

Auch das in den Menschenrechten geschützte Recht auf Leben, das gegen den Verbrauch von Embryonen für Stammzellen und therapeutisches Klonen ins Feld geführt wird, greift ausgerechnet bei reproduktivem Klonen und Keimbahneingriffen nicht: Es wird ja kein Embryo getötet, sondern im Gegenteil menschliches Leben neu erschaffen.

Die Ergänzung der Menschenrechte, etwa als Zusatzvereinbarung zu den Uno-Menschenrechtspakten, könnte konkret lauten: *Jeder Mensch hat das Recht auf natürliches Erbgut. Niemand darf nachfolgende Generationen durch Eingriffe in die Keimbahn um dieses Recht bringen. Niemand darf auf Grund seiner Erbanlagen benachteiligt werden.*

Damit wären alle vererbbaren Genmanipulationen am Menschen ausgeschlossen, egal ob durch reproduktives Klonen, Keimbahneingriffe oder irgendein anderes, auch erst künftig entwickeltes Verfahren. Zugleich wird das Diskriminierungsverbot im Hinblick auf die demnächst möglichen Gentests konkretisiert.

Als Reaktion auf aktuelle Entwicklungen haben die Vereinten Nationen bereits mehrfach Ergänzungen zu den Menschenrechtspakten verabschiedet, etwa zur Diskriminierung der Frauen, zu modernen Methoden von Folter und Misshandlung, gegen Kinderarbeit und -prostitution. In jüngerer Zeit wird sogar diskutiert, weiter gehende Ansprüche wie das Recht auf Entwicklung, das Recht auf Frieden oder das Recht auf eine intakte Umwelt in die Liste der Menschenrechte aufzunehmen. Im Gegensatz zu diesen „Rechten der dritten Generation“, die einen positiven Anspruch begründen und nur mit erheblichem wirtschaftlichem Aufwand zu realisieren sind, stellt das Recht auf natürliches Erbgut ein klassisches Abwehrrecht dar, ist also ein Menschenrecht im engsten und ursprünglichen Sinne.

Mehr noch: Da sich alle Menschenrechte auf die „Familie der Menschen“ beziehen, sind sie ohne Schutz der menschlichen Art vor genetischer Manipulation wertlos. Dabei ist es unerheblich, ob die Menschenwürde im christlichen Sinne als gottgewollt begründet oder im Sinne der Aufklärung davon abgeleitet wird, dass der Mensch „Subjekt einer moralisch-praktischen Vernunft“ (Kant), also moralfähig ist. Die Menschenrechte sind so wertvoll, weil sie allen Menschen jeder Rasse und jeder Herkunft die gleiche Würde zusprechen, einschließlich Neugeborenen, Behinderten und Bewusstlosen. Einziges Kriterium ist die angeborene Abgrenzung der „Familie der Menschen“, die Urbande der genetischen Art – wer sollte entscheiden, ab wie viel Prozent fremdem Erbmaterial ein Mensch noch ein Mensch ist?

Wer sollte entscheiden, ab wie viel Prozent fremden Genen ein Mensch noch ein Mensch ist?

Ein Schutz des Erbgutes als Menschenrecht durch die Vereinten Nationen käme heute gerade noch rechtzeitig. Noch nie hat sich ein Menschenrecht gegen starke wirtschaftliche Interessen durchgesetzt: Die Bürgerrechte in Athen galten nicht für Sklaven, die des Marquis de La Fayette von 1789 nicht für Frauen. Sogar die Menschenrechtsverletzungen in China werden kaum noch angeprangert, seit Peking ein mächtiger Handelspartner geworden ist.

Noch hat sich kein Markt für die Methoden der Menschenzüchter entwickelt. Doch die jüngste Entwicklung zeigt, dass nicht nur Klonsekten und von Größenphantasien getriebene Einzelgänger, sondern auch ganz seriöse Reproduktionsmediziner längst dabei sind, den Rubikon zu überschreiten – und sei es aus Versehen. Wenn dem Menschenrecht auf natürliche Erbanlagen erst milliardenschwere Wirtschaftsinteressen gegenüber stehen, dürfte es für einen Konsens zu spät sein. Das Risiko eines Super-GAUs in der Keimbahn kann sich die Spezies Mensch jedoch nicht leisten: Radioaktivität klingt in Halbwertszeiten ab, Genmanipulationen vererben sich bis zum Jüngsten Tag.

MARTIN JEHNICHEN

Alexander Kekulé, 43, ist Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie in Halle.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

MEDIZIN

Das Grauen schlechthin

Die westliche Welt bereitet sich auf Bioterror mit Pockenviren vor. Experten halten einen Anschlag für extrem unwahrscheinlich – und extrem gefährlich.

JAMES A. FINLEY / AP

Pockenimpfung*: *Wie viele Jahre hält der Schutz?*

Wir haben versagt“, erklärte einer der Teilnehmer. „Die Sache ist außer Kontrolle geraten.“

In der Tat konnte das Ergebnis keinen der 950 US-amerikanischen Gesundheitsexperten und Regierungsangestellten zufrieden stellen. Im Februar 1999 hatten sie an einem Planspiel teilgenommen, das einen Bioterror-Anschlag simulieren sollte: Auf einer Universitätskundgebung, so die hypothetische Vorgabe, werden Pockenviren ausgesetzt; elf Tage später kommt der erste infizierte Student mit Grippesymptomen in die Notaufnahme.

Im Verlauf des Spiels versuchten die Experten alles, aber auch alles, um die Seuche einzudämmen – trotzdem gab es nach zweieinhalb Monaten auf dem Papier 15 000 Infizierte und mehr als 2000 Tote, nicht nur in den USA, sondern auch noch in vier weiteren Ländern.

Genau davor fürchten sich jetzt auch viele westliche Regierungen. Nach Milzbrand geht die Angst vor Pocken um: In den USA wurde bereits damit begonnen, Mitarbeiter der Seuchenkontrollbehörde gegen dieses vielleicht tückischste aller bekannten Viren zu impfen, damit sie im Ernstfall bei ihrer Arbeit keine Ansteckung befürchten müssten.

Und auch in Deutschland bereitet man sich auf einen möglichen Anschlag vor. Am vergangenen Mittwoch gab Gesundheitsministerin Ulla Schmidt bekannt, die Bundesregierung habe für 100 Millionen Mark sechs Millionen Dosen Pockenimpfstoff gekauft – woher sie so schnell eine so große Anzahl von Dosen aufgetrieben hat, wollte sie „aus Gründen der Sicherheit“ nicht verraten. Auch die Voraussetzungen für die erneute Produktion moderner Pockenimpfstoffe sollen in Deutschland geschaffen werden.

Dabei befinden sich die Verantwortlichen in einer paradoxen Situation: Die Wahrscheinlichkeit, dass die soeben erstandenen Vorräte je gebraucht werden, schätzen die Experten auch nach dem 11. September übereinstimmend als extrem gering ein.

Niemand, so der Hamburger Bioterrorismus-Experte Jan van Aken, könne mit Sicherheit sagen, ob die Viren überhaupt je in die Hände Unbefugter geraten seien. Zudem verfügten nur wenige über die notwendigen Apparaturen und das Knowhow, um das Virus zu vervielfältigen. Vor allem aber habe kaum jemand ein Interesse daran, diese Viren als Biowaffe einzusetzen. „Weil sich das Virus weltweit ausbreitet“, so van Aken, „wäre Afghanistan am Ende wahrscheinlich schlimmer betroffen als die USA.“

Doch so unwahrscheinlich die Experten einen Anschlag mit Pockenviren auch einstufen, so dringlich finden es die meisten von ihnen, sich davor zu schützen. Denn Pocken gelten unter Virologen als das Grauen schlechthin.

Anders als Milzbrand werden Pockenviren durch Tröpfcheninfektion übertragen und springen deshalb extrem leicht von Mensch zu Mensch. Selbst Gegenstände, die ein Infizierter angefasst hat, sind hochinfektiös. Jeder Kranke, schätzen Experten, kann so zehn oder noch mehr Menschen anstecken.

Im frühen Stadium, wenn Symptome wie bei der Grippe vorherrschen, ist die Krankheit kaum zu erkennen. Wenn nach zwei bis vier Tagen die typischen Knötchen und Blasen auftreten, können sich zuvor schon viele Menschen angesteckt haben. Ein Heilmittel gibt es bis heute nicht. Knapp ein Drittel der Kranken überlebt die Pocken nicht, der Rest ist meist bis zum Lebensende entstellt.

EOS / AGENTUR FOCUS

Pockenviren
Jeder dritte Infizierte stirbt

Nachdem die Pocken fast 3000 Jahre lang auf der ganzen Welt gewütet hatten, gelang 1796 im Kampf gegen die Seuche der entscheidende Durchbruch: Dem britischen Arzt Edward Jenner war aufgefallen, dass Stallmägde, die zuvor die vergleichsweise harmlosen Kuhpocken durchgemacht hatten, gegen das eigentliche Pockenvirus gefeit schienen. Aus dem Schorf von Kuhpockenkranken entwickelte Jenner daraufhin eine Art Impfstoff, der sich als sehr wirksam erwies.

Seit 1980 gilt die Seuche als ausgerottet. Seitdem existieren die Viren offiziell nur noch in zwei Labors: In den Centers of Disease Control in Atlanta und in einem

* Am 2. November in St. Louis im Rahmen einer Studie, die die Wirksamkeit verdünnter Pockenimpfstoffe untersuchen soll.

Werbeseite

Werbeseite

GAILLARDE / GAMMA / STUDIO X

Forschung an Hochrisiko-Erregern: *Vernichtung der letzten Vorräte an Pockenviren?*

russischen Labor in der Nähe von Nowosibirsk.

Bis heute wird die Ausrottung als beispielloser Erfolg gefeiert. Paradoxerweise jedoch machte erst dieser Erfolg das Pockenvirus geeignet als Biowaffe.

Denn weil Mitte der siebziger Jahre alle Impfungen eingestellt wurden, ist, auch in Deutschland, inzwischen nur noch gut die Hälfte der Bevölkerung geimpft. Alle Ängste richten sich nun auf die Möglichkeit, dass irgendwann Pockenviren aus einem der Hochsicherheitslabors in Atlanta oder Nowosibirsk entwendet oder verkauft worden sein könnten. Beweise dafür, dass dies je geschehen ist, gibt es allerdings nicht.

Was, fragen sich Regierungen in aller Welt angesichts der potenziellen Bedrohung, ist die richtige Strategie? Eigentlich war seit langem die Vernichtung der letzten Vorräte an Pockenviren geplant, zuletzt hatte man sich auf den 31. Dezember 2002 geeinigt. Aber wäre es jetzt nicht besser, die Viren doch noch für zukünftige Forschungen aufzubewahren? Und vor allem: Sollen sich alle wieder impfen lassen?

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) rät von Massenimpfungen vehement ab. Zu gefährlich seien die Nebenwirkungen, zu unwahrscheinlich der Ernstfall. Zudem könne noch bis zu vier Tage nach einer Ansteckung nachgeimpft werden.

Für eine Massenimpfung reichten die derzeitigen weltweiten Bestände an Impfstoff ohnehin nicht aus. Nur etwa 500 000 Dosen hat die WHO gelagert, etwa 15 Millionen die USA. 90 Millionen Dosen, schätzt die WHO, gibt es weltweit, doch die seien teilweise von zweifelhafter Qualität – schließlich sind sie über 20 Jahre alt.

Impfstoff nachzuproduzieren halten viele Experten deshalb für dringend geboten, allerdings wird das etwa drei bis fünf Jahre dauern. Immerhin schloss die US-Regierung schon zu Beginn dieses Jahres mit einer Biotech-Firma einen Vertrag über die Produktion von 40 Millionen Dosen Pockenimpfstoff ab. Lieferdatum der ersten Chargen: 2004.

Vor allem aber müssen dringend Wissenslücken geschlossen werden. Am Seuchenkontrollzentrum in Atlanta werden deshalb zurzeit systematisch alte Untersuchungen ausgewertet. So weiß zum Beispiel niemand genau, wie stark der Impfschutz derjenigen noch ist, die in ihrer Kindheit und Jugend ein- oder zweimal gegen Pocken geimpft worden sind. Bislang ging man davon aus, dass der Impfschutz nur etwa drei bis zehn Jahre hält.

Die erneute Analyse einer Studie aus dem Jahr 1913 jedoch, die vorvergangene Woche im Wissenschaftsmagazin „Science“ veröffentlicht wurde, lässt hoffen, dass selbst bei Menschen, die nur einmal im Leben geimpft wurden, auch nach 50 Jahren noch ein gewisser Schutz besteht. Sie erkrankten zwar an Pocken, doch lag die Sterblichkeit bei ihnen fast zehnmal niedriger als bei den Ungeimpften.

Auch der Schweizer Immunspezialist und Nobelpreisträger Rolf Zinkernagel geht davon aus, dass die Immunität gegen Pocken in der Bevölkerung größer ist, als von vielen angenommen, was die Ausbreitung der Seuche stark bremsen könnte. Selbst wenn sich die Pocken jetzt sofort wieder ausbreiten würden, so Zinkernagel, „wird es jedenfalls nicht mehr so schlimm wie im Mittelalter“.

VERONIKA HACKENBROCH

Werbeseite

Werbeseite

AUTOMOBILE

Überleben im Weichblech

Nachgiebigere Karosserien könnten vielen Menschen das Leben retten. Während die europäische Autoindustrie versucht, strenge EU-Vorschriften abzuwehren, profiliert sich Honda als Weltmeister im Fußgängerschutz.

Der Crashversuch auf dem Testgelände von Honda in Tochigi nördlich von Tokio sieht aus wie eine bizarre Hinrichtungsform. An Ketten in der Senkrechten gehalten, steht die menschenähnliche Puppe „Polar II“ in der Versuchshalle. Ein Auto nähert sich mit 40 km/h. Mit einem dumpfen Schlag prallt der Dummy auf die Motorhaube, dann wirbelt er meterweit durch die Luft und bleibt am Boden liegen.

„Es ist unsere grundsätzliche Intention, Menschen mit unseren Produkten glücklich zu machen“, erklärt Honda-Vorstandschef Hiroyuki Yoshino. Und dazu sei es unter anderem nötig, dass die Menschen mit diesem Produkt möglichst keine anderen Menschen töten.

Seit Jahren setzt der japanische Autohersteller einen sehr altruistischen Schwerpunkt in der Forschung. Honda hat mit der Polar-II-Puppe inzwischen die zweite Generation eines Crashtest-Dummys entwickelt, die statt des Insassen einen Fußgänger simulieren soll. Konsequent trimmen die Konstrukteure ihre neuen Fahrzeuge auf Partnerschutz.

Nachgiebige Stoßfänger, Scheibenwischer mit definierten Sollbruchstellen, besonders weiche Aufhängungen der Kotflügel und eine breite Pufferzone unter weichem Motorhaubenblech sollen Fußgängern, die von dem Auto erfasst werden, das Leben retten.

Der Entwicklungsaufwand zum Schutze Außenstehender bringt bislang keine Wettbewerbsvorteile. Im Gegenteil: Wenn die nachgiebige Wagenfront bei gewöhnlichen Auffahrunfällen verbeult, ist die Reparatur meist teurer. Deshalb werden die jüngsten Honda-Fahrzeuge von den Versicherungen in höhere Kaskoklassen eingestuft.

Doch das Blatt könnte sich bald wenden. Die Europäische Kommission will bis zum Jahresende über die Einführung verbindlicher Crashrichtlinien zum Schutze von Fußgängern entscheiden, die genau das zum Standard erheben würden, was Honda derzeit bereits freiwillig tut.

FOTOS: AUTOMOTIVE FEATURES

Fußgänger-Crashtest bei Honda
Sollbruchstellen an den Scheibenwischern

Ein Komitee unabhängiger Mediziner und Ingenieure aus Behörden und Universitäten (Kürzel: EEVC) legte der Kommission nach jahrelanger Forschungsarbeit, unter anderem mit Leichenversuchen, bereits im Dezember 1998 einen Abschlussbericht vor. Die Forscher empfehlen darin ein „Prüfverfahren zum fahrzeugseitigen Fußgängerschutz“, das den Zusammenstoß eines Fahrzeugs mit einem Passanten simulieren soll.

Vier Prüfkörper für Beine, Hüfte, einen Kinder- und einen Erwachsenenkopf, so der EEVC-Vorschlag, sollen mit 40 km/h auf verschiedene Bereiche der Wagenfront geschleudert werden. Nur beim Unterschreiten von Belastungsgrenzwerten, oberhalb deren mit schweren Verletzungen zu rechnen ist, dürfe einem neuen Fahrzeug von den Behörden die Zulassung erteilt werden.

Die Zahl der getöteten Fußgänger auf den Straßen der EU – derzeit etwa 7000 pro Jahr – ließe sich damit drastisch reduzieren. Über 80 Prozent aller Fußgängerunfälle spielen sich bei Aufprallgeschwindigkeiten unterhalb von 40 km/h ab.

Die EEVC-Untersuchungen könnten die Grundlage für ein generelles Umdenken der Autokonstrukteure bilden. Lange Zeit begnügten sie sich damit, Blechkarosserie und menschlichen Körper schlicht für Crash-inkompatibel zu erklären. Hilfreich sei einzig die konsequente Trennung der Verkehrswege. Inzwischen jedoch gilt als erwiesen, dass sich etwa die Intensität von Kopfverletzungen allein durch eine intelligente Gestaltung der Motorhaube um ein Vielfaches reduzieren lässt (siehe Grafik Seite 216).

Noch allerdings hat der EEVC-Vorschlag keine Gesetzeskraft – wohl aber einen mächtigen Widersacher: Die europäischen Autohersteller, vertreten durch ihren Dachverband ACEA, laufen gegen das geplante Crashprogramm Sturm. Sie präsentierten der Kommission inzwischen einen Gegenvor-

Werbeseite

Werbeseite

schlag: Zu neuen Crashtests seien sie ja bereit – doch nur bei wesentlich niedrigeren Anforderungen.

So soll etwa statt des Kinder- und des Erwachsenenkopfes nur ein mittelschwerer Prüfkörper gegen die Hauben geschleudert werden, und das nur mit einer deutlich niedrigeren Geschwindigkeit von 30 km/h. Zudem erklären sich die Hersteller freiwillig zu einfach umsetzbaren und im Prinzip längst überfälligen Zugeständnissen bereit. Zum Beispiel wollen sie die extrem gefährlichen Rammschutzbügel für Geländewagen vom kommenden Jahr an nicht mehr anbieten. Im Deutschen Bundestag wird ohnehin bereits ein generelles Verbot der brachialen „Bullenfänger“ diskutiert.

Der Herstellerverband setzt lieber auf Techniken zur Crashvermeidung – zumal diese längst entwickelt sind: eine Licht-Automatik, die beim Anlassen des Motors die Abblend-Scheinwerfer einschaltet, und Bremsen mit Antiblockiersystem als Serienausstattung für alle Neuwagen.

Sollte sich die Kommission auf diesen schwachen Gegenvorschlag einlassen, blieben vielen Autoherstellern aufwendige Änderungen ihrer Karosserien erspart. Als besonders schwer gilt es etwa, eine Pufferzone von etwa zehn Zentimetern unter der Fronthaube zu realisieren. Moderne Autos haben im Interesse der Aerodynamik oft sehr flache Schnauzen, unter denen die Aggregate dicht gepackt liegen.

Zulieferer arbeiten inzwischen an Lösungsvorschlägen, etwa an Hauben, die beim Aufprall von Federspannern nach oben gedrückt werden. Auch Außen-Airbags sind derzeit in der Erprobung. Doch für derlei Techniken fehlt noch die nötige Sensorik. Um sie wirkungsvoll einzusetzen, müsste die Bordelektronik schon vor dem Unfall von so genannten Pre-Crash-sensoren alarmiert werden.

Dass nahezu alle Hersteller von einer raschen Einführung strenger Fußgängerschutz-Richtlinien eiskalt erwischt würden, zeigt die Unfallforschung unabhängiger Institute. Der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) veröffentlichte vor zwei Jahren Testergebnisse der Technischen Hochschule Aachen. Eine Mittelklasselimousine und ein Minivan (Hersteller blieben ungenannt) waren dort nach dem EEVC-Verfahren einem Fußgängercrash unterzogen worden.

Beim Schlag des Kinderkopfes auf die Front des Minivans lag die Verletzungsschwere um das Vierfache über dem „HIC“-Grenzwert von 1000, oberhalb dessen mit schweren Schädelverletzungen gerechnet werden muss. Der gemessene Wert von 4000 entspricht aus Expertensicht einer tödlichen Aufprallwucht. Die Befestigungsschraube des Haubenscharniers bohrte sich tief in die Gummihaut des Kunstkopfes.

Die Ergebnisse der Fußgänger-Crashtests waren niederschmetternd; kein einziges Auto bestand die Prüfung, bei der ein Hüftaufprall simuliert wird

Falls den Herstellern schärfere Vorschriften erspart bleiben, können die Fußgänger nur auf die Imagesorgen der Industrie hoffen. Denn inzwischen hat das angesehenste und strengste private Crashtest-Konsortium Europas Aufprallversuche mit Fußgängern in sein Programm aufgenommen.

Die Forscher von EuroNCAP („New Car Assessment Program“) testeten inzwischen fast 100 Autos im EEVC-Verfahren. Die Ergebnisse sind niederschmetternd. Nur 11 Prozent der getesteten Pkw erfüllten bislang die Anforderungen bei der Kollision mit dem Erwachsenenkopf. Kein einziger bestand die Prüfung, bei der ein Hüftaufprall simuliert wird.

Die Bundesanstalt für Straßenwesen beklagt angesichts der Resultate noch einen „großen Handlungsbedarf“. Als einziges Fahrzeug erreichte der Honda Civic bisher zumindest beinahe die volle Punktzahl. Nur knapp verfehlte der Kompaktwagen die höchste Auszeichnung mit vier Sternen, die EuroNCAP für optimalen Fußgängerschutz vergibt.

Für die Aufprallversuche mit den Kunstköpfen suchen die Tester mehrere Punkte aus, an denen die Struktur der Wagenfront ihnen besonders hart erscheint. Beim Honda fanden sie nur zwei Stellen, an denen der HIC-Wert auf 1801 und 1974 hochschnellte, Impulse, die schwere bis tödliche Kopfverletzungen erwarten lassen. Die anderen Ergebnisse lagen entweder in der Nähe oder deutlich unterhalb der kritischen Grenze von 1000.

Weit teurere Produkte deutscher Hersteller, die beim Insassenschutz oft Bestnoten erhalten, schneiden in der Fußgängerdisziplin blamabel ab.

Mercedes erhielt für seine jüngsten Produkte immerhin durchschnittliche Ergebnisse. BMW dagegen sollte laut EuroNCAP-Verdikt „dem Fußgängerschutz mehr Aufmerksamkeit widmen“. Die zuletzt getestete Oberklasselimousine der Fünfer-Baureihe beurteilten die Tester als „besonders hart und unnachgiebig“. In 12 von 18 Detailversuchen erhielt sie die schlechteste Einstufung mit der Bezeichnung „arm“.

Wie der BMW bekam auch der Audi A4 nur einen Stern für Fußgängerschutz – und die bislang verheerendste Wertung im Testbericht. Während die Konkurrenten zumindest an einigen Punkten unterhalb von HIC 1000 liegen, waren die Kopfbelastungen am Audi durchgehend höher.

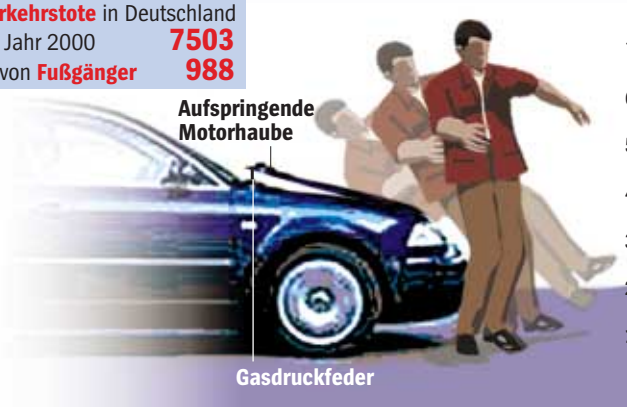
An der härtesten Stelle erfuhr die Kinderkopfattrappe einen Impuls von HIC 4307. Ein Überleben ist nach einem solchen Stoß fast ausgeschlossen. „Schutz war nahezu inexistent“, urteilten die Crashtester in ihrem Resümee. „Dieses Auto wird jedem, den es trifft, unnötigen Schaden zufügen.“

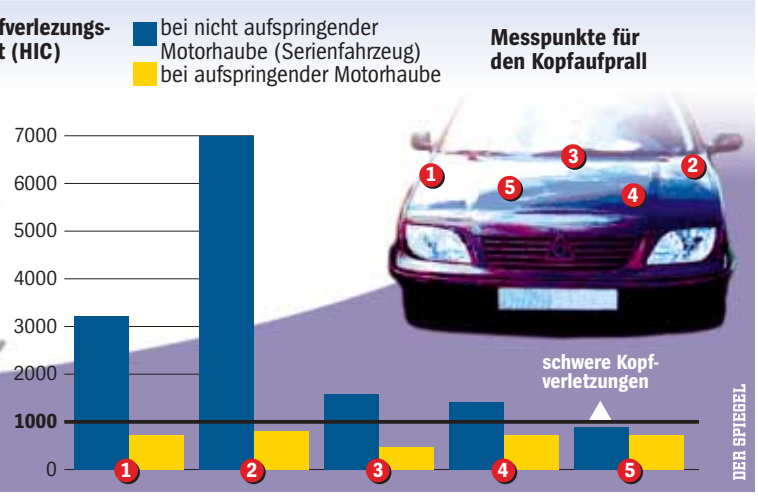
CHRISTIAN WÜST

Gedämpfte Landung

Wird beim Aufprall die Motorhaube am Scharnier mit Gasdruckfedern um zehn Zentimeter hochgestellt, fängt sie den angefahrenen Fußgänger schonender auf. Crashversuche des schwedischen Zulieferers „Autoliv“ ergaben deutlich niedrigere Kopfverletzungswerte bei angehobener Haube im Vergleich zum Serienfahrzeug.

Verkehrstote in Deutschland
im Jahr 2000 **7503**
davon **Fußgänger** **988**





Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

COMPUTER

Datenmüll auf dem Gabentisch

Die Musikindustrie hat fast unbemerkt kopiergeschützte CDs eingeführt. Nun formiert sich Kundenprotest gegen die minderwertigen Mogelpackungen.

Die Musik-CD versprach viel: „Just the Best“, so der Titel der Hitsammlung aus dem Hause BMG Entertainment, einer Bertelsmann-Tochter. Doch als Matthias Heider aus Porta Westfalica die Scheibe an seinem Computer anhören wollte, erlebte er weder Gutes noch gar, wie versprochen, das Beste, sondern schlicht – gar nichts. Sein Rechner blieb stumm. Und auch in der Auto-Stereoanlage versagte der Silberling den Dienst.

Erbost tauschte Heider die Minderware um und erstattete jetzt Strafanzeige wegen „besonders schweren Betrugs“ zur „Erlangung von Vermögensvorteilen“, der „gewerbsmäßig und in tausendfacher Anzahl begangen“ werde.

Die umstrittene CD ist Teil der Bescherung, mit der die Musikindustrie in diesem Weihnachtsgeschäft ihre Kunden überrascht: Viele Neuerscheinungen haben unerwartete Risiken und Nebenwirkungen.

Vom neuen Album der Esoterik-Muse Heather Nova über die Songs der minderbegabten Boygroup ’N Sync bis hin zu einigen Exemplaren der neuen Hitsingle von Michael Jackson – überall haben die Produzenten digitalen Datenmüll unter die Musik gemischt. Der Zweck: Die eigenartigen Beimischungen sollen die CD-Laufwerke von Computern verwirren, so dass diese den Datenträger nicht auslesen können. Dadurch soll illegales Raubkopieren verhindert werden.

Das Datenchaos wird systematisch betrieben: Im Sommer forderte die deutsche Landesgruppe des Internationalen Verbandes der Phono-Industrie, fortan Musik-CDs grundsätzlich mit dem neuartigen Kopierschutz zu versehen.

Hintergrund sind die dramatischen Umsatzrückgänge von über 12 Prozent in den ersten sechs Monaten dieses Jahres, während der Verkauf von CD-Brennern und CD-Rohlingen nach oben schießt. Setzt sich diese Tendenz fort, dann werden im nächsten Jahr mehr CD-Rs privat mit Musik bespielt als CDs im Laden gekauft (siehe Grafik). Die Musikindustrie klagt über Einnahmeverluste von über drei Milliarden Mark allein in Deutschland.

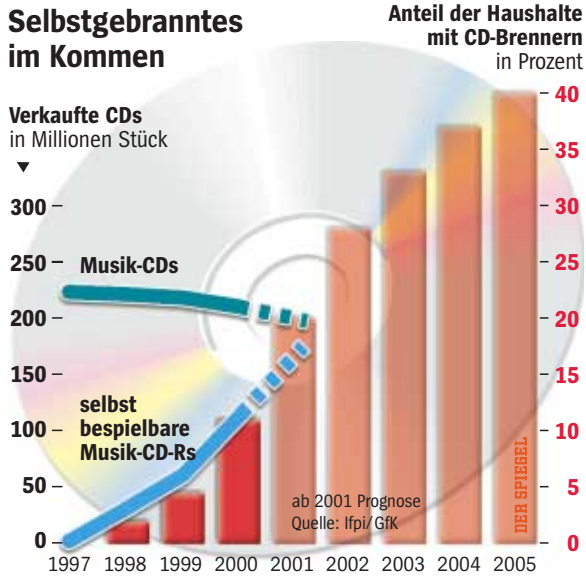
Der Zusammenhang ist allerdings umstritten. Kritiker des Kopierschutzes argumentieren, dass die Krise ganz andere Gründe habe: Der überzogene CD-Preis etwa schrecke die traditionell wichtige Teenager-Klientel ab, die ihr Taschengeld neuerdings lieber in Handys, Online-Gebühren und Computer investiert.

VOLKER FROESE / ACTION PRESS

Popstar Nova
Esoterik-Muse im Digitaltresor

Der Kopierschutz droht nun, noch mehr potenzielle Kunden abzuschrecken. Denn die Antipiraterie-Software ist unausgereift: wirkungslos gegen Kriminelle und grob fahrlässig gegenüber ehrlichen Käufern. Denn manch herkömmliche Stereoanlage gerät durch verwürfelte Bits aus dem Tritt.

Für entschlossene Raubkopierer dagegen ist der Kopierschutz keine Hürde. Apple-Rechner ignorieren den Digitaltresor oft einfach. Und unter Windows lässt er sich mit Programmen wie „CloneCD“ leicht knacken.



Die Umgehung des Kopierschutzes ist nicht einmal illegal, sondern vielmehr ein verbrieftes Recht: Jeder Kunde darf „zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch“ Kopien von seinen CDs ziehen, das garantiert das Urheberrechtsgesetz, Paragraf 53. Oft sind die kopierten CDs sogar besser als ihre Originalvorlage und laufen wieder auf jeder Stereoanlage, weil der Datensalat beim Kopieren aussortiert wird.

Der Kopierschutz basiert meist auf einem einfachen Trick: Er verstößt gezielt gegen den Industriestandard für Musik-CDs von 1982, im Branchenjargon „Red Book“ genannt. Je präziser ein Abspielgerät auf diesen Standard eingestellt ist, desto wahrscheinlicher werden Abspielprobleme bei nicht standardkonformen CDs. „Kopiergeschützte CDs dürfen juristisch gesehen nicht das Siegel Compact Disc Digital Audio tragen“, ereifert sich Heider pedantisch, aber korrekt. „Da müsste eine Warnung draufstehen: ‚Dies ist eine runde Scheibe mit einem Loch in der Mitte – aber keine Audio-CD!‘“

Tatsächlich dürfte die Kennzeichnungspflicht Kernpunkt der juristischen Auseinandersetzung werden. Die Warnhinweise sind meist winzig, nur Eingeweihten verständlich, und zudem irgendwo auf der Rückseite der CD-Hülle versteckt – wenn überhaupt. „Oft werden kopiergeschützte CDs den Kunden als Mogelpackung untergeschoben“, klagt Jürgen Schröder von der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Niemand könne der Industrie vorschreiben, was sie mit ihren CDs anstelle, so Schröder, solange es für die Kunden transparent ist. „Aber es ist nicht erlaubt, ein Auto mit 250 PS anzupreisen, und dabei zu verschweigen, dass der Motor bei 100 Stundenkilometern abgeregelt ist.“

Nun regt sich Widerstand gegen die abgeregelten Musikboliden. Eine Kundin aus Kalifornien klagt gegen die Plattenfirma Fahrenheit, weil sie sich vom Kopierschutz hintergangen fühlt. In England organisiert sich der Protest über die Webseite uk.eurorights.org. Regelmäßig demonstrieren Aktivisten in Städten wie London, Cambridge und Birmingham vor Plattenläden und verteilen Handzettel, auf denen sie über die klammheimlichen Datentricksereien aufklären.

Die skurrilste Protestform stammt von Jörg Dennis Krüger, einem 20-jährigen Computerfachmann aus München. Er bietet Kopierschutzgeschädigten an, Duplikate ihrer musikalischen Minderware als elektronische MP3-Datei zu erstellen – unentgeltlich und daher legal. Seine Web-Adresse ist Programm: www.gegen-den-kopierschutz.de

HILMAR SCHMUNDT

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

RAUBKUNST

Guter Glaube

Sie ist ein Schlüsselwerk der Moderne – und jetzt auch ein spektakulärer Fall für die Schweizer Justiz: Wassily Kandinskys abstrakte „Improvisation 10“. Im landesweit ersten Raubkunst-Verfahren seit über 50 Jahren wird ab kommenden Montag vor dem Zivilgericht Basel verhandelt, ob die Schweizer Fondation Beyeler das Bild herausgeben muss. Das verlangt Jen Lissitzky, 70, Sohn und Erbe von El Lissitzky und Sophie Küppers. Sie hatte das Werk 1919 erworben und später dem Provinzialmuseum Hannover als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt. Die Nazis verscherbelten das Bild an einen Kunsthändler, der es im Garten vergrub. 1951 erwarb der Schweizer Galerist Ernst Beyeler das Werk, das heute 57 Millionen Mark wert sein soll, für 15 000 Mark. Er habe, so der bekannte Kunsthändler und Museumsstifter Beyeler, in „gutem Glauben“ gehandelt und von der Vergangenheit des Bildes nichts gewusst – obwohl es auf der Rückseite eine Inventarnummer der Nazis trägt. Zehn Jahre lang hat Lissitzky vergeblich auf die Herausgabe gedrängt. Keine der Parteien glaubt an eine Einigung im anstehenden Vermittlungsverfahren. Der sich höchstwahrscheinlich anschließende Prozess könnte nach Meinung von Fabia Beurret-Flück, der Präsidentin des Basler Zivilgerichts, richtungsweisend sein. In Schweizer Sammlungen dürfte sich noch zahlreiche Raubkunst befinden.

VG BILD-KUNST, BONN 2001

Kandinskys „Improvisation 10“ (1910)

LITERATUR

Wahnwitz und Terror

Kommissar Kurt Wallander findet kaum noch Schlaf. Erst liegt ein Computerexperte tot auf der Straße. Dann fällt im ganzen Landstrich der Strom aus, und in einer aufgebrochenen Transformatorstation wird die Ursache entdeckt: eine verkohlte Leiche. Wallander kommt einer Sekte von Computerterroristen auf die Spur, die den mörderischen Blackout wie ein Vorspiel inszeniert haben: Ein globaler Crash soll dem regionalen Stromausfall folgen wie die große Oper der kleinen Ouvertüre. Die Wahnwitzigen sind kurz davor, Machtzentren wie das Pentagon und die Weltbank durch Manipulation von Datenströmen lahm zu legen und den Zusammenbruch der Finanzmärkte zu provozieren. Zwar gelingt es Wallander mit Hilfe eines genialen jungen Computerhackers, das Komplott noch zu durchkreuzen. Aber die Lust am Beruf hat der Held am Ende verloren. Er muss sich wegen angeblicher Verhör-Brutalität verantworten, und sein alter Kollege Martinsson intrigiert hinterrücks, um selber Chef zu werden. Obendrein entpuppt sich eine Frau, in die sich der erotische Pechvogel Wallander beinahe verliebt, als Lockvogel der Terroristen. „Die Brandmauer“ heißt Henning Mankells achter und letzter Wallander-Roman. Es ist wohl Zeit, dass der grüblerische Kommissar abdankt; nicht alle Handlungsfäden sind so souverän verknüpft wie sonst. Aber viel Spannung und Atmosphäre bietet Mankell noch immer – ganz zu schweigen von der düsteren Aktualität des Plots.

Henning Mankell: „Die Brandmauer“. Aus dem Schwedischen von Wolfgang Butt. Zsolnay Verlag, Wien; 576 Seiten; 49,80 Mark.

VERLAGE

„Riesiges Frühjahrsprogramm“

Gerd Haffmans, 57, über die Zukunft des Zürcher Haffmans-Verlags und seine eigenen Chancen, Verleger zu bleiben

SPIEGEL: Herr Haffmans, das Konkursverfahren gegen Ihr Haus läuft. Das endgültige Aus nach fast 20 Jahren?
Haffmans: Nein. Aber ich weiß nicht, wohin die Reise geht.
SPIEGEL: Am vorvergangenen Freitag haben Sie in Hamburg zusammen mit Harry Rowohlt und anderen aus dem neuen Roman Ihres Autors Frank Schulz gelesen, scheinbar gut gelaunt.
Haffmans: Auf der Fahrt nach Hamburg hatte es mich kalt erwischt – trotz dieser Nachricht wollte ich den Abend genießen.
SPIEGEL: Sie mochten sich nie einem Konzern ausliefern …
Haffmans: … nun sieht die Sache natürlich anders aus. Jetzt sind wir billig zu schnappen. Es muss nur einer beim Konkursamt Riesbach-Zürich ein Angebot machen – dann ist er dran!
SPIEGEL: Es wird gemunkelt, dass sich Ihre Schulden auf sechs oder sieben Millionen Franken belaufen.
Haffmans: Quatsch! Wir haben keine Bankschulden. Es sind noch etwa 360 000 offen. Wir standen kurz davor, drei Millionen Schulden bei einer Druckerei in ein Darlehen umzuwandeln. Aber im Grunde meines Herzens bin ich Lektor – und ich habe eigentlich keine Lust mehr, von einer Bank zur anderen zu laufen.
SPIEGEL: Ihr bisher treuer Starautor Robert Gernhardt sucht nun auch einen anderen Verlag – bitter für Sie?
Haffmans: Bei einem Konkurs verstehe ich das. Ich war immer stolz darauf, Autoren entdeckt zu haben. Und es gibt ein riesiges Frühjahrsprogramm, das ich am Wochenende vorgestellt habe.

ANNA WEISE

Haffmans

MUSICAL

Dianas nächtliche Ausflüge in den Kuhstall

Die Story ist eigentlich ein Selbstgänger: Eine blutjunge, naive Landadelige heiratet den britischen Thronfolger, wird ein Medienstar, aber depressiv und findet nach der Scheidung ein kleines Glück mit einem ägyptischen Lover. Doch der Unfalltod im Tunnel macht die Prinzessin erst unsterblich. Das Musical „Lady Diana – Ein Lächeln verzaubert die Welt“ will nun den Mythos noch einmal richtig aufkochen. Aber die Tourneeproduktion (Karl-Heinz Stracke), die am vergangenen Samstag in Saarbrücken Premiere hatte, ist ungefähr so traurig wie das Leben der unglücklichen Lady Di selbst. Das überwiegend britische, deutsch radebrechende Ensemble müht sich redlich mit der Musik von Peter Thomas („Raumpatrouille Orion“) und ordnet sich ergeben der hemdsärmeligen Regie von Gerhard Platiel unter. Es gibt Lichtblicke, allerdings unfreiwillig komische: etwa wenn Diana (Karen Gillingham) ihre Bulimie beichtet. Nachts habe sie sich zum „Kuhstall“ aufgemacht, glaubt das Publikum zu verstehen, bis es erleichtert erkennt, dass wohl doch nur der Kühlschrank gemeint ist. Das Textbuch (Volker Führer) enthält allerlei Absonderlichkeiten. Die bis zu ihrer Scheidung als Königliche Hoheit geführte Charles-Gattin wird im Stück, jedenfalls noch bei den Endproben, mit dem putzigen Titel „Prinzessin Lady Diana“ bedacht und ansonsten unverdrossen mit „Mylady“ apostrophiert. Diesen Fauxpas und die gesamte holprige Hommage hat die dahingegangene Königin der Herzen nun wirklich nicht verdient.

KIRSTEN BORCHARD / PUBLIC ADDRESS

Gillingham (l.) als „Lady Diana“

Kino in Kürze

„Driven“ ist zwischen Boliden und Blondinen hin- und hergerissen. Wenn die Kamera nicht den Rennwagen nachjagt, saust sie die kurvenreichen Strecken entlang auf Brüste und Hinterteile zu, als wollte sie weibliche Knautschzonen testen. Der Film ist also eher ein tiefer gelegtes Vergnügen und wurde nicht zuletzt für den deutschen Markt entworfen. Das erklärt die vielen aus Film, Funk und Fernsehen bekannten Nasen: Jasmin Wagner alias Blümchen will Til Schweiger alias Beau Brandenburg einen Kuss geben, Verona Feldbusch geht ein paarmal durchs Bild und zieht die Blicke von den Blondinen ab. Einige amerikanische Kleindarsteller wie Sylvester Stallone und Burt Reynolds dürfen auch mitspielen. Inszeniert wurde das Ganze vom fliegenden Finnen Renny Harlin. Der Autorennen-Filmer zeigt uns allerdings eine bizarre Mischung aus Formel-1-Zirkus und US-Cart-Serie. Die Sportfans werden lauter aufheulen als alle Motoren.

WARNER BROS.

Schweiger, Feldbusch, Stallone in „Driven“

„Natürlich blond“ zu sein ist kein Zuckerschlecken. Elle Woods (Reese Witherspoon) gilt als unterbelichtet und überkandidelt. Ihr Freund trennt sich von ihr, weil er sich nicht blamieren will. Statt sich die Haare zu färben, stöckelt Elle nach Harvard und bringt den Rechtsgelehrten bei, dass auch die Wahrheit Schminke braucht. Am Ende ist nur eine Frage offen: War Justitia blond? Mit einem Einspielergebnis von fast 100 Millionen Dollar in den USA war Robert Luketic' Komödie einer der Überraschungs-Hits dieses Sommers.

Am Rande

Triller und Tüten

Natürlich war jeder gewissenhafte Deutsche seit geraumer Zeit in Sorge. Lange, viel zu lange hatte die Nation nichts von ihrem lieben Professor Frantz gehört. Kein Auf und Ab putziger Tonleitern auf dem Fortepiano, keine blechernen Breitseiten seiner „Philharmonie der Nationen“, nicht mal ein menschelndes Wort in schlimmer Zeit. Schon machte sich das Vaterland bange Sorge um seinen großen, blonden, verdienstvollen Sohn, da kam frohe Kunde aus Pöseldorf: Ja, gottlob, es gab ihn noch! Vivat, Justus! Alles klar? Eben nicht. Die Kunde klang bitter, der Maestro wirkte geknickt: Dienstag letzter Woche hatte die Kripo des Künstlers Hamburger Villa durchsucht und Stapel von Leitz-Ordnern weggetragen. Was? Eine brutale Razzia bei einem empfindsamen Schöngeist wie Frantz? Die hemmungslose Durchsuchung eines Hauses, in dem Bach und Brahms gehegt und gepflegt werden? Nein, dieses Land scheut vor keiner Schande zurück, und wer, wie ein paar Eingeweihte, in diesen dramatischen Momenten in Justus' hanseatische Augen blicken konnte, der wusste: Bei Schill!

Dieser deutsche Professor kann nicht lügen! Er hat keine Gelder veruntreut, seine Steuern pünktlich bezahlt, alle Sozialbeiträge ordnungsgemäß abgeführt und auch keinen Konkurs verschleppt. Und was hat er von seiner Grundehrlichkeit bis hinterm Komma? Undank und die Gewissheit, dass er nach den staatsanwaltlichen Unverschämtheiten in seiner Heimatstadt nicht mehr Kultursenator werden kann. Bange Frage: Was macht er dann? Triller üben, Takt schlagen oder Tüten kleben – je nach Aktenlage.

NORBERT ENKER

Künstler Gursky, Gurskys Wohnblock-Bild „Paris, Montparnasse“ (1993): *Drohender Imageschaden durch den Ramschverkauf*

KUNSTMARKT

Grobe Töne im Kuschelclub

Deutsche Museumschefs bangen um Kunstleihgaben in ihren Häusern:
Der Unternehmer Hans Grothe lässt einen Teil seiner riesigen Sammlung bei Christie’s versteigern.
Prominente Künstler protestieren – ein giftiger Kleinkrieg erschüttert die sonst so diskrete Szene.

Hans Grothe gilt nicht gerade als zimperliches Naturell. Doch selbst er, der Duisburger Kunstsammler und Bauunternehmer, dürfte irritiert gewesen sein, dass der Brief, der ihm vor ein paar Tagen zugeschickt wurde, ziemlich harsch formuliert war – ihm wird darin unverhohlen ein „abstoßendes Verhalten“, eine „kunst- und künstlerfeindliche Einstellung“ vorgeworfen.

Die Absender des zornigen Gemurres sind keine Unbekannten. Und mit Kunst kennen sie sich ganz sicher aus: Unterzeichnet wurde das Schreiben immerhin von den vier Starfotografen Thomas Demand, Andreas Gursky, Thomas Ruff und Thomas Struth. Mit deren Bildern will Grothe, 71, am Donnerstag auf einer Auktion in New York viel Geld verdienen.

So sauer haben Künstler noch nie auf eine Versteigerung ihrer Werke reagiert. Grobe Töne sind überhaupt selten geworden im kuschelsüchtigen Kunstbetrieb, in dem so euphorisch über die Liebe zum Bild herumgesäuselt wird.

Der umtriebige Ruhrpott-Prominente Grothe („Sammeln ist meine persönliche Leidenschaft“) schwärmte bislang besonders überzeugend. Ihm gehören schließlich nicht nur Luxusimmobilien wie das Berliner „Ku’damm-Eck“, ihm und seiner Familie gehört auch die größte deutsche Privatsammlung von Gegenwartskunst. Wenn er in seiner teils privat, teils städtisch unterhaltenen Duisburger Ausstellungshalle seine Kunsteinkäufe umhängt, fliegt Kanzler Schröder schon mal mit dem Hubschrauber zum Eröffnungsumtrunk ein.

Auch mit den Künstlern, erinnert sich Fotograf Gursky, habe Grothe stets ein „kumpelhaftes Verhältnis“ gesucht. Gern habe er von „seinen Künstlern“ geredet.

Aber nun ist Schluss mit lustig: Großkunstbesitzer Grothe will 48 Bilder bei Christie’s versteigern lassen. Um kein hausgemachtes Überangebot zu produzieren, wird in New York zunächst nur ein erster Schwung aufs Auktionspodest gehievt, den Rest lässt Grothe im Februar in London vermarkten. Außer Gemälden von Malerklassikern wie Sigmar Polke, Anselm Kiefer und Georg Baselitz hat er vor allem Arbeiten der vier Fotografen aussortiert. Im Auktionskatalog ließ er auch gleich noch mitteilen, dass ebendiese Fotografen nie seine Freunde gewesen seien.

Aber teure Bekannte. Grothe rechnet mit Einnahmen von mindestens 20 bis 30 Millionen Mark, ein Richter-Bild hat er mit Hilfe von Christie’s schon vorweg für knapp 20 Millionen Mark an einen französischen Sammler verkauft.

Aber warum sollte er seinen Fotobesitz nicht in Bares verwandeln dürfen?

Weil er ihnen, so protestieren die Fotokünstler, vor Zeugen zugesagt habe, dass er ihre Werke zu seinen Lebzeiten nicht verkaufen werde. Er habe sogar versichert, sie in ein geplantes Museum einzubringen; und dass es auch langfristige Leihverträge mit dem Kunstmuseum Bonn gebe. Nur deshalb

NINA LÜTH

Sammler Grothe
„Soll ich mich etwa entschuldigen?“

hätten sie ihm „wichtige und bedeutende Werkzyklen zu außergewöhnlichen Konditionen überlassen“. Soll heißen: zu Freundschaftspreisen.

Nun aber habe Grothe – „auf der gegenwärtigen Spekulationswelle reitend“ – alle Zusagen gebrochen, um ein neues Grundstücksgeschäft zu finanzieren.

Verletzte Eitelkeit oder berechtigtes Aufmucken gegen das seltsame Big-Business-Gebaren eines Sammlers?

Tatsächlich hat Grothe häufig Rabatte zwischen 10 und 25 Prozent ausgehandelt. Er sei ja ein Großabnehmer gewesen, sagt er. Und das mit dem Museum hätten die Künstler wohl „falsch verstanden“. Und zu versprechen, er verkaufe die Sammlung nicht, heiße doch nicht, dass er nicht einzelne Bilder verkaufe.

Zufällig stiegen inzwischen gerade die Preise für Fotokunst explosionsartig an. Und es sind vor allem die über Grothe empörten Künstler, die mit ihren poetisch kühlen Farbbildern von Sternenhimmeln, Museumssälen und Edelshops weltweit den Markt anführen. Der Handel ist – noch – im Fotografie-Rausch.

So dürfte das Errechnen der Gewinnspanne für Grothe der pure Multiplikationsspaß sein: Mitte der neunziger Jahre hat er für fünf Fotografien von Gursky insgesamt 90 000 Mark bezahlt. Jetzt liegt der obere Schätzpreis allein für Gurskys Architektur-Monumentalbild „Paris, Montparnasse“ bei fast 900 000 Mark. Grothe fragt: „Soll ich mich für meinen Blick für Kunst etwa entschuldigen?“

Dafür nicht. Allerdings erinnert die massive Art, mit der er jetzt Fotokunst en gros abstößt, fatal an einen Ramschverkauf. So etwas kann dem Ansehen der Künstler durchaus schaden.

Juristisch, ahnt Gursky, „können wir wenig ausrichten“. Juristisch, freut sich Grothe, „ist alles wasserdicht“. Mag sein. Doch der giftige Kleinkrieg belegt schockierend anschaulich die Gepflogenheiten einer normalerweise diskreten Szene, in der es ein mikrofein aufeinander abgestimmtes Netzwerk von verschwiegenen Sammlern, Museumsleuten und Händlern gibt. Da wird raffiniertes Monopoly gespielt.

Dessen Regeln kennt der Bergarbeitersohn und Selfmademan Grothe besonders gut. Mitte der siebziger Jahre trennte er sich auf einen Schlag von einer wertvollen Expressionismus-Sammlung, um sich gleich anschließend nach aktuellerer Kunst umzusehen. Dann erwachte sein Interesse an der bereits vorsichtig boomenden Fotografie. Von diversen Galeristen ließ er sich zeigen, was als besonders vielversprechend galt.

Zum Kreis der Ausnahmetalente gehörte – da waren sich die Experten schon früh einig – die rheinische Fotografenclique um Gursky, Ruff und Struth, die heute alle auch erst Mitte vierzig sind. Sie waren Schüler des berühmten Düsseldorfer Fotografenehepaars Bernd und Hilla Becher. Ganze Serien der sachlich präzisen Becher-Fotografie stehen ebenfalls auf Grothes Ausverkaufsliste.

Dass sein Kunstbatzen nie so wertvoll war wie heute, dafür hat der Viel-Käufer Grothe auch selbst gesorgt: Er machte seine Kollektion in Ausstellungen bekannt – 1999 durfte er den ganzen Martin-Gropius-Bau in Berlin füllen und sich via Katalog feiern lassen: „Diese Sammlung glüht voller Schönheit.“ Vor allem aber brachte er Teile seiner Kollektion als Leihgaben in mehreren Museen unter.

Baselitz-Bild „Kreuztragung“ (1984): *Spaßiger Wertzuwachs*

Solches Outsourcing kann die eigenen Depot- und Versicherungskosten drastisch verringern und je nach Renommee des Museums das Prestige des Sammlers, der Künstler und der Werke heben.

Dieses Spar- und PR-Modell ist in der deutschen Museumslandschaft längst gang und gäbe. Erstaunlich erscheint dabei nur, wie brav sich öffentliche Institutionen immer wieder in die Marktstrategie von Großsammlern einspannen lassen. „Public Private Partnership“ heißt die Zauberformel, die Museumstüren weit öffnet – manchmal nur, weil launische Gönner ihre Kunst wieder herausholen.

Teile von Grothes Bilder-Pool hängen etwa in Duisburg, wo sich das Land Nordrhein-Westfalen an der Finanzierung seines Museumsbaus beteiligt hat, und im Neuen Museum Weserburg in Bremen. Die eifrigsten Hilfswächter über seinen Bilderbesitz sitzen aber im städtischen Kunstmu-

Demand-Fotografie „Studio“ (1997): *„Kunst, bei deren Anblick nur Dollarzeichen in den Augen blinken“*

seum Bonn. Das Haus hat einen mickrigen Etat und nahm schon deshalb dankbar Werke entgegen, die es sich selbst nie leisten könnte. Im Gegenzug versprach es die personalintensive restauratorische Pflege und künstlerische Bearbeitung der Sammlung und Mitbetreuung diverser Ausstellungsteilnahmen. Bis 2025 haben sich die Bonner vertraglich zu so viel Entgegenkommen verpflichtet. Danach kann die Grothe-Familie die Kollektion wieder kassieren.

„Wir haben“, gesteht der Bonner Museumschef Dieter Ronte, „einige Fotografien nur angekauft, weil sie zur Grothe-Sammlung passen.“

Dennoch ist passiert, womit vorher keiner rechnen mochte: Kunst-Taktiker Grothe flanierte mit den Auktionsexperten durchs Bonner Kunstmuseum und suchte aus, was auf dem Markt gerade besonders gefragt ist. Direktor Ronte durfte die Auswahl anschließend einpacken lassen.

„Bonn“, weiß Grothe, „ist nicht in der Lage, mir zu sagen, dass ich diese Bilder nicht verkaufe.“

Immerhin habe er sich, triumphiert Direktor Ronte, erfolgreich dagegen gewehrt, dass auch noch die Gursky-Aufnahme „Der Bundestag“ mitgenommen wurde.

Grothe, so kritisieren die Fotografen, sei „die museale Weihe wegen der damit einhergehenden Wertsteigerung der Ware Kunst gelegen gekommen“. Und Ronte grämt sich, „dass unser Haus als Präsentator so oft im Auktionskatalog auftaucht“.

Fotograf Demand, 37, moniert, auf Versteigerungen setze man „utopische Summen“ für Werke um, „die in den Galerien nur ein Drittel kosten würden“. Es sei für ihn ärgerlich, Kunst zu machen, deren Qualität nur an Auktionsergebnissen gemessen werde. „Ich will dieses merkantile Umfeld nicht“, motzt er, „in dem allen beim Anblick meiner Kunst nur Dollarzeichen in den Augen blinken.“

Zu viel Präsenz auf dem hysterischen Auktionsmarkt hat vor allem einen Nachteil: Was dort zum Trend aufgebauscht wird und Rekordergebnisse erzielt, kann auch fix wieder von einem neuen Trend abgelöst werden und ist dann schlicht „out“.

MICHAEL DANNENMANN

Fotograf Ruff
Alles falsch verstanden?

„Natürlich“, erläutert Ronte, könne Grothes Abkehr von der Fotografie in der Kunstszene als Signal verstanden werden. Schlecht für die Fotografen. Und für ein Museum wie Bonn, das auch auf die Gegenwartsfotografie gesetzt hat. Besonders schlecht in Zeiten, in denen Gerüchte und allzu zögerliche Dementis nahe legen, dass auch ein angesehener Fotosammler wie die gerade fusionierte DG Bank ihre riesigen Bestände verkaufen will.

Multimillionär Grothe habe sich vom Auktionshaus Christie’s für die Werke einen hohen Mindesterlös garantieren lassen – auch ein Gerücht, eines, das er demonstrativ nicht abstreitet. Sicher ist: Den Künstlern und ihren Galeristen hat er den Rückerwerb verweigert.

Auf solche Angebote sei er schon deshalb nicht eingegangen, sagt Grothe, weil ihm Verkäufe an mehrere Kunden steuerliche Nachteile gebracht hätten. Im Übrigen habe er die einmalige Gelegenheit, einen Hotel- und Bürokomplex im Düsseldorfer Hafen zu bauen. In dem wolle er auch einen so genannten Kulturpunkt einrichten und denke dabei etwa an Pavarotti-Konzerte. Er habe beschlossen, einen Teil des dafür benötigten „Kapitals aus der Kunst zu finanzieren“.

Wieder wurde, sonst wäre Grothe nicht Grothe, ein Deal ausgehandelt – dieses Mal mit der Stadt Düsseldorf. Es geht auch um einen „kostenlosen Grundstücksanteil“ und um eine gemeinsame Stiftung mit Stadt und Land.

„Jeder Mensch“, sagt er entwaffnend offen, „ist nun einmal ein Egoist.“

Kein Widerspruch. ULRIKE KNÖFEL

Werbeseite

Werbeseite

FILM

Ewig neu: die erste Liebe

In „Nichts bereuen“ erzählt Benjamin Quabeck vom Erwachsenwerden – ein fulminantes Debüt.

Endlich. Nackt liegt das Mädchen vor Daniel auf dem Bett und will mit ihm schlafen. Seine Zunge erkundet den fremden Körper. In dem Moment durchzuckt ein Licht, rot wie die Liebe, die Einstellung. Daniel hält inne. Da scheint das nächste Bild auf. Es dauert etwas länger als das erste. Dann kommt noch eins, und schließlich erkennt man im Schein eines Lagerfeuers das Gesicht eines anderen Mädchens. Jetzt sieht Daniel klar: Den ersten Sex seines Lebens will er mit der haben, für die er wirklich entbrannt ist. Er springt von der Bettkante – und läuft nackt durch die Stadt.

Daniel (Daniel Brühl) ist 19, hat gerade Abitur gemacht und nichts zu verlieren – außer seiner Unschuld. Doch er ist ein Romantiker. Vor vier Jahren sah er Luca (Jessica Schwarz) auf dem Schulhof. Auch wenn es nur ein paar Sekunden dauerte – für Daniel begann damit eine neue Zeitrechnung. Die Tage der Jungfräulichkeit schienen gezählt. Nun sind es bereits 1480. Das erste Mal hat er mit Luca schon hundertmal erlebt – in seiner Phantasie. Nun ist seine Einbildungskraft so entflammt, dass sie sogar ein trostloses Parkdeck in der Wuppertaler Innenstadt in einen romantischen Ort verwandeln kann, wo man sich leidenschaftlich liebt.

UIP / OTFILM

Brühl, Schwarz in „Nichts bereuen“: *Irrläufer im Niemandsland*

Mit diesen Wunschbildern beginnt der 25-jährige Regisseur Benjamin Quabeck sein fulminantes Spielfilmdebüt „Nichts bereuen“. Sie sind, wie Daniel später direkt in die Kamera erzählt, viel zu schön, um wahr zu sein. Aber gelogen sind sie nicht. Sie sind nur nicht wirklich. Wer einem Romantiker nahe kommen will, richtet die Kamera nicht zwischen seine Beine, sondern hinter seine Netzhaut. Immer wieder zeigt Quabeck Bilder aus jenem Film, der vor Daniels innerem Auge abläuft. Und wir hoffen mit dem Helden, dass seine Visionen und die Bilder der äußeren Wirklichkeit irgendwann eins werden – in einem Moment größten Glücks.

Die Kindheit hat Daniel lange hinter sich. Aber vom Erwachsensein ist er noch weit entfernt. Quabeck zeigt seinen Helden als einen Irrläufer im Niemandsland. Mehrfach sieht die Kamera bei Autofahrten lange in den Seitenspiegel: Ausblick und Rückblick werden im Bild vereint. Eine Zigarette, vom Fahrtwind mitgenommen, wirkt wie ein endgültiger Abschied beim Aufbruch ins Ungewisse. Mit 19, nach dem Abitur, muss ein junger Mensch das Vergangene hinter sich lassen und die Zukunft in Angriff nehmen. Wie die Gegenwart dabei durcheinander geraten kann, erzählt Quabeck in seinem Film.

Der Regisseur, Absolvent der Filmakademie Baden-Württemberg, nimmt das Kino in Angriff wie ein frisch Verliebter. Erfahrungshungrig folgt die Kamera den Figuren, voller Ungeduld und Neugier ist der Schnitt, der immer den kürzesten Weg zum nächsten interessanten Augenblick nimmt. Manchmal scheinen mit Quabeck die Bilder durchzugehen – dann vermischen sich die Zeitebenen, Realität und Einbildung sind erst auf den zweiten Blick zu unterscheiden. Aber diese Passagen des Films entsprechen dem inneren Aufruhr des Helden. Sobald Daniel die Orientierung findet, verläuft auch die Geschichte geradlinig.

Doch dann taucht Luca wieder auf – und die Ordnung ist sofort dahin. Quabeck verpflichtete für diese Rolle die „Viva“-Moderatorin Jessica Schwarz, die früher als Model auf dem Laufsteg zu Hause war, in „Nichts bereuen“ aber so wirkt, als komme sie geradewegs vom nächsten Schulhof. Als Daniel sie das erste Mal sieht, hebt Quabeck diesen Moment durch Zeitlupe hervor – ähnlich wie Martin Scorsese, wenn die Blondinen seinen Helden den Kopf verdrehen. Doch Luca ist nicht blond und unnahbar. Gerade weil sie offen, nett und immer da ist, zieht Daniel so oft die Hand zurück. Die Nähe macht ihm Angst. Luca ist eines jener Mädchen, mit denen man ewig flirten konnte, und dann brach es einem das Herz, wenn man es plötzlich in den Armen eines anderen sah.

Jessica Schwarz, die das deutsche Kino mit ihrer rauen, zugleich fragilen Stimme und einer spröden, doch immer wamherzigen Anmut bereichert, findet in Daniel Brühl einen gleichwertigen Partner. Ein Schwärmer, dessen weit aufgerissene Augen man selbst hinter seiner Sonnenbrille sehen zu können glaubt, der aber aus der Begeisterung jäh in die Verzweiflung umkippen kann – Brühl, 23, ist eine der Entdeckungen dieser Kinosaison. Anfang nächsten Jahres wird er in dem Film „Das weiße Rauschen“ einen Schizophrenen spielen – mit einer Überzeugungskraft, die auf der Leinwand ihresgleichen sucht.

Zu Beginn von „Nichts bereuen“ springt Daniel von einer hohen Klippe in einen See – und der Film taucht mitten ins Leben ein. Vom Grund unseres Alltags holt er kleine Schätze ans Licht. Selbst die Szenen, die Daniel als Zivildienstleistenden bei der Pflege alter und kranker Menschen zeigen, wirken wie aus dem Leben gegriffen und werden doch oft zu großen Kino-Momenten. Gewiss, einige Dialogsätze klingen seltsam, ein paar Figuren treten nie ins Leben, und wenn Daniels Vater eine Digitalkamera zur Hand nimmt, sehen wir verbrauchte Bilder.

Dennoch ist dieser Film eine kleine Offenbarung, und die, die ihn gemacht haben, müssen verdammt wenig bereuen.

LARS-OLAV BEIER

Werbeseite

Werbeseite

RAINER KWIOTEK / ZEITENSPIEGEL

Grundriss-Forscher Humpert*: *„Die Leute fanden es einfach schön“*

BAUGESCHICHTE

Die gekämmte Stadt

Wurden mittelalterliche Ortskerne geometrisch geplant? Mit verblüffenden Indizien bekämpft ein Architektur-Fachmann die gängige Lehre, alte Städte seien organisch „gewachsen“.

Am Anfang war die Herrenstraße. Noch immer wundert sich Klaus Humpert, wie lange er gebraucht hat, bis die Sache ihm aufging. Ihm, der so viele Jahre Stadtplaner von Freiburg war. Ihm, der so gut in Mustern denken kann.

Seine Entdeckung war simpel genug: Die Häuserfront in der Freiburger Herrenstraße ist nicht einfach sanft gekrümmt, sie bildet einen exakten Kreisbogen, auf einer Strecke von 170 Metern. Andere würden denken: Ist ja nett. Aber der erfahrene Architekt war und blieb fasziniert: Konnte das noch Zufall sein? Und wenn nicht, was würde es bedeuten?

Er begann, zu messen und zu vergleichen, und immer mehr Kreisbögen tauchten auf – Bögen, deren Radien meist in sehr klarem Zahlenverhältnis standen. „Entweder hast du eine Obsession, oder du bist an etwas wahnsinnig Tollem“, habe er gedacht, so sagt Humpert, 72, heute.

Jetzt, nach über zehn Jahren, hat der schlanke, agile Mann mit dem singenden badischen Tonfall keine Zweifel mehr: Die Krümmung der Herrenstraße war geplant, genau wie fast alle anderen Straßenbiegungen, Marktplätze, Mauerzüge, Tore, ja sogar Brunnen-Standorte. Und das nicht nur in Freiburg, sondern in vielen Städten Südwestdeutschlands, vielleicht sogar Westeuropas.

Wenn er Recht hat, bedeutet es für Bauhistoriker eine Revolution. Bislang nämlich gelten mittelalterliche Städte mit ihren krummen Straßenzügen als langsam, über Jahrhunderte gewachsene Zufallsgebilde. Dass dahinter präzise vermessene Grundmuster stecken könnten, klingt für Experten ungefähr so abwegig wie die Vorstellung, jemand habe Österreichs Alpentäler am Reißbrett entworfen. „Mir war klar: Das musst du sehr, sehr genau belegen.“

Gesagt, getan: In einem aufwendigen Buch demonstrieren Humpert und sein junger Kollege Martin Schenk nun ihre Funde. Die Hauptrollen sind dabei Städten reserviert, die vom süddeutschen Herzogsgeschlecht der Zähringer gegründet wurden. Diese so genannten Gründungsstädte wie Offenburg, Villingen oder Rottweil wurden laut Humpert und Schenk nach einem „modularen System“ parzelliert, bevor noch ein einziges Haus stand**.

Angefangen hätten die Planer mit einem großen Rechteck – wie schon die alten Römer. Dieses erste Feld (Humpert nennt es „campus initialis“) sei dann streifenförmig erweitert und gerastert worden. Auf dem Rand des so gewonnenen „Bildrahmens“ habe man, wenn möglich, auch schon einige Wehrtürme und Tore festgelegt.

Die folgende Feinarbeit sei jedoch ganz und gar nicht mehr römisch-rechteckig abgelaufen: Um das „Altwegenetz“, auf dem die neue Stadt entstehen sollte, zu einem Grundriss auszubauen, nutzten die Planer offenbar am liebsten Kreisbögen mit glatten Radien wie 600, 800, 1000, 1200, 1600 oder gar 2000 Fuß – was nahe legt, dass das Hauptwerkzeug ein langes Seil mit Knoten im Hunderter-Abstand war.

Als hätte jemand mit einem gigantischen Zirkel im ursprünglichen Rechteckmuster neue Schnittpunkte abgeteilt, so tauchen in Humperts Skizzen überall „Kantenschläge“ und „Wechselschläge“ auf. Zwar schwankt die Größe des Fußmaßes (etwa 32,4 Zentimeter) von Ort zu Ort, aber das Hunderter-Verhältnis bleibt sich gleich.

Für das Seil-Verfahren spricht noch ein weiteres Indiz: Vielerorts folgen parallele Seitengassen nicht nur in einheitlichem Abstand, sie führen obendrein auf Kreisbögen um denselben Mittelpunkt. Solche Streifen-Raster, wie mit einem riesigen Kamm gezogen, ließen sich durch Knotenschnüre rasch und präzise ausmessen.

Selbst in den flach geschwungenen Häuserfronten breiter Marktstraßen oder Kirchhöfe sieht Humpert inzwischen Maßarbeit. Esslingen, München, sogar Venedig – überall waren in seinen Augen kluge Planer mit Seilen am Werk. Nur bei einer Frage lassen ihn bislang die Indizien im Stich: Weshalb all die Krümmungen? Hätten es gerade Linien nicht ebenso getan?

„Ich kann auch nichts dafür“, erklärt er lächelnd. „Das Warum schiebe ich auf.“ Aber Erklärungsansätze seien denkbar. Durch schnurgerade Gassen pfeift zum Beispiel übel der Wind. Möglich zudem, dass S-Kurven wie die der Freiburger Salzstraße damals für ästhetisch überlegen gehalten wurden: „Die Leute fanden es wohl einfach schön.“ Deutsche offenbar besonders – ungeniert spricht Humpert von einer „deutschen Sonderform“ des Städtebaus.

Mit Vermutungen dieser Art hat er bei Fachleuten einen schweren Stand. Sie

SIEBIG / IFA

Ortskern von Speyer (mit Kaiserdom)
Gründungsplan mit Zirkelmuster

* Am Oberlinden-Brunnen in Freiburg im Breisgau; rechts: Herrenstraße.

** Klaus Humpert, Martin Schenk: „Entdeckung der mittelalterlichen Stadtplanung. Das Ende vom Mythos der ‚gewachsenen Stadt‘“. Theiss Verlag, Stuttgart; 392 Seiten und CD-Rom; 69 Mark.

bemängeln, dass es in keiner alten Urkunde für die Kreisbogen-Technik oder das „modulare System“ einen stichhaltigen Beleg gibt. Selbst aus dem Hochmittelalter seien nur wenige Proportionspläne einzelner Dome bekannt, gibt der Kölner Bauhistoriker Günther Binding zu bedenken.

Zum Städtegründen hätten Pflock und Richtschnur sich schwerlich geeignet. „Dünne Hanfseile ändern ihre Länge mit der Witterung“, sagt Binding. „Das verhindert Präzision. Außerdem steht die Stadt ja nicht in einem Sommer da. Spätestens nach der Schneeschmelze wären viele Pflöcke verrottet oder im Sumpfboden fortgespült.“ Schlimmer noch: So erstaunlich manche Messwerte aussähen – sie beruhten auf modernen Stadtplänen, die von den einstigen meist erheblich abweichen.

Diesen Einwand kann Humpert allerdings parieren. Von allen Städten, die er untersuchte, hat er die frühesten erreichbaren Grundrisse besorgt und sie dann Häuserblock um Häuserblock mit Luftbild-Katastern abgeglichen – näher an die mittelalterlichen Verhältnisse käme man nur noch durch Ausgrabungen.

Auch der Urkundenmangel lässt sich möglicherweise entschuldigen: Mönchen in ihren Schreibstuben könnte das Freiluft-Gefummel mit dem Knotenseil nicht wichtig und heilig genug gewesen sein, um es auf kostbarem Pergament festzuhalten. Handwerksleute lernten ihre Künste damals sowieso eher mündlich-direkt. „Man hat den Jungs bisher ja nichts zugetraut“, sagt Humpert, der Praktiker, respektvoll.

Aber darf man ihnen gleich so viel zutrauen, wie er das tut?

Zur Antwort zieht er aus Aktenstapeln einen Grundriss hervor, der vor Symmetrie strahlt, als stammte er aus einem Lehrbuch für Kristalle. „Sehen Sie, das ist das Castel del Monte.“ Das Burgschloss des Stauferkaisers Friedrich II. ist die Architektur-Krönung im Südostwinkel Italiens: ein Achteck mit acht Achteck-Türmen.

„Sicher, der Bau ist genial, das wissen alle. Hier sieht man, warum. Ein Modulquadrat von 15 Fuß und ein Kreis mit dem Radius von 100 Fuß genügen, um den gesamten Bau zu entwickeln.“ Und nun kommt es: Haargenau dasselbe Rechteck aus sechs mal acht 15-Fuß-Quadraten, das dem Castel del Monte zu Grunde liegt, bildet bereits die Kernzelle des Kaiserdoms von Speyer, begonnen über 200 Jahre zuvor.

Zufall kann das einfach nicht mehr sein, meint Humpert. Aber was dann? Er als „Kollege und Freund der mittelalterlichen Baumeister“ glaubt, dass die Muster und Kurvenlinien einfach als gutes Handwerk galten. Ob sie sonst noch etwas bedeuteten, das müssten andere herausfinden. An Diskussionsstoff mangele es ja nicht – er habe nun wirklich genügend „Heu heruntergeholt“.

JOHANNES SALTZWEDEL

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ich habe eine Menge angestellt“

Rock-Star Mick Jagger, 58, über sein Leben, Models und sein neues Album

SCOTT GRIES / IMAGE DIRECT

Rolling-Stones-Legenden Richards, Jagger*: *„Der Cop brach in Tränen aus“*

SPIEGEL: Mr. Jagger, Sie sind bekannt dafür, dass Sie es nicht ausstehen können, zu Ihrer Vergangenheit befragt zu werden. Auf Ihrem neuen Solo-Album „Goddess in the Doorway“, das in der kommenden Woche erscheint, singen Sie „I always hate nostalgia, living in the past“. Was ist Ihr Problem?

Jagger: Ach wissen Sie, ich bin es so leid, immer wieder die gleichen Geschichten runterzuleiern. Andererseits mache ich es trotzdem dauernd.

SPIEGEL: Wie kann das passieren?

Jagger: Man kann seiner Vergangenheit einfach nicht entkommen, sie ist zwangsläufig mit der Gegenwart verbunden.

SPIEGEL: Haben Sie nie das Bedürfnis, die zahllosen Mythen und Märchen, die Sie und Ihre Band The Rolling Stones umranken, zu korrigieren?

Jagger: Gott bewahre, nein! Eines habe ich kapiert: Je mehr man plaudert, desto mehr wird es einem im Munde herumgedreht. Aber die Wahrheit ist ja bekanntlich sowieso ein relativer Begriff. Einen Autounfall werden drei Zeugen aus vollkommen unterschiedlichen Perspektiven beschreiben. Und so ist es auch mit der Geschichte der Rolling Stones.

SPIEGEL: Aber Sie haben immerhin begonnen, Ihre Autobiografie zu schreiben.

Jagger: Angefangen und längst wieder aufgehört. Ich bin sogar recht weit gekommen. Aber mich bis zu vier Tage pro Woche mit der Vergangenheit auseinander zu setzen war einfach nicht zu ertragen. Ich habe meinen Vorschuss zurückgezahlt und die Angelegenheit begraben.

SPIEGEL: Werden Sie die abgeschlossenen Passagen veröffentlichen?

Jagger: Kaum vorstellbar. Eigentlich kann ich mit dem ganzen Genre der Prominenten-Biografien nur wenig anfangen. Das Problem dieser Bücher ist doch: Man bekommt viel Geld dafür, Unterhaltsames aufzuschreiben. Aber als unterhaltsam gelten Biografien doch nur, wenn sie viel Dreck aufwirbeln. Weil man gehässige Anekdoten erzählt und Freunde und Kollegen in den Dreck zieht. Das ist nicht mein Stil.

BULLS PRESS / EXPRESS NEWSPAPERS

Ex-Ehefrau Hall
„Je anstrengender die Liebe, desto mehr Songs“

SPIEGEL: Die Texte des neuen Albums sind oft melancholisch. Lässt das Rückschlüsse auf Ihre Laune zu?

Jagger: Wenn ich am Morgen aufwache, die Sonne scheint und der Himmel strahlend blau ist, dann schreibe ich schon mal ein euphorisches Lied wie „God Gave Me Everything“, aber das reflektiert nur die Stimmung dieses Moments. Andere Songs wie „Brand New Set of Rules“ drücken keine Stimmung aus: Sie beschreiben irgend eine Phase meines Lebens.

SPIEGEL: Ist ein Song vom Solo-Künstler Mick Jagger immer persönlicher als einer vom Rolling-Stones-Idol Mick Jagger?

Jagger: Natürlich. Meine Solo-Stücke betreffen immer nur mich. Aber die Rolling Stones haben einen anderen Charakter als ich.

SPIEGEL: Was für einen?

Jagger: Die Stones sind wie eine Hydra, ein Raubtier mit vielen Köpfen. Oft aggressiv, aber auch mal sanft und verletzlich.

SPIEGEL: Fällt es leichter, nur über und für Mick Jagger zu schreiben?

Jagger: Es ist nur anders: autobiografisch, aber mit so vielen weiteren Perspektiven wie möglich. Ich kann diese Songwriter nicht ausstehen, die sich eine endlose Platte lang ausschließlich in ihrem Seelenmüll suhlen.

SPIEGEL: Sie singen auch „Nenn mir die Namen deiner früheren Liebhaber“. Können Sie das, und würden Sie es auch tun?

Jagger: Wer sich für meine Affären und Liebschaften interessiert, braucht nur im Internet nachzuschauen. Aber es ist nur gerecht, wenn ich auch weiß, woran ich bin, wenn ich jemanden kennen lerne. Also sollte sie die Frage beantworten.

SPIEGEL: Im selben Lied singen Sie: „Es mag eine Zeit kommen, in der du mich nicht mehr sehen willst, also baue deine Welt lieber nicht um mich herum.“ Ist das als Warnung zu verstehen?

Jagger: Ja, sie besagt: Auch wenn du mich sehr magst, solltest du vorsichtig sein.

* Am 20. Oktober beim „Konzert für New York City“ zu Gunsten der Opfer des Terroranschlags auf das World Trade Center.

Werbeseite

Werbeseite

BULLS PRESS / EXPRESS NEWSPAPERS

Jagger-Tochter Elizabeth
„Sie liest jetzt Bücher“

SPIEGEL: Ihr Stück „Don’t Call Me Up“ haben Sie nach der Trennung von Jerry Hall geschrieben. Es ist ein sehr trauriges Lied.
Jagger: Verdammt traurig. Aber so was zu schreiben hat etwas Therapeutisches. Und je anstrengender die Liebe oder ihr Ende, desto mehr Lieder muss man darüber schreiben. Wenn man die Stücke singt, wird man aber leider wieder an die traurigen Geschichten erinnert.
SPIEGEL: Wird das Songschreiben nach fast vierzig Jahren im Geschäft einfacher oder langweiliger?
Jagger: Weder noch. Es ist nicht das Ziel, das Genre immer wieder neu zu erfinden. Sondern es geht darum, sich möglichst elegant innerhalb einer etablierten Form zu bewegen. Aber ich bemühe mich immer mehr um Melodien als um Grooves und Rhythmen.
SPIEGEL: Viele Ihrer Songs sind Klassiker. Glauben Sie Britney Spears, wenn sie den mehr als 25 Jahre alten Rolling-Stones-Hit „(I Can’t Get No) Satisfaction“ nachsingt?
Jagger: Ob ich ihr glaube? Keine Ahnung, ist mir aber auch egal. Ich fand, dass ihre Version ziemlich nett anfing, weil es da ein paar Anspielungen an das Stones-Stück „Lady Jane“ gibt.
SPIEGEL: Ist Ihre Tochter Elizabeth Britney-Fan?
Jagger: Oh, nein, Elizabeth mag die Musik überhaupt nicht. Georgia ist im besten Britney-Alter, sie ist acht. Aber in ihrem Zimmer hängen keine Britney-Poster.
SPIEGEL: Warum haben Sie nicht mit dem amerikanischen Erfolgsproduzenten Rodney Jerkins, einem der Hitschreiber von Spears und Jackson, zusammengearbeitet?
Jagger: Ich habe mit ihm gesprochen, aber am Ende habe ich mich gegen ihn entschieden. Die Art von Musik, die er produziert, gefällt mir in Wahrheit nicht.
SPIEGEL: Ihre Fans haben an Ihrem Album aber auch einiges auszusetzen. Auf Ihrer Website kritisieren einige der Fans Ihr Album, und zwar Wochen, bevor es erschienen ist. Verfolgen Sie die Diskussion?
Jagger: Na klar. Gerade gestern habe ich mich eingeloggt. Im Übrigen ist die Site noch gar nicht fertig.
SPIEGEL: Dort ziehen die Fans über den von Lenny Kravitz mitkomponierten Song „God Gave Me Everything“ her und über den „miserablen Text“, der von Ihnen stammt.
Jagger: Ach, die kennen das Album doch nur vom Hörensagen. Und dafür habe ich auch Belege: Zum Beispiel nennen sie ein Stück „Ballade“, das in Wahrheit ein Rock-Song ist. Da wollen sich ein paar Leute wichtig machen. Jeder will eben vorne dran sein.
SPIEGEL: Sind Sie eigentlich der Rockstar geworden, der Sie werden wollten?
Jagger: Ich habe anfangs in einer Blues-Band gespielt, wir sind in kleinen Clubs aufgetreten, und mit dieser Musik konnte man damals, Anfang der sechziger Jahre, überhaupt nichts werden. Egal, ob ich berühmt werden wollte oder nicht: Ich sah gar keine Chance, Rockstar zu werden. Erst als sich plötzlich, und natürlich ohne unser Zutun, der Musikgeschmack insgesamt änderte, kam unsere Zeit.
SPIEGEL: Das heißt, Sie hatten kein Karriereziel?
Jagger: Nein, ich wollte auftreten und Blues-Stücke singen, weil das ein Hobby war, das mir Spaß machte. Eine Karriere habe ich mir davon nicht versprochen.
SPIEGEL: Was hat Ihnen denn besser gefallen: Musik zu machen oder im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stehen?
Jagger: Aufmerksamkeit? Schön wär’s gewesen. Erst konnten wir nirgendwo auftreten, weil kein Club uns haben wollte, und dann gab es keine Zuhörer. Als ich ein paar Jahre zuvor, da war ich 16 Jahre alt, mit Rock’n’Roll-Shows aufgetreten war, da habe ich Erfolg gehabt. Aber diese Art Musik wollte ich nicht mehr machen.
SPIEGEL: Und dann haben Sie eine bürgerliche Karriere angestrebt und die London School of Economics besucht. Wieso haben Sie das Studium schließlich abgebrochen?
Jagger: Weil die Rolling Stones plötzlich zu erfolgreich waren. So einfach ist das.
SPIEGEL: Vielleicht hat das kurze Wirtschaftsstudium trotzdem seine Spuren hinterlassen: Sie gelten als pingeliger Finanzchef der Stones. Beleidigt Sie das?
Jagger: Gar nicht. Mein Standpunkt ist: Warum soll man sich auf eine Sache beschränken? Mir gefällt es, unterschiedlichste Dinge zu tun. Und wenn man sich nicht selbst ums Geschäft kümmert, wird man sowieso nur über den Tisch gezogen.
SPIEGEL: Heute sind es die Fans, die die Künstler beklauen. Ärgert Sie Internet-Piraterie und CD-Schwarzbrennerei?
Jagger: Interessiert mich überhaupt nicht.
SPIEGEL: Nutzen Ihre Kinder denn auch das Internet, um sich kostenlos Musik zu besorgen?
Jagger: Die gehen brav CDs kaufen. Das können sie sich leisten.
SPIEGEL: Wie rebelliert man als Kind gegen einen Rocker-Vater wie Mick Jagger?
Jagger: Immer schön Anzug und Krawatte tragen. Fleißig sein und Musik hassen. Das wäre eine angemessene Rebellion im Hause Jagger. Oder?
SPIEGEL: Und?
Jagger: Wir sind ein sehr harmonischer Clan.
SPIEGEL: Nerven Ihre Kinder Sie manchmal mit Ihrer Vergangenheit?
Jagger: Sie ahnen natürlich, dass ich eine Menge angestellt habe, und fragen danach.
SPIEGEL: Und denen antworten Sie?
Jagger: Na logisch. Sie sagen, immer wenn ich etwas verbiete, aber Daddy, das hast du auch getan. Und ich antworte, genau, und deshalb weiß ich auch, dass es schlecht ist. Ich weiß, worüber ich rede, wenn ich sie warne.
SPIEGEL: So wie im Fall Ihrer Tochter Elizabeth, der Sie eine Karriere als Model untersagt haben?
Jagger: Genau. Denn es ist dumm, Model werden zu wollen, bevor man seine Schu-

AP

Pop-Veteranen-Band Rolling Stones*: *„Man sollte es mit der Nostalgie nicht übertreiben“*

* Charlie Watts, Ron Wood, Keith Richards, Mick Jagger (1997).

Werbeseite

Werbeseite

le abgeschlossen hat. Das ist doch das Drama dieser ganzen Model- und Showbiz-Existenzen, dass sie von nichts eine Ahnung haben. Mit 14 sollte man lernen und nicht arbeiten.

SPIEGEL: Das Model Jerry Hall haben Sie aber geheiratet.

Jagger: Ich habe auch nichts gegen Models. Und ich weiß, dass nicht alle Menschen die gleichen Optionen haben. Für Menschen, die aus ärmlicheren Verhältnissen stammen, ist das Showgeschäft eine gute Aufstiegsmöglichkeit, egal ob Singen, Schauspielern oder Modeln. Aber meine Kinder haben nun mal nicht den Druck, sich schnell selbst ernähren zu müssen. Sie können es sich erlauben, in Ruhe eine Ausbildung zu machen. Und ich achte darauf, dass sie das ernst nehmen.

SPIEGEL: Das haben Sie Ihrer Tochter gesagt?

Jagger: Ich habe ihr erklärt, dass man als Minderjährige schnell ausgenutzt wird. Und oft Dinge tut, die man später bereuen wird.

SPIEGEL: Sie haben Ihr Studium doch auch abgebrochen.

Jagger: Das kann man gar nicht vergleichen. Ich hatte eine abgeschlossene Schulausbildung und erstklassige Karriereaussichten. Und wenn es schief gegangen wäre, hätte ich jederzeit wieder aufs College zurückkehren können.

SPIEGEL: Hat Ihre Tochter Verständnis für Ihre Haltung?

Jagger: Sie ist da sehr einsichtig. Jetzt wurden ihr Rollen angeboten in Literaturverfilmungen von Büchern, die sie gar nicht kennt. Wer sich für Dramen interessiert, sollte sich gefälligst mit Shakespeare auskennen. Heute liest Elizabeth sogar mit großem Interesse Bücher, zu denen man sie früher hätte zwingen müssen. Bereits ein bisschen Bildung bringt gewaltig viel.

SPIEGEL: Hat Ihr Vater, der Lehrer war, Ihnen das mit auf den Weg gegeben?

Jagger: Nein, das kommt von Vater Mick direkt.

Mit seinem letzten Fall erobert Kommissar Wallander auf Anhieb die Spitzenposition

* Mit SPIEGEL-Mitarbeiter Christoph Dallach und Redakteurin Marianne Wellershoff.

MATTHIAS JUNG

Rolling-Stones-Sänger Jagger*
„Meine Liebschaften stehen im Internet“

SPIEGEL: Die Rolling Stones feiern im nächsten Jahr ihr 40-jähriges Jubiläum. Überkommt Sie da ein Gefühl von Nostalgie?

Jagger: Gehört das nicht zu jeder Geburtstagsparty dazu? Aber ich bin der Auf-

Bestseller

Belletristik

1	(–)	**Henning Mankell** Die Brandmauer Zsolnay; 49,80 Mark
2	(1)	**Umberto Eco** Baudolino Hanser; 49,80 Mark
3	(2)	**Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Stein der Weisen Carlsen; 28 Mark
4	(9)	**Joanne K. Rowling** Harry Potter und die Kammer des Schreckens Carlsen; 28 Mark
5	(7)	**Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Feuerkelch Carlsen; 44 Mark
6	(6)	**Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Gefangene von Askaban Carlsen; 30 Mark
7	(3)	**Elke Heidenreich** Der Welt den Rücken Hanser; 32 Mark
8	(4)	**Catherine Millet** Das sexuelle Leben der Catherine M. Goldmann; 42 Mark
9	(5)	**Elizabeth George** Nie sollst du vergessen Blanvalet; 54 Mark
10	(10)	**Ildikó von Kürthy** Herzsprung Wunderlich; 33,05 Mark
11	(8)	**Ken Follett** Das zweite Gedächtnis Lübbe; 46 Mark
12	(11)	**Isabel Allende** Porträt in Sepia Suhrkamp; 49,80 Mark
13	(13)	**Nicholas Sparks** Weg der Träume Heyne; 37,06 Mark
14	(12)	**Sven Regener** Herr Lehmann Eichborn; 36 Mark
15	(20)	**John R. R. Tolkien** Der Herr der Ringe (mit Anhängen) Klett-Cotta; 88 Mark
16	(14)	**Bernhard Schlink** Selbs Mord Diogenes; 39,90 Mark
17	(15)	**Eoin Colfer** Artemis Fowl List; 35,20 Mark
18	(16)	**Paulo Coelho** Der Alchimist Diogenes; 32,90 Mark
19	(18)	**Ulla Hahn** Das verborgene Wort DVA; 49,80 Mark
20	(19)	**Joy Fielding** Zähl nicht die Stunden Goldmann; 46 Mark

fassung, man sollte es damit nicht übertreiben.
SPIEGEL: Markiert der 40. Geburtstag so etwas wie das Ende der Jugend?
Jagger: Für die Band vielleicht. Aber doch nicht für mich.

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport"; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/Bestseller

Sachbücher

1	(1)	**Stephen Hawking**	Das Universum in der Nußschale Hoffmann und Campe; 49,90 Mark
2	(2)	**Florian Illies**	Anleitung zum Unschuldigsein Argon; 34 Mark
3	(3)	**Doris Schröder-Köpf/Ingke Brodersen (Hg.)**	Der Kanzler wohnt im Swimmingpool Campus; 38,90 Mark
4	(–)	**Ahmed Rashid**	Taliban – Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad Droemer; 38,92 Mark
5	(4)	**Peter Scholl-Latour**	Afrikanische Totenklage C. Bertelsmann; 46 Mark
6	(7)	**Tippi Degré**	Tippi aus Afrika Ullstein; 39,90 Mark
7	(8)	**Dietrich Schwanitz**	Bildung Eichborn; 49,80 Mark
8	(10)	**Stephen C. Lundin/Harry Paul/John Christensen**	Fish! Ueberreuter Wirtschaft; 25 Mark
9	(6)	**Sebastian Haffner**	Geschichte eines Deutschen DVA; 39,80 Mark
10	(5)	**Petra Gerster/Christian Nürnberger**	Der Erziehungsnotstand Rowohlt Berlin; 38,92 Mark
11	(12)	**Dietrich Schwanitz**	Männer Eichborn; 44 Mark
12	(9)	**Anthony Bourdain**	Geständnisse eines Küchenchefs Blessing; 46 Mark
13	(14)	**Bodo Schäfer**	Die Gesetze der Gewinner FAZ-Buch; 39,90 Mark
14	(11)	**Gregor Schöllgen**	Willy Brandt Propyläen; 48,90 Mark
15	(13)	**Donata Elschenbroich**	Weltwissen der Siebenjährigen Kunstmann; 32,80 Mark
16	(15)	**Jack Welch**	Was zählt Econ; 48,90 Mark
17	(–)	**Thilo Thielke**	Eine Liebe in Auschwitz Hoffmann und Campe; 39,90 Mark
18	(17)	**J. R. Taraborrelli**	Madonna – Die Biografie Hoffmann und Campe; 44,90 Mark
19	(16)	**Ulrich Wickert**	Zeit zu handeln Hoffmann und Campe; 39,90 Mark
20	(–)	**Gert Postel**	Doktorspiele Eichborn; 36 Mark

SPIEGEL: Fast so alt wie die Band sind die Geschichten, Sie und Keith Richards könnten sich nicht ausstehen. Beim von Paul McCartney organisierten Benefiz-Konzert in New York zu Gunsten der Anschlagsopfer vom 11. September wurden nur Sie angekündigt – und nicht auch Keith Richards. Was hatte das zu bedeuten?
Jagger: Das klingt wieder nach einer Verschwörungstheorie. Die Wahrheit ist: Ein Polizist sollte uns auf der Bühne vorstellen, und unser beider Namen standen auch auf dem Teleprompter. Aber der Mann war so überwältigt, dass er in Tränen ausbrach und nur noch meinen Namen stammeln konnte.
SPIEGEL: War Keith Richards sauer?
Jagger: Nein, er sah ja, wie dem Cop zumute war. Absurderweise musste dann Keith zum Mikrofon gehen und die Songs ankündigen. Das war, trotz allem, ein lustiger Moment. Ich hatte anfangs große Skrupel gehabt, mich für das Konzert zu engagieren.
SPIEGEL: Warum?
Jagger: Man weiß nie, wer noch so kommt, wer am Ende das Geld kriegt. Ich habe mir die Sache genau angesehen, und alles schien okay. Es war auch wirklich ein guter Abend.
SPIEGEL: Sie gehören zu der Generation, die gegen den Vietnam-Krieg demonstriert hat. Und nun treten Sie bei einem Konzert auf, das in gewisser Weise für den Krieg wirbt.
Jagger: Für mich war es eine lokale Veranstaltung, keine globale. Es ging um New York, die dichteste und dynamischste Stadt der Welt. Die Stimmung ist sehr seltsam dort, der Anschlag betrifft wirklich jeden: Aus Stolz wurde Angst, alles hat sich verändert. Im Übrigen waren zu dem Konzert keine Soldaten gekommen, sondern Feuerwehrleute und Polizisten.
SPIEGEL: Trotzdem hatte die Veranstaltung eher den Charakter einer Pro-Kriegs-Demonstration.

Ein Liebesdrama im KZ und ein unverhofftes Wiedersehen Jahrzehnte danach

Jagger: Sicher: Polizisten sind nicht unbedingt Pazifisten. Und als Richard Gere versuchte, über Frieden zu reden, wurde er auch gleich ausgebuht. Ich muss sagen, ich fand ihn sehr mutig.
SPIEGEL: Denken Sie, Rock'n' Roll kann helfen, Wunden zu heilen?
Jagger: Jede Art von Kultur, sei es Musik, Literatur, Film oder Kunst, spielt eine große Rolle für das psychische Gleichgewicht der Menschen. Wenn man, wie die Taliban, die Leute davon abschneidet, dann beschneidet man ihre Sinne. Ähnliches haben die Puritaner in England getan: Da wurde jede Art von Tanz auch verdammt.
SPIEGEL: Mr. Jagger, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

CHRIS LISLE / CORBIS

Norwegische Einsamkeit: *„Man kann es sich nie ganz vorstellen“*

LITERATUR

Einmal hin und zurück

Der zweite Roman des Schweizer Geheimniskrämers Peter Stamm ist beunruhigend ereignisarm: „Ungefähre Landschaft“.

Wer meint, alle jungen Menschen wünschten sich ein buntes, abenteuerliches Leben, kennt Kathrine nicht. Kathrine, 28, mag es am liebsten, wenn alles wie immer ist und also Tage und Nächte wie Sommer und Winter in ruhigem Gleichmaß aufeinander folgen. Sie würde auch niemals Lotto spielen, weil sie nicht wüsste, was anfangen mit einem Gewinn.

Kathrine ist Zollangestellte in einem kleinen norwegischen Hafenort, wo jeder jeden kennt, in einer der weltabgeschiedensten Ecken Europas, hoch oben hinter dem Nordkap und schon kurz vor der Grenze zu Russland. Es gibt dort eine Fischfabrik, weshalb auch russische Kutter mit ihrem Fang (und ein bisschen geschmuggeltem Wodka) den Ort anlaufen; es gibt dort eine Winternacht, die ein paar Monate dauert; und es gibt dort eine Webcam, die im Internet rund um die Uhr der ganzen Welt vor Augen führt, wer gerade die Dorfkneipe namens „Elvekroa“ betritt oder verlässt – falls das irgendjemand auf der Welt wissen wollen sollte.

Kathrine ist als kleines Kind aus Nordschweden hierher an die Küste gekommen, weil ihr Vater, ein Same, die fixe Idee hatte, Fischer zu werden, obwohl er davon nichts verstand, und sich, als er pleite war, aus diesem Fiasko in den Alkohol rettete. Kathrine hat als junges Mädchen, weil sie schwanger wurde, einen Arbeiter aus der Fischfabrik geheiratet, doch dann rasch wieder abgestoßen, weil auch er sich als Alkoholiker entpuppte.

Ihr Kind ist inzwischen schulpflichtig, und sie ist nun mit einem Mann namens Thomas verheiratet, dem Juniorchef der Fischfabrik, der wie „ein Strich durch die ungefähre Landschaft ihres Lebens“ erschienen ist. Sie hat ihm gegenüber „ein gutes Gewissen“, denn sie hat „nie gesagt, dass sie ihn liebe“. Genau genommen kann sie ihn genauso wenig leiden wie damals den ersten Mann. Thomas ist reich und stur und bigott und betrachtet sie als sein Eigentum, ohne sonst irgendwie an ihr interessiert zu sein, nicht einmal sexuell. Klingt alles nicht gut.

Ist auch alles nicht gut, sondern geradezu unglaublich dröge, und man will lesend anfangs gar nicht für möglich halten, wie der Schweizer Schriftsteller Peter Stamm, 38, in seinem Roman „Ungefähre Landschaft“ mit leisen, lakonischen Sätzen das Wunder zu Stande bringt, dass man lesend zunehmend Anteil nimmt an dieser spröden, verschwiegenen, unergründlichen Person namens Kathrine und mit ihr bangt, als sie nun – wie es scheint – offenen Auges in ihr Unglück hineinmarschiert, indem sie vor ihrem Alltag davonläuft*.

Sie nämlich, die noch nie den Polarkreis überschritten und noch keine größere Stadt als Tromsø gesehen hat, besteigt eines Morgens ein Schiff und fährt die Küste hinab tagelang südwärts bis nach Bergen, und dann mit der Bahn über Oslo und Kopenhagen ins dänische Århus: Dort ist ein Fischverarbeitungsmaschinentechniker namens Christian zu Hause, den sie als nett in Erinnerung hat, obwohl es vor Jahren, als er in ihrem Dorf auf Montage war, kaum zu einem Flirt und bestimmt nicht bis zu einem Kuss gekommen ist.

In Århus erfährt Kathrine von seiner Mutter, dass Christian nun auf Montage in Frankreich sei, reist ihm unverdrossen weiter nach über Paris nach Boulogne, wo er gerade die Fließbänder einer automatischen Fischfiletierungsanlage justiert, und findet ihn dort tatsächlich. Er ist auch tatsächlich nett, und sei es auch nur aus Ratlosigkeit, weil diese Frau, vor der er sich wie ein kleiner Junge vorkommt, überhaupt nicht in sein Leben passt. „Man kann es sich nie ganz vorstellen“, sagt Kathrine sich, als sie ihn doch dazu gebracht hat, mit ihr zu schlafen, „es ist immer mehr oder weniger, als man gedacht hat.“ Sie wusste nicht, ob es mehr gewesen war oder weniger. Also Hand aufs Herz: nichts.

AYSE YAVAS / KEYSTONE PRESS ZÜRICH / DPA

Schriftsteller Stamm
Lakonisch und leise

Was Peter Stamm des Erzählens wert findet, ist nicht ganz frei von einer gewissen Schematik und kleinen Ungereimtheiten, doch diese ganze wunderbare, wunderbar leicht hinskizzierte Reise führt in einen Zustand von Fassungslosigkeit hinein, für den schwer noch Worte zu finden sind. Man lernt eine Romanhauptfigur kennen, die so einfältig ist wie sonst nur beim jungen Robert Walser und so linkisch wie sonst nur bei Emmanuel Bove – mit den beiden Namen soll auch die Höhe bezeichnet sein, auf der diese Traumwandlerin sich bewegt; und ist sich doch sicher: Sie wird nicht abstürzen.

Einmal hin und zurück. Später wird sie sagen können: Einmal im Leben hat sie den Eiffelturm gesehen, einmal Austern gegessen und einmal Haschisch geraucht, doch wo immer sie hinkam, musste sie feststellen: „Nichts wäre anders, wenn ich nicht hier wäre.“ Und je länger sie unterwegs war, desto mehr hat sie sich „wie eine Verbrecherin auf der Flucht“ gefühlt, deshalb kann man mit ihr nur froh sein, als ihr die Heimkehr gelungen ist, die Heimkehr in ein Leben ohne Thomas, und Stamm ihr für alles Weitere den tröstlichen letzten Satz mitgibt: „Es wurde dunkel, und es wurde hell.“

So ein unheimliches Buch. URS JENNY

* Peter Stamm: „Ungefähre Landschaft“. Arche Verlag, Zürich und Hamburg; 192 Seiten; 36 Mark.

Werbeseite

Werbeseite

THEATER

Hormonstau im Hamsterrad

Bekannt wurde Roland Schimmelpfennig mit verträumten Stücken über Stadtneurotiker. Sein neues Drama erzählt vom Triebleben in deutschen Büros.

Kalt duschen ist auch keine Lösung, und Sex haben fast immer nur die anderen. Sabine, die seit zwei Jahren keinen Mann mehr im Bett hatte, fühlt sich trotz der allmorgendlichen Abkühlung „furchtbar“. Frank geilt sich abends vorm Computer an Pornoseiten auf. Hans reagiert sich auf dem Hometrainer ab. Nur Robert und Patrizia tun es – was sich, wenngleich hinterher beide „Es war der beste Sex, den ich je hatte“ jauchzen, zumindest für einen von beiden als übler Karriere-Fehltritt erweist.

Sehr ulkiger, sehr heutiger Erzählstoff ist das – aber gehört derlei Trieb- und Liebesnotstand, wie man ihn aus Kinofilmen und US-Fernsehserien wie „Sex and the City“ oder „Ally McBeal“ kennt, wirklich auf eine Schauspielbühne?

Erzählen uns nicht die Theater-Weisen fortwährend, dass über Macht und Sex und Geld alles schon bei Shakespeare, Molière oder Schillern so gut gesagt ist, wie's ein Gegenwartsdramatiker nie hinbekäme?

Alles Gelehrtengelaber. In Roland Schimmelpfennigs neuem Stück „Push up 1 – 3“, das am Wochenende in der Berliner Schaubühne Premiere hatte und demnächst in Hamburg, Dresden und wohl noch viel mehr deutschen Städten zu bestaunen ist, finden sich Sätze und Szenen, die man bei allen Klassikern dann doch vergeblich sucht: „Ich lege meine Hände an ihre Taille und drehe sie zu mir“, berichtet da zum Beispiel Robert über den Beischlafakt, der am Rand einer Party spielt und logisch im Büro des Chefs, „wir küssen uns. Ich drücke sie gegen das Fenster und schiebe ihr Kleid hoch. Wir haben Sex. Leidenschaftlichen, heftigen Sex.“

„Push up“ ist ein geradliniges, mitunter banales und oft hartgesottenes Stück in der Tradition zupackender amerikanischer Dialogschreiber wie David Mamet. Komisch, drastisch und ohne falsches Mitleid für seine Helden berichtet es vom Hormon- und Beförderungsstau in der Angestelltenwelt der globalisierungsbesoffenen Ökonomie: Da schleudert die Chefin den Inhalt einer Kaffeetasse aufs Kostüm der jungen Aufsteigerin, die sie für die Geliebte ihres Gatten hält; da strecken sich Ehrgeizlinge aller Altersklassen aus dem Hamsterrad, um einen Traumjob im fernen Indien zu ergattern – denn der führt, wie es heißt, „auf kurz oder lang in die Spitze des Konzerns“.

FOTOS: ARNO DECLAIR

Karrieristendrama „Push up“ in Berlin: *Kaffee aufs Kostüm*

Autor Schimmelpfennig *„Zwei Jahre im Tunnel“*

Für den Dramatiker Roland Schimmelpfennig, 34, ist „Push up“ schon der zweite Spielplanknüller in Folge. Zuletzt hatte fast ein Dutzend deutsche Bühnen sein Märchenspiel „Die arabische Nacht“ ins Programm genommen, in dem die Bewohner eines Hochhauses irgendwo in Deutschland von einem orientalischen Zauber heimgesucht werden: Das „kleine Glanzstück“, so schwärmte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, habe das Zeug, „das Theater zum Träumen, Tanzen, Schweben zu bringen“.

Das Verzauberte, Verträumte war bisher so was wie Schimmelpfennigs Spezialfach. Der Mann, der mit seiner Hornbrille und seinem oft leicht vorgeneigten Kopf selbst so aussieht, wie sich der kleine Max einen Großstadtneurotiker vorstellt, brachte mit Stücken wie „Keine Arbeit für die junge Frau im Frühlingskleid“ oder „Vor langer Zeit im Mai“ ein bisschen Magie ins Leben deutscher Stadtbewohner – und erzählte in akkurat gezimmerten, oft schwärmerisch lyrischen Miniaturen von Seelennot und Einsamkeit. Allerdings ohne jede Ambition, aus dem Leiden seiner Helden eine soziale Anklage zu basteln: „Das Lamento habe ich immer zu vermeiden versucht“, sagt der Autor.

Die formale Raffinesse, die seine Stücke mehr und mehr auszeichnet, verdankt er den Mühen der realen Theaterarbeit. Schimmelpfennig, in Göttingen aufgewachsen, wollte eigentlich Regisseur werden, studierte an der Münchner Falckenberg-Schule und war ein paar Jahre lang Assistent des damaligen Kammerspiele-Chefs Dieter Dorn.

Nach einem Intermezzo als freier Autor verdingte er sich als Dramaturg an Thomas Ostermeiers Berliner Schaubühne. Der gelang ausgerechnet mit Barbara Freys Inszenierung des Liebestrauer-Reigens „Vor langer Zeit im Mai“ ihr bislang wohl größter Erfolg bei Publikum und Kritik.

Trotzdem hat sich Schimmelpfennig aus seinem Dramaturgen-Job nun verabschiedet: Weil er mehr Zeit zum Schreiben und zum Leben braucht. „Die schönen, aber anstrengenden zwei Jahre an der Schaubühne“, so sagt er, „kommen mir im Nachhinein vor wie ein endloser Tunnel.“

Könnte sein, dass „Push up“ auch sonst einen Weg ins Freie markiert – raus aus dem Tunnel der Verklärung, hin zu einem nurmehr leicht magischen, punktgenauen Realismus. Er selbst sieht in seinem Aufsteigerdrama eine Abrechnung „mit den neunziger Jahren der Bundesrepublik, in denen sich alle nur noch um den Karrieretrip scherten, ums reine Funktionieren“.

Schimmelpfennigs allerneuestes Stück, gerade fertig gestellt, ist ein Riesenwerk, in dem 32 Figuren auftreten – und ein Geschenk für jene Fans, die in ihm einen neuen Botho Strauß sehen (oder besser: den virtuosen Menschenskizzierer, der Botho Strauß in seinen Frühwerken war). Auch in diesem neuen Drama geht es um das seltsame Gebaren geschlechtsreifer Großstädter zur Schlafenszeit, um zerplatzte Hoffnungen, Horrorvisionen – und natürlich um den Sex, den meist nur die anderen haben. Das Stück trägt den schönen Titel „Vorher / Nachher“.

WOLFGANG HÖBEL

Werbeseite

Werbeseite

DIRIGENTEN

Der Krieg der Kümmelspalter

Dirigent Claudio Abbado, Chef der Berliner Philharmoniker, will eine unliebsame Biografie über sich verbieten lassen – dabei geht's um lachhafte Lappalien. *Von Klaus Umbach*

ANSA

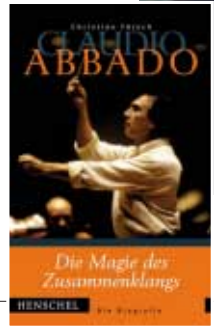
Stardirigent Abbado, Berliner Philharmoniker in Rom: *Den heiligen Stuhl im besten Licht verlassen*

Bravo, Maestro! Der kleine Mann mit dem großen Kopf hat es weit gebracht. Schon über zehn Jahre leitet er, als Erbe des seligen Karajan, das Berliner Philharmonische Orchester, immer noch Deutschlands feinste Band. Seit rund drei Jahrzehnten taktiert er auf allen Podien von Rang. Claudio Abbado, 68, gilt an der Klassikbörse als Blue Chip.

Doch keiner macht um diesen Erfolg so wenig Aufhebens wie der Star selbst. Er will seine Ruhe haben, ihm genügt die Musik. Lieber Verdi als Chichi. So jedenfalls schien es bislang.

Nun holt der stille Don Claudio plötzlich zum lauten Paukenschlag aus und zieht vor den Kadi. Er sei „angeekelt, empört, verletzt". So lasse er nicht mit sich umspringen, er werde den Herrschaften das Handwerk legen.

In seinem Namen hat der Berliner Staranwalt Peter Raue eine Biografie über den Dirigenten abgekanzelt, die zwar in allen 5000 Exemplaren der Erstauflage gedruckt und eingeschweißt, aber nirgends zu haben ist: Das Berliner Landgericht hat Auslieferung und Verkauf des Zankapfels durch Erlass einer einstweiligen Verfügung erst einmal abgeblockt. Angedrohte Ordnungsstrafe bei Zuwiderhandlung: bis zu einer halben Million Mark.



Der Fall muss ein Ernstfall sein, sonst könnte Raue, dieser geistvolle Fuchs, kaum über Nacht zum Verreißwolf werden. Jedenfalls rüffelt er, was das Zeug hält. Dieses „zynische Machwerk" habe „das Maß des Erträglichen überstiegen" und „strotzt nur so von Fehlern, Flüchtigkeiten und Niederträchtigkeiten". Alles an diesem „unsäglichen Produkt" sei „ein Skandal": „die lange Latte von frei erfundenen und durch nichts belegten Behauptungen"; dann die vom Verlag gewählte Unterzeile „Die Biografie", die „unverschämterweise den Anspruch besonderer Authentizität" erwecke; schließlich das „hanebüchene Schnellfickverfahren", in dem der Autor seinen Text „ohne jede seriöse Recherche am heimischen Computer zusammengebastelt" habe.

KASSKARA

Abbado-Biograf Försch
Durchweg Petitessen, Schnee von vorgestern

Mit mehr als 20 Streitpunkten hat Raue seine zwei Verfügungsanträge unterfüttert, nun will er noch einen dritten Vorstoß „mit weiteren rund zehn Beanstandungen" nachreichen. Am kommenden Mittwoch wird das Landgericht über den Widerspruch des Verlags mündlich beraten.

Als nächsten Schritt droht Raue einen „natürlich unvermeidlichen Schadensersatzprozess" an, in dem er den Biografen und den Verlag gesamtschuldnerisch „auf mindestens 100 000 Mark Schmerzensgeld" verklagen will, „eher mehr". Beim Branchen-Mini Henschel verfolgt Geschäftsführer Uwe Sertel den Zwist mit gemischten Gefühlen. Dass er derzeit mit dem Abbado-Buch nicht ins vorweihnachtliche Sortiment kann, „schlägt schon bitter ins Kontor". Andererseits hofft er, in der Verhandlung die Vorwürfe „vollständig entkräften" zu können. Für alle Fälle hat sein Haus gegen Abbado Strafanzeige wegen des Verdachts falscher eidesstattlicher Versicherungen gestellt; denkbare Höchststrafe: drei Jahre Knast.

Nun mal langsam. Das Buch ist – nicht zu übersehen – ein Schnellschuss, ein auf

Werbeseite

Werbeseite

RUDI BLAHA / AP

Salzburger „Falstaff"-Inszenierung: *Lieber Verdi als Chichi*

weite Strecken bieder formuliertes Protokoll. Der Autor und Musikwissenschaftler Christian Försch, 33, hat das Manuskript, das sagt der Verlag, „nach jahrelanger Vorarbeit in rund vier Monaten geschrieben". Basis der Lebensgeschichte sind fremde Quellen. Persönliche Begegnungen mit und individuelle Eindrücke von Abbado sind rar und bleiben blass. Um Zeitzeugen aus dem Umkreis des spröden Maestro hat sich Försch kaum bemüht. Zu Interviews mit dem Dirigenten ist es erst gar nicht gekommen: Erst zierte sich der Maestro, dann war er angeblich willens, aber das Buch schon im Druck. Der Mangel an frischem O-Ton ist ein Manko, aber kein Fiasko: Ein zugeknöpfter Mensch wie Abbado hat das Recht, sich Gesprächen zu verweigern; ein aufgeschlossener Autor wie Försch hat das Recht, trotzdem zu schreiben, allerdings auf größeres Risiko.

Das, keine Frage, schlägt hier manchmal in dichterischen Freizügigkeiten und schludriger Verifizierung zu Buche; schade.

Nur eins ist diese Lebensgeschichte – Untertitel: „Die Magie des Zusammenklangs" – nicht: bösartig, hinterhältig, ein starkes Stück. Försch will dem Italiener nichts am ruhmreichen Zeug flicken, besingt vielmehr „Leidenschaft, unbedingten musikalischen Willen, Musikalität, Willenskraft, Einfühlungsvermögen, Begeisterungsfähigkeit" und kriegt sich angesichts „der magischen Effekte jenes Augenblicks" gar nicht mehr ein, den man bei Abbados Live-Auftritten „vielleicht mehr als bei jedem anderen Dirigenten der Gegenwart erleben" könne.

Nur, was um alles in der Welt will Abbado mehr als so einen roten Textteppich aus Heil und Hosianna? Wo ist der Knackpunkt, dass der scheue Einzelgänger plötzlich mit Kanonen auf Spatzen schießen, ein fertiges Buch blockieren und in blinder Wut einen kleinen Verleger in ernste Nöte bringen lässt?

TOM MAELSA / DPA

Abbado-Nachfolger Rattle
Lustvolle Rede über den Feuerkopf

Um Intimitäten, sonst meist die peinlichsten Ärgernisse, geht es jedenfalls nicht. Unter der Bettdecke hat Försch nichts aufgedeckt und ausgeplaudert. Dass sich Abbado mal „mit der Geigerin Wiktorija Mullowa eingelassen habe", die „Beziehung" aber „trotz einer Schwangerschaft nur von kurzer Dauer gewesen" sei, „weil Abbado offenbar seine Vaterschaft nicht anerkennen wollte", verbreitet er unter „Gerüchten, die in London kursieren"; so wahrt er An- und Abstand.

Nein, was da in Berlin vom Zaun gebrochen wurde, ist ein Krieg der Kümmelspalter. Es geht durchweg um lachhafte Petitessen, schrullige Lappalien, Schnee von vorgestern und kaum je um Fakten, deren Publizierung einem Weltstar nicht zuzumuten wäre.

So legt Försch zum Beispiel nahe, Claudios Familie habe 1943 beim Bombenangriff auf Mailand im Luftschutzkeller nicht gebetet, „die Abbados sind nicht gläubig". Abbado kontert eidesstattlich: „Meine Eltern waren gläubige Katholiken. Meine Mutter war ausgesprochen fromm." Raue: „Der Antragsteller nimmt es nicht hin, dass das Leben seiner Mutter beleidigt wird." Mamma mia!

Oder: Laut Försch hat Twen Claudio „in der Zeit von 1959 bis 1962 als Honorarkraft Kammermusik unterrichtet", laut Erklärung des heutigen Stardirigenten war er damals Festangestellter. Försch macht Abbado 1968 zum „leitenden Dirigenten der Scala", Abbado selbst – offiziell „direttore stabile" – ernennt sich gleich zum Musikdirektor des Hauses. So what, nach mehr als 30 Jahren? Und ist es denn in der Vita eines umjubelten Kosmopoliten so bedeutungsschwer, ob Abbado in, an oder in der Nähe der Londoner King's Road gewohnt hat – Streitpunkt auch das.

Der Henschel Verlag vermutet, dass Abbado das „ungewöhnlich heftige Sperrfeuer" (Sertel) gegen die Publikation nur angezettelt habe, um mit seinem eigenen Werk konkurrenzlos zu bleiben. Tatsächlich ist die deutschsprachige und aktualisierte Fassung seiner 1997 erschienenen Interviewsammlung „Musica sopra Berlino" („Musik über Berlin") hier zu Lande gerade frisch gedruckt und gebunden.

Doch der wahre Grund, warum der leise Kapellmeister auf einmal die laute Bataille sucht, dürfte tiefer liegen. Abbados Berliner Ära geht zur Neige, nächstes Jahr ist Feierabend. In der kommenden Saison tritt Kollege Simon Rattle sein Amt an. Schon wird in der Philharmonie lustvoller über den britischen Feuerkopf und seine Zukunftspläne geredet als über den introvertierten Italiener mit seinem Abschiedsprogramm. Sir Simon verbreitet Advents-, um Abbado herrscht Endzeitstimmung.

Letzte Chance, den Nachruhm zu pflegen. Voriges Jahr wurde bei Abbado Magenkrebs diagnostiziert, der Philharmonikerchef musste längere Zeit aussetzen. Beim Comeback wirkte er zerbrechlich, aber die Kritiker vermerkten, etwa beim Salzburger „Falstaff" oder der jüngsten US-Tournee mit den Philharmonikern, einen Zugewinn an Empfindsamkeit.

Abbado wird die Berliner Zeit als Höhepunkt seiner Karriere werten, und das mit Recht: Über ein Dezennium hatte er den heiligen Stuhl inne; nur menschlich, dass er ihn in bestem Licht verlassen will. Försch vermag da auch beim schlechtesten Willen, keinen Schatten zu werfen.

Aber ob Abbados Regentschaft am Ende in den Ruhmesblättern des Orchesters überleben wird, ist noch nicht ausgemacht. Allzu zäh entwickelten sich anfangs die Kontakte zwischen dem Klangkörper und seinem Oberhaupt, die erwartete Aufbruchstimmung blieb aus. In den Proben wirkte der Chef oft lustlos, in den Konzerten leistete sich Karajans einstige Elite-Crew Patzer und Durchhänger. Es gab böse Verrisse, es rumorte unter den Musikern.

Gewiss, inzwischen haben sich die Herrschaften zusammengerauft und großartige Aufführungen vollbracht, auch wenn unter ihren CD-Einspielungen kaum Solitäre sind für die einsame Insel. All das muss ein Biograf notieren, will er nicht den lobhudelnden Hausdichter abgeben. Abbado steht nicht unter Naturschutz.

Jetzt gibt es nicht nur den Fall Abbado, sondern auch Abbados Fall. Ciao, Maestro! ◆

Werbeseite

Werbeseite

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de
Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de
Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de
Nachdruckgenehmigungen
für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044
für Fotos: Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
DER SPIEGEL auf CD-Rom und DVD
Telefon: (040) 3007-3016 Fax: (040) 3007-3180
E-Mail: service@spiegel.de
Abonnenten-Service
SPIEGEL-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg
Reise/Umzug/Ersatzheft
Telefon: (040) 411488
Auskunft zum Abonnement
Telefon: (040) 3007-2700 Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de
Abonnenten-Service Schweiz:
DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
Telefon: (0041) 41-248 44 18 Fax: (0041) 41-248 44 04
E-Mail: leserservice@spds.ch
Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de
Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de
Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate DM 260,–
Studenten Inland: zwölf Monate DM 182,–
Schweiz: zwölf Monate sfr 260,–
Europa: zwölf Monate DM 369,20
Außerhalb Europas: zwölf Monate DM 520,–
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.
Abonnementsaufträge können ohne Begründung innerhalb von 14 Tagen ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an den SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.
Oder per Fax: (040) 3007-3070.
Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,– pro Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen. Zusätzlich erhalte ich den kulturSPIEGEL, das monatliche Programm-Magazin.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:
❑ Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung
❑ Ermächtigung zum Bankeinzug von 1/4-jährlich DM 65,–

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Widerrufsrecht
Diesen Auftrag kann ich ohne Begründung innerhalb von 14 Tagen ab Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

2. Unterschrift des neuen Abonnenten SP01-002

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK *Leitung:* Ulrich Schwarz, Dietmar Pieper (stellv.). *Redaktion:* Karen Andresen, Wolfram Bickerich, Stephan Burgdorff, Christian Habbe, Dr. Hans Michael Kloth (Panorama), Julia Koch, Bernd Kühnl, Joachim Mohr, Hans-Ulrich Stoldt (Hausmitteilung), Klaus Wiegrefe. *Autoren, Reporter*: Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstädt, Hans-Joachim Noack, Hartmut Palmer, Michael Schmidt-Klingenberg
Hauptstadtbüro *Leitung:* Gabor Steingart, Ulrich Deupmann (stellv.), Konstantin von Hammerstein (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Martina Hildebrandt, Jürgen Hogrefe, Horand Knaup, Alexander Neubacher, Dr. Gerd Rosenkranz, Dr. Rüdiger Scheidges, Alexander Szandar; *Redaktion Wirtschaft:* Markus Dettmer, Frank Hornig, Christian Reiermann, Michael Sauga, Ulrich Schäfer; *Autor:* Jürgen Leinemann

DEUTSCHLAND *Leitung:* Clemens Höges, Georg Mascolo, Jürgen Dahlkamp (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Michael Fröhlingsdorf, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Norbert F. Pötzl, Andreas Ulrich. *Autoren, Reporter*: Jochen Bölsche, Klaus Brinkbäumer, Gisela Friedrichsen, Gerhard Mauz, Bruno Schrep; **Berliner Büro** *Leitung:* Heiner Schimmöller, Wolfgang Krach (stellv.). *Redaktion:* Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Susanne Koelbl, Irina Repke, Sven Röbel, Holger Stark, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma (stellv.). *Redaktion:* Beat Balzli, Dr. Hermann Bott, Dietmar Hawranek, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Marcel Rosenbach, Thomas Schulz

AUSLAND *Leitung:* Dr. Olaf Ihlau, Fritjof Meyer, Hans Hoyng (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Dr. Carolin Emcke, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Hans Hielscher, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Ilsemann, Reinhard Krumm, Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Dr. Stefan Simons. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Carlos Widmann, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf; Jürgen Petermann. *Redaktion:* Philip Bethge, Jörg Blech, Rafaela von Bredow, Manfred Dworschak, Beate Lakotta, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Katja Thimm, Gerald Traufetter, Christian Wüst. *Autor*: Dr. Hans Halter

KULTUR *Leitung:* Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber. *Redaktion:* Susanne Beyer, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbein, Reinhard Mohr, Dr. Johannes Saltzwedel, Elke Schmitter, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Klaus Umbach, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autoren, Reporter*: Ariane Barth, Urs Jenny, Dr. Jürgen Neffe

GESELLSCHAFT *Leitung:* Lothar Gorris, Cordt Schnibben. *Redaktion:* Anke Dürr, Fiona Ehlers, Hauke Goos, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip. *Reporter*: Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Dirk Kurbjuweit, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Maik Großekathöfer, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Thilo Thielke, Michael Wulzinger

SONDERPUBLIKATIONEN Horst Beckmann, Dr. Walter Knips, Manfred Schniedenharn, Kirsten Wiedner, Peter Zobel

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stegelmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs-Schneider, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Rolf Jochum, Maika Kunze, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Christiane Gehner, Michael König, Matthias Krug, Anke Wellnitz; Manuela Cramer, Josef Csallos, Torsten Feldstein, Peter Hendricks, Andrea Huss, Claudia Jeczawitz, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Monika Rick, Sabine Sauer, Claus-Dieter Schmidt, Gershom Schwalfenberg, Karin Weinberg. *E-Mail*: bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Gernot Matzke; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Ludger Bollen, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Rainer Sennewald, Ralf Geilhufe, Sebastian Raulf; Katrin Bollmann, Regine Braun, Claudia Conrad, Volker Fensky, Petra Gronau, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

PRODUKTION Sabine Bodenhagen, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

TITELBILD Stefan Kiefer; Antje Klein, Iris Kuhlmann, Arne Vogt, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Combahnstraße 24, 53225 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

DRESDEN Andreas Wassermann, Steffen Winter, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Almut Hielscher, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

HANNOVER Osterstraße 3, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Heiko Martens, Conny Neumann, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 4180040, Fax 41800425

STUTTGART Felix Kurz, Alexanderstraße 18, 70184 Stuttgart, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 3670356

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Bernhard Zand, Beşaret Sokak No. 19/4, Ayazpaşa, 80040 Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211

JERUSALEM Annette Großbongardt, P.O. Box 2799, Shamei St., Jerusalem 91027, Tel. (009722) 6224538-9, Fax 6224540

JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, Parklands, Johannesburg 2121, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 7604944, Fax 7607655

LONDON Michael Sontheimer, Christoph Pauly, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PU, Tel. (0044207) 5206940, Fax 3798599

LOS ANGELES Helmut Sorge, 1134 Cory Avenue, Los Angeles, CA 90069, Tel. (001-310-) 2741333, Fax 2741308

MADRID Helene Zuber, Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 391 05 75, Fax 319 29 68

MOSKAU Jörg R. Mettke, Uwe Klußmann, 3. Choroschewskij Projesd 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 9400502-04, Fax 9400506

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652739

NEW YORK Jan Fleischhauer, Thomas Hüetlin, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Romain Leick, 1, rue de Berri, 75008 Paris, Tel. (00331) 42561211, Fax 42561972

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-32, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24221524, Fax 24220138

RIO DE JANEIRO Matthias Matussek, Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 22751204, Fax 25426583

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Marco Evers, Michaela Schießl, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 6437530

SINGAPUR Jürgen Kremb, 15, Fifth Avenue, Singapur 268779, Tel. (0065) 4677120, Fax 4675012

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSCHAU Claus Christian Malzahn, ul. Chopina 5 b m. 24, 00-559 Warszawa, Tel. (004822) 6216158, Fax 6218672

WASHINGTON Dr. Gerhard Spörl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Walter Mayr, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

ZÜRICH Jan Dirk Herbermann, Postfach 3108, 8021 Zürich, Tel. (00411) 3508763, Fax 3508762

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen; Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Dr. Dieter Gessner, Thorsten Hapke, Hartmut Heidler, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Gesa Höppner, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Axel Pult, Thomas Riedel, Constanze Sanders, Petra Santos, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Ekkehard Schmidt, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

BÜRO DES HERAUSGEBERS Irma Nelles

INFORMATION Heinz P. Lohfeldt
LESER-SERVICE Catherine Stockinger
NACHRICHTENDIENSTE AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlottau
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 1. Januar 2001
Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
Verantwortlich für Vertrieb: Lars-Henning Patzke
Druck: Gruner Druck, Itzehoe

KOMMUNIKATION Matthias Schmolz
MARKETING Christian Schlottau
VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck

GESCHÄFTSFÜHRUNG Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $310 per annum.
K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. E-mail: info@glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 3. 11.

HYSTERIE Das Robert-Koch-Institut in Berlin gibt Entwarnung: Drei Proben von angeblichen Milzbrandsporen aus Schleswig-Holstein und Thüringen sind harmlos.

INSEL-GIPFEL Auf Mallorca treffen der israelische Außenminister Schimon Peres und Palästinenserpräsident Jassir Arafat nach fünf Wochen erstmals zusammen.

GRÜNE Nach der Wahlniederlage in Hamburg tritt der gesamte Grünen-Vorstand in der bislang rot-grün regierten Hansestadt zurück.

SONNTAG, 4. 11.

VERMÖGENSTEUER Zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Terrorismus fordert Ottmar Schreiner, Chef der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

FILM In London wird die Verfilmung von „Harry Potter und der Stein der Weisen“ uraufgeführt. Die 150 Millionen Euro teure Produktion könnte bis zu eine Milliarde Euro einspielen.

TERRORISMUS In London tagt ein inoffizieller EU-Mini-Gipfel zum Krieg in Afghanistan: Ein Dreier-Gespräch zwischen Tony Blair, Gerhard Schröder sowie Jacques Chirac wird nach Protesten anderer EU-Mitgliedstaaten erweitert.

NICARAGUA Bei der Präsidentenwahl in dem mittelamerikanischen Land unterliegt der Sandinistenführer Daniel Ortega dem konservativen Kandidaten Enrique Bolaños.

MONTAG, 5. 11.

SCHIFFSUNGLÜCK Die steuerlos im Mittelmeer treibende Plattform „Varyag“ kann vor der griechischen Insel Euböa ins Schlepptau genommen werden. Der halb fertige Flugzeugträger der ehemaligen Sowjetunion soll in Fernost zu einem Casino-Schiff umgebaut werden.

WALFANG Die japanische Walfangflotte wird wieder ins Südpolarmeer geschickt. Insgesamt sollen laut Greenpeace 440 Zwergwale harpuniert werden.

DIENSTAG, 6. 11.

KIRCHE Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Manfred Kock, sagt, beim Kampf gegen den Terror dürfe die militärische Komponente nicht im Vordergrund stehen.

MITTWOCH, 7. 11.

LUFTFAHRT Als erste EU-Fluggesellschaft hat die belgische Sabena nach den Terroranschlägen Insolvenz angemeldet. In Brüssel demonstrierten Angestellte der Traditions-Airline gegen den Verlust von mindestens 6000 Arbeitsplätzen.

DONNERSTAG, 8. 11.

U-BOOTE Im Wrack des russischen Atom-U-Bootes „Kursk“ sind Logbücher gefunden worden, die Aufschluss über die Unglücksursache geben könnten.

PROTEST Aus Protest gegen die britische Kriegsbeteiligung schlägt eine Lettin in Riga dem Besucher Prinz Charles eine rote Nelke ins Gesicht.

FREITAG, 9. 11.

AFGHANISTAN Die Nordallianz hat die strategisch bedeutende Stadt Masar-i-Scharif erobert. Dies sichert den Truppen der Taliban-Gegner die wichtige Nachschubverbindung aus dem Norden.

Am Mittwoch startet in London wieder eine Concorde nach New York. Im Juli 2000 war eine Maschine mit 113 Menschen bei Paris abgestürzt.

KIERAN DOHERTY / REUTERS

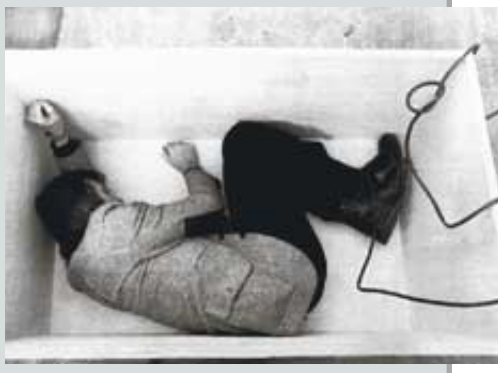
SPIEGEL TV

MONTAG
22.15 – 23.15 UHR SAT.1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Die Entführung des Richard Oetker
Eine wahre Geschichte

Unter vielen Gesichtspunkten gilt die Entführung des Bielefelder Industriellensohns als „Jahrhundertverbrechen“: Nie war bis dahin eine Lösegeldforderung höher, selten ein Täter so brutal und raffiniert zugleich, und kaum jemals wurde ein Entführer auch nach Verbüßung seiner Haft so lange observiert, bis das Lösegeld sichergestellt war – 21 Jahre nach der Tat.



SPIEGEL TV

Oetker-Verschlag (Rekonstruktion)

DONNERSTAG
22.05 – 23.00 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Drei Brücken für Barmbek – Schwertransporte bei der Hamburger U-Bahn

In nur vier Monaten sanierte die Hamburger Hochbahn einen Teil ihrer mehr als 90 Jahre alten Viadukte. Dabei bugsierte man die fast 40 Meter langen ausgedienten Stahlriesen durch die engen Straßen der Stadt. Auf demselben Weg wurden neue Brückenteile an ihren Standort in Hamburgs Osten transportiert. Ein logistisches Wagnis mit Hindernissen.

SPIEGEL TV

Brückenbau

SONNTAG
22.15 – 23.05 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Aufmarsch am Hindukusch – wie die Bundeswehr in den Afghanistan-Krieg eingreifen will; Warten auf den Weckruf – wie sich Deutschland auf Terrorattacken der Schläfer vorbereitet; Krieg dem Krieg – warum der Widerstand gegen die Bombenangriffe der Amerikaner wächst.

GESTORBEN

FRITZ SCHWENNICKE

Ilse Kubaschewski, 85, möglicherweise 94. Über ihr Alter ließ die geniale Filmproduzentin ihre Umgebung im Unklaren, ihre Geschäftstüchtigkeit aber war offensichtlich. „Die Kuba“, wie sie respektvoll genannt wurde, hat mit ihrem Gloria-Filmverleih Millionen verdient. Sie war eine der Ersten, die 1949 eine Verleihlizenz von den Allierten bekam, und mit Marika-Rökk- und Zorro-Filmen füllte sie die Kinos. Die Investitionen in Heimatfilme wie „Grün ist die Heide“ (1951) oder Rührstücke wie „Die Trapp-Familie“ (1956) brachten ihr den abfälligen Titel „Vorsitzende des Schnulzenkartells“ ein, ungerührt konterte sie: „Kritik gibt’s nur an der Kasse.“ Die Zahlen gaben der Königin des Filmgeschäfts Recht: Mit 20 Millionen Mark Jahresumsatz war die Gloria in ihren Glanzzeiten der zweitgrößte deutsche Filmverleih. Über 500 Filme produzierte oder verlieh die gebürtige Berlinerin, auch in Klassiker wie Fellinis „La dolce vita“ steckte sie ihr Geld. Die einflussreichste Frau des Nachkriegsfilms verstand es, das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden: ihre Gloria-Bälle in den fünfziger und sechziger Jahren in München waren legendär. Ilse Kubaschewski starb, wie erst jetzt bekannt wurde, am 30. Oktober in München.

KATJA LENZ / DPA

Sir Ernst Gombrich, 92. Der gebürtige Wiener galt als einer der bedeutendsten Kunsthistoriker des 20. Jahrhunderts, als einer, für den die Kunst auch eine große fortlaufende und spannende Geschichte war. 1935 war der jüdische Wissenschaftler, Sohn eines Anwalts und einer Pianistin, nach London emigriert. Er hat dort das erfolgreichste Buch über Kunst geschrieben, das je erschienen ist: 1950 kam seine an ein jugendliches Publikum gerichtete „Story of Art“ heraus, ein Bestseller, der bis heute regelmäßig in vielen Sprachen neu aufgelegt wird. Von 1959 bis 1976 war Gombrich Direktor des weltweit anerkannten Londoner Warburg Institute. Er erwarb sich den Ruf eines leidenschaftlichen, aber fachlich nie unverständlichen Experten, der sich in seiner Kunstanalyse am liebsten an das Sicht- und Fassbare hielt. Berühmt war er auch für seine leicht ironische und dabei treffende Sicht der Dinge, etwa für den Satz: „In Wirklichkeit gibt es so etwas wie Kunst gar nicht. Es gibt nur Künstler.“ Sir Ernst Gombrich starb am 3. November in London.

NESTOR BACHMANN / DPA

Thomas Brasch, 56. Als der Dichter und Rebell 1969 aus einem DDR-Gefängnis entlassen wurde, wo er wegen „staatsfeindlicher Hetze“ eingesperrt war, bat ihn der SED-Chef Erich Honecker zu einem Vieraugengespräch. Schließlich war der damals stoppelbärtige Künstler, als Sohn jüdischer Emigranten in England geboren, eigentlich Mitglied des Establishments, denn sein Vater saß im ZK der Partei. Doch Brasch, hoch begabt als Autor und Filmemacher, ließ sich seine „existenzialistischen Anschauungen“ nicht abschwatzen. 1976 verwies Honecker den Dissidenten der Republik und seine Lebensgefährtin Katharina Thalbach gleich mit. In West-Berlin angekommen, entfaltete Brasch ein Jahrzehnt lang seine Talente als Lyriker („Der schöne 27. September“), Schriftsteller („Vor den Vätern sterben die Söhne“), Theaterautor („Lovely Rita“) und als Filmer („Engel aus Eisen“). Er galt, zu Recht, auf jedem Feld als ganz große Hoffnung, überhäuft mit Preisen. Von seinem letzten Buch „Mädchenmörder Brunke“ sind 14 000 Manuskriptseiten ungedruckt; die Stasi hinterließ 8000 Blatt über Brasch. „Die DDR, sie geht mir nach, als wär’s ein kleiner Salamander“, beobachtete er, „und glaube mir, das Sterben lohnt das Leben nicht.“ Thomas Brasch starb am 4. November in Berlin an Herzversagen.

AFP / DPA

Jeannette Vermeersch, 90. Als der französische Sozialist Guy Mollet die Formel prägte, die Kommunisten seines Landes stünden „nicht links, sondern im Osten“, hatte er ein ziemlich unbelehrbares stalinistisches Gespann im Auge: Den Generalsekretär der KPF, Maurice Thorez, und dessen Ehefrau Jeannette Vermeersch. Thorez starb 1964. Die gelernte Textilarbeiterin, die es zur Senatorin und zum Mitglied des KP-Politbüros brachte, trug das Banner des Stalinismus à la française weiter; sie wurde politische Ziehmutter des Moskauhörigen Georges Marchais und indirekt des bisherigen KP-Chefs Robert Hue. Denen vergab sie selbst Pseudo-Reformen nicht. Die angeblich 85 Millionen Opfer des Kommunismus waren für die eiserne Ideologin eine „schreckliche Lüge“. Jeannette Vermeersch starb am 5. November.

Werbeseite

Werbeseite

Pamela Anderson, 34, US-Schauspielerin („Baywatch"), drängt es nun auch zu patriotischen Taten. Vergangene Woche ließ das Starlet ein Foto in den Handel bringen, auf dem es scheinbar nackt posiert, lediglich verhüllt von einem rot-weiß-blauen Sternenbanner. Das keusche Pin-up visiert vor allem amerikanische Soldaten als Käufer an, bei denen Pam noch immer erste Wahl für den Spind ist. Und natürlich wird ein Teil vom Verkaufserlös für die Opfer vom 11. September abgezweigt, frei nach dem Motto „Uncle Pam wants you". Schon jetzt haben sich für den US-Kleidermacher Tommy Hilfiger, 49, seine größtenteils in den Farben Rot, Weiß und Blau gehaltenen Entwürfe als außerordentlich einträglich erwiesen. Vergangene Woche verkündete der Designunternehmer eine um 13 Prozent höhere Gewinnerwartung als zu Jahresbeginn prognostiziert. Was wiederum Analysten nicht überraschte, da sich in den USA nur noch Produkte verkaufen würden, die eine US-Flagge schmückt. Tatsächlich ist auf Hilfigers Werbeanzeigen für die Herbstsaison, allerdings bereits vor dem 11. September in Auftrag gegeben, Old Glory, die Nationalfahne, stets hervorgehoben. Prominentestes Beispiel: **Lauren Bush,** 17, Nichte des US-Präsidenten, modelt für Hilfigers Yankee-Doodle-Mode mit einer Stars-and-Stripes-Gitarre in den Händen.

REX FEATURES / ACTION PRESS (L.)

Bush, Anderson

JAN VAN DE VEL / REPORTERS / LAIF

Michel, Tischgenossen

Louis Michel, 54, belgischer Außenminister und amtierender EU-Ratsvorsitzender, macht Europajournalisten zu unfreiwilligen Mitgliedern einer Restaurantkette: Als neulich das rund 1000-köpfige EU-Pressekorps freundliche Post vom Außenminister erhielt – seines Leibesumfangs wegen „dicker Louis" genannt – war als Präsent eine Scheckkarte der belgischen Gastronomiekette Magellan beigefügt. Das auf den Namen des Korrespondenten lautende Clubkärtchen berechtigt ein Jahr lang zum kostenlosen Kostgängertum in einem von über hundert Feinschmeckerrestaurants sowie exklusiven Hotels in Brüssel, Antwerpen, Luxemburg und Paris. Einzige Bedingung: Der gratis speisende Journalist muss mindestens einen zahlenden Mitesser mitbringen. Im Begleitbrief zur Karte nennt der Minister nur ein vordergründiges Argument für den durchsichtigen Versuch der Kundenwerbung: „Ihnen soll ein optimales und angenehmes Arbeitsumfeld geboten werden." Die in Brüssel ansässige internationale Journalistenorganisation API kommentierte Michels Bemühungen um einen Freitisch als „total überflüssig".

Michael Vesper, 49, Bauminister von Nordrhein-Westfalen, nutzte ein Essen mit dem Reichstags-Architekten Sir Norman Foster, um diesen über die wahre Größe der Kuppel über dem Berliner Parlamentsgebäude aufzuklären. Diese sei zwar doppelt so hoch, aber bei weitem nicht so groß wie die Glaskuppel über dem alten Düsseldorfer Landtag, der unter Vespers Regie zum neuen Domizil für die Kunstsammlung NRW umgebaut wurde. Während Fosters Kuppel im Durchmesser 40 Meter misst, überspannt die Düsseldorfer Kuppel eine Fläche von 45 mal 54 Metern. Bei den Kosten gelang es dem Rheinländer, die veranschlagten 96 Millionen Mark penibel einzuhalten, während der Bau an der Spree etliche Millionen mehr verschlang. Eine Bemerkung dazu verkniff sich Vesper, da er den zur Eröffnung im kommenden April eingeladenen Stararchitekten nicht zu sehr vergrätzen wollte.

Alter Düsseldorfer Landtag, Glaskuppel

FOTOS: ULRICH BAATZ

Hans Eichel, 59, Finanzminister mit Hang zur Vielfliegerei, verdankt der Flugbereitschaft der Bundeswehr eine abenteuerliche Odyssee. Am Dienstag vergangener Woche sollte eine Challenger-Maschine, mit der der Kassenwart zum Treffen der EU-Finanzminister nach Brüssel gedüst war, den termingeplagten Minister gegen 15.15 Uhr wieder zurück nach Berlin bringen. Doch kurz vorher meldete der Pilot: Leider, leider sei die Maschine defekt. Auf der Suche nach Ersatzflügen eilte Eichel zunächst vom militärischen

Teil des Brüsseler Flughafens zum zivilen – nur um festzustellen, dass auch dort fast gar nichts mehr ging. Denn ausgerechnet an jenem Tag meldete die belgische Fluggesellschaft Sabena endgültig Konkurs. Eichel schien trotzdem Glück zu haben: Ein allerletzter Flieger in die deutsche Hauptstadt stand noch startklar auf dem Rollfeld. Eilends schleusten die Sabena-Stewardessen den Finanzminister durch die Sicherheitskontrolle. Ein Sonderbus brachte ihn zur Maschine. Doch den Piloten des Jets beeindruckte dies wenig: Er mochte die Türen der abflugbereiten Maschine nicht mehr öffnen – und so hob der letzte Berlin-Flug in der fast 80-jährigen Geschichte von Sabena ohne Eichel ab. Der Hesse aber gab nicht klein bei. Eichel ließ sich nun per Auto nach Köln bringen, um von dort – mit über vier Stunden Verspätung – mit einem Lufthansa-Linienflug endlich nach Berlin zu kommen.

YVES HERMAN / REUTERS

Sabena-Flugzeuge

MARC-STEFFEN UNGER

Eichel

Signe Friis, 19, dänische Nachwuchspolitikerin, sorgt durch freizügigen Körpereinsatz im sonst eher drögen dänischen Kommunalwahlkampf für Aufsehen. Auf Plakaten wirbt die Kandidatin der liberalen Venstre-Partei für ihren Einzug in das Aalborger Stadtparlament – unbekleidet, die Brust bedeckt von behandschuhten Männerhänden, mit dem Spruch: „Det er KUN politikken, der skal ses!!!“ (Es ist NUR die Politik, die gesehen werden soll). Die Homepage der fülligen Blondine, www.Signe-Friis.dk, ist inzwischen eine der meistfrequentierten dänischen Web-Adressen. Dort werden allerdings tiefere Einblicke weder in die politische Programmatik noch in die Anatomie des nordischen Polit-Pin-ups gewährt. Sparsam wie die Kleiderauswahl wirkt denn auch das politische Credo der Möchtegern-Stadtverordneten: „Ich will zeigen, dass Politik mehr ist als alte Männer in Anzügen.“

Friis-Wahlplakat

DANA PRESS

Henning Scherf, 63, Bremer Bürgermeister, verhinderte durch einen unkonventionellen Auftritt eine ausufernde Unterbrechung der jüngsten Sitzung der Neuen Hanse Interregio. Die Tagung der grenzüberschreitenden Kooperation mehrerer niederländischer Provinzen, von Niedersachsen und Bremen sowie mehrerer Dutzend weiterer ausländischer Gäste hatte vorvergangenen Freitag im Bremer „World Trade Center“ gerade erst begonnen, als der Versammlungsleiter unterbrach: Im Foyer stehe ein herrenloser schwarzer Koffer; der Eigner möge sich melden. Doch niemand gab sich zu erkennen. Da sprang in der ersten Reihe der Bremer Bürgermeister auf und eilte nach draußen. Nach fünf Minuten bangen Wartens kam er wieder herein. Seine lapidare Bemerkung: „Ich habe ihn mal aufgemacht – es war nur Werkzeug drin.“

Jörg Haider, 51, umstrittener rechtspopulistischer Landeshauptmann des österreichischen Bundeslandes Kärnten (FPÖ), nutzte vergangene Woche einen zweitägigen Besuch in Kairo, um sein Image als Ausländerfeind demonstrativ zu korrigieren. In einem Gespräch mit Hamdi Saksuk, dem in Deutschland promovierten ägyptischen Minister für Religiöse Angelegenheiten, behauptete Haider vor surrenden Kameras, die „Freiheitliche Partei“ lehne es entschieden ab, den Islam, „eine für Nächstenliebe und Toleranz bekannte Religion“, mit den anti-amerikanischen Terroranschlägen vom vergangenen September in Verbindung zu bringen. Der Minister revanchierte sich mit der Überreichung zweier Nachschlagewerke über den Islam aus seiner Feder mit persönlicher Widmung.

Aus der „Wolfsburger Allgemeinen“: „Bei Göttingen hat ein Milzbrand-Imitator 16 800 Mark Kosten verursacht. Die muss er auch dann bezahlen, wenn ihm keine Straftat nachzuweisen ist.“

Aus einer Filmankündigung in „nur TV“: „Mikes Vater hat sich mit einer Axt getötet. Seitdem wird er von Alpträumen gequält.“

Aus der „Ludwigsburger Kreiszeitung“

Aus der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“: „Täter und Schmuck im Wert von 25 000 Mark haben Diebe in der Ochtersumer Agnes-Miegel-Straße erbeutet.“

Aus dem „Osnabrücker Sonntagsblatt“

Aus der „Magdeburger Volksstimme“: „Die ersten neuen Ladenmieter haben bereits Wurzeln geschlagen und hoffen auf ein baldiges Ende der Bauarbeiten sowie den schnellen Einzug weiterer Nachbarn.“

Aus der „Stuttgarter Zeitung“: „Die Schweinehaxe ist, wie versprochen, knusprig gebraten, die Kartoffelknödel schmelzen auf der Zunge. Und nach dem ‚Besten vom Hällischen Landschwein‘ beginnt auch die Nebensitzerin zufrieden zu grunzen.“

Aus der „Neuen Osnabrücker Zeitung“

Aus dem „Nordfriesland Tageblatt“: „Die 54-Jährige hatte zur Tatzeit 2,69 Promille Blut im Alkohol.“

Zitate

Die „Frankfurter Allgemeine“ über die Besucherzahlen von SPIEGEL ONLINE:

Die Terroranschläge in Amerika haben den Nachrichten-Sites im Internet sehr hohe Besucherzahlen gebracht. lm September haben fast 750 000 Menschen, die sich von zu Hause ins Internet einwählen, die Internet-Seite des Nachrichtenmagazins SPIEGEL besucht, hat das Marktforschungsunternehmen Nielsen Netratings gemessen. Der SPIEGEL unterhält eine der größten Online-Redaktionen Deutschlands. Den Nutzern gefällt das Angebot offensichtlich, denn die durchschnittliche Verweildauer auf den Seiten beträgt mehr als zwölf Minuten im Monat. An zweiter Stelle in der Rangliste folgt mit 574 000 Besuchern bereits die Netzeitung, ein reines Online-Nachrichtenmedium, das zum Internet-Portal Lycos gehört … Der Online-Ableger der „Bild“-Zeitung hatte im September rund 520 000 Besucher. Unter den großen überregionalen Tageszeitungen hat im September nur die „Süddeutsche Zeitung“ den Sprung unter die beliebtesten zehn Nachrichten-Websites geschafft.

Die „Frankfurter Rundschau Online“ erinnert zur Einführung des Euro Anfang 2002 an die SPIEGEL-Titelgeschichte „Angst um die Mark“ und an den SPIEGEL-Beitrag „Deutschland ohne DM“ vom ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller (Nr. 50/1991):

Am 9. Dezember 1991 brachte DER SPIEGEL eine Titelgeschichte mit Signalwirkung. Pünktlich zu dem Tag, da im niederländischen Maastricht zwölf Regierungschefs zusammentrafen, um das Doppelprojekt der politischen und der Wirtschafts- und Währungsunion auf den Weg zu bringen, machte das Hamburger Blatt die „Angst um die Mark“ zum Thema. Kein Geringerer als der frühere „Superminister“ Karl Schiller brachte Bedenken vor, die fortan für die Diskussion – nicht nur, aber vor allem in Deutschland – prägend sein sollten. Schillers damalige Prognose: Der beabsichtigte monetäre Zusammenschluss komme mangels vergleichbarer Integrationsfortschritte auf politischer Ebene übereilt und berge überdies „gefährliche Schadstellen und Gefahrenzonen“, die Währungsunion werde insbesondere „gewaltige Transferzahlungen“ von den reicheren in die ärmeren Mitgliedstaaten nach sich ziehen und die Inflation in Europa in die Höhe treiben. Stellvertretend für zahlreiche deutsche Politiker, Wirtschaftsprofessoren und Publizisten fällte der angesehene Sozialdemokrat damals das „Urteil: Heute nicht!“ Nun kommt er doch.